Internationaler Sozialisten-Kongreß

• zu Kopenhagen •

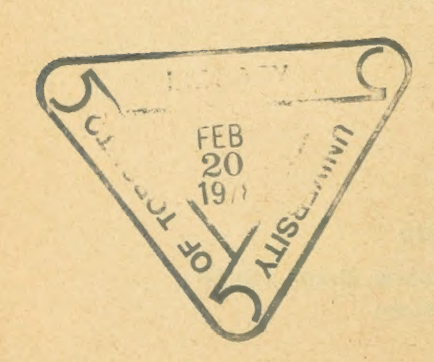
28. August bis 3. September 1910



Berlin 1910

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber-Berlin)

Inhalts-Verzeichnis.



Die Plenarsitzungen.

Eröffnungssitzung am 28. August.

Der prächtige Saal des Konzertpalastes ist die Stelle, wo die Internationale tagt. Beinahe ist er zu klein für die ungeheure Menge von Delegierten, die aus allen Teilen der Welt zusammengekommen sind. Die Säulen, die den Eingang des Gebäudes flankieren, sind rot umwunden. Ein breites Banner trägt die dänische Inschrift: „8. Internationale Socialist Kongres". Der Saal selber hat eindrucksvollen sozialistischen Schmuck angelegt. Die Wand der Rednertribüne zeigt auf einer Riesenkarte die beiden Hemisphären, die durch ein Band mit dem alten Kampfruf der Internationale: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" verbunden sind. Links und rechts davon hängen im Kuppelraum die dänischen Partei- und Gewerkschaftsfahnen herab. An den Galerien sieht man zwölf Banner in den Farben und mit den Wappen der großen Nationen. Für Deutschland ist schwarz-rot-gold gewählt. In vier Sprachen: dänisch, deutsch, englisch und französisch sieht man das auf kurze Formeln gebrachte Programm der internationalen Sozialdemokratie. Diese Inschriften lauten: Die Arbeit ist die Quelle des Reichtums! Wir bauen an der Solidarität! Wissen ist Macht! Religion ist Privatsache! Aufhebung der Klassenunterschiede! Keine privaten Monopole! Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz! Allgemeines, für alle gleiches Wahlrecht! Achtstündiger Maximalarbeitstag! Die Abrüstung bedeutet den Frieden! Dasselbe Recht für Frau und Mann! Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Die Delegierten sind an neun, immer durch einen Quergang geschiedenen Tafeln untergebracht. Die erste Tafel links vom Präsidium wird von der schwedischen Delegation eingenommen. Deutschland besetzt die zweite und dritte Tafel, Oesterreich die vierte. Die fünfte Tafel in der Mitte ist für folgende Nationalitäten bestimmt: Serbien, Türkei, Rumänien, Argentinien, Spanien, Portugal, Japan, Griechenland, Südafrika, Australien, Luxemburg, Italien, die Schweiz, Rußland und Polen. Die sechste Tafel gehört Belgien, Ungarn-Kroatien und Böhmen. An der siebenten Tafel liegen die Plätze für Holland und Frankreich, an der achten die für Finnland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Norwegen, während die letzte, neunte Tafel von Großbritannien eingenommen wird. Die große dänische Delegation hat unten keinen Platz mehr gefunden. Sie nimmt daher die Galerie rechts ein, während die Galerie links für die 125 Pressevertreter, die sich zur Tagung eingestellt haben, reserviert ist. Die vollkommen überfüllte Mitteltribüne ist für die Zuhörer bestimmt.

Um ½11 Uhr wird der Kongreß mit dem Vortrage einer Kantate eröffnet, die von A. C. Meyer, dem bekannten sozialdemokratischen Schriftsteller,

Agitator, Dichter und Abgeordneten verfaßt und von F. Hamme, einem Kopenhagener Kapellmeister, komponiert ist. In der Kantate finden sich die Nationen zu einem Völkerreigen der Freiheit und des Friedens zusammen. Die Motive nationaler Freiheitslieder erklingen, von Soli unterbrochen, bis sich das Ganze zum mächtigen Massengesang der Internationale vereinigt. Der erste Teil der Kantate endete mit der Marseillaise. In der Pause betrat Dr. Gustaf Bang, Mitarbeiter des „Socialdemokraten“ die Rednertribüne, und, indem er selbst seine Worte französisch, deutsch und englisch übersetzte, führte er das Folgende aus:

Genossinnen und Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht, das Gefühl auszudrücken, was uns beseelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammentreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt. Dieses Gefühl hat in der dänischen Sozialdemokratie immer gelebt und ist, wie das bei einem so kleinen Lande natürlich ist, besonders stark hervorgetreten hier, wo es von der äußersten Wichtigkeit ist, von der Fremde Anregungen zu holen und aus den Bewegungen der großen Kulturländer Belehrung und Kräftigung zu suchen. Von den allerersten Anfängen an war die dänische Sozialdemokratie eine Sektion der internationalen Arbeiterassoziation. Während eines 40 jährigen steten und ununterbrochenen Wachstums haben wir in Dänemark nicht dann und wann, sondern immerdar so enge Verbindung wie möglich mit den Genossen der fremden Länder zu pflegen gesucht. Es gehört zu unseren schönsten und erhebendsten Parteierinnerungen, daß wir vor 27 Jahren, im Jahre 1883, der deutschen, unter der Verfolgung des Sozialistengesetzes stehenden Sozialdemokratie eine Freistätte für ihren Parteitag bieten konnten. Und eine reiche Quelle der Kräftigung hat der revolutionäre Geist in unseren Reihen gefunden im Verkehr mit den Hunderten russischer Parteigenossen, die nach der Revolution, flüchtend vor dem Terrorismus der Konterrevolution, Dänemark durcheilten und denen wir freudig Beistand geleistet haben, wo es nötig war. (Lebhafter Beifall.) Auch in anderer Weise haben wir, nicht in einzelnen Ausnahmefällen, sondern beständig jahraus, jahrein die Bande gefühlt, die uns mit den fremden Bruderparteien verknüpfen. In Dankbarkeit gedenken wir der moralischen und materiellen Unterstützung, die uns bei der großen Aussperrung von 1899 gewährt wurde. Und wir selbst haben uns immer bestrebt, nach bestem Vermögen unsere Schuldigkeit zu tun, wenn in fremden Ländern große Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital ausgefochten wurden. (Beifall.) Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß der Mahnruf des Kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ für die dänische Sozialdemokratie mehr als eine feierliche Redensart geworden ist, daß er uns ins Blut übergegangen ist. (Stürmischer Beifall.) Mit tiefer, herzlicher Freude entbieten wir daher dem 8. Internationalen Sozialistenkongreß den Willkommensgruß in unserer Stadt, im Herzen von Kopenhagen, wo die Klassengegensätze der dänischen Gesellschaft auf die höchste Spitze getrieben sind, in einem Stadtviertel, wo die allerreichste Aristokratie und das allerärmste Proletariat unmittelbar nebeneinander wohnen, in einem Stadtviertel, wo der König seine Residenz hat und in dem ein sozialdemokratischer Folkethingsabgeordneter gewählt worden ist. (Stürmischer Beifall.) Während die Klassengegensätze überall in der Welt sich verschärfen, während das Kapital seine Herrschaft und Ausbeutung der großen Volksmassen steigert, während die kapitalistische Weltwirtschaft ständig drohende Kriegsgefahren hervorruft und dem wahnsinnigen Wettrüsten immer neue Nahrung zuführt, den Völkern aber immer neue Lasten auferlegt werden, während alledem wollen wir hier Waffen

schmieden zur Ueberwindung aller Klassengegensätze nach innen und aller nationalen Gegensätze nach außen, zur Beseitigung aller Ausbeutung, Knechtschaft und Erniedrigung. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Wir fühlen es, wir wissen es, daß wir uns mit raschen Schritten unserem Ziel nähern, der Tag gehört uns, wie es in der Kantate hieß. Die Zeiten sind vorüber, da wir schwere Kämpfe um unser Dasein führen mußten. Jetzt geht der Kampf um unseren Sieg. (Stürmischer Beifall.) Hinter uns liegt das Dunkel, vor uns die Helle, sagt ein altes dänisches Sprichwort. In der Hoffnung, daß die Verhandlungen dieses Kongresses vom Geiste internationaler proletarischer Brüderlichkeit getragen sein werden, in der Hoffnung, daß die Arbeiten dieses Kongresses beitragen werden zur Klärung der Taktik, der wir folgen müssen, um unser großes Ziel zu erreichen, in der Hoffnung, daß wir alle von diesem Kongreß zurückkehren werden mit verstärkter Energie zum gemeinsamen Kampf in den verschiedenen Ländern für die Befreiung des Proletariats, in dieser Hoffnung entbietet Ihnen die dänische Sozialdemokratie noch einmal ein herzliches Willkommen! (Stürmischer, langanhaltender, mehrfach wiederholter Beifall.)

Dann wurde die Kantate beendet. Beim Schlußgesang der Internationale erheben sich die Kongreßmitglieder und das Publikum und stimmen in den Chor ein. 500 Arbeitersänger der Kopenhagener Gesangvereine brachten die Chöre in prächtiger Reinheit zu packender Wirkung. Orchestermitglieder des Königlichen Theaters führten den instrumentalen Teil aus. Auch die Soli wurden von Mitgliedern des Königlichen Theaters, von dem Tenoristen Nielsen, dem Baritonisten Hober und der Sopranistin Noeregard Hanse vorgetragen. Das schöne Werk und die vollendete Darstellung ließen gleich in der ersten Stunde des Internationalen Kongresses einen gewaltigen Strom tiefer Begeisterung aufquellen. Nachdem der Beifall verklungen war, wurde dem anwesenden Dichter, dem Abgeordneten A. C. Meyer, eine stürmische Ovation dargebracht.

Dann nahm das Internationale Sozialistische Bureau seine Plätze auf der Tribüne ein, und

Vandervelde übernahm den Vorsitz mit den Worten: Im Namen des Internationalen Sozialistischen Bureaus erkläre ich den achten Internationalen Sozialistenkongreß für eröffnet und erteile im Namen der dänischen Genossen das Wort dem Mitgliede des Folkethings:

Stauning: Partei- und Kampfgenossen! Namens der dänischen Sozialdemokratie heiße ich den 8. Internationalen Sozialistenkongreß herzlich willkommen in Dänemark, willkommen in Kopenhagen.

Es ist das erstemal, daß die Vertreter der organisierten Arbeiterklasse der ganzen Welt in unserem kleinen Lande versammelt sind, und wir sind stolz über die Ehre, die hierdurch unserem Lande und der dänischen Sozialdemokratie erwiesen wird.

Die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie sind also nun die Gäste Dänemarks, und ich glaube, Ihnen die Versicherung geben zu dürfen, daß man Ihnen von allen Seiten Gastfreundschaft erweisen wird, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Beschlüsse, welche in unserem Lande gefaßt werden, uns einige Schritte dem Frieden und der Völkerverbrüderung näher bringen werden.

Die Sozialdemokratie hier in Dänemark erhob ihr Haupt unter dem Einfluß der Freiheitsbestrebungen draußen in der Welt; die Jahre 1848 und 1871 hinterließen tiefe Spuren in der Geschichte der dänischen Sozialdemokratie, und sicher sind wir seit dem Jahre 1871 unter der Fahne der Internationale einer Gesellschaftsform, unter welcher die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit herrschen wird, entgegenmarschiert.

Im Laufe der vergangenen 40 Jahre haben wir unsere Organisationen und unsere Presse auf dem Felsen der Internationale aufgebaut — die Arbeiter der einzelnen Länder können wohl durch ihre eigene Arbeit Verbesserungen erzielen, aber die große Befreiung der gesamten Arbeiterklasse geschieht nur durch internationales Zusammenwirken und durch internationale Verständigung zwischen den Arbeitern in der ganzen Welt, durch vereinten Kampf gegen den Kapitalismus.

Die Erkenntnis dieser Tatsachen hat sich auch bei den dänischen organisierten Arbeitern Bahn gebrochen, und deshalb sind wir stolz und begeistert, daß wir heute der Arbeiter-Internationale ein herzliches Willkommen bei den dänischen Kameraden! zurufen können.

Wir hegen die Ueberzeugung, daß wir den ehrlichsten Willen bewiesen haben, unseren Platz in der internationalen, weltumspannenden Kette auszufüllen, und wir hoffen und wünschen, daß dieser Kongreß sowohl Eurer wie unserer Arbeit für unsere hehre Sache förderlich sein werde.

Dänemark ist nur ein kleines Land, wir haben nichts Großartiges, daß wir unsern Gästen zeigen können, wir haben nicht die kolossalen Zahlen der Stimmen und Mitglieder, wie unsere Genossen in den großen Ländern, aber gleichwohl dürfen wir behaupten, daß die von uns ausgeführte Arbeit nicht vergebens gewesen ist.

Unsere 100 000 Stimmen, unsere 28 Reichstagsabgeordneten, die Hälfte der Plätze in der Stadtverwaltung von Kopenhagen, unsere 33 sozialistischen Blätter und unsere 120 000 Abonnenten — unsere 120 000 gewerkschaftlich organisierten Mitglieder und die Hebung der ökonomischen und kulturellen Lage der dänischen Arbeiter — das ist das, was wir unsern ausländischen Kameraden zeigen können, das sind die augenscheinlichen Erfolge unserer Arbeit — Erfolge, welche durch unsere Arbeit auf der Basis der internationalen sozialistischen Idee erzielt worden sind.

Die dänischen Arbeiter stehen voll und ganz als Teilnehmer an der größten und bedeutungsvollsten Bewegung unserer Zeit da, sie verstehen die weltgeschichtliche Mission, die die Arbeiterklasse zu erfüllen hat, und hoffentlich werden sie zu jeder Zeit ihren Mann stellen im Kampfe für die Befreiung aus dem kapitalistischen Joche.

Man kann nicht verlangen, daß die arbeitende Bevölkerung des kleinen Dänemark an der Spitze marschieren soll, aber Sie werden die dänischen Arbeiter gleichwohl stets kampfbereit finden und beseelt von dem besten Willen, ihre Pflicht den übrigen Klassengenossen gegenüber jederzeit zu erfüllen, indem das von uns erstrebte Ziel dasselbe ist, welches unseren Bruderorganisationen in allen Ländern vor Augen schwebt.

Mit diesen Worten entbiete ich Ihnen unsern Willkommengruß zur Arbeit auf diesem Kongreß und nochmals willkommen in unserm kleinen Lande.

Lasset den Geist der Einigkeit und der Solidarität über Euren Beschlüssen walten, lasset uns den Kampf gegen gesellschaftliches Unrecht mit vereinten Kräften führen, — wir scharen uns in diesen Tagen um das schöne Ziel des Sozialismus und mit diesem vor Augen gehen wir an die Arbeit.

Der Kapitalismus ist Sklaverei und Krieg, — der Sozialismus ist Freiheit und Frieden. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Im Namen der sozialistischen Internationale dankt

Vandervelde den dänischen Genossen aufs herzlichste für den brüderlichen Geist der Freiheit, den sie dem Kongreß offenbaren. Als wir beschlossen haben, diesen Kongreß in Kopenhagen abzuhalten, waren wir von dem Bestreben

geleitet, der dänischen Bewegung unsere Huldigung darzubringen, der Bewegung, die mit die ernsthafteste, fleißigste und unermüdlichste ist, deren wir uns in der Internationale erfreuen können. Genosse Stauning hat Ihnen nicht alles gesagt, worauf die dänische Bewegung stolz sein kann. Bewundernswert ist der Fortschritt von 700 Stimmen im Jahre 1878 zu den 98000 Stimmen im Jahre 1910. Aber wenn wir auch die Stimmen bei den Parlamentswahlen als kräftigen Ausdruck für die innere Stärke der sozialistischen Parteien nehmen, so gewähren diese 98000 Stimmen, abgegeben von Männern, die über 30 Jahre alt sind, doch kein volles Bild von der Kraft und Intensität der dänischen Sozialdemokratie. Ihre höchste Bedeutung gewinnen sie erst, wenn wir sie zusammenstellen mit den wirtschaftlichen und geistigen Fortschritten, die durch die dänische Sozialdemokratie errungen worden sind. Neben diesen 98000 Stimmen stehen in Dänemark 120000 Gewerkschaftler und 120000 Leser der Parteipresse. (Stürmischer Beifall.) Mit Stolz kann die dänische Sozialdemokratie darauf hinweisen, daß jeder sozialdemokratische Wähler hier zugleich Gewerkschaftler und Leser der sozialdemokratischen Presse ist. Aus diesem Grunde haben wir geglaubt, dem Kongreß der Internationale, der mehr ein Kongreß gründlicher Kleinarbeit als feuriger Kampfeskundgebung sein wird, auf keinem günstigeren Boden als dem dänischen abhalten zu können. (Bravo!) Genossen! Es war früher Sitte, den Kongreß der Internationale mit den Berichten der einzelnen Länder über ihre Fortschritte im letzten Jahre zu eröffnen. Um Zeit zu sparen, sind wir auf den letzten Kongressen davon abgekommen und auch diesmal werden Ihnen die Berichte der nationalen Sektionen über den Stand der Bewegung in einem stattlichen Bande gedruckt vorgelegt werden. Sie werden aus diesen Berichten ersehen können, daß der Internationale heute 33 Nationalitäten angeschlossen sind, namentlich alle Länder Europas, die wichtigsten Staaten Nord- und Südamerikas, ferner Japan, Südafrika und Australien. Die Berichte sind nicht ganz vollständig, aber Sie werden daraus entnehmen können, daß die Weltmacht der Internationale im gegenwärtigen Augenblick 8 Millionen Anhänger umfaßt. (Beifall.) Wir sind nicht nur eine gewaltige, sondern eine ständig wachsende Macht. Mit wenigen Ausnahmen sehen wir überall ein erfreuliches Anwachsen der sozialistischen Parteien. In den letzten drei Jahren, seit dem Stuttgarter Kongreß, hat die Bewegung nur in Rußland, Ungarn und Argentinien Rückschläge erlitten, aber der Rückgang der organisierten Mitglieder in diesen Ländern ist nur Schein, nicht Wirklichkeit; denn überall, wo er eingetreten ist, beruht er nur auf der Anwendung brutaler Gewalt durch den herrschenden Kapitalismus, auf der heuchlerischen Gewalt in den bourgeoisen Republiken, auf der unverhüllten nackten Roheit im Machtbereich der russischen Autokratie. (Sehr wahr!) Gewalt aber kann uns nicht dauernd zurückhalten, denn auf Bajonetten kann man nicht sitzen, besonders dann nicht, wenn diese Bajonette intelligent werden. (Stürmischer Beifall.) In den genannten Ländern hat die Gewalt die Kampfeslust des klassenbewußten Proletariats nur gesteigert. Unter dem Ausnahmezustand wuchsen die sozialistischen Organisationen in Argentinien, machte die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Ungarn gute Fortschritte und das Blut der Arbeiter, das die russische Erde getränkt hat, wird den Boden nur fruchtbarer machen für die Ernte der sozialen Revolution. (Lebhafter Beifall.) In allen Ländern ist die Bewegung weiter fortgeschritten. Amerika konnte uns in Stuttgart zum erstenmal über die Stimmenzahl von einer halben Million berichten. Glänzende Wahlfeldzüge haben seitdem bestätigt, daß die Kraft des internationalen Sozialismus weiter wuchs. Aus England konnte zuerst in Stuttgart die neugegründete Labour Party, die nichts weiter ist als die Resultate

der Gärung der sozialistischen Idee in den englischen Arbeitermassen, berichten, daß sie mit mehr als 40 Abgeordneten in das Unterhaus eingezogen war. Einzelne kleine Verluste, die sie bei den letzten Wahlen erlitten hat, sind weit mehr als ausgeglichen worden durch den Anschluß der kompakten Masse der Bergarbeiter. Die österreichischen Genossen konnten in Stuttgart über einen Meisterstreich berichten, den sie vollführten, als sie bei den ersten Wahlen unter dem allgemeinen Stimmrecht die stärkste Fraktion der sozialistischen Internationale schufen. Seitdem haben sie die Zahl ihrer Abgeordneten noch weiter gesteigert. In Stuttgart mußten wir auch Bericht entgegennehmen von Wahlniederlagen der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern. Aber gerade in diesen Ländern hat seitdem die sozialistische Bewegung die raschesten Fortschritte gemacht. In der Schweiz waren wir zur Zeit des Stuttgarter Kongresses auf zwei Mitglieder im Bundesparlament herabgesunken. Jetzt haben wir deren mehr als je zuvor. In Belgien ist die Zahl unserer Abgeordneten von 25 auf 35 gestiegen. In Italien hat sich die Fraktionsstärke nahezu verdoppelt. In Frankreich haben wir bei den letzten Wahlen einen schönen Sieg errungen und die Wahl von 75 geeinigten Sozialisten und der endgültige Verfall der unabhängigen sozialistischen Bewegung ist der glänzendste Beweis für die innere Kraft unserer Methode des Klassenkampfes. Was dem französischen Sieg die besondere Bedeutung verleiht, ist die Tatsache, daß wir ihn der sozialistischen Einigkeit verdanken.

Das ist ein mächtiges Argument für die Länder, in denen noch heute die Kraft der sozialistischen Bewegung gespalten ist, und das muß auch sie eindringlich hinweisen auf die Notwendigkeit der Einigung des gesamten Proletariats. (Lebhafter Beifall.) Als wir in Stuttgart zusammenkamen, hatte aber auch die deutsche Sozialdemokratie die größte Wahlniederlage seit den Zeiten der Bismarckschen Reaktion erlitten. Gleichwohl empfingen uns die deutschen Genossen mit fröhlicher Sicherheit. Wußten sie doch, daß die Stimmenzahl und die innere Kraft der Partei gewachsen waren. Heute steht es vor aller Welt fest, daß die deutsche Sozialdemokratie stärker und machtvoller ist als jemals. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat ihre Mitgliederzahl so vermehrt, daß sie die der englischen Trade-Unions überflügelt hat. Das gleiche Wahlrecht ist in einzelnen Bundesstaaten bereits zum Siege gelangt und in den anderen, vor allem in Preußen, wird der Kampf dafür mit aller Energie weitergeführt. Gerade die Wahlrechtsbewegung in den einzelnen Bundesstaaten beweist uns, daß gegenüber den lächerlichen Anmaßungen eines mittelalterlichen Gottesgnadentums die Zukunft der Souveränität des Volkswillens gehört. Selbst die bürgerlichen Politiker prophezeien heute der deutschen Sozialdemokratie für die Wahlen des nächsten Jahres vielleicht 100 Mandate und etwa vier Millionen Stimmen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

In dieser Zeit großer Siege geziemt es uns, der Veteranen unserer Bewegung zu gedenken, die heute nicht hier sind. Ich denke dabei nicht nur an unsere deutschen Genossen, sondern vor allem auch an unseren früheren Präsidenten Andrea Costa, der für immer von uns gegangen ist. Ich gedenke derjenigen, die wir sicher wieder sehen werden, unseres lieben Genossen Singer, dessen ruhige Energie so oft Ordnung in unseren erregten Debatten geschaffen hat und der hoffentlich recht bald von seinem Leiden genesen wird. Vor allem aber drängt sich uns der Name des großen Abwesenden auf die Lippen, der Name eines Mannes, der durch die lange Zeit seiner Dienste für das internationale Proletariat durch sein unvergleichliches Talent und durch die Leistungen, die er für die Sozialdemokratie vollbracht hat, heute die glänzendste Verkörperung der internationalen Arbeiterbewegung ist: August

Bebel. (Stürmischer Beifall.) Indem Sie Bebels Namen Beifall zujubeln, jubeln Sie Beifall zu der reinsten Verkörperung unseres sozialistischen Ideals, der Willensstärke des Arbeiters, der sich selbst emporringt, und der schönsten Verwirklichung des sozialistischen Intellektualismus, der den großen Schatz seines Wissens ganz in den Dienst der proletarischen Bewegung stellt, dem leidenschaftlichen Kämpfer für die Befreiung der Frau, dem typischen Ausdruck für das kämpfende und siegende Proletariat überhaupt, dem Mann, der zwei Jahre seines Lebens im Gefängnis der Sache des Friedens und des Protestes gegen den ruchlosen Krieg vor 40 Jahren geopfert hat. (Erneuter stürmischer Beifall.) Indem Sie dem Namen Bebel zujubeln, feiern Sie die internationale Arbeiterbewegung des sozialistischen Proletariats, in deren Namen ich den Kongreß für eröffnet erkläre. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Huysmans, der internationale Sekretär, machte eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Die Verlesung der eingelaufenen Adressen und Telegramme wird in der Plenarsitzung am Mittwoch erfolgen. Zu Vorsitzenden des Kongresses hat das Internationale Sozialistische Bureau vorgeschlagen: Klausen-Dänemark, Branting-Schweden und Jeppesen-Norwegen.

Für die Vorbereitung der Tagesordnung werden fünf Kommissionen gebildet.

Die Tagesordnung

lautet:

1. Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Schiedsgerichte und Abrüstung.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeiterschutzgesetzgebung.
5. Die Organisation einer internationalen Kundgebung gegen die Todesstrafe.
6. Verfahren für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse.
7. Die Organisation der internationalen Solidarität.
8. Resolutionen über die gewerkschaftliche Einheitlichkeit in Oesterreich, über die Einigung der sozialistischen Organisationen, die Lage in Finnland, Argentinien, Türkei und Persien.

Die Kommissionen werden eingesetzt:

1. für die Genossenschaftsfrage.
2. für die Gewerkschaftsfrage, für die Verwirklichung der internationalen Solidarität und die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich.
3. für Antimilitarismus, Schiedsgerichte und schnelle Ausführung der internationalen Kongreßbeschlüsse für den Frieden.
4. für die Arbeiterschutzgesetzgebung, ihre Resultate in den einzelnen Ländern und die Frage der Arbeitslosigkeit.
5. für die Resolutionen, die französische Resolution über die sozialistische Einigkeit, die Resolution über die Todesstrafe, über Finnland, Persien, Argentinien usw.

Die interparlamentarische Kommission behält als selbständiger Körper ihre Tagesordnung bei.

Abgesetzt von der Tagesordnung ist die Resolution Großbritanniens über die Einwanderungsfrage, weil diese erst in Stuttgart eingehend erörtert worden ist. Weiter liegen dem Kongreß alle von dem Internationalen Bureau seit 1907 gefaßten Resolutionen zur Bestätigung vor.

Zum Schluß macht **Huysmans** Mitteilung über die Zuteilung der Stimmen an die einzelnen Länder. Widerspruch wird gegen diese Vorschläge nicht erhoben.

Der Vorsitzende **Vandervelde** erklärt sie für a n g e n o m m e n und schließt hierauf die erste Plenarsitzung.

Schluß gegen 1 Uhr.

Am Nachmittag fand ein **Festzug und ein Volksfest in Söndermarken** statt. Auf dem Festplatze wurden von 4 Tribünen Ansprachen gehalten.

Zweiter Verhandlungstag

Donnerstag, den 1. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Branting**, der die Sitzung um 10¾ Uhr mit folgender Ansprache eröffnet:

Wenn ich die große Ehre, hier einer Ihrer Präsidenten zu sein, geglaubt habe annehmen zu dürfen, so hat das zwei Gründe, einmal, daß ich darin eine Anerkennung seitens der Internationale sehe, daß die schwedische Arbeiterschaft auch gemäß ihren Kräften redlich ihre Pflicht für die gemeinsamen Ziele erfüllt hat. Wir, die von Anfang an in der schwedischen Bewegung gestanden haben, wir, die vor 25 Jahren gesehen haben, wie klein damals das Häuflein der Genossen war, als wir die ganze Presse gegen uns hatten, als man uns noch alle Tage versicherte, daß die ruhigen, besonnenen, aufgeklärten schwedischen Arbeiter niemals der roten Fahne folgen würden, welche damals zuerst von unserem alten Veteranen, Genossen Palm getragen wurde, der auch hier im Saale ist (Beifall), wir können konstatieren, wenn wir dann die spätere Entwickelung überdenken, wie enorm die Evolution auch in unserem Lande ist. Seit dem Stuttgarter Kongreß haben wir Wahlen gehabt, welche die Zahl unserer Vertreter in der Zweiten Kammer verdoppelt haben. Wir haben jetzt 35 sozialdemokratische Abgeordnete in Schweden. (Lebhafter Beifall.) Wir haben weiter im vorigen Jahre, wie sie alle wissen, den großen Massenstreik ausgefochten, nicht nur mit dem Unternehmertum, sondern im Laufe des Gefechts hatten wir mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft unseres Landes zu kämpfen. Und wenn wir auch nicht als Sieger davon gegangen sind, so noch weniger als Besiegte, als Niedergeschlagene. Noch aus einem zweiten Grunde haben wir geglaubt, diesen Ehrenposten annehmen zu können. Wir haben hier auf diesem Kongresse sehr wichtige Fragen zu beraten; gewiß bestehen im einzelnen bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen uns, je nachdem die Dinge sich in den verschiedenen Ländern verschieden entwickelt haben; aber in den Hauptfragen sind wir alle einig. Wir haben die Hoffnung, daß der Kongreß sich sozusagen selbst zu präsidieren wissen wird. Wir hoffen, daß durch die Behandlung der Tagesordnungsfragen vermehrte Klarheit über die Ziele der Bewegung und alle die Fragen geschaffen werden wird, die der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder so nahe am Herzen liegen. Und es ist ja unsere Aufgabe, fest auf dem Boden der Wirklichkeit stehend und bleibend, auch den höchsten und kühnsten Idealen zuzustreben. (Lebhafter Beifall.)

Huysmans macht eine Reihe von Mitteilungen. An das Bureau des Kongresses sind mehrere hundert Zuschriften gelangt, darunter solche aus Armenien, von den dänischen Handarbeitern, von den Diamantarbeitern Antwerpens, von der sozialdemokratischen Jugendorganisation von Friedrichshall, vom Internationalen Friedensbureau, 60 Briefe und Telegramme von sozialistischen Esperantisten und Idisten, vom sozialistischen Nationalkonvent von Milwaukee, von der Sozialdemokratischen Partei Luxemburgs, vom „Vor-

wärts" in New York, von Paul Göhre, von den Gewerkschaften Salonikis, von den abstinenten tschechischen Arbeitern, von der sozialdemokratischen Partei Bosniens und der Herzegowina, von den Gewerkschaften Bulgariens, von den Arbeiterorganisationen in Kroatien, von der organisierten kaufmännischen Gehilfenschaft Oesterreichs, von der sozialdemokratischen Landesparteivertretung Kärntens, vom Verein der Zeitungsarbeiter in Wien, von der Föderation von Varna, von den Sozialdemokraten Salonikis, von der Organisation der Versicherungsangestellten Oesterreichs, vom Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, von der Landesorganisation Finnlands, vom Landesdistrikt von Upsala, vom Zentralkomitee der jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei, vom „Vorwärts" in Christiania, vom Verband gegen die Todesstrafe in Rußland, von der sozialdemokratischen Föderation West-Australiens, von der türkisch-sozialistischen Partei, von der jüdisch-zionistischen Sozialdemokratie, vom Genossen Katayama, von den dänischen Sozialisten in Milwaukee, von dem Arbeitslosen-Hilfskomitee in New York, von der ukrainischen Sozialdemokratie und den rumänischen Genossen der Vereinigten Staaten. Zum Schluß teilt Huysmans unter lebhaftem Beifall der Versammlung folgendes Schreiben Bebels mit:

Zürich, 27. August 1910.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Mein sehnlichster Wunsch, wieder an den Beratungen des Internationalen Sozialistenkongresses tätigen Anteil nehmen zu können, ist mir leider durch unüberwindliche Hindernisse unmöglich gemacht worden. So drängt es mich, wenigstens schriftlich auszudrücken, was mündlich zu sagen mir nicht vergönnt ist, meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die warmen und ehrenvollen Wünsche, die mir alle der Internationale angeschlossenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in Form von Adressen zu meinem 70. Geburtstage am 22. Februar dieses Jahres in einzig dastehender Weise überreichen ließen. Diese Adressen sind das denkbar wertvollste Geschenk, das mir gemacht werden konnte, und es hat mich und die Meinen mit der größten Freude erfüllt. Diesen letzteren wird es ein stolzes Andenken in späteren Zeiten sein, in denen ich nicht mehr bin. Für mich aber ist es ein neuer Ansporn, soweit meine Kraft es mir noch ermöglicht, auch ferner unserer großen, die Menschheit befreienden Mission zu dienen. Mit dem Wunsche, daß auch die diesmalige Tagung der Internationale sich würdig ihren Vorgängerinnen anschließen und dem internationalen klassenbewußten Proletariat neue Kraft für den weiteren Kampf und den Sieg geben möge, zeichne ich mit sozialistischem Gruß Euer unentwegter Kampfgenosse August Bebel.

Vorsitzender **Branting**: Ich bin sicher, daß ich Ihrer aller Gefühle ausdrücke, wenn ich dem Absender dieser Grüße den wärmsten Dank ausspreche und die Versicherung gebe, daß der Kongreß sich mit ihnen einig fühlt im Kampf für unsere großen gemeinsamen Ziele. Ich bin auch Ihrer Zustimmung ganz sicher, wenn ich vorschlage, unserem Veteranen und Vorkämpfer der Internationale, Bebel, ein Begrüßungstelegramm als Antwort auf seinen Brief zu senden. (Lebhafter Beifall.) Es ist so beschlossen, das Bureau wird Ihren Auftrag ausführen.

Huysmans: Auf dem Kongreß sind 896 vollberechtigte Delegierte anwesend, davon aus Deutschland 189, Frankreich 40, Oesterreich 65, Böhmen 43, Großbritannien 84, Rußland 39, Italien 9, Vereinigte Staaten 24, Belgien 26, Schweden 86, Dänemark 146, Polen 24, Schweiz 12, Ungarn 14, Finnland 19, Holland 14, Norwegen 31, Spanien 5, Türkei —, Armenien 2, Serbien 1, Argentinien 1, Bulgarien 7, Rumänien 2.

Die Arbeitslosenversicherung.

Als erster Gegenstand steht auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung die Frage der Arbeitslosenversicherung.

Die 4. Kommission legt hierzu folgende Resolution vor:

„Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist und daß sie nur mit dieser verschwinden wird. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um ihre Minderung und um die Linderung ihrer Folgen handeln.

Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten: die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.

Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen fordern:

1. Genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit.

2. In ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der tarifmäßigen oder sonst von den Gewerkschaften anerkannten Löhne.

3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen während der Krise.

4. Leistungen an Arbeitslose dürfen nicht eine Minderung der politischen Rechte zur Folge haben.

5. Errichtung und Unterstützung von gewerkschaftlichen oder paritätischen Arbeitsnachweiseinrichtungen, in denen die Wahrung der Freiheiten und Interessen der Arbeiter den Gewerkschaften übertragen werden muß.

6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen.

7. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern.

Berichterstatter Dr. Adolf **Braun**-Wien: Wir alle haben die Arbeitslosigkeit als eine in das Leben der Arbeiterklasse tief einschneidende Krankheit kennen gelernt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in England, Deutschland, Oesterreich, in Rußland wie in Japan haben wir ungeheure Krisen erlebt. Ueberall ist die Frage, wie innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit zu finden sei, in allen Sprachen erörtert worden, weil wir unbedingt die Gesellschaft verantwortlich machen müssen für diese schweren Leiden der Arbeiterklasse, weil sie selbst fühlt, daß sie in ihren Grundfesten erschüttert wird, wenn Hunderttausende von Arbeitern kein Brot haben, wenn Hunderttausende von Familien hungern. Aber so wie in der Wohnungsfrage immer mehr Material gesammelt und alle möglichen Vorschläge gemacht werden, so wie das aber, was die herrschenden Klassen tun, gar nicht in Betracht kommt im Vergleich zu dem ungeheuer großen Problem und zu dem ungeheuren gesammelten Material, so liegt es auch bei der Arbeitslosigkeit. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Partei der Arbeitslosigkeit gegenüber ist vollkommen klar. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit aufs engste, unzerreißlich zusammenhängt mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Immer aufs neue muß die Arbeitslosigkeit in ihr entstehen und dem Proletariat das tiefste

Elend bringen, während für die Bourgeoisie neue ungeheure Reichtümer erzeugt werden. Darum wissen wir, daß wir die Arbeitslosigkeit nicht abschaffen können, solange diese kapitalistische Produktionsweise herrscht, solange wir nicht stark genug sind, sie abzulösen durch die sozialistische Produktionsweise. Aber wir wissen auch, daß wir, wenn auch alle Uebel, die herrschen, mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verknüpft sind, innerhalb dieser Produktionsweise doch alles tun müssen, um das Elend der Arbeiterklasse einzuengen und zu lindern. Wir müssen für alle Schäden, die aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entspringen, die herrschenden Klassen verantwortlich machen, für alle Trübsal, für alles Elend der Arbeiterklasse, so auch für die Arbeitslosigkeit. Auch sie müssen wir zu lindern versuchen durch alles, was möglich ist, und all das muß geschehen durch den Druck, den wir auf die herrschenden Klassen ausüben. Heute steht es ja so, daß die Arbeiterklasse die Kosten der Arbeitslosigkeit trägt, einerseits, indem sie sich alle Entbehrungen auferlegt, andererseits dadurch, daß die gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeitslosen unvergleichlich mehr leisten als die Organe der besitzenden Klassen, Staat und Gesellschaft. Es hat Zeiten gegeben, wo wir vorsichtig darüber gewacht haben, daß nur die Gewerkschaften den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führen dürfen. Aber die Lasten, die die Gewerkschaften feiwillig auf sich genommen haben, sind ungeheuer groß geworden. Sowohl nach der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wie nach der der englischen Trades-Unions müssen die Gewerkschaften für die Arbeitslosenfürsorge mehr ausgeben als für den unmittelbaren Kampf um die Besserstellung der Arbeiter. Unsere verrufenen „Streitbrüdervereine" geben für die Arbeitslosenversicherung 25 Proz. mehr aus als für den direkten Kampf gegen das Kapital in der Form des Streiks. Wir haben ferner bemerkt, daß die Gewerkschaften nicht geschwächt, sondern gestärkt werden, wenn auch die Unorganisierten Arbeitslosenunterstützung erhalten. Wir sind heute nicht mehr der Meinung, daß wir die Arbeitslosenunterstützung brauchen, um Mitglieder für die Gewerkschaften heranzuziehen. Zum mindesten in den vorgeschrittenen Ländern genügt heute schon für die Gewerkschaftsagitation die bloße Aufklärung über das Wesen der Gewerkschaften. Wir müssen unterscheiden zwischen der Arbeitslosigkeit, wo sie ein gewerkschaftliches Kampfmittel und wo sie einfach eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Wenn eine große kapitalistische Krisis ausbricht, wenn Zehntausende von Arbeitern arbeitslos werden und die Gewerkschaften dann Unterstützung zahlen, so ist das philantropisch sehr edel, für den Kampf der Arbeiterklasse aber nur in verhältnismäßig geringem Maße wichtig, weil es einigermaßen das Drücken der Löhne verhindert. Mit den gewerkschaftlichen Kampfzielen hängt diese Arbeitslosenunterstützung nicht direkt zusammen.

Wir fordern daher eine *öffentlich-rechtliche allgemeine obligatorische Arbeitslosenunterstützung durch den Staat*, die den Gewerkschaften abnimmt, was nicht zu den gewerkschaftlichen Zwecken im engeren Sinne gehört. Wir müssen für die nächsten Jahre mit großen technisch-ökonomischen Revolutionen rechnen, die die industrielle Reservearmee gewaltig anschwellen lassen können und unsere glänzend gediehenen Gewerkschaften mit dem Hauptgewicht ihrer finanziellen Leistungen und organisatorischen Fähigkeiten auf die Einengung der Arbeitslosigkeit festlegen. Das ist aber nicht ihr Hauptzweck und ihre Hauptbedeutung. Deshalb wollen wir nicht alle Lasten der Arbeitslosigkeit auf unseren breiten Rücken nehmen, sondern die Gesellschaft zwingen, zu leisten, was ihre Pflicht ist, zumal allein der Kapitalismus von der Arbeitslosigkeit Vorteile gezogen hat. Wir wollen aber auch nicht darauf warten, bis die allgemeine obligatorische öffentlich-

reichliche Arbeitslosenunterstützung tatsächlich durchgeführt ist, sondern wollen dafür sorgen, daß Staat und Gesellschaft, alle öffentlich-rechtlichen Organisationen, und vor allem die Gemeinden, bessere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffen.

Die 4. Kommission war da zunächst der Meinung, daß sowohl im Interesse des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit als auch zur Erkenntnis der Zustände, unter denen das Proletariat lebt, zunächst eine regelmäßige genaue *Feststellung der Arbeitslosigkeit* notwendig ist. Wir verlangen weiter, daß durch ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen gesorgt wird, haben uns aber durchaus den Wunsch zu eigen gemacht, der vor allem von der englischen Delegation mit aller Entschiedenheit vertreten wurde, daß diese Notstandsarbeiten vom Charakter der Wohltätigkeit und der Armenfürsorge weit entfernt sein müssen. Wir haben es als Pflicht der Gesellschaft aufgestellt, Arbeit für die Arbeitslosen ohne jede moralische, politische und gesellschaftliche Schädigung dessen, der die Arbeitslosenfürsorge benutzt, bereitzustellen. Nicht nur, daß ihm seine politischen Rechte nicht geschmälert werden dürfen, die Notstandsarbeit muß auch davor bewahrt bleiben, eine Schmutzkonkurrenz zu werden und den Anlaß zu geben für die Herunterdrückung der Löhne. Wir verlangen auch für solche Arbeit die gewerkschaftlich als richtig anerkannten Löhne nach dem Prinzip, das man in England mit den Worten „fair wages" klar zum Ausdruck bringt.

Wir verlangen ferner als weitere Uebergangsmaßregel in den Zeiten voller Krise Unterstützungen an alle Arbeitslosenkassen. Zur Ergänzung der Arbeitslosenfürsorge fordern wir gute Arbeitsnachweiseinrichtungen, die wir aber nur dann anerkennen können, wenn in ihnen die Interessen der Arbeiter dadurch gewahrt sind, daß die Gewerkschaften die Möglichkeit haben, die Verwaltung der Arbeitsnachweisstellen zu kontrollieren und zu beeinflussen, damit keinem Arbeiter Arbeit zugewiesen wird, die mit den gewerkschaftlichen Prinzipien und Errungenschaften irgendwie im Widerspruch stehen kann. Wir verlangen ferner, daß die Arbeitsnachweiseinrichtungen der Gewerkschaften durch öffentliche Mittel unterstützt werden, wie das in Dänemark und den belgischen Städten mehrfach geschehen ist. Aber diese Unterstützungen dürfen die Freiheit der Gewerkschaften in keiner Weise beschränken, wie man das in Frankreich mehrfach versucht hat. Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte der Resolution, die vielleicht keinen von Ihnen voll befriedigt, und mit der auch der zur Berichterstattung verurteilte Parteigenosse nicht voll einverstanden ist. Aber wir mußten notwendig ein Kompromiß schließen, nach den Bedürfnissen der verschiedenen Länder unter Berücksichtigung der verschiedenen ökonomischen Verhältnisse und der verschiedenen Stärke der Gewerkschaften sowie ihrer Möglichkeit, sich mit und ohne Arbeitslosenunterstützung zu entwickeln. Wir haben uns in langen Stunden um eine Resolution bemüht, die einigermaßen den Wünschen aller Mitglieder entspricht. Wir haben im Interesse des Zustandekommens einer einheitlichen Resolution alle Zugeständnisse machen, nicht rücksichtslos die eigenen Anschauungen durchsetzen können. Wir wollen von diesem Kongreß weggehen, indem wir der Arbeiterklasse die Ueberzeugung geben, daß alles, was in ihrem Interesse geschehen kann, von diesem Kongreß gewünscht und nach diesem Kongreß von uns allen in allen Ländern mit aller Energie verfochten werden wird. (Lebhafter Beifall.)

Macdonald (Labour Party und J. L. P.): Der englischen Sektion ist die vorliegende Resolution zu schwach. Sie hätte gewünscht, daß in erster Linie das Recht auf Arbeit bei Gewerkschaftslöhnen (fair wages) gefordert würde. Auch ist die Resolution lückenhaft. Sie hat in ihrem letzten Wortlaut der englischen Sektion überhaupt nicht vorgelegen. Jetzt aber noch Aenderungen

zu beantragen, ist nicht mehr am Platze. Die britische Sektion wird für die Resolution stimmen, weil sie mit den Absichten und Grundprinzipien der Resolution einverstanden ist, im besonderen damit, daß der kapitalistischen Produktionsweise die Schuld an der Arbeitslosigkeit beigemessen und dem Staat die Pflicht auferlegt wird, die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu mildern. Auf Einzelheiten aber kann sich die Sektion nicht festlegen.

Berichterstatter **Braun:** Ich bin Macdonald sehr dankbar, daß er sein Einverständnis mit den Grundprinzipien der Resolution ausgesprochen hat, wenn er auch nicht mit allen Einzelheiten einverstanden ist. Die Resolution ist eben ein Kompromiß und mir selber ist noch viel mehr abgelehnt worden als Macdonald. Ich kann ihm aber versichern, daß die englischen Delegierten mit der Zähigkeit, die den Engländern eigentümlich ist, um jede ihrer besonderen Forderungen gekämpft haben. (Heiterkeit.) Wenn Macdonald einen besonderen Radikalismus darin sieht, daß in der Resolution an erster Stelle das Recht auf Arbeit hätte gefordert werden müssen, dann kann ich ihm erklären, daß über das Recht auf Arbeit z. B. bei den Deutschen sehr verschiedene Auffassungen herrschen. Das Recht auf Arbeit steht bekanntlich schon im preußischen Landrecht; es rief 1848 die Nationalwerkstätten hervor und mit dem Recht auf Arbeit in dem englischen workhouse hat man sehr üble Erfahrungen gemacht. Nun verbindet Macdonald noch das Recht auf Arbeit mit fair wages. Aber diese Forderung kann die kapitalistische Gesellschaft nicht erfüllen. Wir müssen deshalb mit Palliativmitteln die Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen zu mildern suchen. Nicht durch das Recht auf Arbeit, sondern durch die Abschaffung des Kapitalismus kann die Arbeitslosigkeit allein beseitigt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Die dänischen Genossen bitten mich, für sie darauf hinzuweisen, daß wir uns hier in Dänemark auf dem klassischen Experimentierboden in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch den Staat befinden. Die unermüdliche Arbeit der dänischen Abgeordneten und ihre Agitation in den Massen hat den Staat genötigt, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun. Vor allem hat der dänische Staat die Gewerkschaften als die besten Organisationen zur Milderung der Arbeitslosigkeit anerkannt.

Eine Reihe deutscher Gewerkschaftler wünschen an der Resolution noch einige formelle redaktionelle Aenderungen vorgenommen. Ich glaube, Sie werden alle damit einverstanden sein, wenn ich mit dem Bureau diese rein redaktionelle Arbeit erledige.

Vor 91 Jahren hat der große Nationalökonom Simonde de Sismondi, nach Ricardo der hervorragendste bürgerliche Oekonom, erklärt, daß die Unternehmer für den Schaden haftbar seien, den sie der Arbeiterklasse durch die Arbeitslosigkeit zufügen. Dasselbe sagen wir auch, wenn wir fordern, daß die Träger und Nutznießer des kapitalistischen Systems auch die Kosten für seine Folgen, für die Arbeitslosigkeit und ihre Milderung zu tragen haben. (Beifall.)

Quelch England (S. D. P.): Auch wir sind mit Macdonald einer Meinung. So wie die vorgelegte Resolution ist, kann sie die britische Sektion nicht annehmen. Die britische Sektion hat aber und darin irrt sich Macdonald, doch eine bestimmte Stellung zur Resolution einzunehmen. Sie muß entweder gegen sie stimmen oder der Abstimmung sich enthalten. Denn kämen wir mit dieser Resolution nach Hause, dann würden wir unserer eigenen Bewegung, vom Staat die Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit zu fordern, großen Schaden zufügen, weil diese Resolution zu schwächlich ist.

Der Kongreß erteilt dem Bureau das Recht, redaktionelle Aenderungen an der Resolution vorzunehmen.

Branting: Vielleicht begnügen sich die englischen Delegierten, die nur mit gewisser Reserve für die Resolution stimmen können, damit, daß diese Erklärung hier in öffentlicher Plenarsitzung von ihnen abgegeben worden ist. So können wir einen möglichst einstimmigen Beschluß zustande bringen.

Macdonald und **Quelch** rufen: Die englische Sektion enthält sich der Abstimmung.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nach der Abstimmung erklärt **Bruckère** (Frankreich), daß eine Anzahl französischer Delegierten sich gleichfalls der Stimme enthalten hatten. (Lebhafter Beifall bei den Engländern.)

Damit schließt die Diskussion.

Schluß: 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Jeppesen** (Norweger).

Zur Debatte gestellt werden die

Resolutionen

auf die Einigkeit, die Abschaffung der Todesstrafe und über die Zustände in Argentinien, Japan, Finnland, Spanien, der Türkei und Persien. Die Resolutionen lauten:

Resolution über die Einigkeit.

Der Internationale Kongreß von Kopenhagen erinnert an den Beschluß des Amsterdamer Kongresses betreffend die Einigkeit in der Partei, und

in Erwägung, daß das Proletariat eine Einheit ist und daß deshalb jede Sektion der Internationale eine einige Gruppe bilden muß und ihre inneren Spaltungen im Interesse der Arbeiterklasse des eigenen Landes und der ganzen Welt zu beseitigen verpflichtet ist,

in fernerer Erwägung, daß die sozialistische Bewegung in Frankreich der Einigung einen Zuwachs an Macht und Ansehen verdankt

fordert er alle nationalen Sektionen, die bis jetzt noch gespalten sind, auf, so schnell wie möglich die Einigkeit zu verwirklichen,

und beauftragt das Internationale Bureau, seine Hilfe bei der Durchführung des Einigungswerkes anzubieten.

* * *

Resolution gegen die Todesstrafe.

Die bürgerliche Aufklärung hat an der Schwelle der neuzeitlichen Entwickelung die Todesstrafe als ein barbarisches Erbstück des finsteren Mittelalters verdammt. Der revolutionären Bourgeoisie waren damals die Ideale des Fortschritts und der Humanität keine leeren Worte und daher proklamierten ihre besten Vertreter in allen Ländern den Kampf wider die Kulturschmach des in Justizform gekleideten, kaltblütigen und systematischen Mordes eines Menschen.

Seitdem hat sich auch in dieser Beziehung ein gründlicher Wandel vollzogen. Der immer gewaltigere und immer schärfere Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem modernen Proletariat, der mehr und mehr zur Achse des öffentlichen Lebens aller Staaten wird, hat bewirkt, daß die heutige verfallende Bourgeoisie mit den sonstigen demokratischen und freiheitlichen Zielen nunmehr auch den Kampf gegen die Todesstrafe preisgegeben hat. Ja, die herrschenden Klassen greifen jetzt selbst immer mehr zu der schmachvollen Waffe der Todesstrafe, sowohl um mit den Zersetzungsprodukten der eigenen kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden, wie um das kämpfende

Proletariat gewaltsam niederzuringen. In Deutschland und einigen anderen sogenannten Kulturländern haben sich vor kurzem eine ganze Reihe von Koryphäen der Wissenschaft und Kunst, glänzende Vertreter bürgerlicher Intelligenz, für die Notwendigkeit der Todesstrafe ausgesprochen. Hervorragende Vertreter der modernen Kriminaljustiz haben erst jüngst wesentliche Abänderungen des Asylrechts befürwortet, die in vielen Fällen, namentlich insofern es sich um Flüchtlinge aus dem Zarenreiche handelt, auf eine tatsächliche Wiedereinführung der Todesstrafe auch in solchen Ländern hinauslaufen würde, in denen, wie in Holland, die Todesstrafe seit Jahrzehnten abgeschafft ist. In der Republik Frankreich wurde in den letzten Jahren ein Gesetzentwurf im Parlament abgelehnt, der die Abschaffung der Todesstrafe forderte. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas wird die Todesstrafe als Waffe gegen das gewerkschaftlich kämpfende Proletariat angewandt. Den unvergeßlichen Opfern des Chicagoer Justizmordes, die im Kampfe um den Achtstundentag gefallen sind, waren erst jüngst beinahe einige Vorkämpfer der um ihre Existenz ringenden organisierten Bergarbeiter gefolgt. In Spanien gebraucht ein mordendes reaktionäres Regiment den Justizmord als Kampfwaffe und Rachemittel gegen die freiheitlichen Bestrebungen des Proletariats. In Rußland endlich, einem Lande, wo die Todesstrafe für gemeine Verbrechen längst abgeschafft war, arbeitet der Henker seit der großen revolutionären Erhebung des arbeitenden Volkes, namentlich seit dem Sieg der Konterrevolution, ohne Unterlaß. Tausende und Abertausende werden hier nach einer schnöden Komödie kriegsgerichtlichen Verfahrens hingerichtet. Ein Blutstrom ergießt sich um das ganze russische Reich. Und das alles geschieht vor den Augen der gesamten zivilisierten Welt, ohne daß die Vertreter der bürgerlichen Intelligenz der westeuropäischen Kultur irgendeinen tatkräftigen Widerstand wagen, ja unter der moralischen und finanziellen Unterstützung des Henkerregiments durch die Bourgeoisie Europas. Viele der bürgerlichen Intelligenzen, die sich um den Justizmord Ferrers im höchsten Maße aufgeregt haben, sehen ruhig dem Massenmord zu, durch den der korrupte russische Absolutismus die revolutionäre Erhebung des Proletariats zu ersticken sucht.

Heute ist somit das sozialistische Proletariat der wichtigste und zuverlässigste Träger des Kampfes wider die Barbarei der Todesstrafe. Nur die durch die sozialistischen Parteien verbreitete Aufklärung, nur die kulturelle Hebung der großen arbeitenden Massen durch die politische und gewerkschaftliche Aktion, nur die wachsende Macht des organisierten Proletariats aller Länder vermögen der Kulturschmach der Todesstrafe einen starken Damm entgegenzusetzen. Die Vertreter des politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletariats aller Länder, die in Kopenhagen tagen, stellen die aktiven und passiven Anhänger des blutigen Justizmordes in allen Formen an den Pranger, sie fordern die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse in allen Staaten auf, bei gebotener Gelegenheit die Abschaffung der Todesstrafe zu fordern. Sowohl ihr Vorgehen in den Parlamenten, wie alle entsprechenden politischen Vorgänge sollen als Anlässe einer kraftvollen Agitation in Versammlungen und in der Arbeiterpresse für die Abschaffung der Todesstrafe benutzt werden.

* * *

Argentinien

Der Internationale Kongreß brandmarkt das Verhalten der Oligarchie in Argentinien, die das allgemeine Wahlrecht in der Praxis systematisch fälscht,

die sowohl die Gesetze als auch die gesamte politische Aktion der Arbeiterklasse mit Füßen tritt,

die [illegible] Politik [illegible] auf eine [illegible] Verfolgungen gegen die einheimische und fremde [illegible] betätigt und

mit dem allem das Volk im Zustande [illegible] Unterdrückung hält und ihm ein verderbliches Beispiel der Anarchie bietet.

Der Internationale sozialistische Kongreß verurteilt diese schmachvollen politischen Zustände Argentiniens auf das schärfste, er begrüßt freudigst das Verhalten der sozialistischen Partei unter so schwierigen Verhältnissen und hofft, daß es ihren Bemühungen gelingen wird, dem arbeitenden Volke Argentiniens Aufklärung und Klassenbewußtsein zu bringen und damit den Fortschritt des politisch so rückständigen Landes zu sichern.

* * *

Japan.

Der Internationale Sozialisten-Kongreß in Kopenhagen verurteilt aufs schärfste die Maßregeln, mit denen die Regierung Japans die sozialistische Bewegung dieses Landes zu unterdrücken sucht, Maßregeln, die den wahren Charakter dieser Regierung als einer Mischung absolutistischer Willkür mit kapitalistischer Brutalität enthüllen, und die darauf gerichtet sind, dem japanischen Proletariat jedes Streben nach Befreiung und Kultur unmöglich zu machen und es auf das Niveau willenloser Sklaven herabzudrücken.

Indem der Kongreß die ungeheure Bedeutung der Emanzipation des industriellen Proletariats Asiens für die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt anerkennt, versichert er in der Gewißheit, daß das Umsichgreifen des Kapitalismus den Boden auch in Asien immer mehr für die sozialistische Saat vorbereitet, das japanische Proletariat der wärmsten tätigen Sympathie der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt. Insbesondere aber drückt er den unerschrockenen und ausdauernden Vorkämpfern des Sozialismus in Japan, die unter den schwierigsten Verhältnissen allein den opferreichen Kampf gegen die Politik der Eroberung nach außen, der Unterdrückung nach innen führen und damit in der intensivsten Weise der Sache des internationalen Proletariats dienen, seine vollste Anerkennung und seine Bewunderung aus.

* * *

Finnland.

Der Internationale sozialistische Kongreß zu Kopenhagen brandmarkt die barbarische und schmähliche Politik der russischen Regierung und der reaktionären Vertreter der besitzenden Klassen in der Duma und im Reichsrate, — eine Politik, welche sich anschickt, die Autonomie und die demokratischen Freiheiten Finnlands zu vernichten und Finnland in eine unterjochte Provinz Rußlands zu verwandeln.

Der Kongreß stellt fest, daß die zaristische Regierung durch ihre Finnland gegenüber eingeschlagene Politik, ihre im Jahre 1905 gegebenen Garantien ebenso wie die schon hundert Jahre bestehende Verfassung in zynischer Weise jedem Rechte und Gesetze zuwider verletzt hat und den ausgesprochenen Willen des ganzen finnischen Volkes, den Protest der öffentlichen Meinung Europas, den Schiedsspruch der bedeutendsten Rechtsgelehrten mit Füßen tritt.

Der Kongreß stellt weiter fest, daß die brutale Unterdrückung der Autonomie Finnlands nur die Folge eines ganzen Regierungssystems der rohesten

Unterdrückung aller nichtrussischen Nationalitäten und des russischen Volkes selbst ist, — eine Unterdrückung, welche durch die von Blut und Schmutz triefenden russischen reaktionären Machthaber ausgeübt wird, die sich mit dem Scheine eines „Konstitutionalismus“ umgeben.

In Anbetracht dessen, daß die herrschenden Klassen Europas und ihre Presse, ab und zu platonische Wünsche zugunsten Finnlands zum Ausdruck bringen, sonst aber tatsächlich den barbarischen Zarismus unterstützen;

daß die finnländischen Sozialisten, um die demokratischen Freiheiten und das freie Selbstbestimmungsrecht des finnischen Volkes zu wahren, in einen ernsten und schweren Kampf verwickelt sind,

spricht der Kongreß sein Vertrauen aus zu der Energie, dem Mute und der Ausdauer des finnischen klassenbewußten Proletariats.

Der Kongreß ist überzeugt, daß das finnische Proletariat stets im Einverständnis mit der Arbeiterklasse Rußlands vorgehen und solidarisch gegen dasselbe Unterdrückungssystem kämpfen wird. Der Kongreß fordert die sozialistischen Parteien aller Länder und die wahrhaft demokratischen Elemente auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln (Presse, Parlament, Meetings usw.) gegen den gegen Finnland geführten Gewaltstreich zu protestieren und den Kampf gegen den Zarismus zu unterstützen.

Der Kongreß beauftragt das Internationale sozialistische Bureau, Maßnahmen zu ergreifen, um zugunsten Finnlands in allen Ländern eine möglichst einheitliche und imposante Kundgebung des sozialistischen Proletariats in die Wege zu leiten.

* * *

Spanien.

Angesichts der tragischen Ereignisse, die sich in Spanien und insbesondere in Katalonien im vergangenen Jahre abgespielt haben, drückt der Internationale sozialistische Kongreß in Kopenhagen seine wärmste Sympathie den Genossen der sozialistischen Partei Spaniens aus, sowie den Genossen Kataloniens und allen organisierten Arbeitern in Spanien, die, entsprechend den Beschlüssen der Internationale, dem Kolonialabenteuer in Marokko die Massenaktion des Proletariats entgegenzusetzen versuchten.

Der Internationale sozialistische Kongreß brandmarkt die barbarische Unterdrückung, deren Opfer unsere Genossen in Barcelona und anderen Städten geworden sind, insbesondere den Justizmord gegenüber Ferrer, und begrüßt die Kammerwahl des Genossen Iglesias, des ersten parlamentarischen Vertreters der Arbeiterklasse in der Hauptstadt der Monarchie, als das entscheidende Anzeichen des Erwachens des spanischen Proletariats.

* * *

Türkei.

In Anbetracht

1. der von den kapitalistischen Staaten Europas gegenüber der Türkei befolgten Politik;

2. der Proklamation einer Verfassung, die jedem Staatsangehörigen die Menschen- und Bürgerrechte gewährte;

3. der Verletzung des Rechtes der Berufsvereinigung und des Streiks durch die türkische Regierung;

4. der verhängnisvollen Folgen einer autokratischen Politik für die Arbeiterklasse der Türkei;

erklärt der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen

daß diese verwerfliche kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten zunächst nur wirksam zu bekämpfen ist durch eine [illegible]

liche demokratische Verfassungsreform in den Balkanländern und durch eine friedliche Verständigung der souveränen Völker dieser Staaten, wie sie heute allein die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den Regierungen der Balkanländer und der übrigen europäischen Staaten vertritt.

Er protestiert gegen die reaktionäre Politik der jungtürkischen Regierung und besonders gegen die wider die Gewerkschaftsorganisation und Streiks gerichteten Gesetze und begrüßt aufs freudigste die in der Türkei entstehende sozialistische Bewegung.

* * *

Persien.

In Anbetracht

daß gleich von Beginn der persischen Revolution und gerade infolge des englisch-russischen Vertrages die zarische Regierung alle Mittel angewendet hat, um die konstitutionelle Bewegung zu vereiteln;

daß sie zu wiederholten Malen sogar mit bewaffneter Macht eingeschritten ist unter dem Vorwande, die Ordnung an der Grenze sowie das Leben ihrer eigenen Untertanen in Persien zu schützen, in Wirklichkeit aber, um die Bestrebungen der persischen Demokraten zu hemmen; daß diese Truppen, sowie die russische Polizei, in der Provinz Aderbeidjan (Täbris) offen gegen die Aufständischen und ihre Führer, welche der Partei „Taschnaktzoutioun" angehören, mit aller Strenge verfahren sind;

daß heute noch die russische Regierung durch ihre zahlreichen verkappten Agenten ihre Intrigen und Provokationen in Persien fortsetzt; daß ein beträchtlicher Teil der Truppen sich noch auf persischem Boden befindet, trotz der wiederholten Proteste von seiten der Medjis und der Regierung von Teheran;

in Anbetracht ferner,

daß die nämliche russische Regierung sehr tätig in der Türkei „arbeitet", namentlich in Türkisch-Armenien; daß sie beständig Emissäre hinschickt, um die Feudal-Kurden, welche das reaktionärste Element in der Türkei sind, gegen die Armenier aufzureizen und so die Unruhen zu unterhalten und die Gegenrevolution zu provozieren;

daß der russische Gesandte in Konstantinopel, Tscharikoff, und der russische Konsul in Erzerum in diesem Sinne ganz spezielle Instruktionen bekommen haben.

In Anbetracht, kurz,

daß der Zarismus, welcher auf seinem freiheitsmörderischen Marsch im Innern seines Reiches siegreich ist, die an seinen beiden Grenzen eingeführte konstitutionelle Ordnung nicht leiden kann, systematisch und mit aller Beharrlichkeit darauf ausgeht, das Willkürsystem in Persien und in der Türkei wieder herzustellen;

in Anbetracht dieser bedenklichen Tatsachen, welche für die beiden jungen Demokratien des Orients eine beständige Gefahr sind,

fordert der Kongreß die sozialistischen Parteien in Europa aufs dringendste auf, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um dem reaktionären Treiben des Zarismus ein Ende zu machen.

* * *

Heute soll nur diskutiert und morgen über die Resolution beschlossen werden.

Berichterstatter ist Reichsratsabgeordneter **Dr. Ellenbogen** (Wien): Mir ist die außerordentlich schwere Aufgabe geworden, nicht weniger als 8 Resolutionen in 20 Minuten zu begründen. Ich tue es deshalb so kurz als möglich. An die Spitze meiner Darlegungen möchte ich die Resolution über die Einigkeit stellen,

eine Resolution, die der Initiative der französischen Genossen zu danken ist. Bekanntlich ist schon auf dem Kongreß in Amsterdam eine solche Resolution beschlossen worden, ein Zeichen für den Geist der Partei, für die große Kraft des Sozialismus und für die Kraft der Selbstüberwindung, der es einzig zu danken ist, daß diese Resolution trotz der schwierigen Verhältnisse in Frankreich von beiden streitenden Gruppen angenommen wurde. Ihre Versöhnung ist gelungen, und mit Dank und Anerkennung müssen wir der opferwilligen Unterwerfung gedenken, die die eine Gruppe, die Jauresisten, dabei ausgezeichnet hat. Das Werk der Einigkeit ist noch nicht überall ganz gelungen; wir hoffen aber, daß es im nächsten Jahre vollständig gelingen wird, in allen Ländern, in denen noch Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Wir hoffen, daß der nächste Kongreß die vollständige Einigkeit aller Gruppen in allen Ländern wird konstatieren können.

Damit komme ich zur zweiten Resolution, gegen die Todesstrafe. Es fällt mir nicht ein, mich über die juristische Seite der Frage zu äußern. Was mich interessiert, ist ihre menschliche und vor allem ihre politische Seite. Es ist bezeichnend, daß auch das Bürgertum in seiner revolutionären Periode, als es von den großen Ideen seiner eigenen Emanzipationszeit erfüllt war, die Abschaffung der Todesstrafe auf seine Fahne geschrieben hatte. Es ist aber auch bezeichnend, daß die Bourgeoisie nach der Erwerbung politischer Macht langsam von ihren eigenen Idealen auch in der Frage der Todesstrafe zurückgekommen ist, wie sie auch von anderen ihrer Ideale zurückgekommen ist.

Es ist merkwürdig, daß sich eine Reihe bürgerlicher Gelehrter, trotz günstiger Erfahrung mancher Länder mit der Abschaffung der Todesstrafe, immer noch mit wohlgesetzten scheinwissenschaftlichen Gründen für diese Form der Strafe ins Zeug legen. Es ist weiter bezeichnend, daß die Bewegung auf Beibehaltung oder Wiedereinführung der Todesstrafe überall von den reaktionärsten Parteien geführt wird, so z. B. in Holland von den Anti-Revolutionären, einer orthodox-protestantischen Gruppe. Gegenüber den juristischen Scheingründen halten wir an der richtigen Auffassung fest, daß durch die Todesstrafe Mordtaten und andere schwere Verbrechen nicht verhindert werden, daß sie vielmehr nur dazu benutzt werden soll, alle freiheitlichen Bewegungen mit der brutalen Gewalt zu unterdrücken. (Sehr wahr!) In dieser Hinsicht ist das klassische Land der Todesstrafe Rußland, wo dieser gerichtliche und außergerichtliche Mord wütet. In den letzten fünf Jahren sollen nicht weniger als 3000 Todesurteile in Rußland vollstreckt worden sein. Zu welch furchtbarer Verwilderung, zu welcher grenzenlosen Barbarei die Todesstrafe dort geführt hat, zeigt die Tatsache, daß die Henker sich nicht gescheut haben, in der heiligen Nacht, an dem Feste, das für die ganze Menschheit als Fest des Friedens, der Liebe und der Versöhnung gefeiert wird, zu Weihnachten um 1 Uhr nachts, politische Verbrecher hinzurichten (Bewegung), eine Tatsache, die selbst bei den Anhängern dieser Strafe Entsetzen erregt hat. Männer von mehr als hundert Jahren, Kinder, zahllose Unschuldige hingerichtet zu sehen, ist die letzte Konsequenz der furchtbaren Verrohung, die die Todesstrafe herbeiführt. Dabei ist noch hervorzuheben, daß für gemeine Verbrechen in Rußland die Todesstrafe abgeschafft ist und nur auf dem Umweg über die Ausnahmegerichte, die Militärgerichte, für politische Verbrecher wieder eingeführt ist. Wir wissen, daß es noch ungeheure Mühe kosten wird, den russischen Koloß der Reaktion niederzuwerfen, aber seine Hinrichtungswut bedroht ganz Europa, auch die Länder ohne Todesstrafe, in denen das Asylrecht gefährdet ist und die Auslieferung dem Galgen doch Opfer zuzuführen droht. Das bedeutet eine Unterwerfung der Zivilisation unter die brutalen unmenschlichen Anschauungen Rußlands. Aus diesem Grunde muß der Kongreß seine Stimme für die Abschaffung dieser

Brutalität erheben, einstimmig hier und auf der ganzen Erde. Darum haben wir eine möglichst einheitliche, gleichzeitige Kundgebung aller zivilisierten Völker und aller angeschlossenen Organisationen gegen die Todesstrafe zu beschließen vorgeschlagen.

Eine weitere Resolution betrifft die Lage in Argentinien. Zwar ist Argentinien eine Republik, aber sie ist ganz unter der Herrschaft einer korrupten Oligarchie, die nicht nur für das eigene Kapital, sondern auch für fremdes Kapital arbeitet. Die jung emporgekommene und [illegible], wenn auch vielfach noch agrarische Bourgeoisie bekämpft die junge proletarische Bewegung nach der in Europa längst verflossenen Methode gewalttätiger Reaktion in einer geradezu hinterwäldlerischen Manier. Mit einer Art schwarzer Banden werden die sozialdemokratischen Organisationen und Versammlungen gestört, mit den unglaublichsten Gewaltmaßregeln die Arbeiter verfolgt. Trotzdem setzen wir die größten Hoffnungen auf die Weiterentwicklung der argentinischen Sozialdemokratie, die schon bei den letzten Wahlen 7500 Stimmen erhalten hat und gut vorwärts schreitet. Der argentinischen Sozialdemokratie unsere Bewunderung und unsere Aufforderung zum Ausharren auszusprechen, der argentinischen Bourgeoisie unsere Verachtung und den Protest gegen ihre Gewaltmaßregeln entgegenzurufen, ist der Zweck dieser unserer Resolution.

Die nächste Resolution bezieht sich auf die Zustände in Japan. Japan hat von Europa sehr viel gelernt, hat ihm nicht nur den Militarismus, sondern auch den industriellen Kapitalismus abgeguckt, und damit seine Totengräber, die Industrieproletarier, erzeugt. Diese verfolgt jetzt der kapitalistische Staat mit den niedrigsten und infamsten Gewaltmaßregeln. Unser Genosse Katayama hat auf diesem Kongreß nicht erscheinen können, weil die japanische Polizei von dieser Reise für den Bestand des Reiches fürchtet (Heiterkeit). Gegenüber der Unzahl von Unterdrückungsmaßregeln steht auch nicht ein Buchstabe eines einzigen Arbeiterschutzgesetzes. Das sind die sozialen Zustände Japans, das Verhalten dieses angeblich modernen Staates gegenüber der Arbeiterklasse. Auch diesen japanischen Brüdern wollen wir unsere Bewunderung aussprechen und ihnen das Versprechen geben, daß wir mit ihnen gegen die Bourgeoisie der ganzen Erde kämpfen.

Wenn in Japan und neuerdings auch in China Arbeiterbewegungen entstehen, so kann es nicht wundernehmen, daß auch in den zurückgebliebenen Ländern Westasiens, die wir sonst nur als Räubernester kannten, sich die zarten Anfänge einer Arbeiterbewegung geltend machen. Die persische Revolution hat vor zwei Jahren den Schah gestürzt und eine angeblich konstitutionelle Regierung eingesetzt. Aber gegen die Arbeiter ist dieser neue konstitutionelle Staat so brutal wie der Absolutismus und Feudalismus der Geistlichen, die früher herrschten. Die Geistlichen sind hier wie überall die reaktionärste Macht und helfen Rußland, das die junge persische Freiheit ruinieren will. Rußland unterhält Räuberbanden in Persien und reizt in Armenien fortwährend die feudalen Kurden an zu Ueberfällen auf ihre Nachbarn. Rußland erhält künstlich eine fortwährende Unruhe in Persien und man fühlt überall seine brutale Hand. Es fördert mit allen Mitteln die Konterrevolution in Persien, um im Dunkeln fischen zu können. Hoffentlich werden die Träger der ehrlich freiheitlichen russisch-revolutionären Bewegung seiner Herr zu werden wissen. Gegen die Umtriebe des Zarismus und für die Freiheit der persischen Arbeiterschaft muß auch dieser internationale Kongreß sein Votum abgeben.

Ebenso kompliziert liegen die Zustände in der Türkei. Bekanntlich ist auch hier vor zwei Jahren die jungtürkische Revolution Sieger geblieben im Kampfe mit dem orientalischen Despotismus des Sultans, aber sie kann sich nicht weiterentwickeln. Die Habgier der europäischen Kapitalisten sieht in den ver-

fallenen und verfallenden, moralisch verfaulenden Reiches die willkommensten Ausbeutungsobjekte und beschwört dadurch eine Gefahr für den ganzen europäischen Frieden herauf. Wir Oesterreicher bekommen ja aus erster Hand die Folgen dieser kapitalistischen Kolonialpolitik, dieses verbrecherischen Treibens, zu spüren, und werden sie noch demnächst in einer ganzen Reihe von Steuererhöhungen zu spüren bekommen. Reaktionär ist der Charakter des jungtürkischen Regimes auch selber. Das Jungtürkentum hat die Revolution mit blutigen Mitteln gemacht, aber mit ähnlichen blutigen Mitteln, mit furchtbaren Repressalien, hält es das Proletariat nieder. Trotzdem existieren in der Türkei schon jetzt 125000, wenn nicht gar 150000 organisierte Gewerkschaftler. Die Bevormundungssucht der europäischen Mächte ruft ewige Konflikte hervor, bald in Mazedonien, bald in Serbien, bald in Bosnien und bald in Kreta. Gegenüber dieser Bevormundungssucht, gegenüber diesen kapitalistischen Manövern, die sich als Fürsorge ausgibt, die angeblich den Frieden erhalten will, in Wahrheit aber die ruhige freiheitliche Entwickelung unmöglich macht, erstreben wir eine wirkliche Sicherung des Friedens durch die Verbrüderung aller demokratischen Völker des Balkans. (Lebhafter Beifall.) Wir protestieren gegen die kapitalistischen und kindischen Bevormundungsversuche: die Völker, die die Revolution gegen den Sultan gemacht haben, werden sich auch, wenn man sie nur nicht stört, die eigene Würde und Freiheit zu retten wissen. Noch mehr ist die innere Freiheit in der Türkei die unbedingte Voraussetzung einer ruhigen Weiterentwickelung des Reiches. Wenn auch hier jede Arbeiterschutzgesetzgebung fehlt, jede Selbsthilfe der Arbeiter unterdrückt wird, müssen wir vor allem die politische und soziale Gesetzgebung zur Entwickelung im Sinne der Demokratie treiben helfen. Diesem Zwecke dient die 6. Resolution der Kommission.

Dem Gedanken der Genugtuung über die Fortschritte eines bestimmten Landes gibt die nächste Resolution Ausdruck, die Resolution über Spanien. Wir haben dort gegenwärtig ein liberales Regime und wollen dieses durchaus nicht allzu hart anfassen. Wir wünschen nur, daß es den Kampf gegen den Klerikalismus auch ehrlich fortführt und daß es sich nicht, wie sonst in Spanien, nur um Ministerportefeuilles handelt. Ein interessanter Aufsatz von Iglesias hat uns gezeigt, daß Spanien gar nicht so klerikal ist, wie es uns manchmal erschien. Aber auch das gegenwärtige Regime, so liberal und freiheitlich bis zu den letzten Konsequenzen es sich gibt, kann seinen bourgeoisen Charakter nicht verleugnen, und auch jetzt noch unterliegt das spanische Proletariat der schwersten Unterdrückung. Anarchistische Attentate werden wie überall zum Vorwand genommen, um die sozialistischen Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Trotzdem hat bei den letzten Wahlen Pablo Iglesias 41500 Stimmen auf sich vereinigt und ist als erster Sozialdemokrat in das spanische Parlament eingezogen. Ihn zu begrüßen und zu beglückwünschen — denn der Erfolg ist gleichzeitig ein Erfolg des Mannes, der nunmehr seit 35 Jahren an der Spitze der spanischen Sozialdemokratie steht —, ihn von Herzen zu grüßen und das spanische Proletariat, das trotz mehrhundertjähriger Inquisition unter dem volksverderbenden Klerikalismus noch immer nicht geknechtet ist, noch immer den alten freiheitlichen Geist hegt, ist uns ein Bedürfnis, das in der Resolution über Spanien zum Ausdruck kommt. (Lebhafter Beifall.)

An letzter Stelle für heute steht die Resolution gegen das Attentat, das Rußland an Finnland zu begehen im Begriff ist. Es macht ja den Eindruck, als ob Zar Nikolaus sich krampfhaft den Titel eines Mehrers des Reiches erwerben wollte. Nachdem er in Japan so gründlich abgeblitzt ist, nachdem in Ostasien seine mit einer heiligen Ikone bedachte Armee zu Brei geschlagen worden ist, hat er seinen Ländererwerbshunger nach dem armen, noch ziemlich wehrlosen Finnland gerichtet. Es ist eigentlich merkwürdig, daß er keine andern

Sorge hat. Ein Mann wie der Zar, der sich vor der Liebe des eigenen Volkes wie ein Dachs im tiefsten Bau verstecken muß, ein Mann, der, wenn er Menschen sehen will, zu den Fischen aufs Meer gehen muß, der, wenn er reist, auch im zivilisierten Europa ähnliche Schutzmaßregeln ergreifen muß, wie die saubere Gilde Diaboeffs (Große Heiterkeit), indem er sich mit Spitzeln spickt und die ganze Eisenbahnstrecke von Petersburg bis Racconigi mit Bajonetten umsäumt, der Mann geht tatendurstig auf Eroberungen aus und streckt seine blutbefleckten Hände gegen das friedliche arbeitende Volk des alten demokratischen finnischen Staates. Auch gegen dieses Verbrechen müssen wir in der denkbar entschiedensten Weise protestieren. (Stürmischer Beifall.) Die Bourgeoisie hat es über einige leise Zuckungen nicht hinausgebracht; wir aber wollen unsere Stimme aufs lauteste nicht nur hier auf dem internationalen Kongreß, sondern auch in den einzelnen Gruppen gegen dieses furchtbare Verbrechen erheben. Wir vertrauen dabei auf die demokratische Widerstandskraft der alten Bauerndemokratie Finnlands, wenn auch in der finnischen Bourgeoisie viele zweifelhafte Elemente sind, die bereit wären, ihren Frieden mit dem Mörder der finnischen Freiheit zu schließen, so steht doch gegen diese schamlosen Verräter ganz sicher und ohne Zweifel die Kraft des finnischen Proletariats, das den Kampf bis zur endgültigen Bezwingung des Zarismus führen wird. Noch fester aber vertrauen wir auf die historische Entwickelung der russischen Revolution selbst, die bald dem Zarismus die Eroberungsgelüste ein für allemal austreiben wird. (Lebhafter Beifall.) Drei von unseren acht Resolutionen richten sich gegen die Tätigkeit Rußlands, ein Zeichen dafür, welch unheilvolle Rolle es im Leben der Völker spielt. Es können jetzt eigentlich keine drei anständigen Menschen mehr in irgendeinem Winkel der Welt zusammenkommen, ohne wenigstens innerlich gegen das Fortbestehen des verfluchten Zarismus zu protestieren. Von diesem Kongreß aus, der die Befreiung und Erhebung der ganzen Menschheit erstrebt, muß der Atem eines tiefen inbrünstigen religiösen Hasses gegen den russischen Zarismus ausgehen. (Stürmischer Beifall.) Von hier aus muß der Kampfruf erschallen, nicht nur an das Proletariat aller Länder, sondern an alle ehrlichen und anständigen Menschen, mitzukämpfen gegen dieses fluchwürdige Regime, in dem das Gottesgnadentum in allen Ländern seinen letzten Trost und seinen Hinterhalt sucht. (Stürmischer Beifall.)

Wie unsere Einigungsresolution in Amsterdam als Tat gewirkt hat, indem sie dazu beigetragen hat, die Stärke der französischen Organisation auf das Doppelte zu erhöhen, so sollen auch unsere heutigen Resolutionen nicht bloß geschrieben und gesprochen sein, sondern lebendige Tat werden. Wir wollen durch unsere Beschlüsse den Arbeitern in den wilden Ländern zu Hilfe kommen und dazu beitragen, daß ihre Bewegung zugunsten der gesamten Arbeiterschaft der Welt in die Höhe wächst und gedeiht. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Wiik-Finnland: Im Namen der sozialistischen Partei Finnlands bitte ich die französischen Genossen, unseren wärmsten Dank für die Resolution zugunsten Finnlands entgegenzunehmen, die den Kongreß beschäftigt. Die Resolution macht auf uns einen um so tieferen Eindruck, als sie aus dem alten Vaterland der Revolution stammt. Wir wissen, daß zwischen der russischen und französischen Regierung ein enges Bündnis besteht, aber noch ein anderes französisch-russisches Bündnis besteht, das Bündnis des Proletariats beider Länder, und an diesem Bündnis möchten auch wir Finnländer gern teilnehmen. Kameraden, der Kampf, der dem finnischen Proletariat in nächster Zeit bevorsteht, wird zweifellos außerordentlich schwer sein und das um so mehr, als wir gleichzeitig gegen eine der servilsten und reaktionärsten Bourgeoisien zu kämpfen haben. Und doch glaube ich Euch versichern zu können, daß das finnische Pro-

letariat seine Schuldigkeit tun wird. Mag man unsere Vereine unterdrücken, unsere Gewerkschaften auflösen, unsere Zeitungen verbieten — und all das wird sicher geschehen —, wir werden den Kampf dennoch fortführen. Indessen machen wir uns keine Illusion darüber, daß der Kampf sehr bald zu Ende wäre, wenn wir allein stünden. Um all den Leiden Trotz zu bieten, die über uns kommen werden, brauchen wir den Beistand aller unserer Genossen in der ganzen Welt. So erfüllt uns tiefe Bewegung, wenn wir jetzt das lebhafte Interesse wahrnehmen, das die Genossen aus allen Ländern an unserer Sache nehmen. Wir sind gewiß nicht gleichgültig dagegen, daß die Männer der Rechtswissenschaft aller Länder ohne Ausnahme den Rechtsstandpunkt Finnlands verfechten. Aber wir sind überzeugt, daß allein das klassenbewußte organisierte Proletariat uns wahrhaft wirksam unterstützen kann. Darum waren wir in unserem Herzen so dankbar, als wir hörten, daß das internationale Bureau alle angeschlossenen Parteien aufgefordert hätte, vor aller Welt zu bekunden, was die finnländische Frage eigentlich ist, und daß unsere Genossen in den Parlamenten aller Länder und auch bei anderen Gelegenheiten das Wort ergriffen haben, um im Namen des Proletariats und der Zivilisation gegen das neue Verbrechen der zarischen Regierung zu protestieren. Auch die Resolution, die uns heute hier vorliegt, wird zweifellos dieselbe Wirkung haben; auch sie wird der ganzen Welt sagen, was der Zarismus ist. Der Zarismus sieht es freilich nicht gern, wenn man von ihm spricht. Europa soll ihm nur sein Geld leihen und sich nicht darum kümmern, wie er es verwendet. Wir aber, Genossen, wollen vom Zarismus sprechen. Wir wollen der ganzen Welt sagen, was der Zarismus ist. Der Zarismus ist die Unterdrückung aller arbeitenden, denkenden und wollenden Menschen. Der Zarismus ist das Gefängnis, der unterirdische Kerker, ist Sibirien. Jeder Sieg, den der Zarismus davonträgt, ist eine Niederlage für die Zivilisation, denn er ist der Gegner jeder Zivilisation und vor allem der wichtigsten Kulturträger, der Arbeiter. Der Zarismus ist der Tod. Und deshalb müssen wir, die wir Kämpfer des Lebens sind, ihn bekämpfen. (Stürmischer Beifall.)

De Leon (Amerika): Auch in Amsterdam ist eine Resolution für die Einigung einstimmig angenommen worden, aber nur eine Nation hat dieses Mandat erfüllt, Frankreich. In anderen Ländern ist die alte Uneinigkeit bestehen geblieben, so auch in Amerika mit seinen zwei Parteien, der „Socialist Labour Party", die ich vertrete, und der „Socialist Party". Nach Amsterdam haben wir, die Minorität, uns zu Verhandlungen bereit erklärt, unser Angebot ist aber von der anderen Partei abgelehnt worden. Deshalb freue ich mich, hier auf diesem Kongreß die Vertreter der anderen Partei öffentlich fragen zu können, was wir von ihnen, die zweifellos jetzt auch für die Einigungsresolution wie in Amsterdam stimmen werden, in Amerika zu erwarten haben. Im Namen der sozialistischen Arbeiterpartei kann ich erklären, daß wir im Januar eine Kommission fertig haben werden, um mit der anderen Partei auf einer Konferenz wegen der Vereinigung zu verhandeln. Amerika ist ein Hauptland des Kapitalismus. Alle Bedingungen für eine große sozialistische Bewegung sind gegeben, aber die Bewegung gedeiht nicht, weil wir uns befeinden. Beide Parteien haben in den letzten Jahren nicht unbeträchtlich verloren. Ich bitte daher, nicht platonische Erklärungen hier abgeben zu wollen, sondern deutlich zu sagen, was man zu tun gedenkt.

Hillquit (Amerika): Genossen! Ich würde zu der Einigungsresolution nicht das Wort genommen haben, hätte mich nicht De Leon direkt dazu aufgefordert. So will ich ihm antworten, um jeden falschen Eindruck zu verhindern. Die Sozialistische Partei Amerikas ist für die Einigung aller sozialistischen Kräfte in den Vereinigten Staaten; sie ist nicht nur platonisch dafür, sondern mit der Tat. Das haben wir am besten damit bewiesen, daß unsere Partei selbst ein

Abschluß einer solchen Vereinigung erzielt. Im Jahre 1900 war die sozialistische Bewegung Amerikas in verschiedene Parteien und Gruppen getrennt. Die jetzigen Vertreter der sozialistischen Partei beriefen einen Einigungskongreß ein und forderten alle sozialistischen Kräfte zur Vereinigung auf. Alle nahmen unsere Einladung an außer der Partei Daniel De Leons. (Heiterkeit.) Nach der Vereinigung machten wir großartige Fortschritte und jetzt zur Zeit sind fast alle früheren Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (S. L. P.) zu uns gekommen. So antworten wir denn auf die Anfrage: Werter Genosse De Leon, wenn es Ihnen ernst ist mit dem, was Sie sagen, wenn Sie eine Einigung im wahren Geist des Sozialismus zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind wirklich wollen, dann sind Sie uns jetzt, was Sie uns immer gewesen sind, hochst willkommen in unseren Reihen. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn man von der sozialistischen Einigkeit spricht, dann darf man nicht nur die formelle Einigkeit im Auge haben. Man muß wissen, was man ist, und so will ich weiter sagen: Die sozialistische Partei Amerikas steht auf der Basis des internationalen Sozialismus in Theorie und Praxis. Auch der organisierten Arbeiterschaft in den Gewerkschaften stehen wir freundlich gegenüber. Wir können uns keine sozialistische Bewegung denken, wenn sie nicht die Arbeitermassen hinter sich hat. (Lebhafter Beifall.) Und so frage ich den Genossen De Leon: Sind Sie bereit, das Kind Ihrer jüngsten Taktik, den Industriellen Arbeiterbund aufzugeben und alle unsozialistischen Marotten beiseite zu werfen. (Bravo!) Dann brauchen wir keine Konferenzen und keine Konvention mehr. Noch eins: wenn einmal zwei Parteien in einem Lande sich befinden und ernstliche Differenzen miteinander haben, dann sollten sie ihre Meinungsverschiedenheiten in anständiger Weise als anständige Männer miteinander ausfechten, damit die Bahn für die Vereinigung frei wird. Genosse De Leon, wenn Sie die Einigkeit im Herzen haben, dann hätten Sie nicht mit einem solchen Bericht, der nichts als eine Beschimpfung der Bruderpartei darstellt, vor den Kongreß treten sollen, wie Sie es getan haben. Wollen wir die Sozialisten aller Schattierungen vereinen, dann müssen wir auch bei unseren Differenzen die gegenseitige Achtung und den Anstand wahren. Das allein kann die sozialistische Bewegung fördern. (Lebhafter Beifall.)

Berger-Milwaukee: Wir amerikanischen Sozialisten sind für die Einigkeit. Der beste Beweis dafür ist, daß wir vor 10 Jahren zwei Parteien mit je 5000 Mitgliedern hatten, also gespalten waren, während wir heute eine Partei mit ungefähr 53 000 zahlenden Mitgliedern haben und eine zweite mit nicht ganz tausend. Ist das nicht schon so gut wie Einigkeit? (Große Heiterkeit.) Auch diese Tausend sind uns willkommen, heute, morgen, zu jeder Zeit, wenn sie auf den Boden des internationalen Sozialismus treten, wenn sie das internationale Programm annehmen und aufhören, die Gewerkschaften zu bekämpfen. Wir haben auf dem letzten Parteitag einstimmig eine Resolution angenommen, die De Leon und seine Mannen einlädt, sich uns anzuschließen und unser Programm anzunehmen. Sobald sie das tun, sind sie unsere Mitglieder. Wir können aber nicht Leute brauchen, die Tag für Tag die amerikanischen Gewerkschaften beschimpfen und uns seit Jahren beschimpft haben. Wir werden für die Einigungsresolution stimmen und versprechen Ihnen, daß wir innerhalb der nächsten drei Jahre die Einigungsfrage total lösen. Denn dann wird nur noch De Leon selbst außerhalb der Partei sein. Wir arbeiten also in Amerika für die Einigkeit überall und jederzeit. (Beifall.)

Kolaroff-Bulgarien verliest eine Erklärung der sozialdemokratischen Partei Bulgariens (der sogenannten engherzigen) und der sozialdemokratischen Partei Serbiens. Wir haben ein Memorandum über die Lage in der Türkei an den

Kongreß gerichtet, das leider nicht zur rechten Zeit gekommen ist. Wir legen deshalb Wert darauf, durch diese Erklärung die Gründe deutlich darzulegen, die unsere Abstimmung über die Resolution der Arbeiter von Saloniki verständlich machen:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die Eroberungsbestrebungen des europäischen Kapitals und des zaristischen Absolutismus die Völker der Balkanhalbinsel an ihrer politischen und sozialen Entwickelung hindern und die Aufrechterhaltung des blutigen Regiments von Abdul Hamid erleichtert haben, in Anbetracht, daß der Kampf, den die Volksschichten im ottomanischen Reich für ihre Freiheit und Unabhängigkeit unter dem absoluten Feudalregiment geführt haben, dieses gezwungen hat, um seine soziale Herrschaft aufrechtzuerhalten, selbst Abdul Hamid zu beseitigen und den Absolutismus durch die Konstitution zu ersetzen, ein Ereignis, das man in unrichtiger Weise als türkische Revolution bezeichnet hat, während es nur ein militärisches Pronunciamento war; in Anbetracht, daß das jungtürkische Regiment, weit davon entfernt, Vertreter der politischen und ökonomischen Bedürfnisse des ottomanischen Reiches zu sein, seine reaktionäre Herrschaft damit begonnen hat, daß es den Arbeitern kein Wahlrecht gab, das Vereinsrecht verschlechterte und das Streikrecht einschränkte sowie gegen die Minderheiten der verschiedenen Nationalitäten dieselben brutalen Unterdrückungsmittel wie Abdul Hamid anwendete; in Anbetracht schließlich, daß die Ausbeutungspolitik der kapitalistischen Großmächte und die Reaktionspolitik im Innern eine ständige Gefährdung des europäischen Friedens darstellen, erklären wir, daß die einzige Lösung der Balkanfrage nicht in der nationalistisch reaktionären Politik des Jungtürkentums, auch nicht in der Unterstützung der nationalistischen Politik der anderen Balkanstaaten, sondern nur in der freien Föderation aller Balkanvölker liegen kann. Nur die Vereinigung aller Balkanvölker in einer föderativen Republik kann die Kriegsgefahr beseitigen und die normale politische Entwickelung des Orients sichern. Unbeschadet des notwendigen Zusammenschlusses aller Balkanstaaten ist der ununterbrochene Massenkampf der Balkanländer gegen die Eroberungspolitik der kapitalistischen und absolutistischen Mächte der einzige Weg zu diesem Ideal."

Sakasoff Bulgarien: Die soeben verlesene Erklärung ist von Rumänen, Serben und den Bulgaren beider Fraktionen verfaßt. Erst im letzten Moment hat der Vorredner es für richtig gehalten, die von Rakowski verfaßte Deklaration als die nur einer bulgarischen Partei zu bezeichnen. Wir aber hoffen, daß dieser erste Fall des Zusammenwirkens aller Sozialisten und aller Fraktionen der Balkanstaaten der erste Schritt zu ihrer endgültigen Einigung sein wird.

Kolaroff Bulgarien: Weder die serbische noch die rumänische Sozialdemokratie noch wir sind in irgendeine Beziehung zur Partei des Vorredners getreten. Ich kenne den Genossen Sakasoff nicht, denn der gehört einer Partei an, die wir bekämpft haben und die wir stets bekämpfen werden, bis sie nicht mehr existiert. (Große Unruhe.)

Damit schließt die Debatte. Auf Vorschlag des Präsidiums wird zu Beginn der morgigen Plenarsitzung um 10 Uhr Ellenbogen das Schlußwort erhalten.

Huysmans fordert die Kommissionen nochmals auf, ihre Arbeiten heute abend nach Schluß der Plenarsitzung zu beenden.

Schluß 6½ Uhr.

Dritter Verhandlungstag

Freitag, den 2. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Klausen**-Dänemark. Er eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit folgenden Worten:

Ich danke für die Ehre, die Sie den skandinavischen Ländern durch die Wahl der Kongreßvorsitzenden erwiesen haben. Es wäre natürlich, wenn die Vertreter der großen Nationen hier den Vorsitz führten. Daß Sie ihn an Schweden, Norwegen und Dänemark übertragen haben, betrachten wir als Huldigung für die Arbeit, die seit 40 Jahren für die Ausbreitung des Sozialismus in den skandinavischen Ländern geleistet worden ist. (Beifall.)

Das Schlußwort zum Bericht der 5. Kommission (Resolutionen) erhält

Ellenbogen-Wien: Ich habe dem gestrigen Kommissionsbericht nur wenig hinzuzufügen. Die Frage der Einigung der sozialistischen Parteien kann nicht hier auf dieser Tribüne erledigt werden. Der Kongreß kann nur eine Mahnung ausgehen lassen, daß die Genossen in ihren eigenen Ländern die Streitigkeiten innerhalb des Sozialismus in kürzester Zeit erledigen. (Beifall.) Vom Bureau sind der fünften Kommission drei neue Resolutionen überwiesen worden, zwei davon haben wir als nicht zu unserer Kompetenz gehörig dem Bureau wieder zurückgegeben. Die dritte Resolution beschäftigt sich mit zwei Fällen, in denen seitens Frankreich und der Vereinigten Staaten das Asylrecht unter russischem Einfluß verletzt worden ist. Wir haben uns entschlossen, an Stelle dieser Einzelfälle eine allgemeine Resolution zugunsten der unverkürzten Aufrechterhaltung des Asylrechts Ihnen vorzulegen. Endlich ist uns die Resolution zugegangen, die von der sozialistischen Frauenkonferenz zugunsten Finnlands gefaßt worden ist. Wir empfehlen Ihnen, diese Resolution zu bestätigen und den anderen Resolutionen der fünften Kommission zuzustimmen. (Beifall.)

In der Abstimmung werden die Einigungsresolution, die Resolutionen gegen die Todesstrafe, die Resolutionen für Spanien, die Türkei, Persien, Japan, Argentinien und Finnland einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen. Besonders starke Kundgebungen ruft die Einigungsresolution und die Resolution zugunsten Finnlands hervor.

Die Sicherung des Weltfriedens.

Ueber die Beratungen der Antimilitarismus-Kommission referiert

Ledebour-Deutschland: Auf dem internationalen Kongreß ist die Frage des Verhaltens der sozialistischen Parteien zum Militarismus Gegenstand ausgiebiger Debatten in einer Kommission gewesen. Im Plenum ist sodann einmütig eine Resolution festgestellt worden, die das Resultat der mehrtägigen Verhandlungen zusammenfaßte und, soweit die Stellung der Sozialisten zum Militarismus im allgemeinen in Frage kommt, unsere prinzipiellen Ueberzeugungen in einer durchaus wünschenswerten Form geklärt und gelöst hat. Aber im fortlaufenden Gange der Entwickelung sind hierbei wie bei allen Fragen von großer Bedeutung neue Tatsachen in die Erscheinung getreten, die es notwendig machen, in bezug auf die praktischen Maßregeln schon auf diesem Kongreß neue Anregungen zu geben. Den Vorkommnissen der jüngsten Jahre selbst sind neue Anregungen und die neuen Vorschläge zu danken, die wir dem Kongreß unterbreiten. Es sind wesentlich zwei Gesichtspunkte, die wenigstens den Versuch einer Erweiterung der Stuttgarter Resolution geboten erscheinen lassen. Der eine ist der, daß es in der Schiedsgerichtsfrage eines noch energischeren Vorstoßes von seiten der Sozialdemokratie bedarf.

der Einsetzung von Schiedsgerichten stimmen bekanntlich alle bürgerlichen, sogar alle monarchistischen und aristokratischen Parteien zu. Aber trotzdem ist die Schiedsgerichtsbewegung fast vollständig ins Stocken geraten. Der zweite direkte Anstoß zu neuer Stellungnahme ist der Dreadnought-Schwindel, der uns Sozialisten erneut aufrütteln muß. Das Wettrüsten im Bau dieser großen neuen Schlachtschiffe, das von England ausgegangen ist, verwüstet jetzt alle Länder und hat besonders in England und Deutschland aufs stärkste eingesetzt und den Weltfrieden aufs schwerste bedroht. Was früher als Nebenerscheinung in Betracht kam, der Seekrieg, tritt nun als neue Kriegsgefahr in den Vordergrund. Dies hat bereits in den Parlamenten der nächstbeteiligten Länder seitens der Sozialisten zu Anträgen geführt; aber es ist zweifellos wünschenswert, daß der gesamte internationale Sozialismus ein einheitliches Vorgehen für alle Länder und Staaten in dieser Frage möglichst zu gleicher Zeit vorschlägt.

Ich könnte mich mit diesem Hinweis auf praktische Vorgänge beschränken und prinzipielle Auseinandersetzungen vermeiden, wenn nicht ein so bedeutender Sozialist, wie Bruce Glasier, der journalistische und geistige Vorkämpfer der J. L. P., in der Kommission gesagt hätte, es sei nicht allein die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die in der Gegenwart Kriege hervorrufen muß, sondern es spiele dabei auch der tierische Instinkt und die Kampfeslust der Völker eine große Rolle. Damit hat Bruce Glasier arg daneben gehauen. Zweifellos steckt in allen Menschen noch der tierische Instinkt dieser Kampfeslust. Aber ich muß aufs allerentschiedenste bestreiten, daß diese Kampfeslust in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen wesentlichen Antrieb zum Kriege oder eine hervorragende Begleiterscheinung bildet. Wer zettelt denn heute die Kriege an? Doch die herrschenden Klassen, die Kapitalisten, die ein Interesse an den Kriegslieferungen haben, die Krupp und Tippelskirch, die Armstrong oder wie sie sonst in England heißen. Diese Kapitalisten denken gar nicht daran, im Kriege ihre Kampfeslust und ihre tierischen Instinkte zu befriedigen, sondern bleiben hübsch zu Hause und sacken die Profite ein, die dadurch entstehen, daß die Völker sich gegenseitig abschlachten. Der berühmte russische Maler Wereschtschagin hat in seinen Bildern zur Schlacht von Plewna diese Tatsache ausgezeichnet symbolisiert: man sieht im Hintergrunde die russischen und türkischen Völker sich mit Waffen aller Art niedermetzeln, im Vordergrunde aber befriedigt der russische Zar mit seinen Generälen, seiner Hofgesellschaft die „Kampflust" und die „tierischen Instinkte" beim Champagnerglase. (Heiterkeit und Zustimmung.) Nicht die Kampfeslust provoziert also die modernen Kriege, die ihr bei dem Feuergefecht aus weiter Entfernung wenig Raum zur Entfaltung bieten, sondern die Profitgier des Kapitalismus. Die Sucht, fremde Völker zu unterjochen und auszubeuten, ist die ökonomische Ursache, aus der die modernen Kriege entstehen. Diese Raubgier des Kapitalismus hat sich in so starkem Maße entwickelt, daß sie alle früheren Ideologien des Bürgertums zur Verkümmerung gebracht hat. Alle Freiheits- und Friedensfragen des Bürgertums in seiner Jugendzeit sind vergessen, und nur der Ausbeutungstrieb ist geblieben. Wir haben dafür ein äußerst interessantes Beispiel in dem früheren amerikanischen Präsidenten Roosevelt, dem feinsten Typus des modernen kapitalistischen Politikers, aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem angeblich freiesten Lande der Welt, wo jeder Bürger unter dem Banner der Sterne und Streifen sich bei festlichen Gelegenheiten an den Phrasen von Freiheit und Frieden berauscht. Dieser Roosevelt hat auf seiner Jagdexpedition nach Afrika, die er nicht aus Kampfinstinkt sondern aus Schlächterinstinkt angetreten hat, (Sehr wahr!) die Ägypter angeschnauzt, weil sie sich erlauben, gegen die englische Unterjochung und Ausbeutung sich aufzulehnen. Das ist eins der schlagendsten

beispiele dafür, wie der Konkurrenzinstinkt der modernen kapitalistischen Politik alle anderen Erwägungen niederschlägt. Die seligen amerikanischen Freiheitskämpfer Franklin und Washington hätten sich gewiß im Grabe umgedreht, wenn sie die Worte dieser entarteten Nachkömmlinge, die kapitalistisch durchtränkten Repräsentanten der amerikanischen Bourgeoisie gehört hätten. (Beifall.)

In der Kommission sind wir über die Prinzipien der Erklärung sehr rasch einig gewesen. In den Einzelforderungen der Sozialisten gegenüber der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind nach Möglichkeit alle geeigneten Anregungen berücksichtigt worden. Nur eine Anregung des Genossen Morgari, in allen Parlamenten an die Regierungen die Forderung zu stellen, das Kriegsbudget um 50 Proz. herabzusetzen, fand keinen Anhänger. Genosse Morgari hat selbst gesagt, daß er sich nicht auf die 50 Proz. versteife, er würde vielleicht auch mit 45 zufrieden sein, und dann am Ende bereit sein, die übrigen 55 Proz. militärischer Ausgaben zu bewilligen. Aber dieser Prozentsozialismus (Heiterkeit) konnte die Zustimmung der übrigen Kommissionsmitglieder nicht finden.

Wir haben an Einzelforderungen in der Resolution 4 Punkte aufgestellt. Zunächst, daß in allen Parlamenten ständig obligatorische Schiedsgerichte zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten gefordert werden sollen. Wir haben ja auf Grund der Haager Kongresse bereits Schiedsgerichte, aber nur für die Fälle, die auch sonst nach den historischen Erfahrungen nicht zum Kriege geführt hätten. Mit dem Schiedsgericht werden sie vielleicht rascher erledigt, und die Schiedsgerichte geben einer Reihe von Diplomaten nahrhafte Anstellung, aber zur Beseitigung der wirklich kriegdrohenden Streitfälle tragen diese kapitalistischen Institutionen in keiner Weise bei. Wenn die „Ehre" oder die „Lebensinteressen" der Nation auf dem Spiele stehen, dann soll nicht das Schiedsgericht entscheiden, sondern an die ultima ratio regum appelliert werden, an den letzten Vernunftgrund der Könige, an die Kanone. Der Mann, der dieses Wort geprägt hat, hat den Königen offenbar verflucht wenig Vernunft zugetraut. (Heiterkeit.) Wir fordern Schiedsgerichte für alle internationalen Streitfragen.

Wir fordern weiter die vollständige Abrüstung; wir legen besonderen Wert darauf, zu erklären, daß wir selbstverständlich für die allgemeine Abrüstung eintreten, und ich bin namens der Kommission beauftragt, unseren Parteigenossen der skandinavischen Länder unsere rückhaltlose Anerkennung dafür auszusprechen, daß sie in dieser Beziehung in der Vorderfront des Sozialismus marschieren und mit großer Energie für die allgemeine Abrüstung eintreten. (Beifall.) Im übrigen sollen die sozialistischen Parteien immer neue Anträge stellen, um zunächst den Abschluß von Uebereinkommen über die Einschränkung der Seerüstungen und die Beseitigung des Seebeuterechts zu erzielen. Diese Doppelforderung hat ihren ganz bestimmten historischen Anlaß. Vor 1½ Jahren wurde es ruchbar, daß die englische Regierung an die deutsche mit einem Vorschlag auf Einschränkung der Seerüstungen herangetreten sei und die deutsche Regierung diese Vorschläge abgelehnt habe. Der englische Ministerpräsident Asquith hat selbst diese Tatsache mitgeteilt, um die englischen Flottenrüstungen zu verteidigen. Wir haben sofort im Reichstag den Fürsten Bülow vorgenommen und solange an ihm herumgearbeitet, bis wir klargestellt hatten, daß hier wieder einmal aus sogenannten diplomatischen Interessen die deutsche Regierung mit der Wahrheit Schindluder getrieben hat. Wenn nichts weiter herausgekommen wäre, so wäre schon das ein großer praktischer Erfolg unserer Arbeit. Denn unsere vielgeschmähte parlamentarische Arbeit hat gerade auch zur Hauptaufgabe, die Vertretung der kapitalistischen Interessen durch die bürgerlichen Parteien und Staatsmänner ihrer

Lügenhaftigkeit und Betrügerei zu überführen. Aber wir können mit Genugtuung konstatieren, daß unser Antrag auch über unsere Reihen hinaus gewirkt hat. Unsere englischen Genossen haben erfreulicherweise einen gleichlautenden Antrag eingebracht, wenn ihn auch nicht die ganze Labour Party unterzeichnet hat. Dafür hat im Deutschen Reichstag nur ein einziger bürgerlicher Abgeordneter für unseren Antrag gestimmt, während in England doch ein paar Dutzend liberale Radikale dafür eingetreten sind. Aber jetzt macht seit einiger Zeit auch ein Teil der deutschen bürgerlichen Presse lebhaft Propaganda für diesen deutsch-englischen Abrüstungsvertrag, wobei sie natürlich systematisch verschweigt, daß wir damit vorangegangen sind. Jedenfalls marschiert die Sache, und wir werden immer wieder die bürgerlichen Parteien vor die Entscheidung stellen, ob sie alle freiheitlichen und friedlichen Bestrebungen verleugnen oder sie durch Annahme unserer Anträge wahr machen wollen. Die Zusammenkoppelung der beiden Forderungen, Beschränkung der Seerüstungen und Abschaffung des Seebeuterechts, ist von der größten Wichtigkeit; denn die Reduktion der Rüstungen wird von der englischen Regierung, die Beseitigung des Seebeuterechts, dieser legalisierten Seeräuberei, das heißt, Handelsschiffe einer gegnerischen Nation auf offener See wegzunehmen, zu versenken und ihre Waren zu verkaufen, von der deutschen Regierung vertreten. England will natürlich keinen Konkurrenten gegen seine weitaus stärkste Flotte, die es auf der Höhe des Zweimächtestandards hält, die deutsche Regierung aber möchte ganz gerne einen Seekrieg versuchen, auf den hin es ja seine Flotte verstärkt, aber dabei nicht die deutsche Handelsflotte durch das Seebeuterecht dem schwersten Schaden aussetzen. Durch die Abschaffung des Seebeuterechts würden wir den Regierungen ein besonders beliebtes Argument für die Flottenhetze nehmen, den Schutz der Handelsflotte. Deutschland hat eine relativ kleine Handelsflotte von 1000 Schiffen; aber auch diese Handelsflotte kann natürlich durch keine Marine geschützt werden. Der Schutz der Handelsflotte im Kriegsfall ist überhaupt ganz unmöglich, wie sich im amerikanischen Sezessionskriege deutlich gezeigt hat, wo trotz der kolossalen Ueberlegenheit der Nordamerikaner der kleine Kreuzer „Alabama" alle Meere der Welt durchfuhr und an seinem Seeraub nicht gehindert werden konnte. Aber die Abschaffung des Seebeuterechts **wird gerade in Verbindung mit der Verminderung der Seerüstungen** die deutsche und die englische Regierung allmählich zur Erfüllung der beiden miteinander verkoppelten Forderungen treiben. Dann wäre die ungeheure Bedrohung des Weltfriedens durch die Seerüstungen eingeschränkt.

Wir haben noch einen vierten Punkt in die Resolution hineingebracht, der nicht direkt mit der Kriegsgefahr zusammenhängt, aber in der Zeit der nationalen Gegensätze eine der bedenklichsten sekundären Kriegsursachen ist. Wir haben gefordert das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und die Verteidigung aller Länder gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückung. Das interessiert natürlich in erster Linie die kleinen Staaten, daß die Forderung der nationalen Autonomie aller Völker auf der ganzen Welt zum Durchbruch kommt. Aber auch die größeren Nationen haben ihre Bruchstücke, die der Unterdrückung ausgesetzt sind. Deutschland unterdrückt nicht nur die Polen und Dänen, sondern auch die französisch sprechenden Elsaß-Lothringer, und ebenso werden Bruchstücke des deutschen Volkes, zwei Millionen in Ungarn und eine Million in Rußland, in ihrer Nationalität und ihrem Sprachentum unterdrückt. Deshalb fordern wir die freie Selbstregierung für alle Völker, nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Afrika. Der Sozialismus ist nicht, wie unsere Gegner sagen, antinational, sondern international, was ein ganz anderer Begriff ist. Antinational und

die nationalen Politiker, die andere Nationen unterdrücken und nur das Recht der eigenen Nation anerkennen, deren heißester Wunsch es ist, fremde Nationen, über die sie durch die geographische Lage oder durch Eroberung Gewalt haben, zu entnationalisieren. Wir sind internationale Sozialdemokraten, die das Recht jedes Menschen auf seine Muttersprache und Nationalität anerkennen und treten daher dafür ein, daß dieses Recht allgemein anerkannt wird. Je mehr dieser große Kulturstandpunkt bei allen Streitfragen von uns betätigt wird, um so mehr werden die Völker erkennen, daß sie ihr Heil nicht von den bürgerlichen Parteien, sondern nur von den Sozialisten zu erwarten haben.

Am Schlusse sagt die Resolution, daß bei drohenden Konflikten das Internationale Bureau sofort die nötigen Schritte ergreifen soll, um die sozialdemokratischen Parteien der betreffenden Länder zu einem einheitlichen Vorgehen zu veranlassen. Der Antrag entspringt einer Anregung der österreichischen Genossen, weil bei dem letzten serbo-österreichischen Konflikt Mißverständnisse zwischen den Parteien der beiden Länder vorhanden waren. Derartigen Mißverständnissen möglichst vorzubeugen, soll das Internationale Bureau beauftragt werden.

Gesondert von der allgemeinen Resolution legen wir Ihnen dann noch zwei Resolutionen vor, die dem Internationalen Bureau allgemeinere Aufträge geben. Auf Antrag der französischen Sozialdemokratie soll beschlossen werden, daß im Falle des Drohens einer Kriegsgefahr das Internationale sozialistische Bureau schon einberufen werden muß, wenn eine Nation das fordert. Auf Antrag von van Kol und Vliegen soll ferner das Internationale Bureau vor jedem Kongreß zusammentreten und einen Bericht über die Durchführung der internationalen Kongreßbeschlüsse durch die einzelnen Parteien ausarbeiten. Auch diese Anträge empfehlen wir Ihnen zur einstimmigen Annahme.

Zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen hat dann das Amendement Vaillant-Keir Hardie geführt, das Ihnen auch jetzt wieder vorliegt.

„Unter allen Mitteln, welche angewendet werden sollen, um Kriegen vorzubeugen und sie zu verhindern, hält der Kongreß als besonders zweckmäßig den allgemeinen Streik der Arbeiter, hauptsächlich in den Industrien, welche für den Krieg die Materialien liefern (Waffen, Munition, Transport usw.), ebenso eine Agitation und Aktion im Volke und zwar mit den kräftigsten Mitteln."

Die Stuttgarter Resolution sagt über die Mittel, die wir anwenden müssen, um einen Krieg zu verhindern: „Sobald der Ausbruch eines Krieges droht, sind die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse in allen Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzuwenden, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern." Diese Fassung war eine äußerst glückliche Lösung der heiklen Frage, und wurde in Stuttgart einstimmig angenommen. Sie anerkennt nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die gebieterische Notwendigkeit der Abwehr der Kriegsgefahr mit den äußersten Mitteln. Aber den Generalstreik in irgendeiner Weise den Ländern aufzuoktroyieren, sei es der Generalstreik vor dem Kriege oder bei Ausbruch des Krieges, dazu können wir uns nicht verstehen. Die wirtschaftliche Entwickelung in den einzelnen Ländern, die Kraft der Sozialdemokratie, und insbesondere die verschiedene organisatorische Stärke der Arbeiterbewegung macht allgemeine bindende Vorschriften für den Generalstreik unmöglich. Das ist gar nicht strittig, daß der Generalstreik prinzipiell möglich ist, daß man unter Umständen zu ihm kommen kann, ja vielleicht, wenn die Umstände es gebieten, dazu kommen muß; aber etwas

anderes ist, diesen Generalstreik unter allen Umständen für alle Länder wenigstens als moralische Pflicht zu proklamieren. Wenn eine bürgerliche Partei die Anwendung der äußersten Mittel gegen den Krieg beschlösse, so würde das noch nicht einmal bedeuten, daß ihre Anhänger beim Drohen eines Krieges die Filzpantoffeln ausziehen. Anders beim internationalen Proletariat. Sie mögen Worte austüfteln, so vorsichtig wie Sie wollen, sobald Sie das Wort Generalstreik in die Resolution aufnehmen, verpflichten Sie das Proletariat, ihn durchzuführen. Bloße Betrachtungen über historische Möglichkeiten wollen wir ja nicht anstellen, sondern dem Proletariat sagen, was es zu tun hat. Und da überlegen Sie einmal die Folgen, die es haben muß, wenn Sie über die Stuttgarter Resolution hinausgehen. Wenn Sie wollen, daß die Beschlüsse der Internationale überall befolgt werden, dürfen Sie auch nur Beschlüsse fassen, die überall durchgeführt werden können. Noch sind aber die Organisationen nicht in allen Ländern so ausgereift, daß ein solcher Versuch nicht die verhängnisvollsten Folgen haben könnte. Wenn wir einen solchen Beschluß fassen sollten, müßten wir auch in der Lage sein, die Verantwortung für alle seine Konsequenzen übernehmen zu können. Den Generalstreik müssen die Gewerkschaften machen, wie Sie selbst durch die Aufführung einzelner Berufe anerkennen. Und um einen Generalstreik handelt es sich bei diesem Streik der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter und Militärschneider, selbst wenn man den Juwelieren und Möbeltischlern erlaubt, weiter zu arbeiten. Sie haben aber weder in England noch in Frankreich die Sicherheit, daß die Gewerkschaften zur Durchführung des Generalstreiks stark genug sind. Deshalb dürfen Sie auch uns einen solchen Beschluß nicht aufzwingen wollen. Als durchschlagendster Grund erscheint mir aber, von allem anderen abgesehen, daß niemand solche Forderungen aufstellen darf, der nicht im eigenen Lande alle Kriegsrüstungen ablehnt. Sie dürfen solche Beschlüsse nicht auf Grund ihres bloßen formalen Mandats zum Kongreß fassen, sondern hätten dazu das moralische Recht nur, wenn Sie in Ihrem eigenen Lande stets alle Forderungen für den Militarismus abgelehnt hätten. Ich bestreite das moralische Recht zur Stellung eines solchen Antrages jedem, der im eigenen Lande jemals das Budget bewilligt. (Beifall und Unruhe.) Ich bestreite es daher vor allem den englischen Parteigenossen, die durch die Budgetbewilligung ihren eigenen Machthabern die Waffen in die Hand geben, mit denen sie später Krieg führen könnten. Woher nehmen Sie dann das moralische Recht, andern Völkern den Generalstreik zu gebieten, wenn Sie im eigenen Lande nicht so konsequent antimilitaristisch sind, wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien? Solange Sie das Budget und damit die Waffen bewilligen zur Ausrüstung der englischen Söldnertruppen, die die Völker knechten und die Kriege führen, dürfen Sie uns mit so weitgehenden Anträgen nicht kommen. (Beifall und Schlußrufe.)

Ich komme zum Schluß. Parteigenossen! Was uns einen besonderen Anreiz in dieser Zeit geben muß, eine mächtige einheitliche Kundgebung gegen den Krieg und für den Völkerfrieden zu veranstalten, das ist die Rede, die der deutsche Kaiser Wilhelm II. jüngst in Königsberg gehalten hat. Er hat sich dort wiederholt ausgesprochen für das absolutistische Regiment. Doch das ist eine interne Angelegenheit Deutschlands, und darüber werden wir uns an anderer Stelle auseinandersetzen. Aber er hat auch und das klingt geradezu wie eine Antwort auf alle Kundgebungen der internationalen Sozialistenkongresse gegen den Militarismus, erklärt, daß der Weltfriede nur durch die Rüstungen gewahrt werden kann. Diese Reden haben ja auch eine gute Wirkung, die seitens der Genossen der anderen Länder gar nicht recht gewürdigt werden kann. Erst gestern sagte mir ein österreichischer Genosse: Ihr habt wieder einmal Glück gehabt, der

bringt auch 200 000 Stimmen mehr bei der nächsten Wahl. Ich glaube, daß dieser österreichische Genosse die propagandistische Wirkung unterschätzt, ich glaube, daß wir dabei noch etwas mehr profitieren. Wilhelm II. hat in der Geschichte eine unbewußte Funktion zu erfüllen. Er ist der Wortführer des Militarismus, einer besonders pronunzierten Form des Kapitalismus. Er malt unbewußt die ungeheuerlichen Folgen aus, die Militarismus und Kapitalismus für die ganze Welt haben müssen. Es geht allen Monarchen Europas wie im Märchen des dänischen Dichters Andersen vom Teufelsspiegel, in dem man alles verkehrt und verzerrt erblickt. In diesem Teufelsspiegel erblicken sie den Sozialismus als Drachengestalt und den Militarismus als hehren Friedensengel, als Lichtgestalt. Wir aber müssen die Völker aufklären über die wahre Natur des Militarismus, müssen sie aufrufen gegen die Provokation zum Wettrüsten, weil nicht in den Rüstungen zur See und zu Lande, nicht bei den Monarchen und nicht bei den Heerführern, sondern einzig und allein in der Hand des klassenbewußten Proletariats, in der Hand der Sozialisten aller Länder, in ihrer wachsenden Zuversicht, in ihrem wachsenden Stolz und in ihrer unermüdlichen Tätigkeit die Sicherung des Weltfriedens und das Heil der ganzen Menschheit liegt. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour hält hierauf seine Rede englisch, wobei ihn Vaillant mit dem Zwischenruf unterbricht: Das ist ja eine ganz andere Rede!

Zur Geschäftsordnung verlangt **Jaurès**, daß sowohl die englische wie die deutsche Rede Ledebours ins Französische übersetzt werde.

Ledebour erwidert, daß er die deutsche und die englische Rede ohne Manuskript gehalten habe und jedes Mal die Punkte hervorgehoben habe, die für das betreffende Land von besonderer Wichtigkeit seien. Er habe übrigens den französischen Uebersetzer Deman gebeten, aus beiden Reden das für Frankreich wichtige zu entnehmen und zu übersetzen.

Huysmans: Das ist also die dritte Rede. (Heiterkeit.)

Die von der Kommission beschlossene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß stellt fest, daß innerhalb der letzten Jahre die militärischen Rüstungen trotz der Friedenskongresse und der Friedensbeteuerungen der Regierungen eine ungeheuerliche Steigerung erfahren haben. Insbesondere das Wettrüsten zur See, dessen jüngste Phase der Bau der Dreadnoughts ist, bedeutet nicht nur eine wahnsinnige Vergeudung der öffentlichen Mittel für unproduktive Zwecke und infolgedessen den Mangel und den Ausfall von Mitteln für die Aufgaben der Sozialpolitik und der Arbeiterfürsorge, es bedroht auch alle Nationen mit materieller Erschöpfung durch unerträgliche indirekte Steuerlasten und alle Staaten mit dem finanziellen Ruin. Zugleich wurde gerade durch diese Rüstungen der Frieden der Welt erst jüngst gefährdet, wie er dadurch immer von neuem gefährdet werden muß. Angesichts dieser die Kultur der Menschheit, den Wohlstand der Völker und das Leben der Massen bedrohenden Entwickelung bestätigt der Kongreß die Beschlüsse der früheren, insbesondere des Stuttgarter Kongresses und wiederholt:

Die Arbeiter aller Länder haben keine Zwistigkeiten oder Mißhelligkeiten untereinander, die zu einem Kriege führen könnten. Kriege sind heute die Folge des Kapitalismus, besonders des äußeren Konkurrenzkampfes der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkte, und des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft im Innern und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist. Sie werden erst vollständig aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist. Die Arbeiterklasse, welche die Hauptlast der Kriege trägt und von deren

Folgen am schwersten betroffen wird, hat das größte Interesse an der Beseitigung des Krieges. Das organisierte sozialistische Proletariat aller Länder ist darum der einzige zuverlässige Bürge für den Frieden der Welt. Deshalb wiederholt der Kongreß die Mahnung an die Arbeiterparteien aller Länder, die Aufklärungsarbeit über die Ursachen der Kriege im gesamten Proletariat, vor allem unter der heranwachsenden Jugend mit Eifer zu betreiben und diese im Geiste der Völkerverbrüderung zu erziehen.

Indem der Kongreß festhält an der wiederholt ausgesprochenen Verpflichtung der sozialistischen Vertreter in den Parlamenten, die Rüstungen mit allen Kräften zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, erwartet er von diesen Vertretungen:

a) die beständige Wiederholung der Forderung, daß internationale Schiedsgerichte obligatorisch in allen zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden,

b) immer erneuerte Anträge, die auf die allgemeine Abrüstung abzielen, zunächst und vor allem auf den Abschluß einer Uebereinkunft, durch welche die Seerüstungen beschränkt und das Seebeuterecht beseitigt werden,

c) das Verlangen auf Abschaffung der geheimen Diplomatie und die Veröffentlichung aller bestehenden und künftigen Verträge und Abmachungen zwischen den Regierungen,

d) das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und deren Verteidigung gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückung.

Das Internationale Sozialistische Bureau wird alle sozialistischen Vertretungen im Kampf gegen den Militarismus mit Materialien unterstützen und gegebenenfalls auf ein gemeinsames Vorgehen derselben hinwirken. Für den Fall kriegerischer Verwickelungen bestätigt der Kongreß den Stuttgarter Beschluß, der lautet:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Zur Durchführung dieser Maßnahmen weist der Kongreß das Bureau an, bei drohender Kriegsgefahr sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um zwischen den Arbeiterparteien der betroffenen Länder das Einvernehmen über ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen."

Nach der französischen Uebersetzung wurde die Vormittagssitzung kurz nach 1 Uhr geschlossen, nachdem Huysmans noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte.

Keir Hardie ist Korreferent. Alle übrigen Redner haben nur 10 Minuten Redezeit.

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte über die Abrüstungsfrage wird fortgesetzt. Als Korreferent erhält das Wort

Keir Hardie (England): Wenn man mir 10 Minuten mehr Redezeit gegeben hat, so war das aus zwei Gründen notwendig. Zunächst, weil mir daran lag, die Stellung der sozialistischen und der Arbeiterpartei Englands zur Frage des Krieges und des Militarismus im allgemeinen darzulegen, sodann, weil ich mit einigen Worten die deutsch-englischen Beziehungen beleuchten wollte. Dadurch, daß Genosse Ledebour sich in die innerpolitischen Taktikfragen Englands eingemischt hat, hat er mir meine Aufgabe nicht erleichtert. Genosse Ledebour hat in der Einleitung seiner Rede zunächst gemeint, daß Bruce Glasier die modernen Kriege nicht bloß auf den Kapitalismus zurückgeführt, sondern sie als Ausfluß des allgemeinen tierischen Instinktes der Kampflust betrachtet habe. Da hat er Bruce Glasier nicht verstanden: dieser hat gemeint, daß die Ursache der modernen Kriege zwar der Geist der kapitalistischen Konkurrenz sei, daß es aber schon vor dem Kapitalismus Kriege gegeben hat, die auf dieser tierischen Lust am animalischen Kampfe beruhten. Wenn auch nach der Ueberwindung des Kapitalismus noch Kriege möglich sein sollten, so würden sie ebenfalls lediglich auf diese innere Roheit der menschlichen Bestie zurückzuführen sein. Das hat Bruce Glasier ausgeführt.

Die Hauptfrage, der wir gegenüberstehen, ist die der Kriegsverhinderung und die der Abrüstung. In diesen Fragen nimmt die englische Arbeiterpartei eine ganz klare und bestimmte Haltung ein. (Lebhafter Beifall.) Wir sind nicht nur gegen den Krieg, sondern auch gegen den Militarismus. (Erneuter Beifall.) Wir betrachten das Berufsheer und die Berufsflotte als Beweis dafür, daß der moderne Staat bereit ist, seine brutalen Machtmittel anzuwenden, um die besitzenden Klassen im Genuß ihrer Privilegien zu erhalten. (Sehr gut!) Wir sind gegen die Rüstungen, nicht nur wegen der Kriegsgefahr und der hohen Ausgaben, sondern auch weil die Rüstungen den Geist des Absolutismus nach sich ziehen. Militarismus und Freiheit stehen in unüberbrückbarem Gegensatz und weil wir die Freiheit lieben, kämpfen wir gegen den Militarismus. Wir sind deshalb auch hocherfreut, daß unsere dänischen und norwegischen Genossen so glänzend den Kampf für die allgemeine Abrüstung aufgenommen haben. Wir sind hocherfreut darüber, daß sie sich nicht begnügt haben, auf eine Verminderung der Kriegslasten hinzuwirken, sondern absolut die vollständige Entwaffnung des Landes gefordert haben. Die Geschichte der Menschheit wird ein neues Ruhmesblatt aufschlagen, wenn das erste Volk vollständig abrüstet, alle Waffen wegwirft. Dann wird kein Staat, selbst Rußland nicht, wagen, ein solches waffenloses Land anzugreifen und durch den Ueberfall eines Volkes, das die Waffen beiseite gelegt hat, das Gerechtigkeitsgefühl und den Freiheitsdrang der ganzen Welt herauszufordern. (Lebhafter Beifall.)

Als ich im Jahre 1892 in das Parlament eingetreten bin, betrug das englische Flottenbudget 15 Millionen Pfund. Jetzt beläuft es sich auf 45 Millionen und wächst noch immer. Man begründet die Notwendigkeit seiner Steigerung mit der Vermehrung der deutschen Flotte, die angeblich eine Invasion nach England vorbereiten soll. Lassen Sie mich, Genossen, Ihnen im Namen der englischen Arbeiterpartei versichern, daß kein Mensch in der englischen Arbeiterpartei das glaubt, und lassen Sie mich den Teil der Schuld auf uns nehmen, der die englische Regierung am Wettrüsten trifft. (Lebhafter Beifall.) Die englische Regierung hat auf der Haager Friedenskonferenz die Abschaffung des Seebeuterechts verweigert und dadurch Deutschlands Verhalten, wenn auch nicht gerechtfertigt, so doch entschuldigt und der deutschen Regierung den Vorwand gegeben, angeblich zum Schutze des Handels den Flottenbau zu forcieren.

Wir werden unsere Schuldigkeit tun und nicht aufhören, für die Aufgabe des Seebeuterechts zu kämpfen.

Das Urteil Ledebours über die Haltung der englischen Arbeiterpartei scheint mir auf einem Mißverständnis zu beruhen. Er scheint zu glauben, daß die ganze englische Arbeiterpartei auf dem Standpunkt steht, den Quelch in der „Justice" eingenommen hat. Es ist ja allgemein bekannt und hat auf dem Festland großes Aufsehen erregt, daß zwei englische Sozialisten (Blatchford vor den allgemeinen Wahlen und Hyndman nach den allgemeinen Wahlen) gegen eine Minderung der englischen Flottenrüstung geschrieben haben, weil England zur Abwehr deutscher Angriffe bereit sein müsse. Die Genossen der S. D. P. werden einstimmig mit mir einverstanden sein, wenn ich sage, daß dies nur die individuelle Meinung zweier Genossen ist und daß es keinen Teil, keine Richtung der englischen Arbeiterbewegung gibt, die irgendwie mit ihnen einverstanden wäre. (Lebhafter Beifall.) Genosse Ledebour hat weiter bemerkt, die Zustimmung zum Gesamtbudget sei gleichbedeutend mit der Zustimmung zu den Flottenrüstungen. Die Frage der Budgetabstimmung hat mit der Zustimmung zum Militäretat gar nichts zu tun, und ich wundere mich, daß Genosse Ledebour, als er von der Budgetabstimmung sprach, kein näherliegendes Beispiel gefunden hat, als die englischen Verhältnisse. (Heiterkeit.) Die Budgetabstimmung ist nicht eine Frage des Prinzips, sondern eine rein praktische und taktische Frage. (Lebhafter Beifall bei den Franzosen und Engländern, demonstrativer Beifall bei der deutschen Minderheit.) Ledebours Standpunkt ist ein Ueberbleibsel aus der Zeit, da die Sozialdemokratie rein antiparlamentarisch war. Im Budget sind riesige Summen auch für soziale Reformen eingetragen, die wir selber gefordert haben, und die auf unser Verlangen ins Budget aufgenommen sind. Wir können also für das Budget stimmen, vorausgesetzt natürlich, daß die Verteilung der Steuern derart ist und die arbeitenden Schichten des Volkes nicht allzu sehr belastet werden. Ich weiß nicht, in welcher Weise im Deutschen Reichstag über das Budget abgestimmt wird, aber im englischen Etat sind die Rüstungen von den Forderungen für Sozialreform getrennt, so daß wir für diese und gegen die militaristischen Ausgaben stimmen können. (Hört! hört!) Die Arbeiterpartei hat denn auch als einzige Partei des englischen Parlaments stets gegen die Flottenrüstungen und militärischen Ausgaben gestimmt. (Beifall.) Wir haben gegen sie gestimmt und gegen sie agitiert und veranstalten gerade jetzt eine große Kampagne gegen den militaristischen Geist, für die uns Genosse Jaurès seine rednerische Mitwirkung schon zugesagt hat. Wir hoffen, daß Genosse Ledebour dasselbe tun wird. (Beifall.) Er dürfte dann anerkennen, daß die englische Arbeiterpartei alles gegen die Rüstungen tut, was sie tun kann. — Nun zu unserem Zusatzantrag. Genosse Ledebour hat uns aufgefordert, ihn zurückzuziehen. Auch wenn wir dazu bereit gewesen wären, hätte uns die Rede des Genossen Ledebour das unmöglich gemacht. Wir haben noch heute den Versuch gemacht, den deutschen Genossen das Kompromiß anzubieten, daß wir unseren Antrag für heute zurückziehen und dem internationalen Bureau überweisen, damit es ihn auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses stellt. Die deutschen Genossen haben auch das verweigert, und so blieb uns keine andere Wahl übrig, als auf unserem Antrage zu bestehen. Ich weiß auch nicht, wie wir es begründen sollten, daß wir durchaus auf der Stuttgarter Resolution stehen bleiben. Die Stuttgarter Resolution stellte einen Fortschritt über die Amsterdamer Resolution dar, und in Kopenhagen wollen wir einen weiteren Schritt tun über die Stuttgarter Resolution hinaus. Auch die Internationale darf nicht stehen bleiben. (Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Uebrigens hat Genosse Ledebour unseren Antrag ganz falsch interpretiert. Wir wollen gar nicht allen Ländern in allen Fällen die Anwendung des Generalstreiks zur Abwehr der Kriegsgefahr vor-

schreiben, wir wollen nur den Arbeitern aller Länder sagen, daß, wenn sie ihre wirtschaftliche Macht sammeln, die Kraft der Arbeiterklasse ausreicht, Kriege unmöglich zu machen. Wir wissen sehr wohl, daß eine ersprießliche Durchführung dieses antimilitaristischen Streiks nicht nur in einem Lande möglich ist, sondern international erfolgen muß. Aber vorläufig fordern wir ja nichts als die friedliche Propaganda und Vorbereitung für diesen internationalen Schritt. Der ganze Unterschied zwischen uns und dem Genossen Ledebour besteht darin, daß er diese Vorbereitung vertagen will, während wir sie sogleich von heute an in Angriff nehmen wollen. (Lebhafter Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Wir wollen keinen Generalstreik, uns genügt der Streik der Arbeiter, die Kriegsmaterial herstellen, und wir haben unseren Zusatzantrag dahin abgeändert, daß wir die Einschaltung in der Klammer durch das Wort „Kriegsmaterial" ersetzt haben. Allein das Streiken jener Industrie, zu der ich selbst einst gehört habe, würde genügen, um den Krieg zu verhindern, ich meine die Kohlengräber. Der internationale Bergarbeiterkongreß in Brüssel hat vor wenigen Wochen zur Frage der Anwendung des Generalstreiks zur Abwehr des Krieges Stellung genommen und den Vorschlag an den Vorstand der Internationalen Föderation verwiesen, damit er dem nächsten Kongreß zur praktischen Ausführung wieder vorgelegt werde. (Widerspruch bei den deutschen Bergarbeitern.) Die Arbeiter aller Nationen, die hier auf dem Kongreß vertreten sind, sollten diesem Beispiel folgen. Wenn wir die Arbeiter dazu erziehen, mit allen Mitteln im Parlament und in der Werkstatt gegen den Militarismus zu agitieren, dürfen wir die Zuversicht haben, daß sie unsern Ruf hören werden, wenn er an sie ergeht. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag von **Jaurès** erhält in der Diskussion abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen den Zusatzantrag Keir Hardie das Wort.

Dr. **Renner** (Oesterreich): Als Mitglied der Kommission darf ich Ihnen eine kurze Aufklärung über den Sinn der Resolution geben, an deren Abfassung ich mitbeteiligt war. Die Kommission hatte den Auftrag, in erster Linie die Frage des Schiedsgerichts und der Abrüstung zu prüfen. Sie konnte also gar nicht in erster Linie die Mittel erörtern, die dem Proletariat zu Gebote stehen, um einen Krieg zu verhindern. Es stand nicht in den Absichten der Kommission, daß diese Frage so sehr in den Vordergrund trat. Die Kommission hat einfach die Worte des Stuttgarter Kongresses wiederholt. Sie war sich in ihrer Mehrheit bewußt, daß seinerzeit schon in Stuttgart diese Frage Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen ist, und daß der Wortlaut der Stuttgarter Resolution festgelegt war auf Grund eines sorgfältig vorbereiteten Kompromisses, das zwischen der deutschen und französischen Bruderpartei unter der Intervention der Belgier und Oesterreicher abgeschlossen war. Der Stuttgarter Beschluß stammt aus einer Zeit, da beide Länder unmittelbar nahe einer Kriegsgefahr gestanden hatten, und alle Ursache hatten, ihre Worte zu wägen. Diesen Beschluß hat die Kommission rekapituliert und sich nicht angemaßt, den einmal gefaßten Beschluß der Internationale, den sie für vollkommen zweckentsprechend hielt, ohne einen Auftrag umzustoßen. Dennoch hat die Debatte über die Mittel zur Verhinderung des Krieges hier wieder aufs lebhafteste eingesetzt, und wir alle stehen unter dem Eindruck der kräftigen Worte Keir Hardies. Wenn es bloß auf den Willen ankäme, wären wir alle mit ihm ganz einverstanden, und soweit es auf den Willen zur Tat ankommt, freuen wir uns, daß dieser Vorkämpfer der Internationale im weißen Haar unserem revolutionären Temperament ein Muster gewesen ist. (Lebhafter Beifall.) Aber wir haben hier nicht nur unserer Leidenschaft Ausdruck zu geben, der internationale Kongreß hat andere Aufgaben. Der Kommission war vor allem eines klar: daß gegen eine Beschlußfassung, gegen eine autoritative Deklaration der Verpflich-

tung zum Generalstreik, eine Reihe Nationen geschlossen standen. Genosse Morgari hat für Italien erklärt, daß der Beschluß des Generalstreiks ein Selbstmord der Partei wäre; der Vertreter Deutschlands hat erklärt, daß ein solcher Beschluß die Partei selbst mit dem Charakter der Illegalität belasten würde, und ich selbst habe für Oesterreich erklärt, daß wir auf Grund dieses Beschlusses vielleicht in die Lage kommen könnten, bis zum Ausbruch eines Krieges eine sozialdemokratische Partei zu haben, gerade dann aber nicht mehr, weil die Resolution die Handhabe zu den schlimmsten Verfolgungen geben würde. Der Internationale Kongreß darf nun nicht über die eine oder andere Auffassung zu Gericht sitzen, sondern kann nur die Ziele festlegen, über die alle Genossen einig sind. Wir haben es daher nicht für zweckmäßig gehalten, festzustellen, welche Meinungsverschiedenheiten über dieses oder jenes Mittel obwalten, sondern die Uebereinstimmung in den Kampfzielen zu betonen. Wir haben nur das in die Resolution aufgenommen, worüber sich die Mehrheit, ja alle einig waren, und das Trennende beiseite gelassen. Es ist auch vollständig klar, daß die Stuttgarter Resolution, die alle Parteien verpflichtet, mit jedem ihr zu Gebote stehenden Mittel, das ihr wirksam erscheint, die Kriegsgefahr zu bekämpfen, auch den politischen Massenstreik deckt, ja, ihn nach der politischen und ökonomischen Reife des Proletariats als wirksames Mittel anerkennt. Nur muß jeder Partei überlassen werden, zu beurteilen, ob sie das Mittel gebrauchen kann. Es wäre nicht klug gewesen, hätten wir einen Entwurf gewählt, von dem wir von vornherein wissen mußten, daß das Abstimmungsergebnis zweifelhaft ist. Deshalb haben wir es unterlassen, auf die Frage der Mittel noch einmal einzugehen. Unsere Resolution präjudiziert aber nicht die Behandlung der Generalstreikfrage auf dem nächsten Kongreß, sie kann dort selbstverständlich diskutiert werden. Seit dem Stuttgarter Internationalen Kongreß ist die Diskussion dieser Frage, die Klärung der Meinungen zwischen den Sozialdemokraten aller Länder in diesem Punkte nicht fortgeschritten. Es ist deshalb nicht klug, diese Resolution zu ändern. Die Frage der Mittel können wir nicht hier auskämpfen, sie muß theoretisch geklärt werden zwischen den einzelnen Parteien, und wenn unsere theoretische Auffassung gleich ist, dann wird es leicht sein, dem gemeinsamen Willen Ausdruck zu verleihen. Noch eines möchte ich betonen: wir Oesterreicher haben die Kriegsgefahr in der nächsten Nähe gesehen. Vor zwei und vor einem Jahre haben wir die Mühe gehabt, die Kriegsgefahr zu bekämpfen, auch die Gelegenheit gehabt, die Tragweite der einzelnen Mittel zu prüfen. Wir haben die Psychologie des ganzen Volkes kennen gelernt in der Situation vor dem Kriege und haben aus dieser Erfahrung nicht den Mut geschöpft, für die Deklaration des Generalstreiks als verpflichtend für alle Parteien einzutreten. (Hört! hört!) Die Oesterreicher und die Reichsdeutschen kommen aus den Ländern des stärksten Militarismus und haben daher den traurigen Vorzug, in der Frage des Militarismus Fachmänner zu sein. Ich glaube daraus das moralische Recht schöpfen zu dürfen, aus dem Lande des stärksten Militarismus heraus es für die größte Unklugheit zu erklären, wenn wir uns an ein Mittel binden, statt in allen Herzen die Ueberzeugung zu nähren, daß uns jedes Mittel recht ist, um den Geist des Militarismus zu bekämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen und Oesterreichern.)

Jones (S. D. P.) London: Die britische Sektion ist einstimmig für das Amendement Vaillant-Keir Hardie. Wir sind, obwohl einige unter uns zu Hause nicht so radikal sind wie hier, entschlossen, nichts zu versäumen, was den Krieg verhindern kann. Unsere Haltung ist hier nicht ganz richtig dargestellt worden. Gewiß gibt es einige Meinungsverschiedenheiten unter uns über den Krieg und die Mittel, ihn zu bekämpfen. Aber darin sind wir alle einig, daß unser Motto sein muß: Krieg dem Kriege. Daran wird niemand etwas

andern. Für die Abweichungen einzelner Parteigenossen darf nicht die ganze Partei verantwortlich gemacht werden. (Hört! hört!) In England gilt es, nicht die Arbeiterklasse, sondern manche Führer der Arbeiterklasse zu Gegnern des Krieges zu erziehen. Hat doch ein Sechstel der Abgeordneten der Labour Party für die Erhöhung des Marinebudgets gestimmt. (Hört! hört!) Wenn man geltend macht, man stimme für das Budget, weil es sozialreformatorische Fortschritte erfülle, so erinnert mich jeder, der so etwas sagt, an den Mann, der einen Taler wegschenkt und einen Groschen zurückerhält. (Heiterkeit und Beifall.) Die Bourgeoisie wird niemals freiwillig auf ihre Privilegien verzichten, sie gewährt Reformen nur, um den Kampf der Arbeiterklasse abzuschwächen. (Zuruf bei den Oesterreichern: Mag sie es ruhig versuchen!) Ich richte den Appell an die deutschen Genossen, uns nicht zu verlassen, sondern Hand in Hand mit uns zu arbeiten. Wir können für die englische Arbeiterklasse versprechen, daß sie ihre Pflicht nicht versäumen wird, und hier haben wir in unserer Sektionssitzung auch entscheidende Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung gehört, die sich für die rücksichtslosesten Mittel gegen den Krieg ausgesprochen haben. Daran werden wir sie in England wieder erinnern. Es ist hier so viel von der psychologischen Stimmung des Volkes im Kriegsfalle gesprochen worden. Soweit wirklich von einer solchen psychologischen Verfassung des Volkes gesprochen werden kann, muß uns gerade dieser Umstand noch mehr veranlassen, unsere Schuldigkeit zu tun. Das haben wir in England zurzeit des südwestafrikanischen Krieges trotz allen Kriegsrausches getan, soweit es sich um die Bekämpfung des englischen Chauvinismus und Imperialismus handelt, sind alle Richtungen der englischen Partei einig. In der Bekämpfung der Unterdrückung Indiens, Aegyptens usw. gehen alle zusammen: Quelch, Hyndman, Keir Hardie und Macdonald. Nicht der geringste Grund liegt vor, die S. D. P. chauvinistischer oder imperialistischer Gesinnung zu verdächtigen. Wir werden alles tun, um den Krieg zu verhindern, wir wollen uns nicht auf den Generalstreik beschränken, aber ihn einschließen in die Reihe der Mittel. Nicht an uns wird es liegen, wenn die Resolution nicht ausgeführt wird. (Beifall bei den Engländern.)

Vandervelde: Zwei Gründe veranlassen mich, hier das Wort zu nehmen. Einmal habe ich die Abstimmung der belgischen Delegation über das Amendement Keir Hardies zu rechtfertigen, die sich der Stimme enthalten wird, und dann habe ich als früherer Berichterstatter über diese Frage in Stuttgart eine Erklärung über die Tragweite und die richtige Bedeutung der Stuttgarter Resolution abgegeben. Wir können nicht gegen das Amendement stimmen, wir wollen unsere Sympathie für die Bedeutung und das Ziel des Antrages unserer französischen und englischen Genossen ausdrücken. Wir denken, daß der Generalstreik, wenn die Arbeiterklasse zweier Länder vor einem brudermörderischen Krieg steht, eine heldenmütige Tat ist. Es hat einen großen Eindruck auf den Kongreß gemacht, einen so alten Kämpfer wie Keir Hardie hier zu hören, der die gemäßigte Fraktion des englischen Sozialismus vertritt, und der hier erklärte, daß die Bergarbeiter, Transportarbeiter, die Metallarbeiter bereit seien, eine Kriegserklärung mit dem allgemeinen Streik zu beantworten. Darin liegt ein großer Fortschritt und der allseitigen Kriegsgefahr wird damit ein großes Hindernis entgegengesetzt. Auf der anderen Seite aber können wir auch nicht für das Amendement stimmen, denn die Tragweite dieses Amendements ist so groß, daß es nur dann ersprießlich wirken kann, wenn die gesamte Internationale sich einstimmig dafür erklärt. Bis dahin ist es nicht gut, es zur Abstimmung zu bringen, deshalb ist es das beste, wenn das Amendement an das Internationale Bureau gewiesen wird, damit es die Frage gründlich studiert und sie dann

einem der nächsten internationalen Kongresse zur Beschlußfassung überweist. (Beifall.)

Nun zu dem, was Ledebour über den Sinn der Stuttgarter Resolution gesagt hat. Ich bin fest überzeugt, ihn falsch verstanden zu haben, aber da es mir nicht allein so geht, darf ich hoffen, daß er in seinem Schlußwort die nötige Aufklärung geben wird. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Ledebour der Stuttgarter Resolution einen ganz abschwächenden Sinn gegeben hat. (Ledebour: Ist mir nicht eingefallen!) Aus seinen Worten hat herausgeklungen, als wenn die deutschen Genossen das Amendement Keir Hardie ablehnten, nicht deshalb, weil sie nicht sagen dürfen, was sie wollen, sondern weil sie glauben, daß die anderen, die es beantragen, es selber nicht ausführen wollen. (Lebhafter Widerspruch Ledebours.) Das ist eine ungerechtfertigte Verletzung eines Teiles der Internationale. Die Stuttgarter Resolution hatte eine doppelte Bedeutung, die ich als Referent dort klargelegt hatte. Die erste war die, daß wir uns nicht offen für den Generalstreik aussprechen wollten, weil damit den reaktionären Regierungen der großen Militärstaaten eine Handhabe zu Repressions- und Ausnahmegesetzen geboten worden wäre. Andererseits aber sollte die Stuttgarter Resolution doch zum Ausdruck bringen, daß wir alle Mittel gegen den Krieg, auch den Generalstreik und den Aufstand, anwenden wollen. Ich würde mich freuen, wenn Ledebour in seinem Schlußwort dieser Auffassung Ausdruck verleihen wollte. Wenn man das nicht gemeint hätte, dann wäre ja die Stuttgarter Resolution eine leere Formel. Wiederholt haben die Genossen einzelner Länder heldenmütig Front gegen den Krieg gemacht. So protestierten die englischen Kameraden gegen den Krieg in Südafrika, so schritt die russische Sozialdemokratie, als der Krieg mit Japan ausbrach, nicht bloß zum Generalstreik, sondern zur Revolution, und ein noch näher liegendes Beispiel lieferten die spanischen Brüder, die vor kurzer Zeit, als ihre Regierung einen Seeräuber- und Banditenzug unternahm, heldenmütigen Widerstand leisteten, obwohl sie einer der schwächsten Zweige der Internationale sind. Ich habe die Zuversicht, daß das, was die Engländer, die Russen, die Spanier getan haben, auch die anderen großen Nationen tun werden. Jedenfalls bitte ich Sie, das Amendement, für das wir alle sind, nicht abzulehnen. Das würde einen falschen Eindruck draußen machen. Ich ersuche Sie, es dem nächsten internationalen Kongreß zu überweisen, nicht weil ich es für verfrüht oder verkehrt halte, sondern weil ich der Zuversicht bin, daß es dann einstimmig angenommen wird, und diese Einstimmigkeit heißt: den Kriegsmitteln der herrschenden Klassen setzen wir die Mobilmachung aller Kräfte der Arbeiterklasse entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Branting**: Ich glaube, daß wir mit dem Antrag Vanderveldes auf dem besten Wege zur Ueberwindung der Schwierigkeiten sind. Wir könnten auf diesem Wege die Frage noch heute erledigen.

Vandervelde: Wenn die französischen und englischen Delegierten meinem Vorschlage zustimmen, können sie sich nachher leicht mit einigen anderen Genossen aus der Kommission über die Form einigen, die dann ihrem Amendement bei der Ueberweisung an das Internationale Bureau gegeben werden könnte.

Vaillant (Frankreich): Ich will einige Erklärungen abgeben, damit die richtige Bedeutung des Amendements Keir Hardie-Vaillant hervortritt. Dr. Renner und Ledebour haben gemeint, daß dieses Amendement über den Rahmen der Tagesordnung hinausgehe, weil der Kommission nur die Fragen der Schiedsgerichte und der Abrüstung zugewiesen worden seien, während

das Amendement über die Mittel zur Verhütung des Krieges handelt. Aber auch Abrüstungen und Schiedsgerichte sind ja nur Mittel, um den Krieg zu verhindern, und wenn die Frage der Mittel gestellt wird, so drängt sich uns von selbst der ganze Jammer des Militarismus auf und verlangt seine Lösung, ob er auf der Tagesordnung gesetzt ist oder nicht. (Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Ueberall, wo man über den Militarismus spricht, muß wiederum die Frage der Mittel aufgerollt werden, mit denen man die Kriege verhindern kann. Ich kann auch den Einwand nicht gelten lassen, daß die Annahme unseres Amendements einigen angeschlossenen Nationen Verfolgungen oder Repressalien eintragen könnte. Denn unser Amendement sagt im Grunde genommen gar nichts anderes als die Stuttgarter Resolution, legt gar keine bestimmte Aktion fest, sondern proklamiert nur genau wie die Stuttgarter Resolution den Generalstreik als ein mögliches Mittel zur Verhinderung der Kriegsgefahr und zwar als ein besonders wirksames Mittel. (Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Auch die Stuttgarter Resolution umfaßt unter „allen geeigneten Mitteln" den Generalstreik, und wir sagen dasselbe jetzt nur etwas konkreter und mehr auf die wirkliche Anwendung zugeschnitten, was die Stuttgarter Resolution mehr in der Form einer historischen Aufzählung sagt.

Die Resolution, die die Kommission vorlegt, zählt nur einige parlamentarische Mittel zur Bekämpfung der Kriegsgefahr auf. Aber was nützen Eure parlamentarischen Mittel? (Stürmischer Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Nichts, gar nichts nützen sie, wenn sie nicht unterstützt werden durch die Wucht der Masse, durch die organisierte Stoßkraft des gesamten Proletariats. Schiedsgerichte und Rüstungsbeschränkungen haben nur Wert, wenn dahinter die Massenaktion außerhalb der Parlamente steht. Diese Massenaktion können wir nur hervorrufen, wenn wir ihr ein bestimmtes Ziel setzen, wenn wir dem Proletariat von vornherein die Mittel zeigen, die es zu seiner Verfügung hat. Unser Amendement will nicht den Massenstreik dekretieren, aber es will ihn organisieren und als Mittel zur Vorbereitung für die Propagierung des Generalstreiks wollen wir ihn hier als eins der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Kriegsgefahr anerkennen. Es besteht also kein Grund, unsere Resolution abzulehnen oder sie zu vertagen. Aber ich glaube ebenso wie Vandervelde, daß die Ablehnung der Resolution den Eindruck hervorrufen könnte, als ob nur die Engländer und Franzosen bereit seien, die äußersten Mittel anzuwenden, aber nicht die anderen Nationen, und dieser Eindruck muß natürlich vermieden werden. Deshalb ist es schon besser, wenn nicht abgestimmt wird. Wir dürfen nicht die ausländischen Genossen in den ungerechten Verdacht bringen, daß sie nicht wollen, was wir wollen. Denn das ist eben nicht wahr. Wir haben deshalb schon in der Kommission ein Kompromiß vorgeschlagen, das die deutschen Genossen allerdings abgelehnt haben, unser Amendement nicht nur dem Internationalen sozialistischen Bureau, sondern auch den beteiligten Nationen zur Beratung zu überweisen und auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen. Wird das dem Antrag Vandervelde nicht hinzugefügt, so bedeutet er einfach eine Beerdigung unseres Antrages. Wir können diese Zurückverweisung nur dann annehmen, wenn sie uns als ein geeignetes Mittel erscheint, künftig die Durchführung der Resolution zu sichern. Es darf uns im eigenen Lande von den herrschenden Klassen nicht länger entgegengehalten werden, daß wir von den anderen Ländern nicht durch entsprechende Aktionen unterstützt werden. Unsere Aktion gegen den Krieg muß einheitlich international sein. Ich halte es für ziemlich schwierig, eine neue Formulierung des Vanderveldeschen

Gedankens in Verbindung mit unserem Amendement zu finden. Vielleicht gelangen wir durch eine Zurückverweisung der Frage an die Kommission zu einem einheitlichen Beschluß. (Beifall.)

Vandervelde legt folgenden Antrag vor:

„Der Kongreß beschließt, daß das Amendement Keir Hardie-Vaillant dem Internationalen Sozialistischen Bureau zum Studium überwiesen wird und daß dieses über die Vorschläge, die es enthält, dem nächsten Internationalen Sozialistenkongreß Bericht erstattet."

Unterzeichnet ist der Antrag von Vandervelde (Belgien), Hillquit (Amerika), Wibaut (Holland), Rosa Luxemburg (Polen), Viktor Adler (Oesterreich) und Ebert (Deutschland).

Keir Hardie schließt sich dem Antrage an.

Vorsitzender **Branting**: Wenn alle einverstanden sind, können wir die Debatte über das Amendement schließen.

Vaillant: Da Keir Hardie den Antrag mit unterzeichnet hat, und mir versichert wird, daß dieser Antrag genau denselben Sinn hat wie mein Vorschlag, füge ich auch meinen Namen hinzu.

Der Antrag Vandervelde wird einstimmig angenommen (Stürmischer Beifall.)

Das Schlußwort zum Bericht der Kommission erhält

Ledebour (Deutschland): Ich will mich auf ganz wenige Sätze beschränken. Wenn Keir Hardie und Vaillant ihren Vorschlag in Form des Antrages Vandervelde von vornherein vorgebracht hätten, hätten wir uns die ganze Diskussion sparen können. Ich verzichte auch im Interesse der Zeit auf die Richtigstellung der vielen Mißverständnisse, die namentlich Vandervelde und Keir Hardie in ihren Reden passiert sind. Ich will nur noch darauf aufmerksam machen, daß in der Diskussion die beiden Beschlüsse der Kommission, die die Handhabung der Geschäfte durch das Internationale Bureau betreffen, gar nicht erwähnt worden sind. Ich empfehle sie daher nochmals ausdrücklich zur Annahme. Im übrigen glaube ich, daß die einmütige Annahme nicht nur des Amendements Vandervelde, sondern auch der von der Kommission ausgearbeiteten Resolution die beste proletarische Gedenkfeier für den Schlachttag vor 40 Jahren ist, an dem die Soldaten zweier großer Kulturvölker zur Schlachtbank geführt wurden. Gerade an diesem Tage muß die Internationale des Proletariats einmütig für den Weltfrieden demonstrieren. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag der Kommission wird mit den beiden Zusatzresolutionen über die Tätigkeit des Internationalen Bureaus einstimmig unter stürmischen Beifallskundgebungen angenommen.

Vorsitzender **Branting**: Wir haben durch diesen Beschluß noch einmal den festen Willen bekundet, für den Weltfrieden überall und in allen Formen, wenn nötig mit den schärfsten Mitteln zu wirken. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Huysmans schlägt vor, eine Abendsitzung abzuhalten, da sonst keine Aussicht auf Erledigung der Kongreßarbeiten sei.

Der Kongreß beschließt, ohne Pause weiter zu tagen und nimmt den Bericht der zweiten Kommission (Gewerkschaftskommission) über den österreichischen Gewerkschaftsstreit entgegen.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Die große Mehrheit der Kommission schlägt folgende Resolution vor:

„Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national separatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale Sozialistische Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbar interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu ebnen, in einem Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit.“

Die Resolution der Kommissionsminderheit lautet:

„Da es sich in der Begründung der Resolution der deutschen Genossen in Oesterreich hauptsächlich in ihrem Schlußabsatze um eine Frage von größter Bedeutung handelt, welche ohne eine gründliche Untersuchung und Kenntnis der Verhältnisse in Oesterreich nicht entschieden werden kann, und der Resolutionsantrag der Wiener Gewerkschaftskommission nur die Herausreißung eines Teiles der Stuttgarter Resolution bedeutet, womit sie zu einer einseitigen Auslegung zum Schaden gleichwichtiger in der Resolution enthaltener Prinzipien führt, und schließlich in Anbetracht dessen, daß nicht nachgewiesen wurde, daß sich die böhmische politische Partei unberechtigt in die Gewerkschaftsbewegung eingemengt hat, beantragen wir:

Der Kongreß möge den Antrag der Gewerkschaftskommission in Wien dem Internationalen Sozialistischen Bureau als eine interne Angelegenheit der Parteien in Oesterreich zuweisen, welche dem Bureau gründliche Berichte zur Untersuchung und Beurteilung vorlegen würden.

Sollte es bis zum nächsten Kongresse zu einer Regelung der streitigen Angelegenheit in Oesterreich nicht kommen, erstattet das Internationale Bureau dem Kongreß über seine Untersuchung Bericht und stellt eventuell entsprechende Anträge.“

Referent der Kommissionsmehrheit **Plechanoff** (Rußland): In der Kommission standen sich zwei Auffassungen gegenüber: die tschechoslawische und die aller anderen Mitglieder der Kommission. Die Hauptzüge des Gegensatzes sind folgende: die Tschechoslawen verlangen das uneingeschränkte Recht über ihre eigenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Die Ausübung dieses Rechtes sei ihnen dadurch erschwert, daß ihre Parteiorganisation national und autonom, die Gewerkschaftsorganisation aber international ist. Die Tschechen vertreten den Standpunkt, daß ihre Partei nicht in der Lage sei, das Selbstbestimmungsrecht über ihre Gewerkschaftsorganisationen auszuüben und daß sie daher in die Notwendigkeit versetzt wären, sie selbständig zu organisieren, wie schon ihre politische Bewegung selbständig organisiert ist.

Den anderen Standpunkt vertreten die Oesterreicher. Sie wiesen darauf hin, daß Oesterreich abgesehen von den kleineren Nationen 8 größere Nationen umfaßt. Wenn dort das Prinzip der gewerkschaftlichen Organisation nach Nationen durchgeführt werden sollte, so müßte man mindestens 8 verschiedene Gewerkschaften jeder Industriegruppe haben. Dabei würden sich diese Gewerk-

schaften nicht auf örtlich abgegrenzte Gegenden beschränken, sondern, da die österreichischen Völker in bezug auf den Wohnort untereinander vermischt sind, und eine ständige und lebhafte Fluktuation namentlich der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten stattfindet, würden sich in den verschiedenen großen Industriebezirken 8 verschiedene nationale Gewerkschaften bilden müssen, wenn die tschechische Idee durchgeführt werden sollte. Das käme wirklich einem Selbstmord der gewerkschaftlichen Organisationen gleich. Aus diesem Grunde glauben die österreichischen Genossen, daß die Gewerkschaften international sein müssen, daß sie nicht auf der Grundlage der Nationalität, sondern auf der des einheitlichen Wirtschaftsgebietes stehen müssen. Das sei um so notwendiger, als sich die Arbeitgeberorganisationen immer enger und enger zusammenschließen und die Verschärfung des gewerkschaftlichen Kampfes mit Notwendigkeit den immer engeren Zusammenschluß der Arbeiter fordere.

Die eigentümliche Situation war dabei, daß beide Teile sich auf die Stuttgarter Resolution beriefen, die Tschechen, weil sie die enge Verbindung von Partei und Gewerkschaften empfehle und darum die Gewerkschaften ebenso national autonom sein müßten wie die Partei, die Oesterreicher, weil der wichtigste Teil der Stuttgarter Resolution ausdrücklich und nachdrücklich betone, daß die enge Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften sich nicht auf Kosten der gewerkschaftlichen Einigkeit vollziehen dürfe. Die Stuttgarter Resolution hat in der Tat diesen letzten Sinn, wie Genosse Beer, der diesen Passus verfaßt hat, ausdrücklich bestätigt hat. Die österreichischen Genossen haben ferner darauf Gewicht gelegt, daß es sich nicht um den Konflikt eines Teiles der Tschechoslawen mit den internationalen Gewerkschaften handelt. In der Kommission hat denn auch ein polnischer Vertreter der Gewerkschaften erklärt, daß die anderen österreichischen Nationen in den Gewerkschaften vollständig den Standpunkt der deutschen Genossen teilen, und mit der Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs auf dem Boden der internationalen Gewerkschaften stünden.

Diesem Standpunkt haben sich prinzipiell die Vertreter aller Nationen angeschlossen. Die Franzosen haben kleine Vorbehalte gemacht, die mit der Streitfrage selbst nichts zu tun haben, sondern sich nur darauf beziehen, daß sie ausdrücklich die Stuttgarter Resolution über die Einigkeit von Partei und Gewerkschaften bestätigen wollten. In der Grundfrage selbst war sich die ganze Kommission einig und es wird kaum ein anderes Beispiel einer solchen Einmütigkeit der Auffassung in der Internationale geben. (Lebhafter Beifall.) Die Kommission hat die Frage mit aller Gewissenhaftigkeit gründlich geprüft und die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung gründlich ins Auge gefaßt. Die Kommission hatte ganz allgemein den Eindruck, daß die nationale Zersplitterung der Gewerkschaften ihren Selbstmord bedeuten würde. Selbst in Deutschland müßten dann neben den deutschen auch polnische, dänische, französische, italienische und ruthenische Gewerkschaften bestehen und Rußland hätte nicht 5, oder 8, wie in Oesterreich, sondern viele Dutzende von gewerkschaftlichen Nationalitäten. Solche Situation wäre eine Unmöglichkeit. Die Wirkung der Durchführung dieser Beschlüsse würde ganz Osteuropa aufs schwerste treffen. Das ist besonders wichtig deshalb, weil, wie das Kapital vom Westen nach Osten wandert, eine fortgesetzte Auswanderung der Arbeitskräfte von Osten nach Westen stattfindet, und somit die tschechische Zersplitterung auf alle Länder übertragen werden würde. Das gäbe ein wahres Tohuwabohu und es wäre den gewerkschaftlichen Organisationen unmöglich, weiter zu kämpfen. Die Nation als Grundlage der Gewerkschaftsbewegung kann nicht ein ethischer, sondern nur ein politischer Begriff sein. Dabei würde aber nicht herauskommen, was die tschechischen Genossen wollen.

sondern wiederum, was die Reichskommission beantragt, die einheitliche Gewerkschaftsorganisation für den ganzen Staat. (Beifall.) Als Erkenntnis der Kommissionsberatungen ist nochmals festzustellen, daß mit Ausnahme der Tschechen einstimmig als Grundlage der gewerkschaftlichen Organisationen nicht die Rasseneinheit, sondern die Einheit des wirtschaftlichen und Staatsgebiets proklamiert wurde. In diesem Sinne wurde die Resolution der Reichskommission angenommen und ich bitte den Kongreß, mit derselben Einmütigkeit zuzustimmen.

Als Korreferent erhält das Wort **Nemec** (Prag): Zum ersten Male stehen die tschechischen Sozialdemokraten als Angeklagte vor dem Forum der Internationale. Man hat zwar gesagt, es handele sich nicht um eine Anklage, sondern bloß um die strittige Auslegung der Stuttgarter Resolution. Aber wir haben auf internationalen Kongressen schon sehr viele Resolutionen gefaßt, und niemals ist so ungestüm ihre Auslegung umstritten und betrieben worden, wie in diesem Falle. Die Maifeierresolution wird z. B. gar nicht mehr eingehalten und kein Mensch fragt danach. (Lebhafte Zustimmung.) Niemand wird zur Verantwortung gezogen, wie es jetzt bei uns geschieht. Es handelt sich eben bei dem Vorgehen gegen uns um etwas ganz anderes. Im Bureau hat einer der Genossen auf die Frage, was jetzt auf die Tagesordnung käme, gesagt, die böhmische Frage. Aber das ist nicht richtig. Zur Debatte steht eigentlich die Frage der Beziehungen der Internationale zur Nationalität. Das ist der Untergrund des Problems, ist die eigentliche Frage, um die es sich handelt. Man macht den Versuch, das Wort „national" mit dem Worte „nationalistisch" zu identifizieren, und dann das Wort „Nation" in einen Gegensatz zur Internationale zu bringen. So kann aber die Internationale nicht ausgelegt werden, so darf sie nicht ausgelegt werden, daß sie in einem Gegensatz stünde zu den Lebensbedürfnissen der Nationen, zu den Lebensbedürfnissen der Arbeiter der einzelnen Völker. Wenn Sie sich die Stuttgarter Resolution näher ansehen, so zeigt Ihnen schon die Ueberschrift, daß es sich um etwas weit Wichtigeres handelte, als um die bloße Form der Organisation, nämlich um die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften. Die Resolution forderte, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aller Nationen einmütig vorgehen sollten. Das ist unbedingt ausgesprochen, nur bedingt ist die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung hinzugefügt. Jetzt fordert man die unbedingte Einheitlichkeit der Gewerkschaften in jedem Staatsgebiet, und klagt uns wegen eines Verbrechens an, das wir gar nicht begehen konnten, weil ein solches Gesetz bisher gar nicht bestand. Wollten Sie folgerichtig handeln, müßten Sie zunächst die Stuttgarter Resolution ändern. Gibt es denn in den anderen Ländern überall nur eine Gewerkschaftszentrale? Gibt es nur eine Gewerkschaftszentrale in den Vereinigten Staaten, in Belgien, in Frankreich? (Zurufe bei den Franzosen und Belgiern: Jawohl.) Eine einheitliche Zentralisation gibt es dort nicht. (Zurufe: Doch, doch!) Die Einheitlichkeit in Oesterreich wäre schwer durchzuführen, aber ihre notwendige Voraussetzung wäre die vollkommene Neutralisierung der Wiener Gewerkschaftskommission, die ganz und gar unabhängig von all dem werden müßte, womit sie heute zusammenhängt. Sie dürfte keinerlei Beziehungen mehr zu einer politischen Organisation haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Oesterreichern.) Die heutige Wiener Gewerkschaftskommission ist weit davon entfernt, international oder neutral zu sein. Wenn behauptet wird, daß wir die Zersplitterung in jedem Betrieb haben und dadurch Selbstmord an den Arbeiterorganisationen verüben wollten, so ist das nicht unser Wunsch und unser Wille. Das ist nur ein Vorwand, den man vorgeschoben hat, um zu beweisen, wie schlecht unser Vor-

geben ist. (Zuruf: Das ist die notwendige Folge Eures Vorgehens!) Gewiß, schließen sich die Unternehmer in Verbänden zusammen; aber auch wir wollen uns in Verbänden zusammenschließen, gerade so wie sie. (Gelächter.) Wir haben doch auch noch in Oesterreich Organisationen, die keine Reichsvereine bilden und doch zusammengeschlossen sind, wie die Buchdrucker und Eisenbahner. Alle Achtung vor den Worten des Kommunistischen Manifests. Aber Marx hat dabei schwerlich an die heutige Form der Gewerkschaftsbewegung gedacht. Unter der Vereinigung der Proletarier aller Länder hat er gewiß die Nationen verstanden. Weder das Beispiel Rußlands noch das Englands noch das der Schweiz paßt auf unsere Verhältnisse. Jene Völker haben niemals staatliche Selbständigkeit besessen und kämpfen auch nicht dafür wie wir Böhmen. (Heiterkeit.) Wir haben schon lange den Bruch mit allen bürgerlichen nationalistischen Parteien vollkommen durchgeführt. Wir müssen aber doch den tschechischen Arbeitern sagen, was wir eigentlich wollen, und da stehen wir ganz auf dem Boden des Brünner Programms für die Erringung eines Nationalitäten-Bundesstaats in Oesterreich. (Zuruf: Politisch!) Gewiß, politisch, aber wir müssen doch unsere Organisationen diesen Bestrebungen anpassen. Auch die kleineren Nationen müssen in der Internationale ihr Recht finden. Es geht nicht an, daß man die Stuttgarter Resolution im Sinne der österreichischen Genossen auslegt; ihnen selbst würde das am schlechtesten bekommen. Sie müßten ja folgerichtig die Finnen jetzt, wo sie ihre nationale Selbständigkeit verloren haben, zwingen, sich der russischen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Niemand hat den Beweis dafür erbracht, daß wir jemals etwas gegen die Internationale unternommen hätten. Die Stuttgarter Resolution proklamiert die Einheitlichkeit der 8 Millionen organisierter Proletarier in Partei und Gewerkschaft. Die Formen, in denen diese Einheit verwirklicht wird, sind ganz nebensächlich. Die Internationale des Proletariats muß Schutz gewähren und freie Entwickelung bieten, nicht nur jedem Individuum, sondern auch jeder Nation. Unser wirtschaftliches Ziel, die Sozialisierung der Produktion, darf nicht unser politisches Ziel, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Individuen, verschlingen. Es ist besser, daß die Tschechen sich stramm organisieren, als daß Sie uns einen Boden vorschreiben, auf dem wir nicht gedeihen können. Das tschechische Proletariat hat mit seinem Blut den Beweis erbracht, daß es treu und fest zur Internationale steht, und deswegen kann uns dieser Kongreß nicht als Verräter an der Internationale brandmarken. Ein solcher Beschluß wäre ungerecht, würde unsere Aktion lähmen, unsere Stoßkraft vernichten. Wir wissen, welch ernste Folgen es haben muß, wenn wir als Verräter in die Heimat zurückkehren. Die Zusätze, die Sie zur Resolution der Reichskommission beschlossen haben, beweisen, daß Sie selbst das Gefühl haben, daß etwas anderes geschehen muß als die bloße Verurteilung. Sie können nicht eine an die Internationale angeschlossene Sozialdemokratie bloß deswegen verurteilen, weil sie anderer Ansicht ist über eine Organisationsform, sonst aber in den Grundprinzipien des Sozialismus und in der proletarischen Taktik vollkommen einig ist mit dem Proletariat der ganzen Welt. (Beifall bei den Tschechen.)

Ein Schlußantrag von Brucker e (Belgien) wird auf dringenden Wunsch des Vorsitzenden zurückgezogen. Wir dürfen auch nicht den Schein erwecken, als sollte die Minorität unterdrückt werden.

Jura (Tscheche, Zentralist): Ich bin hier als Vertreter der tschechischen Delegierten, die hier in ihrer Nationalität in der Minderheit sind, in Wirklichkeit aber in Böhmen, Mähren und Schlesien die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinter sich haben. (Beifall; Widerspruch der Tschechen. Ruf: Er lügt!)

Vorsitzender **Branting**: Solche Beschimpfungen sind unter Genossen nicht am Platze. Ich bitte, die Würde des Kongresses nicht zu verletzen. (Beifall.)

Jura (fortfahrend): Es ist unrichtig, hier von einem Streit zwischen Deutschen und Tschechen zu reden. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Streit unter der gesamten Arbeiterschaft selbst. Je einheitlicher die Gewerkschaftsorganisation ist, desto besser kann sie gegen die Unternehmer kämpfen. (Bravo!) Gegen den Kapitalismus brauchen wir aber nicht bloß eine einheitliche Organisation, sondern auch einheitliche Geldmittel, die nur eine Zentralisation liefern kann. Die 10 000 tschecho-slawischen Arbeiter in der separatistischen Organisation sind den Zentralorganisationen genommen worden. Die Neugründung hat durchaus nicht etwa bisher unorganisierte Arbeiter herangezogen. Die tschechischen Arbeiter sollten nicht unter sich, Genossen gegen Genossen, sondern gegen die Unternehmer fechten. (Bravo!) Der Korreferent hat mir gesagt, daß in England und Belgien verschiedene Gewerkschaftsorganisationen nebeneinander beständen, die nicht in einer Zentrale vereint seien. Ich frage ihn: Waren die englischen Gewerkschaften etwa früher einig und haben dann die Einigkeit zerschlagen? (Sehr gut!) Oder wollen Sie nicht jetzt die vollständige Einigkeit? (Beifall.) Es ist ganz falsch, wenn behauptet wird, daß die tschechische Arbeiterschaft selbst die nationale Autonomie ihrer Gewerkschaften verlangt habe. Nicht die Arbeiterschaft hat dies Verlangen zuerst aufgestellt, sondern einzelne Genossen, Redakteure, Männer der Parteileitung. Jahrelang haben sie in den Blättern für die Autonomie geschrieben, dadurch erst sind die Genossen bewogen worden, aus der Zentralorganisation auszutreten. Unsere zwei Stimmen werden wir für die Resolution der Reichskommission abgeben. (Lebhafter Beifall.)

Sasek (Tscheche, Separatist) macht darauf aufmerksam, daß zwischen dem deutschen und dem französischen Text früherer Kongreßbeschlüsse über die Gewerkschaften Verschiedenheiten bestehen und legt den französischen Text dieser Beschlüsse für seine Ausführungen zugrunde. Er sucht daraus nachzuweisen, daß in den Beschlüssen der Internationalen Kongresse zu London 1896, von Paris 1889 und von Zürich beständig die Forderung ausgesprochen sei, die Gewerkschaften sollten national organisiert sein. Die Beschlüsse der Internationale gewährleisten uns also unser Recht. Sie haben ja die Macht, uns niederzustimmen, aber das moralische Recht ist auf unserer Seite. Wir gehen von diesem Kongreß nicht als Besiegte, sondern mit der Zuversicht, daß wir unsere Sache nicht verloren haben. In der Debatte ist indirekt zu uns gesagt worden: Ihr seid Verräter. (Widerspruch.) Verräter an der Arbeiterschaft würden wir erst in dem Augenblick werden, wenn wir den Weg einschlagen wollten, zu dem Sie uns zwingen wollen. Wir werden auf unserem Wege weiterarbeiten, bis sich unter den Parteigenossen der Internationale eine bessere Anschauung bildet und unsere Ansicht Ihre Zustimmung und Ihr Einverständnis findet. (Bravo! bei den Tschechen.)

Vorsitzender **Branting**: Als Vorsitzender der zweiten Kommission stelle ich fest, daß das Wort „Verräter“ von einem nicht zur Kommission gehörenden Mitglied der Internationale als scharfer Ausdruck, aber nicht in beleidigendem Sinne gebraucht worden ist.

Greulich (Schweiz, mit stürmischem Beifall begrüßt): Daß ich zu dieser Frage das Wort ergreife, hat mehrere Gründe, einmal bin ich seit mehr als vier Jahrzehnten gewerkschaftlicher Organisator, und zweitens bin ich Delegierter eines Landes, in dem mehrere Nationalitäten und Sprachen nebeneinander bestehen. Ich verstehe also auch etwas von der Nationalitätenfrage. Ich bin endlich am Streit persönlich unbeteiligt. Und da sage ich: ich glaube,

es ist ein Irrtum, wenn mein lieber Freund Nemec sagt, daß es sich hier um Anklage und Verurteilung handelt. Es handelt sich nur um die Interpretation der Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses, nicht um eine Verurteilung, sondern um einen Schiedsspruch zwischen zwei streitenden Parteien. (Lebhafte Zustimmung.) Es hat mir leid getan, wenn hier mehrere Genossen mit wahren Wundern von Kabulistik einen Standpunkt vertreten haben, der von einem Gewerkschaftler und Sozialdemokraten nicht vertreten werden kann. (Stürmischer Beifall.) Man hat die Autonomie der Nationalitäten hervorgezogen. Vor bald fünfzig Jahren, als der polnische Aufstand von 1863 war, bin ich für das Recht der Nationalität eingetreten, ihre Selbständigkeit und ihr kulturelles Leben zu verteidigen. Wenn es sich bei den Tschechen darum handelte, würde ich energisch für sie eintreten. (Zurufe: Wir alle! Lachen bei den Tschechen.) Aber in der Gewerkschaftsfrage handelt es sich um etwas ganz anderes (Sehr wahr!), um die Lebensbedürfnisse des Proletariats, und dieses Lebensbedürfnis ist präzis das gleiche, ob der arme Teufel ein Tscheche oder ein Deutscher ist. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Die Beschlüsse der internationalen Kongresse von Zürich usw., die hier verlesen worden sind, sind doch nur aufzufassen unter dem Gesichtspunkt, daß man etwas Vernünftiges beschlossen hat. (Große Heiterkeit und Beifall.) Gehen Sie einmal mit herüber nach Amerika. Ich habe Ihre Landsleute in den tschechischen Quartieren New Yorks und Chicagos besucht, wo sie ihre Muttersprache auch hochhalten. Aber sie lassen es sich nicht im Traume einfallen, selbständige tschechische Gewerkschaften zu gründen. (Lebhafter Beifall.) Nicht als Tschechen, sondern als Arbeiter suchen sie ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Ich habe in dem uns vorgelegten Bericht der tschechisch-slawischen Gewerkschaftskommission und der tschecho-slawischen Sozialdemokratie Österreichs mit Entsetzen bemerkt, daß 39 unabhängige tschechische Gewerkschaften existieren. Da hört der gewerkschaftliche Spaß auf! Bei der eigenartigen Völkermischung in Österreich sitzen die Nationalitäten nur zum Teil in bestimmten geschlossenen Gebieten, die sie ausschließlich bewohnen. In der Regel wohnt der tschechische Bruder neben dem deutschen Bruder, geht neben ihm in die Fabrik und wird mit ihm ausgebeutet. (Stürmischer Beifall.) Wenn nun der eine Hunger hat und geht mit seinem Verband zum Fabrikanten und fordert besseren Lohn, der andere aber macht nicht mit, dann hungert der Arbeiter weiter und der Fabrikant lacht. (Lebhafter wiederholter Beifall.) Wir sind noch lange nicht auf der Höhe der gewerkschaftlichen Organisation. (Sehr wahr!) Wir sind noch immer beim Suchen nach der besten Organisationsform und unser alter Lehrmeister England ist mit seinen vielen Fachverbänden vielleicht am meisten zurückgeblieben. (Zustimmung.) Auf dem Festlande breiten sich die großen Industrieverbände, die gelernte und ungelernte Arbeiter umfassen, immer mehr aus. Aber auch hier haben wir noch Grenzstreitigkeiten, die auch ohne nationale Differenzen die Gewerkschaftsbewegung schwer schädigen. Wer gewerkschaftlich ernst denkt, kann keinen Augenblick im Zweifel sein, daß eine Scheidung der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen zu Reibungen und Schädigungen führt. Wenn daher der Kongreß in seiner Resolution ausspricht: „Liebe Freunde, Ihr seid auf dem Holzweg! Ihr nützt nichts, Ihr schadet nur, geht in Euch und tut den unbesonnenen Schritt zurück", so solltet Ihr tschechischen Genossen dieser Mahnung folgen! (Stürmischer, langanhaltender, oft wiederholter Beifall.)

Dr. **Adler** (Wien): Ich werde nicht reden, Parteigenossen. Ich glaube, die Frage ist genügend klar, so klar, daß ich, daß auch unsere tschechischen Genossen, mit denen wir verschiedener Ansicht sind, erkennen müssen: hier

handelt es sich nicht um eine Verurteilung, sondern darum, daß Sie sich davon überzeugen, daß in dieser Lebensfrage des österreichischen Proletariats die ganze Internationale auf dem Boden der Einheit der Gewerkschaftsbewegung steht. (Stürmischer Beifall.) Wir haben diese Meinungsäußerung des Kongresses herbeigeführt, nicht um uns von unseren tschechischen Genossen, mit denen wir Jahrzehnte gemeinsam gekämpft haben, schon zu einer Zeit gekämpft haben, wo ihr Blut sich mit unserem Blut vermischte, nicht um uns von ihnen zu trennen, sondern um uns zum Besten des österreichischen Proletariats mit ihnen zu vereinigen. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen nicht, daß sie als die Gekränkten diesen Kongreß verlassen, sondern als die Ueberzeugten. Sollte der nächste Kongreß in Wien sein, so hoffen wir, ihm das Schauspiel der Einheit der gesamten österreichischen Arbeiterbewegung bieten zu können. (Stürmischer Beifall.)

Es folgen die Schlußworte der Referenten.

Plechanoff: Nemec hatte Unrecht, als er von einer Tendenz zur Verurteilung der Tschechen sprach und behauptete, daß die Belgier ihr Amendement nur deshalb eingebracht hätten, um diese Tendenz abzuschwächen. Diese Darstellung ist schief, das Amendement trägt die Unterschriften de Brouckère, Marski, Plechanoff and Adler und ist einstimmig angenommen worden. Wir glauben, daß die Tschechen im Irrtum sind und wollen sie überzeugen. Nicht am Platze war der Versuch Sajets, wieder mit einem Wortspiel zu operieren und das Wort „Nation" dazu zu benutzen. Es ist klar, daß in den Beschlüssen der Internationalen Kongresse das Wort „Nation" mit dem Worte „Staat" sich deckt. Derselbe Redner meinte weiter, moralisch seien sie im Recht. Wenn die Tschechen durchaus auf dem Wege bleiben wollen, den sie jetzt betreten haben, so haben wir ja keine Zwangsmittel dagegen. Wir haben keine Kanonen, wir haben keine Bajonette, aber wir verfügen über eine größere Macht, über eine moralische Macht, über die Meinung der Internationale, der keine Macht widerstehen kann. (Lebhafter Beifall.) Wenn die Tschechen dagegen rebellieren wollen, dann wird das tschechische Proletariat sich selbst gegen ihre Taktik auflehnen. Wir haben uns gefreut, von einem tschechischen Proletarier hier zu hören, daß ein großer Teil seiner Landsleute nicht mitmacht und daß er und seine Genossen, die hier die Minorität in ihrer Sektion sind, die Mehrheit der tschechischen Arbeiter hinter sich haben. Mit diesem Teil der Tschechen stimmt die Internationale vollständig überein. Wenn Sie sich dagegen auflehnen und ihre Beschlüsse mit Füßen treten, so wird dieser Teil der tschechischen Arbeiter, der nichts von autonomen Gewerkschaften wissen will, beständig wachsen. Diese Entwickelung ist unvermeidlich, denn das Klassenbewußtsein wächst vermöge der ökonomischen Entwickelung von selber. (Lebhafter Beifall.)

Korreferent **Nemec:** Es wird hier der Versuch unternommen, nachzuweisen, daß wir nur eine Minorität der tschechischen Gewerkschaften darstellen. Das ist nicht wahr, Genossen, das konstatiere ich. Genosse Greulich behauptete, wir hätten mit Rabulistik unsere Angelegenheiten verfochten. Ich weiß nicht, . . . wir haben Argumenten Argumente entgegengesetzt. Wenn das Rabulistik heißt, so werden auf dem nächsten Kongreß nur diejenigen nicht Rabulisten heißen, die der Ansicht der Mehrheit sind. Genosse Adler sagt, wir wollen ja keine Verurteilung. Nun ja, wir wissen schon, daß wir hier nicht justifiziert werden können. Aber bitte, lesen Sie die Begründung der Resolution und halten Sie sich vor Augen, was man uns alles gesagt hat auf diesem Kongreß, dann werden Sie finden, daß es einer Verurteilung sehr nahe kommt. Nun sagt Dr. Adler, wir wollen die Einheit herbeiführen. Ja, wenn

man die Introduktion zu dieser Einheit in dieser Weise [illegible], dann behält man niemand, denn dann heißt es zu schweigen und zu dienen. Dazu geben wir uns nicht her. Ich habe mich durchaus nicht auf das Amendement der belgischen Genossen berufen, um daraus auf eine Tendenz des Kongresses, uns zu verurteilen, zu schließen. Ich habe nur gesagt, auch die belgischen Genossen sind der gleichen Ansicht wie wir, daß nämlich die Sache noch untersucht werden muß. Genosse Plechanow hat zum Schluß von Klassenbewußtsein gesprochen. Ich möchte nur eines wünschen, daß in allen Ländern und Staaten das Proletariat so vom Klassenbewußtsein durchdrungen, so treu der Internationale und so einig wäre, wie es die tschechische Arbeiterschaft ist. (Stürmischer Beifall bei den Tschechen.) Wir halten fest an der Solidarität, wir wollen sie weiter halten, aber nur unter solchen Bedingungen, die uns eine Entwickelung ermöglichen, nicht aber unsere Stoßkraft lähmen. Das wollen wir, weiter nichts. Wollten wir tun, was die deutschen Genossen von uns verlangen, dann müßten wir in die Liquidation unserer Partei eintreten. Wir könnten nicht mehr existieren, wir müßten uns auflösen. Das werden Sie nicht verlangen und das werden wir nicht tun. (Stürmischer Beifall der Tschechen.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag der Tschechen auf Vertagung der Frage und Untersuchung durch das Internationale Bureau wird gegen ein Dutzend Stimmen abgelehnt. Ueber den Antrag der Kommission wird nationsweise abgestimmt. Alle Nationen mit 222 Stimmen stimmen dafür, darunter sind auch die 2 Stimmen der tschechischen Minorität. Dagegen werden die 5 Stimmen der tschechischen Mehrheit abgegeben. 7 Stimmen enthalten sich, und zwar: 5 von Finnland (3 waren dafür abgegeben) und 2 von Türkei-Armenien.

Das Ergebnis der Abstimmung wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Vierter Verhandlungstag

Sonnabend, den 3. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Jeppesen** (Norwegen). Er eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr und erteilt das Wort zum Bericht der 2. Kommission (Gewerkschaftskommission) über die Frage der

Verwirklichung der internationalen Solidarität

dem Vorsitzenden der Schweizer Generalkommission der Gewerkschaften **Huggler**.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

Internationale Solidarität.

In Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und

in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind,

fordert der Internationale sozialistische Arbeiterkongreß von Kopenhagen die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterschaft des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchfechten kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeitersolidarität in dieser Weise in der Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Riesen-Trusts, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an. Gewerkschaftliche Massengefechte, von Riesen-Aussperrungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1909, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterschaft eines ganzen Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Uebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen kann.

Der Kongreß empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale, zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeitersolidarität die zweckmäßigsten sind. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongreß:

das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem Laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterschaft überall wachzurufen und um den allzu oft direkt erlogenen „Neuigkeiten“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporwächst, die Kraft genug besitzt, die breiten Volkskreise von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Huggler: Der Kommission haben in der Hauptsache zwei Resolutionen vorgelegen, eine seitens der schwedischen und eine seitens der belgischen Genossen. Die schwedische Resolution trat weniger in die Materie ein, als daß sie das Gefühl und Empfinden der schwedischen Kameraden bei den Kundgebungen der internationalen Solidarität aus Anlaß ihres letzten Kampfes zum Ausdruck bringt. Die Arbeiterorganisationen Schwedens mußten in ihrem vorjährigen Riesenkampf gegen das Unternehmertum bekanntlich an die Solidarität der Arbeiter aller Länder appellieren und an moralischen Unterstützungen und Sympathiekundgebungen der Arbeiterschaft hat es ihnen auch nicht gefehlt. Wenn aber 300 000 Arbeiter auf der Straße stehen, so reicht die moralische Unterstützung nicht aus, sie zu ernähren (Sehr wahr), sondern es sind vor allem auch Geldmittel notwendig. In dieser Beziehung aber kam die internationale Solidarität der einzelnen Nationen sehr verschieden zum Ausdruck. Die zunächst gelegenen nordischen Länder, Norwegen, Dänemark, Finnland, und vor allem auch Deutschland, machten geradezu übermenschliche Anstrengungen, um den schwedischen Kameraden wirksam zur Seite zu stehen. Auch von den ferner liegenden

Ländern brachten einzelne schöne Resultate. Dagegen mußte die Kommission konstatieren, daß andere Länder, vor allem Frankreich, Belgien und Großbritannien sich in einer Weise benommen haben, die schwer zu verstehen ist. (Hört! hört!) Frankreich hatte zirka 7000 Kronen nach Schweden gesandt. Das ist für die Viertelmillion Mitglieder, die die Confédération du Travail umfaßt, sehr wenig, wenn man damit vergleicht, daß das kleine Norwegen über 300 000, Finnland über 43 000, die Schweiz etwa 60 000 Kronen nach Schweden geschickt haben. (Beifall.) Belgien hat zirka 6000 Kronen geliefert, auch das ist im Verhältnis zur Zahl der Organisierten außerordentlich wenig. Nun sind aber von seiten der Vertreter Belgiens und Frankreichs in der Kommission Gründe vorgebracht worden, die sich hören lassen. Die belgischen Genossen haben darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach einer schweren Krise selbst in eine große Aussperrung verwickelt waren, die an ihre Kraft ungeheure Anforderungen stellte. Die französischen Kameraden haben auf die geringe materielle Leistungsfähigkeit der nach den syndikalistischen Methoden organisierten Gewerkschaften überhaupt hingewiesen, die sie nicht ohne weiteres umformen können.

Unbegreiflich blieb bloß das Verhalten, das die großen Gewerkschaftsorganisationen Großbritanniens, die alten Trades-Unions, bei diesem furchtbaren Konflikt an den Tag gelegt haben. Man kann zugeben, daß für die britischen Organisationen taktische Gründe maßgebend gewesen sein mögen, daß die Statuten ihrer Verbände ihnen eine rasche Hilfsaktion erschweren. Aber in einer so außerordentlichen Situation, wo das ganze Unternehmertum eines Landes sich darauf versteifte, der Arbeiterschaft die Organisation unmöglich zu machen, da muß sich ein Weg finden lassen, über alle Bedenken hinaus Hilfe zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Es fällt uns nicht ein, der hier anwesenden englischen Delegation die geringsten Vorwürfe zu machen. Die Resolution hat vielmehr den Zweck, die englische Delegation aufzufordern, wenn sie nach England zurückkehrt, den Arbeitern ihres Landes zu sagen, daß der Internationale Sozialistenkongreß nicht hat verstehen können, daß die englischen Gewerkschaften bei der internationalen Hilfsaktion für Schweden so sehr zurückgeblieben sind. Sie müssen die englische Arbeiterschaft zu überzeugen suchen, daß wenn das international organisierte Unternehmertum den Arbeitern irgendwo das Koalitionsrecht, die Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, entreißen will, wie das in Schweden geschehen ist, dann auch die britischen Gewerkschaften Hilfe leisten müssen, weil das auch die englische Arbeiterschaft angeht. Die Haltung der englischen Arbeiterschaft im schwedischen Kampfe ist um so unverständlicher, weil bei früheren Anlässen, wenn die englischen Gewerkschaften angegriffen waren, z. B. beim Kampfe der Maschinenbauer, ganz Europa sich angestrengt hat, ihnen zu Hilfe zu kommen. Deshalb wäre es die Pflicht der Engländer, den anderen Nationen gegenüber in gleicher Weise die Solidaritätspflicht zu erfüllen. Wir hoffen, daß die englische Delegation in diesem Sinne wirken wird, und daß künftig auch die englische Arbeiterschaft mitmacht. Bloße Beschlüsse reichen nicht aus, unser soziales Ideal muß in die Wirklichkeit umgesetzt werden. (Sehr wahr.) Näher und näher kommt der Moment, wo wir von der Arbeiterschaft vielleicht mehr werden verlangen müssen, als bloß Geld, wo wir an die englischen Arbeiter vielleicht die höchsten Anforderungen werden stellen müssen zur Unterstützung der kontinentalen Organisationen. Die praktische Regelung der Einzelheiten der Unterstützung mögen die internationalen Gewerkschaftskonferenzen festsetzen. Wir können hier nicht in das Detail eintreten, wie das der belgische Antrag wollte, sondern müssen uns damit begnügen, die allgemeinen Richtlinien aufzustellen. Alles andere mag die gewerkschaftliche Internationale nach sorgfältiger Prüfung und Vorbereitung in den einzelnen Landesverbänden erledigen. Deshalb

haben wir mit einer kleinen, von den schwedischen Genossen selbst beantragten Aenderung im vierten Abschnitt der Resolution der schwedischen Genossen einmütig zugestimmt. Die Kommission war einstimmig der festen Ueberzeugung, daß das Befreiungswerk von der organisierten Arbeiterschaft der ganzen Welt erst geleistet werden kann, wenn die internationale Solidarität aufgehört hat, bloß Theorie zu sein, wenn auch die britischen Arbeiter und Gewerkschaften die Pflichten internationaler Solidarität voll erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Noch ein Wort zu der belgischen Resolution, die mit Ausnahme der belgischen Genossen, die ein imperatives Mandat hatten, ebenso einhellig abgelehnt wurde, wie die schwedische Resolution angenommen worden ist. Soweit es sich dabei um gewerkschaftlich Organisierte handelte, muß die Gewerkschaftsinternationale die Frage regeln. Die belgischen Genossen haben aber erklärt, daß sie vor allem auch die Unterstützung politischer Flüchtlinge im Auge hätten, wobei Belgien allgemein und besonders von den flüchtenden russischen Revolutionären sehr stark in Anspruch genommen worden sei. Das trifft indessen auf alle Länder zu, und es müßte erst noch untersucht werden, wie die verschiedenen Landeszentralen das gegenseitig aufrechnen können. Wir haben deshalb diesen Teil der belgischen Resolution an das internationale Bureau zurückzuverweisen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Anderson (Vorsitzender der J. L. P.): Die englische Delegation steht vollkommen auf dem Boden der Resolution, die die Kommission vorschlägt, und unterstützt sie aufs wärmste. Sie ist einmütig bereit, zum Ausdruck zu bringen, daß der engere Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder und die Organisation der internationalen Solidarität eine Notwendigkeit ist. Die Resolution hat höchstens den Fehler, noch etwas zu unbestimmt zu sein. Aber das mußte sie wohl sein, um sich den Verhältnissen aller Länder anzupassen.

Ich habe besonders deshalb das Wort ergriffen, um die Tätigkeit, oder besser die Untätigkeit der englischen Gewerkschaften in der Zeit der Aussperrung in Schweden, wenn nicht zu entschuldigen, so doch wenigstens zum Teil zu erklären. Ich will ganz offen zugeben, daß die englischen Genossen in dieser Situation nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden haben. Aber ich möchte auf zwei Punkte hinweisen, die zum Verständnis der Haltung der englischen Gewerkschaften in Betracht gezogen werden sollten, nicht um das, was geschehen ist und was unabänderlich ist auch gegenüber den Vorwürfen, zu kritisieren, sondern um Mittel und Wege zur Besserung anzuzeigen. Die englischen Gewerkschaften sind zu einer Zeit gegründet worden, wo der Sozialismus und der Geist des Internationalismus auf die Arbeiterbewegung noch so gut wie gar keinen Einfluß gehabt haben. Von jener Zeit ist eine gewisse Abneigung der englischen Gewerkschaftsbewegung gegen internationale Hilfsaktionen zurückgeblieben. Erst in neuester Zeit wird der Einfluß des Sozialismus auf die englische Gewerkschaftsbewegung stark. Damit wird auch der Geist internationaler Solidarität sie mehr und mehr erobern.

Ein zweites Moment ist, daß die englische Arbeiterbewegung nicht über die prächtige sozialistische Tagespresse verfügt, die den Gewerkschaften der anderen Länder zur Verfügung steht. (Sehr wahr!) Es ist den englischen Trades-Unions nicht möglich gewesen, ihre Mitglieder zu informieren über das, was in anderen Ländern vorgeht. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb wir nichts haben tun können.

Noch ein Wort über die Haltung der englischen Gewerkschaftsvorstände. Früher waren die Statuten der englischen Gewerkschaften so abgefaßt, daß die Vorstände weitgehende Vollmacht hatten, auch über große Summen zu verfügen. Jetzt ist das ohne Zustimmung der Mitglieder nicht möglich, und

ehe die notwendige Urabstimmung vollzogen ist, ist der Streik, der unterstützt werden sollte, vorbei. In Fällen, wo die Not drängt, wie beim schwedischen Generalstreik, kann daher Hilfe nicht in der Weise gebracht werden, wie es notwendig wäre. Das vereinigte Gewerkschaftskomitee Groß-Britanniens wird aber jetzt mit Vertretern des Gewerkschaftskongresses, der Arbeiterpartei und aller Gewerkschaften beraten und Vorschläge ausarbeiten, wie die Statuten so eingerichtet werden können, daß unüberlegte Ausgaben vermieden werden, und doch in Fällen der Not die Pflichten internationaler Solidarität in jeder Weise erfüllt werden können. Insofern freuen sich alle britischen Delegierten, daß hier so offen über die Frage gesprochen worden ist, und hoffen, daß diese Diskussion gute Wirkung ausüben wird. Genosse Barnes, der Vertreter der englischen Amalgamated Society of Engineers, einer der größten englischen Gewerkschaften, der Kopenhagen leider schon heut früh hat verlassen müssen, hat mich gebeten, dem Kongresse mitzuteilen, daß er bereits an seine Organisation geschrieben habe, wieviel er hier gelernt habe und wieviel neues Licht auf gewerkschaftliche Fragen gefallen ist, und hat hier Vorschläge gemacht, um im Sinne der Resolution Besserung zu schaffen. Im übrigen sind in vielen Berufen die englischen Gewerkschaften im Begriff, sich zu zentralisieren. Im wachsenden Maße schließen sie sich auch den internationalen Föderationen ihres Berufes an, so die Metallarbeiter, Textilarbeiter und Bergarbeiter. Mit dem Ausbau der internationalen Berufsverbände werden sich auch automatisch die internationalen Hilfsaktionen entwickeln, wird an Stelle des Appells an die Solidarität die Verpflichtung zur Beitragsleistung treten. Dann wird mit der größten Geschwindigkeit und mit zwingender Kraft die internationale Hilfe angerufen werden können. Diese Lehren wollen wir uns der Resolution entnehmen, und wir stimmen ihr zu, in der Zuversicht, unsere Organisationen so ausbauen zu können, daß solche Klagen nicht mehr vorgebracht werden, daß auch wir in der praktischen Verwirklichung der internationalen Solidarität unsere Pflicht künftig voll erfüllen können. (Lebhafter Beifall.)

Cohen-Berlin: Genosse Huggler hat mit seinem Referat durchaus das getroffen, was die gesamte deutsche Delegation, was alle deutschen Genossen empfunden und gefühlt haben, in bezug auf die mangelhafte praktische Solidarität verschiedener Nationen beim Kampfe der schwedischen Genossen. Angesichts dieser Situation war die Art, wie Anderson gesprochen hat, das beste, was er tun konnte. Es wäre uns nur lieb, wenn wir erfahren könnten, ob er seine Erklärung nicht nur im eigenen Namen, sondern im Namen und im Auftrage der englischen Gewerkschaften abgegeben hat. Dann erst hätte diese Erklärung den richtigen Wert. Wir hören doch mit einigem Erstaunen die Redewendung, daß der Gedanke des Sozialismus sich erst jetzt in England Bahn bricht, und daß die Engländer auf diesem Kongreß viel gelernt hätten. Sie nehmen ja schon lange an den internationalen Arbeiterkongressen und den internationalen Gewerkschaftskongressen teil, und da haben wir diese Bemerkung schon öfter gehört. Deshalb sollte man uns endlich einmal erklären, ob alle Vertreter der englischen Gewerkschaften mit den notwendigen Reformen ernst machen wollen und die Erklärung Andersons als bindend für sich erachten. (Sehr gut!)

Anderson hat gemeint, daß in den meisten Gewerkschaftsstatuten Urabstimmungen für größere Geldausgaben gefordert würden; das ist uns sehr wohl bekannt. Aber die englischen Gewerkschaften sind gleich zu Beginn des Kampfes durch Delegierte der schwedischen Arbeiter über den Stand der Dinge unterrichtet worden und hätten trotz der statutarischen Schwierigkeiten während des wochenlangen Kampfes auch die Urabstimmung ruhig vornehmen

können. Wenigstens bei einem so ausgedehnten Kampfe war die Möglichkeit der Unterstützung noch gegeben. Ich muß deshalb geradezu behaupten, daß es hier und da an dem guten Willen gefehlt haben muß.

Anderson hat sich darüber beklagt, daß die Resolution nicht ganz klar und deutlich gehalten wäre. Aber wenn wir deutlicher gesprochen hätten, so hätte die Resolution sich lediglich mit den Verfehlungen der englischen Genossen in den letzten Jahren beschäftigen müssen. Nur mit Rücksicht auf sie hat die Resolution nicht deutlicher über ihre bedauerlichen Versäumnisse gesprochen. In der Kommission hat Anderson das Ausbleiben der englischen Hilfe auch damit entschuldigt, daß in England selbst große Arbeitslosigkeit geherrscht habe. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß damals etwa 5 bis 6 Proz. der englischen Arbeiter ohne Arbeit waren, während in Deutschland zur gleichen Zeit die Arbeitslosigkeit bis auf 12 Proz. stieg. Trotz alledem haben wir unsere Schuldigkeit gegenüber den schwedischen Genossen getan und können daher auch diese Entschuldigung der Engländer nicht gelten lassen. Bei den bekannten hohen Kassenbeständen der englischen Gewerkschaften wäre es ihnen noch leichter als uns gewesen, ihre Schuldigkeit zu tun. Wir verlangen deshalb mehr als eine unpersönliche verbindliche Erklärung des Genossen Anderson, damit wir wissen, daß endlich wirklich in England die Verhältnisse sich bessern. (Glocke des Präsidenten.) Meine Redezeit ist zu Ende, ich muß daher abbrechen, ohne, wie ich beabsichtigte, auch den französischen Genossen ein paar Liebenswürdigkeiten zu sagen. Nun, das nächste Mal! (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Damit ist die Debatte erschöpft. Das Schlußwort erhält

Huggler: Gegen die Resolution sind von keiner Seite Einwendungen erhoben worden und die englische Delegation hat erklärt, daß sie ihr Möglichstes tun wird, um dem Beschlusse nachzukommen. Ich kann mich daher auf die Bemerkung beschränken, daß alle Nationen, die für die Resolution stimmen, auch verpflichtet sind, für ihre Ausführung zu sorgen. (Bravo!)

Hierauf wird die Resolution der Kommission einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Es folgt der Bericht der vierten Kommission (Soziale Kommission) über

Die Ergebnisse der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Folgende Resolution liegt vor:

Arbeitergesetzgebung.

Die mit der Entwickelung der kapitalistischen Produktion gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter führte Zustände herbei, die ein Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig machten.

In keinem Lande erreichen die Schutzgesetze das, was auch nur annähernd im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist und was ohne Schädigung der Industrie gegeben werden kann.

Der Kongreß erinnert an folgende betreffs der Arbeiterschutzgesetzgebung im allgemeinen schon durch den Pariser Kongreß von 1889 für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts erhobenen Mindestforderungen:

1. Einen höchstens achtstündigen Arbeitstag;
2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer wenn sie wegen der Natur der Arbeit aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt geleistet werden muß;

4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche, für jeden Arbeiter;
5. Verbot des Trucksystems;
6. Sicherstellung des Koalitionsrechtes;
7. eine wirksame und durchgreifende Inspektion der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe unter Mitwirkung der durch die Arbeiter gewählten Personen.

Zwar hatte der Pariser Kongreß zur Folge, daß 1890 in Berlin und 1906 in Bern Arbeiterschutzkonferenzen der Regierungen zusammentraten und internationale Verbindungen für Arbeiterschutz gebildet wurden, aber trotz der vielen Verhandlungen wurden sehr wenig positive Leistungen durch die Gesetzgebung geschaffen, weil die herrschenden Klassen in der Befürchtung, daß ihr Klasseninteresse geschädigt wird, dem Arbeiterschutz entgegenwirken, und das wiewohl durch Arbeiterschutz in keinem Lande irgendein Erwerbszweig geschädigt ist, vielmehr die Hebung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unternehmerklasse einen Vorteil bringt.

Um ein Versinken der Arbeiter in Pauperismus zu hindern, forderte der Kongreß zu Amsterdam 1904, daß unter voller Selbstverwaltung durch die Arbeiter und bei gleichartiger Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Nationen, in allen Ländern Einrichtungen geschaffen werden, die ausreichende Subsistenz- und Heilmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangeren und Wöchnerinnen diejenige Hilfe bringen, die für das Gedeihen des Säuglings und der Mutter geboten ist, und die die Witwen und Waisen sowie die Arbeitslosen vor Not bewahren.

Die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze genügen keineswegs den ebenso notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbesondere schutzlos sind die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden.

Der Kongreß fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, sie mögen in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft oder in anderen Arbeitszweigen beschäftigt sein, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen und einen wirksamen Arbeiterschutz durch unablässige Agitation und durch mächtigen Ausbau der klassenbewußten Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erobern.

Referent ist **Molkenbuhr**: Parteigenossen! Der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, ist alt und bekannt. Ja, man könnte ihn beinahe den Vater der neuen Internationale nennen. Denn aus dem Gedanken, einmal international die Grundlagen für die gesamten Forderungen der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung festzulegen, wurde 1889 der Kongreß in Paris einberufen. Wenn die Frage aber auch alt ist, so darf man doch nicht sagen, sie sei veraltet, und wir machten es wie gewisse fromme Leute, die immer dasselbe Gebet zur bestimmten Stunde sprechen. (Heiterkeit.) Nicht allein, daß die Uebelstände, deren Beseitigung gefordert wird, fortbestehen, wir sehen sie in vielen Ländern sogar verschärft auftreten. Es ist eine alte Erscheinung, daß dort, wo der Kapitalismus sich zu entfalten anfängt, wo er seinen Saugrüssel in die Produktion steckt, er zum System des Raubbaues greift. Jeder Landbesitzer, jeder Viehbesitzer würde sich scheuen, solchen Raubbau mit seinem Lande und seinem Vieh zu treiben, wie ihn der aufkommende Kapitalismus mit den Arbeitern treibt. Mit um so größerer Entschiedenheit müssen wir unsere Forderungen immer aufs neue erheben. Man

haben auch eine Reihe bürgerlicher Sozialpolitiker eine Anzahl Arbeiterschutzforderungen erhoben. Ihr Hauptfehler ist aber, daß sie die Arbeiterfreundlichkeit der Kapitalisten als Faktor in die Rechnung stellen. Die Arbeiterfreundlichkeit des einzelnen Kapitalisten ist eine sehr schöne Sache, in Wirklichkeit aber ist das Kapital unpersönlich. Es kennt kein Gefühl, die Aktiengesellschaften sind durchaus gefühllose Organe zur Erzielung hoher Profite. (Lebhafte Zustimmung.) Sie treten immer mehr an Stelle des persönlichen Kapitalisten und führen zu Preiskonventionen, Kartellen und Trusts. Die Ausbeutung des Arbeiters erstreckt sich nach zwei Seiten, er wird als Produzent und als Verbraucher geschröpft. Im Jahre 1908 waren zum Beispiel während der scharfen Krise die Kohlenpreise höher als 1907.

An der Spitze unserer Forderungen steht der Schutz für Leben und Gesundheit. Wir verlangen den Achtstundentag, das Verbot der Kinderarbeit, das Verbot der Nachtarbeit und die Forderung der Sonntagsruhe. Die Ziffer 5 der vorliegenden Resolution schützt den Arbeiter als Verbraucher. Es wird darin das Verbot des Trucksystems gefordert. Unter dem Deckmantel der Wohlfahrtseinrichtungen schafft das Kapital Wohlfahrtsplagen für die Arbeiter, so die Arbeiterwohnung, um ihn an den Boden zu fesseln, so die Pensionskassen, um ihn bei ein und demselben Betrieb zu halten und ihm den Gebrauch des Koalitionsrechts unmöglich zu machen. Wir fordern, daß das Koalitionsrecht vollständig sichergestellt wird gegen die Uebergriffe des Kapitals, um so mehr, als die Arbeiter nicht mehr einem einzelnen Kapitalisten gegenüberstehen, sondern der Koalition des Kapitals. Alle diese Forderungen werden von uns als Mindestforderung erhoben, und zwar als Forderung für alle Arbeiter. Dadurch unterscheiden wir uns von den meisten bürgerlichen Sozialpolitikern, die nur den Fabrikarbeiter schützen wollen und den Handwerker und Landarbeiter außerhalb des Arbeiterschutzes stellen. In der Landwirtschaft dringt die Maschine immer mehr ein, um so notwendiger ist es, auch den Landarbeiter zu schützen. Dort, wo besondere Gefahren vorhanden sind, in den Betrieben, die unter Staubentwickelung, Hitze und Gift zu leiden haben, für die Bergwerke, stellen wir noch weitergehende Forderungen.

Dem Ausbau des Arbeiterschutzes wird immer die Behauptung entgegengehalten, daß die Konkurrenzfähigkeit eines Landes unter seiner Einführung leiden würde. Ich lache über diesen Einwand. Selbst wenn er wahr wäre, steht nicht die Gesundheit höher als der Profit? (Lebhafte Zustimmung.)

Als der Anfang mit der englischen Arbeiterschutzgesetzgebung gemacht wurde, da erklärten die Senior und Genossen, die englische Industrie würde zugrunde gehen, wenn der Zehnstundentag eingeführt würde. Das war zu derselben Zeit, als England zum Freihandel überging. Hat der Zehnstundentag nun etwa die englische Industrie zugrunde gerichtet? Nein, aber die deutschen Spinner haben wie geprügelte Knaben gejammert, sie könnten der englischen Konkurrenz nicht standhalten, und dabei beuteten sie die Arbeiterinnen 15 bis 16 Stunden täglich aus. 1878/79 setzten sie denn auch einen Schutzzoll für sich durch. Als der Elfstundentag bei uns 1900 eingeführt wurde, auch da hieß es, die Industrie könne diese Verkürzung der Arbeitszeit nicht vertragen und die Textilarbeiter Sachsens mußten 1903 einen großen Kampf führen. Und immer derselbe Einwand, der 60 Jahre vorher in England erhoben worden war, er wurde auch wieder laut, als auf Grund der Berner Konvention der Zehnstundentag eingeführt wurde. Es ist immer die alte Geschichte, wenn es nicht bewußte Unwahrheit ist, ist es ewig ein Trugschluß. (Lebhafte Zustimmung.)

Weiter erheben wir in unserer Resolution die Forderung der Arbeiterversicherung gegen unvermeidliches Unglück, gegen das Versinken in Pauperis-

mus zum Schutz und zur Hilfe für die Kranken, Verletzten, Invaliden, Alten, Arbeitslosen, für die Witwen und Waisen. Auch hier heißt es immer, die Industrie kann die Lasten nicht ertragen. Aber ich frage, trägt nicht jedes Land schon jetzt diese Lasten für Krankheit, Unfall und Invalidität? Jedes Land muß sie auch heute schon tragen, aber man bürdet sie jetzt den Aermsten und Elendesten auf. (Lebhafte Zustimmung.) Was diese jetzt tragen müssen, das sollte die ganze Gesellschaft nicht tragen können? (Lebhafte Zustimmung.) Das ist ein lächerlicher Einwand. Sehen wir uns einmal an, welch gewaltige Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit fallen. In einem Jahr fielen in Deutschland 10 000 Tote, gab es 130 000 Krüppel, gab es 518 000 Verwundete. (Lebhaftes Hört! hört!) Sollen die Witwen und Waisen, die Krüppel und Verletzten ohne Hilfe bleiben? Die Frage stellen heißt sie beantworten. Dasselbe gilt vom Alter und von der Invalidität, gilt von der Hilfe für die Schwangeren, die Wöchnerinnen und die Arbeitslosen. Die deutschen Kapitalisten jammern, daß sie 375 Millionen Mark jährlich für die Arbeiterversicherung ausgeben. Das ist gewiß eine große Summe und wenn man bei Einführung der Arbeiterversicherung ihnen gesagt hätte, daß sie in 20 Jahren 4 Milliarden Mark dafür würden aufwenden müssen, dann hätten sie sich vielleicht noch heftiger gesträubt. Aber hat die deutsche Industrie diese vier Milliarden nicht ruhig bezahlt, ohne dabei zugrunde zu gehen. (Sehr richtig!) Ja, kein Land hat einen solch gewaltigen Aufschwung seiner Industrie in diesem Zeitraum erlebt wie gerade Deutschland. Und die Arbeiterversicherung selbst hat dazu beigetragen. Die Kapitalisten bezahlen ihre Kosten nicht, sondern stellen sie den Käufern mit ihrem Unternehmergewinn in Rechnung. Sie kassieren vielleicht jährlich 420 Millionen dafür ein und geben 375 Millionen dafür aus. Dem Unternehmer kostet die Versicherung für jeden Arbeitstag eines industriellen Arbeiters 12 Pfennig. Das macht, wenn wir so rechnen, im Jahre bereits 310 Millionen Mark aus. Rechnen wir für den Landarbeiter bei 200 Tagen die Kosten der Versicherung mit 5 Pf. für den Tag, so kommen wir auf 112 Millionen. Das ergibt zusammen 422 Millionen, ist also erheblich höher gegriffen, als die Kapitalisten tatsächlich zu zahlen haben. Da können wir sehr wohl annehmen, daß sich auch die Kosten eines weiteren Ausbaues der Arbeiterversicherung sehr bequem tragen lassen werden. Eine besonders dringende Notwendigkeit ist der Schutz der Schwangeren und der Säuglinge. Wissen wir doch, daß die Industrie einen Kindesmord betreibt, gegen den der bethlehemitische eine Spielerei ist. Schließlich hat auch der Kapitalist einen Vorteil von dem weiteren Ausbau der Sozialversicherung, weil damit die Gesundheit der Arbeiterklasse gehoben wird. Dort aber, wo die Kapitalisten die gesündesten und kräftigsten Arbeiter zur Verfügung haben, werden sie im Konkurrenzkampf siegen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist vielleicht kein Zufall, daß seit der Einführung der Krankenversicherung die Todesziffer in Deutschland von 28 auf 20 pro Tausend im Jahre zurückgegangen ist. Und auch ein direkter Vorteil für die Kapitalisten stellt sich heraus, denn die Arbeiterversicherung ist nichts anderes als die Ablösung ihrer bisherigen Haftpflicht.

Wo liegt der hauptsächlichste Widerstand gegen die Forderungen, die wir erheben? Gewiß tritt ihnen der Kapitalismus bewußt entgegen. Aber das geeinte und klassenbewußte Proletariat ist eine stärkere Macht. Darum ist die Teilnahmslosigkeit der Arbeiter unser schlimmster Gegner. Sie zu brechen, aufklärend zu wirken, die Werbe- und Alarmtrommel zu schlagen, ist die dringendste Aufgabe jeder Arbeiterorganisation. Immer wieder müssen diese Fragen international besprochen werden, das fordert die Verbrüderung aller Länder. Wenn die Nationen im geeinten Streben zusammenstehen, wenn die

Arbeiter aller Länder sich vereinen, dann werden sie ihren Zielen näher kommen, und Ideale verwirklichen, die jetzt noch als kühnste Phantastik erscheinen. (Stürmischer Beifall.)

Huysmans gibt im Auftrage des Internationalen Bureaus die Erklärung ab, daß es die Debatte über die Frage der Arbeitslosigkeit nicht von neuem eröffnen wolle, es sei aber der Ansicht, daß diese Frage einem fortgesetzten Studium der verschiedenen Sektionen der Internationale unterbreitet bleiben müsse. Deshalb teile das Bureau den Wortlaut der von der englischen Delegation eingebrachten Resolution mit und es bittet die Delegierten, sie genau zu prüfen, damit beim nächsten Internationalen Kongreß die Frage von neuem behandelt werden könne. Die Resolution lautet:

„Angesichts des am Donnerstag von der britischen und von anderen Abteilungen auf dem Kongreß erhobenen Protestes, demzufolge die Resolution über die Arbeitslosigkeit nicht befriedigt in ihrer Auffassung des Problems und in ihren praktischen Vorschlägen nicht weitgehend genug ist, unterbreiten die Unterzeichneten im Auftrag ihrer nationalen Abteilung dem Kongreß folgende Erklärung:

1. Die Arbeitslosigkeit ist eine Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und untrennbar von derselben.

2. Solange der Kapitalismus besteht, müssen jedoch Maßregeln getroffen werden, die sich mit dem Problem befassen.

3. Diese Maßregeln dürfen nicht bloß vorbeugend sein, sondern müssen den Keim der sozialistischen Gesellschaftsordnung enthalten, den Anfang der endgültigen Organisation der gesellschaftlichen Produktionsmittel bilden, sowie der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte auf genossenschaftlicher Grundlage.

4. Staatliche Notstandsarbeitseinrichtungen, die nur bei akuter Arbeitslosigkeit fungieren und in normalen Zeiten aufgehoben werden, sind zu verwerfen.

5. Die staatliche Tätigkeit gegen die Arbeitslosigkeit sollte bei Anerkennung des Rechts auf Arbeit auf folgender Grundlage beruhen:

a) amtliche genaue Statistik über die Arbeitslosigkeit,
b) Einteilung der staatlichen und städtischen Arbeiten mit dem Zweck, die Arbeitsnachweisfrage möglichst zu organisieren und auf festen Fuß zu bringen,
c) eine Gesetzgebung, die die Arbeitszeit verkürzt mit einem Maximum von 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich, und die soweit als möglich das Schwitzsystem ausschaltet, ebenso die Kinderarbeit und andere Konkurrenzformen, die die Armut steigern,
d) nationales System von Arbeiterbörsen, von den Gewerkschaften kontrolliert,
e) staatliche Versicherung,
f) Einrichtung von Staatsämtern, die sich im Interesse des Gemeinwesens mit der Entwickelung aller Arten von Nationalreichtum beschäftigen, der jetzt vernachlässigt oder ungenügend ausgebaut wird.

6. Eine Bedingung aller Staatshilfe, die den Arbeitslosen gewährt wird, muß sein, daß damit kein Verlust politischer Rechte verbunden ist und daß sie allen Abteilungen der Arbeiterklasse und beiden Geschlechtern zugänglich sein soll.

Da die Zeit vorgerückt ist, beantragt die belgische Sektion Schluß der Debatte.

Die Engländer, für die Macdonald zum Wort gemeldet ist, protestieren sehr lebhaft. Der Schlußantrag wird mit großer Majorität gegen die Stimmen der Engländer angenommen.

Die vom Referenten vorgelegte Resolution über die Arbeiterversicherung wird mit großer Majorität gegen die Stimmen der Engländer angenommen.

Resolution über das Asylrecht.

Sie lautet:

In der letzten Zeit haben sich in verschiedenen Staaten Fälle gehäuft, wo unter nichtigen Vorwänden das Asylrecht für politische Flüchtlinge verletzt wurde. Insbesondere ist es der Einfluß Rußlands, der sich auch bei dieser Frage unheilvoll geltend macht. Das war zu erwarten. Aber es ist bedauerlich, daß auch in freien Ländern solchen reaktionären Maßnahmen Unterstützung und Vorschub geleistet wird. So geschah es zuletzt im Fall des Letten Wezosol, der in den Vereinigten Staaten verhaftet wurde und der nunmehr ausgeliefert werden soll. Aber auch England verleugnet seine alten guten Traditionen, wie im Fall des indischen politischen Flüchtlings Savarka, der auf französischem Boden entwichen und sofort wieder an England ausgeliefert wurde, das ihn jetzt, entgegen den bisherigen internationalen Gepflogenheiten gewaltsam zurückbehält. Der Kongreß protestiert auf das energischste gegen diese verbrecherischen Verletzungen des Asylrechts und fordert das internationale Proletariat auf, sich mit allen Mitteln der Agitation gegen dieses Attentat auf die Würde und Unabhängigkeit des eigenen Landes, sowie auf die Bewegungsfreiheit des Proletariats selbst in seiner internationalen Geschlossenheit zu widersetzen.

Keir Hardie (England) erhält zur Begründung das Wort: Die britische Sektion hat die Resolution eingebracht und bittet um ihre Annahme. Die Vorgeschichte der Verhaftung Savarkas ist bekannt. Er floh, als er von England nach Indien gebracht werden sollte, in Marseille von dem englischen Schiff, wurde aber auf französischem Boden von französischen Gendarmen verhaftet und den britischen Autoritäten ohne weiteres wieder ausgeliefert. Jaurès hat darüber in der französischen Kammer interpelliert und mit dem großen Gewicht seiner Persönlichkeit in völkerrechtlichen Fragen auf die Ungesetzlichkeit des Verfahrens an der Hand von Präzedenzfällen hingewiesen. Die britische Sektion will allen Versuchen entgegentreten, das Asylrecht anzutasten, das die glorreiche Tradition ihres Landes ist. Haben doch Garibaldi, Mazzini, Kossuth und Karl Marx als Verbannte in England unangefochten gelebt. Wenn Savarka vor ein indisches Gericht gestellt wird, so ist zu befürchten, daß das Verfahren gegen ihn nicht einmal öffentlich ist. Denn Indien steht unter einem Ausnahmezustand, alle Zeitungen der Inder sind verboten. Die englische Sektion ist nicht mit allem einverstanden, was die indischen Revolutionäre gesagt und getan haben, aber sie ist eine entschiedene Gegnerin aller Unterdrückungsmaßregeln, mit denen die Regierung sie jetzt bekämpft, und wollen ihnen unter allen Umständen die Freiheit des Wortes wahren. Deshalb muß die ganze Internationale hier Protest erheben und fordern, daß Savarka wieder den französischen Autoritäten übergeben wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Branting**: Die Resolution erfährt auf Vorschlag Keir Hardies eine kleine Aenderung. Es soll da nicht vom Revolutionär Savarka, sondern vom politischen Flüchtling gesprochen werden.

Mit dieser Aenderung wird die Resolution einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Es folgt die

Marokkoresolution.

Sie ist von den Delegierten Frankreichs und Spaniens gemeinschaftlich gestaltet und lautet:

Indem der Kongreß an die vom Stuttgarter Kongreß angenommene Resolution über die französisch-spanischen Unternehmungen in Marokko erinnert, in Erwägung ferner, daß die französischen Sozialisten gegen den Einmarsch gewisser Generale auf marokkanisches Gebiet protestieren mußten und daß von spanischer Seite bereits wieder mit größter Eile militärische Vorbereitungen für einen neuen Feldzug getroffen werden, daß die den Völkern auferlegten Lasten infolge der kapitalistischen Wirtschaftspolitik stetig wachsen, fordert der Kongreß die sozialistischen Parteien aller Länder und besonders die Frankreichs und Spaniens auf, die energische Aktion, welche von den sozialistischen Parteien beider Länder gemeinsam unternommen und durch das Vorgehen der Revolutionäre in Barcelona und anderen Städten verstärkt wurde, zu unterstützen und sich aufs allerschärfste einem neuen Feldzug zu widersetzen.

Die Resolution wird begründet von

Iglesias, der, von stürmischem Beifall begrüßt, in spanischer Sprache auf die Eroberungsabsichten der französischen und spanischen Kapitalistenklasse in Marokko hinweist. Unter der Regierung Mauras hat der Eroberungszug nach Marokko außer zahllosen Toten und Verwundeten Spanien viele Millionen Pesetas gekostet. Ein neues Armeekorps von 95 000 Mann ist geschaffen, so daß die dauernden Armeeausgaben sich um 40 Millionen Pesetas erhöhen. Obwohl jetzt das neue liberale Regiment die Absicht leugnet, ist es doch Tatsache, daß ein neuer Feldzug in Marokko vorbereitet wird. So wie wir gegen die frühere Expedition mit allen Mitteln protestiert haben, werden wir auch dem neuen Feldzuge die Auflehnung der Arbeiterklasse entgegenstellen. (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen **Huysmans** vertagt sich der Kongreß auf nachmittags 3 Uhr.

Vors. **Branting:** Vom Genossen Ledebour ist folgende Erklärung dem Bureau zugegangen:

Der Genosse Vandervelde hat in seiner Rede die Vermutung ausgesprochen, ich hätte gegen die Genossen Vaillant und Keir Hardie den Vorwurf erheben wollen, daß es ihnen mit ihrem Antrage wegen des Generalstreiks bei Gefahr eines Krieges nicht ernst sei. Zu einer solchen Mißdeutung meiner Ausführungen kann deren Wortlaut auch nicht den geringsten Anlaß geben. Um aber jeder Mißdeutung ein für allemal ein Ende zu machen, erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich den ernsten Willen zur Tat bei den beiden von mir hochverehrten Genossen nicht im geringsten in Zweifel gezogen habe. G. Ledebour.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Klausen-Dänemark.**

Huysmans teilt mit, daß eine Reihe weiterer Begrüßungstelegramme an den Kongreß eingelaufen sind, so von den Vertrauensleuten der Wiener Sozialdemokratie, von den persischen Studenten in Genf, von den Genossen in Wyborg, von der Christian Socialist Fellowship in Amerika, von den Metallarbeitern Antwerpens und von einem der ältesten sozialdemokratischen Kämpfer und Mitbegründer der Partei in Dänemark, Hördum. Weiter teilt Huysmans mit, daß dem Internationalen Sozialistischen Bureau die sozialistische Jugendorganisation angegliedert werden soll; wie das geschehen solle, werde in der nächstjährigen Sitzung des Internationalen Bureaus beschlossen werden; die Nationen werden ersucht, bis dahin ihre Anträge in dieser Frage zu stellen. Die Beschlüsse der Frauenkonferenz sind dem Kongreß zugegangen und sollen in den offiziellen Bericht aufgenommen werden.

Letzter Tagesordnungspunkt des Kongresses ist

die Genossenschaftsfrage.

Die Resolution der Kommission lautet:

„In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind,

die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern,

die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,

erklärt der Kongreß,

daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Der Kongreß fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken,

daß die Ueberschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen;

daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden.

daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und

daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden.

Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.

In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größere sein werden, je stärker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden müssen.

Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer innigere werden."

Den Bericht erstattet

Dr. **Karpeles**-Oesterreich: Die Kommission hat sich nicht darauf beschränkt, die Beziehungen zwischen Konsumverein und politischer Organisation zu untersuchen, sondern hat geprüft, welche Bedeutung den Konsumvereinen für den proletarischen Kampf überhaupt zukommt. Sie hat dahin erkannt, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern direkt Vorteile gewähren, sondern auch durch die Art ihrer Organisation für den Kampf des Proletariats wirksame Waffen darstellen. Besonderen Wert hat sie darauf gelegt, daß die Konsumvereine die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorbereiten. Als Produzent ist der Arbeiter häufig dem Kapital unterworfen. Aber als Konsument genießt er eine gewisse Freiheit, und von dieser Freiheit soll er Gebrauch machen. Wenn er schon gezwungen ist, einen Teil seines Lohnes an das Kapital abzugeben, so kann er doch wenigstens nicht gezwungen werden, nochmals den Teil des Lohnes, den er erhält, mit dem Händler zu teilen. Daraus erwächst dem Arbeiter die Pflicht gegen sich selbst, die Verwaltung seines Lohnes in die eigenen Hände zu nehmen. Er ist nicht dazu berufen, durch die Verwendung des Lohnes den Kapitalismus zu stärken und die Zahl der Kapitalisten zu vermehren, sondern ihn zu schwächen. Die Resolution will dabei bei den Arbeitern keineswegs die Illusion erwecken, als ob die Genossenschaftsbewegung allein die Produktion demokratisieren und sozialisieren könne. Aber sie will auf der anderen Seite, wie es auf diesem Kongresse niemandem einfällt, die Konsumvereine als das allein brauchbare Mittel zur Befreiung der Arbeiter hinzustellen, auch die nicht minder gefährliche Illusion unterdrücken, als ob ohne die tägliche unermüdliche Kleinarbeit die bessere Zukunft nur träumend erreicht werden könne. Die Arbeiterklasse muß selbst Stein auf Stein schichten, um sich fähig zu machen, den Sieg zu erringen. (Beifall.) Wenn aber die Konsumvereinsbewegung wirklich eine wirksame Waffe im Kampf für die Befreiung der Arbeiter ist, so haben auch alle Genossen die Pflicht, ihre tätigen Mitglieder zu werden. Die Kommission hat das nicht in der Form eines unbedingt verpflichtenden Befehls ausgesprochen, aber sie legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu erklären, daß es dringend wünschenswert ist, daß alle Gewerkschaftler und Parteigenossen ihre Pflichten gegenüber den Konsumvereinen erfüllen. Die Konsumvereine enthalten natürlich manche Tendenzen, mit denen die sozialistischen Arbeiter nicht immer einverstanden sein können. Die Arbeit der Sozialisten in den Konsumvereinen muß darauf gerichtet sein, diese Tendenzen zu unterdrücken

und aus den Konsumvereinen ein wirklich taugliches Kampfmittel zu machen. Sie müssen aus den Konsumvereinen noch etwas anderes machen als eine bloße Warenverteilungsstelle. Sie können ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen, wenn es sich um die Verteilung des Reingewinns handelt, wenn es möglich ist, zur Selbstproduktion überzugehen, und eine höhere Form der Produktion herauszugeben, schließlich auch bei der Frage, welche Stellung der Konsumverein zu Partei und Gewerkschaft einnehmen soll. Diese Frage ist in der Kommission keineswegs leicht zu beantworten gewesen. Nicht wenige Mitglieder haben die Meinung ausgesprochen, daß zwischen Partei und Konsumvereinen ein organisches Band bestehen müsse. Von einer anderen Richtung wurde mit allem Nachdruck gefordert, daß die Genossenschaft ihre volle Selbständigkeit bewahren muß. Wir haben uns schließlich auf die Formulierung geeinigt, die Ihnen vorliegt. Wir haben darin ausgesprochen, daß es den Genossenschaften jedes Landes überlassen bleiben muß, zu entscheiden, ob und inwieweit sie die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus eigenen Mitteln unterstützen wollen. Wir sind weit davon entfernt, das belgische System oder das deutsche System der Verteilung des Reingewinns unter Beziehungen von Partei und Genossenschaften irgendwie zu kritisieren oder zu verurteilen. Im Gegenteil, wir wissen, daß gerade die große Arbeit der Belgier seit 30 Jahren erst dazu geführt hat, daß die Internationale sich mit dieser Frage beschäftigt. Wir bringen unseren Dank diesen Sozialisten dar, die die Welt nicht bereichert haben um eine neue Formel, sondern um eine Tat durch den Anschauungsunterricht. Aber neben dem belgischen Beispiel rühmen wir auch das der Hamburger Produktion, die ebenfalls den Kampf des Proletariats fördert und das gleiche erreicht wie die belgische Methode auf einem Wege, der dem deutschen Geist verwandter und angepaßter ist. Wir können aber weder das belgische noch das deutsche System verdammen, sondern müssen aussprechen, daß jede Genossenschaft jedes Landes, in der der sozialistische Geist herrscht, in der Internationale willkommen ist. Den Genossen des einzelnen Landes muß es überlassen bleiben, wie nach ihrer Meinung und nach der Entwickelung der politischen und Konsumentenorganisationen ihnen die Regelung am besten erscheint. Wir sprechen deutlich aus, daß, obwohl wir es als notwendig anerkennen, daß die Genossenschaft volle Selbständigkeit bewahrt, wir doch wünschen, daß die Beziehungen zwischen genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher und politischer Organisation immer fester werden, wenn alle sozialdemokratischen Arbeiter Mitglieder ihrer Gewerkschaft, alle Gewerkschaftler Mitglieder des Konsumvereins sind, werden wir das organische Band zwischen Konsumvereinen, Gewerkschaften und politischen Organisationen ganz von selbst hergestellt haben. Solange wir das noch nicht erreicht haben, müssen wir uns darauf beschränken, zu wünschen, daß die Beziehungen immer inniger werden. Jedenfalls erscheint es uns als ein Widerspruch, wenn gerade jene Genossen, die schon heute eine organische Verbindung von Genossenschaften und Partei fordern, wie die der Richtung Guesde, sich nicht genug darin tun können, den Wert der Genossenschaften in den Parteiorganisationen herabzusetzen. Mit dieser Methode wird man die organische Verbindung nicht herbeiführen. (Sehr wahr!) Die Resolution betont endlich, daß die Genossenschaften jedes Staates, die auf dem Boden dieses Beschlusses stehen, einen einheitlichen Verband bilden sollen. Damit ist keineswegs ausgesprochen, daß sich zur Verfolgung rein genossenschaftlicher Zwecke auch andere größere genossenschaftliche Verbände, Einkaufsgenossenschaften usw. bilden. Aber zunächst sollen die Genossenschaften, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, unter sich einen einheitlichen Verband bilden, und damit die Genossenschaften zu gemeinsamer Arbeit verbinden.

Parteigenossen! Unser Beschluß soll den Konsumvereinen die Anerkennung des internationalen Sozialismus gewähren, die wir ihnen solange vorenthalten haben, und wir sind überzeugt, daß danach die sozialistischen Genossenschaftler mit neuer Arbeitskraft und neuer Arbeitsfreude in allen Ländern daran gehen werden, die Genossenschaftsbewegung zu einem immer wichtigeren und unentbehrlicheren Mittel im Befreiungskampfe des Proletariats zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Irving (England, S. D. P.): Heute früh ist über die englischen Gewerkschaften geklagt worden, daß sie die Pflichten internationaler Solidarität nicht erfüllen, weil sie nicht vom Geiste des Sozialismus erfüllt sind. Mit vollem Recht! Aber tausendmal mehr trifft das noch auf die englischen Genossenschaften zu. Diese haben nicht das mindeste Verständnis für den Sozialismus, und soweit wir überhaupt etwas von ihnen spüren, ist es ihre Feindschaft. Die Masse ihrer Mitglieder besteht aus liberalen und konservativen Arbeitern, die gerade auch durch die Genossenschaft mit kleinlichem, antisozialistischem Geiste erfüllt werden. Wir werden daher gegen den Satz der Resolution, daß die Konsumvereine ein wertvolles Mittel zur Erziehung der Arbeiter und zur Sozialisierung der Produktion sind, von vornherein Protest erheben müssen, weil die englischen Genossenschaften niemals vom Geist proletarischer Solidarität erfüllt waren. Natürlich sind wir mit dem allgemeinen Sinn der Resolution einverstanden, was wir kritisieren, ist nur, daß sie gerade die Bedürfnisse unserer Agitation für England gegenüber den Genossenschaften nicht berücksichtigt. (Beifall bei den Delegierten der S. D. P.) Das gleiche trifft für die Resolution über den Arbeiterschutz zu, zu der wir heute Vormittag nicht das Wort erhalten haben, trotzdem die englische Delegation es dringend verlangte. (Sehr wahr! bei den Engländern.) Die Resolution stellt sich ganz auf den Standpunkt jener „staatsmännischen Politik", die auch heute früh kritisiert worden ist, weil sie ein Resultat von Kompromissen ist, und in keiner Weise über das hinausgeht, was ein ganz gewöhnlicher Kongreß bürgerlicher Sozialpolitiker auch beschließen könnte. Es kommt mir so vor, als ob wir hier viele große Kanonen aufgefahren haben, aber nicht mit Kugeln, sondern mit Kuchen schießen. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Engländern.) In unseren Forderungen für den Kinderschutz bleiben wir auf diesem Kongreß hinter dem zurück, was wir in England seit 25 Jahren verfechten. Wie unsinnig ist es, daß wir in der Resolution über den Arbeiterschutz betonen, daß er auch für den Kapitalismus vorteilhaft ist. Als ob wir hier versammelt wären, für die Interessen der Kapitalisten zu sorgen und nicht um den Kapitalismus zu zerstören. Wir erheben Protest dagegen, daß über dem Geist der Kompromisse unsere revolutionären Endziele in den Hintergrund getreten sind. Die Kompromißarbeit ist vollständig wertlos, und dazu hätten wir nicht nötig gehabt, die Sozialisten aller Länder nach Kopenhagen zu bringen. Wir werden gegen die Resolution stimmen, wie wir gegen die Arbeiterschutzresolution gestimmt haben, und protestieren gegen das ganze Vorgehen des Kongresses. (Beifall bei den S. D. P.)

Wibaut-Holland: Wir schließen uns der Resolution der Kommission an; aber ich möchte doch in einigen Worten die besondere Stellung Hollands, Frankreichs und Belgiens zur Frage der Genossenschaften darlegen.

Wir sind für den engen Anschluß der Genossenschaften an die Partei, an die sie Beiträge abliefern sollen. Die Deutschen und Oesterreicher haben uns erklärt, daß diese Ablieferung wegen der gesetzlichen Hindernisse bei ihnen nicht möglich sei, aber auch nicht möglich wegen der besonderen geschichtlichen Stellung, die die Genossenschaften in der Entwickelung der Arbeiterbewegung gehabt haben. Wir haben uns diesen Gründen gefügt, erklären hier aber, daß

wir in unserer Praktik fortfahren und sie für die beste Form der genossenschaftlichen Aktion halten. Der Berichterstatter hat Guesdes Auffassung von der Genossenschaftsfrage nicht ganz richtig wiedergegeben. Sie ist nicht so eng, wie er es dargestellt hat, und deckt sich im Grunde durchaus mit der unseren. Auch er legt den Genossenschaften großen Wert für den proletarischen Emanzipationskampf bei, unter der Bedingung, daß sie die Partei direkt unterstützen. Wir sind der Ansicht, daß eine kleine Genossenschaft aus Sozialisten besser ist als große Genossenschaften, mit denen man dann auf den Sozialismus bis zum St. Nimmerleinstage warten soll. Wir wollen deshalb, daß die Genossenschaften einen Teil ihres Gewinns an die politische Organisation statutarisch abliefern. (Bravo! bei den Belgiern, Holländern und Nordfranzosen.)

Juste-Argentinien: Obwohl die Resolution einen Fortschritt darstellt, ist sie theoretisch nicht richtig. Es wird darin die Eroberung der politischen Macht als das eigentliche Ziel bezeichnet. In Wirklichkeit gehen die Ziele der Arbeiterbewegung aber viel weiter. Das, was sie will, ist etwas viel Komplizierteres, als daß es durch diese Formel gelöst werden könnte, und dabei spielen die Genossenschaften eine große Rolle. Sie können sie aber nur spielen, wenn sie und die Gewerkschaften nicht unter die politische Organisation gestellt werden. Um diese noch höhere Wertung der Genossenschaften auszudrücken, schlägt Redner vor, in der Resolution zu sagen, daß die Konsumvereine berufen sind, die Demokratisierung und die Sozialisierung der Produktion und des Austausches nicht bloß vorbereiten zu helfen, sondern zu verwirklichen.

v. Elm: Ueber die Rede des englischen Genossen war ich sehr erstaunt. Unsere englischen Genossen führen fortgesetzt Klage, daß in ihren Trades Unions und Genossenschaften nicht genügend sozialistischer Geist herrscht. Wenn wir aber in einer Resolution aussprechen wollen, daß sie dafür zu sorgen hätten, diese Körperschaften mit sozialistischem Geist zu erfüllen, so gefällt es ihnen dann auch nicht. Die Schlußfolgerung müßte eigentlich sein, daß sie an ihrem eigenen Volk verzweifeln. Ich schätze die englischen Arbeiter höher ein als die Engländer hier selber. Das Urteil des Redners über die englischen Genossenschaften stimmt auch nicht mit der Wirklichkeit überein. Es ist nicht wahr, daß die englischen Genossenschaften völlig unsozialistisch sind. Wiederholt haben sie den Kampf der Arbeiterklasse in freiheitlichem Sinne gefördert. In der Kommission ist von einem englischen Genossen gesagt worden, durch die englische Genossenschaftsbewegung ist eine Form geschaffen worden; für uns handelt es sich darum, diese Form zu benutzen und mit dem Geist des Sozialismus zu erfüllen. Das Wort unterstreiche ich zweimal. Wir sehen hier große Organisationen, und wenn die Engländer in ihnen für den Sozialismus wirken werden, dann werden die Resultate auch besser werden. Der englische Genosse befürchtete, daß wir mit unserer Resolution vom sozialistischen Endziel abrückten. Der Streit darüber, wie dieses Endziel am schnellsten zu erreichen ist, ist schon alt. Aber wir Deutschen sind der Ueberzeugung, daß mit dazu gehört die praktische Arbeit für die Arbeiter selber. Durch unsere Mitwirkung an der Gesetzgebung werden die Arbeiter mit den Ideen der Sozialdemokratie erfüllt. Denn die Aufklärung der Arbeiter ist doch die Hauptsache. (Sehr richtig!) Hier im Plenum über das System zu streiten, ob das deutsche, ob das belgische besser ist, halte ich für überflüssig. Ich hätte gewünscht, daß auch Vilaine nicht erst das belgische System hier besonders empfohlen hätte. Wir sind darin anderer Meinung und die Praxis hat uns nicht davon überzeugt, daß unser System schlechter sei. Wir haben drei Bewegungen, die politische, die gewerkschaftliche, die

genossenschaftliche. Jede hat ihre besondere Aufgabe. Uns aber ist es gelungen, sie mit dem einheitlichen Geist des Sozialismus zu erfüllen. (Beifall.) Wir haben uns die Arbeiter erzogen, daß sie Beiträge für die Gewerkschaften und die Partei zahlen. Wir wollen nicht, daß die Partei, die wir allen voranstellen, in Abhängigkeit gerät von den Gewerkschaften oder Genossenschaften. (Lebhafte Zustimmung.) Die Entwickelung der Genossenschaftsbewegung in Belgien war anders als bei uns, daher ist sie in ein anderes Fahrwasser geraten. Dem Genossen Wibaut ist eine kleine, nur aus Sozialisten bestehende Genossenschaft lieber als eine große. Wir meinen im Gegenteil, die Genossenschaften können erst etwas für den Sozialismus leisten, wenn sie groß sind. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb versperren wir niemand den Weg zur Genossenschaft. Wir sagen zu allen: Kommt nur herein und werdet Genossenschaftler! Wir als Sozialisten werden schon dafür sorgen, daß die Genossenschaften sich im sozialistischen Geist entwickeln. So wird uns die Genossenschaft eine Waffe im Klassenkampf. Auch für die englischen Genossen können sie es werden, wenn sie ihre Schuldigkeit tun. Der Wille zur Tat ist die Hauptsache. (Lebhafter Beifall.)

Borgbjerg-Dänemark: Im Namen der skandinavischen Delegation kann ich erklären, daß wir einstimmig für die Resolution der Kommission sind. Wir stimmen mit Stolz und Freude dafür: ist es doch eine skandinavische Stadt, die dieser Resolution ihren Namen geben wird, und nimmt doch durch diese Resolution die internationale Sozialdemokratie praktisch und theoretisch zur Genossenschaftsfrage Stellung. Die schwedischen Delegierten hätten die deutsche unveränderte Resolution vorgezogen, die Norweger die belgische Resolution, aber da die Deutschen und die Belgier mit der vorliegenden Resolution einverstanden sind, wollen die Schweden nicht deutscher als die Deutschen, die Norweger nicht belgischer als die Belgier sein. Uns Dänen ist die Vermittelungsresolution, wie sie vorliegt, besonders recht. Die Beziehungen, wie sie dort zwischen Genossenschaften und der Partei gefordert werden, sind gerade dieselben, die hier in Dänemark zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften bestehen. Die beiden Bewegungen sind ganz selbständig. Aber sie marschieren, vereint durch persönliche Bande und erfüllt durch denselben Geist, den Geist des Sozialismus, dem Siege entgegen. (Beifall.) Die Resolution stellt nur eine entwickeltere Form des Beschlusses dar, der 1907 vom skandinavischen Arbeiterkongreß einstimmig angenommen wurde.

Es heißt immer, daß die dänischen, die skandinavischen Sozialdemokraten überhaupt, sehr opportunistisch seien, und das ist in der Tat richtig. Aber Opportunismus bedeutet nicht Moderantismus (Mäßigung). (Beifall.) Wir sind der Meinung, daß die Sozialdemokratie, je opportunistischer sie ist, je mehr sie sich der lebendigen Realitäten annimmt, je mehr sie Einfluß im sozialen und politischen Leben zu erringen sucht, um so radikaler sein wird. Der Sozialismus ist für uns mehr als eine bloße Theorie, er ist eine lebendige Kraft, sobald die Arbeiterklasse von sozialistischem Geist erfüllt ist und den Tag ihrer völligen Befreiung vor sich sieht, können wir ohne jede Gefahr alle Mittel anwenden, die im Kampf für die Emanzipation vorhanden sind. Die alten französischen Marxisten haben die Arbeiter gelehrt, das allgemeine Stimmrecht aus einem Mittel des Betrugs im Dienste der Bourgeoisie in eine Waffe des Klassenkampfes zu verwandeln. Von diesem Augenblick an will die Bourgeoisie vom allgemeinen Stimmrecht nichts mehr wissen. Ebenso haben wir die Gewerkschaften zu einem Hauptwerkzeug der allgemeinen Arbeiterbewegung gemacht, die zu einer neuen, höheren Gesellschaft führt. Seitdem ist auch die Furcht vor dem konservativen Charakter der Gewerkschaften ver-

schwunden. Aus der Genossenschaftsbewegung wollen wir ein Werkzeug in der Hand der gesamten Arbeiterklasse machen. Hut ab vor den Alten, die gekämpft und gelitten haben, um der Arbeiterklasse den Geist des internationalen Sozialismus einzuflößen. Dieser Geist ist jetzt in die Herzen von 10 Millionen Arbeitern gedrungen und wir sind nun stark genug, um sowohl das allgemeine Stimmrecht, wie die Gewerkschaften, wie die Genossenschaften zu benutzen. Wir würden den Arbeiterinteressen schaden, wenn wir nicht alle vorhandenen Mittel benutzen wollten. (Bravo!) Die sozialistische Theorie darf nicht zur Unfruchtbarkeit führen. Wir sind keine Katholiken, Marx am allerwenigsten. Er hat ja gesagt, daß die Befreiung der Arbeiter ihr eigenes Werk sein muß. Je stärker die Arbeiterklasse wird, je mehr sie in die Höhe kommt, umso mehr nähern wir uns unserem Endziel. Die Reformen machen die Arbeiter nicht gemäßigter, sondern radikaler, fordernder. Der Appetit kommt mit dem Essen. Die dänischen Gewerkschaften haben die letzte Krise ohne Mitgliederverlust und ohne Verschlechterung der Arbeitsbedingungen überstanden, im Gegenteil, sie sind beständig an Kraft und Zahl gewachsen. Das eherne Lohngesetz besteht glücklicherweise nicht. Wenn die Arbeiterklasse die soziale Stufenleiter immer tiefer herabsteige, so könnten wir die gegenwärtige Gesellschaft nicht umstürzen. Auch wenn eine zufällige Revolution ausbrechen würde, könnten wir die neue Gesellschaft nicht organisieren und verwalten. Das Proletariat muß eine aufgeklärte, gut organisierte Arbeiterklasse werden, die sich des Ziels voll bewußt ist, das es zu erreichen gilt. Diese Umwandlung der Arbeiterklasse ist das Werk der Sozialdemokratie. Wir wollen die Bourgeoisie entwaffnen, ihr alle ihre Waffen nehmen; in die Hände der Arbeiterklasse legen wir das allgemeine Stimmrecht, die Koalitionsfreiheit, den Genossenschaftsgedanken, die geistige Befreiung. Aber die Bourgeoisie bekommt Furcht, sie sucht ihre eigenen Freiheiten, ihre eigene Zivilisation auszulöschen. Die Gesetzlichkeit tötet sie, die Freiheiten sind ihr Ruin, unser Wahlspruch muß also sein: Immer vorwärts mit allen Mitteln, beseelt von unserer großen Idee.

Die Genossenschaften sind also weit davon entfernt, Hilfsmittel der Bourgeoisie zu sein. Im Gegenteil, die Genossenschaftsbewegung stört die Interessen der Bourgeoisie. Unser gewerkschaftlicher Genossenschaftskampf vereint ihre Elemente viel mehr zu einem reaktionären Block als unser politischer Kampf. Wollte ich aber zu den Arbeitern sagen, die Genossenschaftsbewegung allein genügt, den gewerkschaftlichen und politischen Kampf müßt ihr aufgeben, dann würde mich die Bourgeoisie loben. Empfehlen wir den Arbeitern aber die drei Mittel zugleich, dann ist die Bourgeoisie empört, die kleine wie die große. Vielleicht könnten wir bei den Wahlen mehr Stimmen erhalten, wenn wir einen Radikalismus an den Tag legen wollten, der die Genossenschaften verwirft und verurteilt. Aber dann würden wir uns selbst verurteilen. Benoit Malon hat einmal gesagt, wir wollen immer Reformisten, aber auch immer Revolutionäre sein, wenn die Umstände es verlangen. Ja, gerade in unserer praktischen Arbeit und mit unserem Tageskampf sind wir Revolutionäre. Die Reformen bereiten die Revolution vor. Die Arbeiterklasse verstärkt ihre Machtmittel, indem sie die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung und die Stimmzettel als Waffe benutzt, um die öffentliche Macht zu erobern, in der Absicht, die Expropriateure zu expropriieren und eine neue Gesellschaft auf der Grundlage des Kollektiveigentums und der Solidarität des Volkes und der Völker zu gründen. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlußwort erhält

Dr. **Karpeles**-Oesterreich: Er bittet den Kongreß, keine Aenderung an dem sorgfältig erwogenen Text der Resolution vorzunehmen. In den Thesen

zwischen Wibaut und v. Elm wolle er sich nicht einmischen, da die vorliegende Resolution offenbar sowohl den Deutschen wie den Belgiern erlaube, in ihrer bisherigen Weise ganz im Geist der Internationale die genossenschaftliche Arbeit fortzuführen. Sehr merkwürdig sei es gewesen, daß der englische Delegierte Irving gesagt hat, er habe geglaubt, nicht für die Resolution stimmen zu können, weil darin stünde, daß in den Genossenschaften der Geist des Sozialismus nicht geschwächt werden dürfe, weil in den englischen Genossenschaften ein solcher Geist gar nicht vorhanden sei. Das sei aber grundfalsch. Nicht nur, daß eine Reihe schottischer Genossen schon direkte Beiträge an die politische Partei lieferten, seien die englischen Genossenschaften gerade aus dem Geist des Sozialismus herausgewachsen. Denn die Entwickelung der Genossenschaften Englands knüpft sich an den großen Namen Robert Owens, der zuerst seine soziale Denkungsart in der Gründung von Genossenschaften niederlegte. Wenn es aber anders geworden sei, wenn heute in den englischen Genossenschaften nicht mehr der Geist des Sozialismus lebe, so sei das Schuld der jetzigen Sozialdemokraten, die statt in den Genossenschaften mitzuarbeiten, nur immer von außen Kritik geübt und mitleidig mit Spott und Hohn auf die Genossen herabgesehen hätten, die in den Genossenschaften für die Arbeiterklasse gewirkt haben. Ich bitte Sie, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Der Kongreß nimmt unter lebhaften Beifallskundgebungen die Resolution gegen ganz wenige Stimmen an.

Vorsitzender **Klausen**: Wir kommen nunmehr dazu, Zeit und Ort des nächsten Internationalen Kongresses festzusetzen.

Huysmans schlägt vor, die Einladung der gesamten österreichischen Delegation anzunehmen, 1913 nach Wien zu kommen.

Viktor Adler (mit stürmischem Beifall empfangen): Wenn die österreichische Delegation geglaubt hat, es unternehmen zu dürfen, den Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß nach Wien einzuladen, so hat sie gewußt, daß sie ein großes Stück Verantwortung und ein großes Stück Ehre für sich erbittet. Die Internationalen Sozialistenkongresse rücken allmählich vom Westen nach dem Osten. Wir haben getagt in Paris, London, Zürich, Brüssel, Amsterdam, Stuttgart, jetzt in Kopenhagen und wollen nun nach Wien gehen. Wir sind uns bewußt, daß wir der alten österreichischen Stadt ein großes Kompliment machen, indem wir diese Einladung an Sie ergehen lassen, und wenn der Kongreß dieses Kompliment bestätigt, dann wird man wohl sagen können, daß es der alten Kaiserstadt Wien nicht an der Wiege gesungen ist, daß sie den Internationalen Sozialistenkongreß in ihren Mauern aufnehmen soll. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie zu uns kommen, werden Sie eine Partei finden, die im schweren Kampf kräftig geworden ist, werden erkennen, daß Wien nicht nur eine Kaiserstadt, sondern auch ein Zentrum der Sozialdemokratie geworden ist, daß das rote Banner in Wien aufgepflanzt wurde von den kräftigen Händen der Proletarier aller Zungen Oesterreichs. (Stürmischer Beifall.) Ich weiß, daß Wien den Ruf der Fröhlichkeit, des Klanges der Musik, der Gemütlichkeit, der Liebenswürdigkeit, der Lebensfreude hat. Ich bin der letzte, der diesen Ruf Wiens zerstören oder tadeln würde. Aber wir dürfen für uns auch in Anspruch nehmen, daß wir nicht nur Liebenswürdigkeit, nicht nur Gemütlichkeit haben, sondern auch Arbeitslust und Freude im proletarischen Kampfe. (Erneuter stürmischer Beifall.) Wien ist nicht allein Brennpunkt der Reaktion, sondern auch ein Brennpunkt des Klassenkampfes, eines so harten Klassenkampfes, wie er nur in irgendeinem anderen kapitalistischen Lande geführt wird. Wenn Sie unsere

Einladung annehmen, Parteigenossen, so glauben Sie uns, daß wir tun werden, was in unseren Kräften steht. Es ist ja schwer, hier in Kopenhagen Ihnen einen guten Empfang zu versprechen, aber Kopenhagen steht einmal hors de Concours. Jedenfalls nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß Sie bei uns in Oesterreich eine echte sozialdemokratische Masse, echtes revolutionäres Empfinden, alte entschlossene Kämpfer, echte Internationale finden werden. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne begrüßen wir Sie. Und lassen Sie mich hinzufügen, daß die Einladung ausgeht von der gesamten österreichischen Sektion und daß wir überzeugt sind, daß Sie in Wien eine einige Gesamtpartei der österreichischen Sozialdemokratie finden werden. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Der Vorschlag, den nächsten Internationalen Sozialistenkongreß 1913 in Wien abzuhalten, wurde *einstimmig angenommen.*

Molkenbuhr: Der Kongreß nähert sich seinem Ende und da ist es unsere Pflicht, auch derer zu gedenken, die sich soviel Mühe und Arbeit mit diesem Kongreß gegeben haben. Wer von Deutschland nach Kopenhagen gekommen ist, ist gewiß in dieser Beziehung angenehm überrascht worden. Wenn in Griebens Fremdenführer steht, daß in Kopenhagen 9 Monate Winter und 3 Monate kein Sommer ist, so muß das ein unheilbarer Hypochonder und gewerbsmäßiger Verleumder geschrieben haben. So viel schöne Sonnentage wie hier haben wir sonst in diesem ganzen Sommer noch nicht gesehen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Also ich darf wohl sagen, daß diese heitere Natur in der Kunst, die uns hier entgegengetreten ist, ihr Gegenstück gefunden hat. Die Cantate, mit der am Sonntagmorgen der Kongreß eröffnet wurde und die das harmonische Zusammenwirken der Proletarier aller Länder so herrlich dargestellt hat, hat wohl nicht ihresgleichen auf einem internationalen Kongreß gehabt. Der angenehmen, schönen Eröffnung folgten Schlag auf Schlag angenehme Erscheinungen, überraschende Darbietungen der dänischen Parteigenossen, vor allem der Festzug, der bekundete, wieviel organisierte Arbeiter es in Kopenhagen gibt. (Lebhafter Beifall.) Die große Anzahl der verschiedenen Organisationen, die unter ihren Bannern aufmarschierten, bezeugte, auf welcher Höhe das dänische Proletariat steht und daß es heute das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, ein Bataillon der Avantgarde in der großen Armee des internationalen Proletariats zu sein. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben die Woche hier sehr angenehm verlebt und danken Ihnen für all das, was Sie uns dargeboten haben. Im Namen der deutsch-sprechenden Delegationen lassen Sie mich also den dänischen Genossen danken. Lassen Sie uns aber weiter gedenken des Mannes, der in der Internationale das bindende Glied ist, unseres Sekretärs Huysmans. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Er hat in harter Arbeit hier bewiesen, welcher Arbeitsleistung ein Mensch fähig ist, wenn er getragen wird von der Begeisterung und dem festen Willen, Großes zu leisten. (Lebhafter Beifall.) Lassen Sie mich auch die Dankbarkeit den Uebersetzern ausrichten, die es ermöglicht haben, daß wir alle einen vollständigen Ueberblick über die ganzen Verhandlungen gewonnen haben. Einst wurden die Völker des Nordens, die hier wohnen, von den anderen gefürchtet, wenn sie auf Eroberungszüge auszogen. Von der alten Wikingerart ist auch im heutigen Dänentum noch etwas erhalten. Sie haben sich die Zuneigung aller erobert, die hier nach Kopenhagen gekommen und (Stürmischer Beifall.) Wie wir von den Dänen als Vorbildern noch an organisierter Kraft gelernt haben, so wollen wir ihnen Dank dadurch abstatten, daß wir in unserer Heimat in gleichem Sinne weiterarbeiten. Damit streuen wir eine Saat, die in ferner Zukunft Früchte tragen wird, und wenn diese Früchte reifen werden, dann wird auch der Name Kopenhagen nicht fehlen, weil hier

ein starkes, zielbewußtes Proletariat mitgewirkt hat, die internationale Bewegung vorwärts zu bringen. (Lebhafter stürmischer Beifall.)

Die Schlußreden werden nicht in die drei Kongreßsprachen übertragen, sondern werden nur von Branting in je einer der skandinavischen Sprachen wiedergegeben.

Im Namen der englischen Delegationen spricht, ebenfalls stürmisch begrüßt,

Hillquit-Amerika: Die amerikanischen Delegationen seien durch die Lage ihrer Länder mehr als die der anderen Völker vom persönlichen Verkehr mit den Genossen aller Länder ausgeschlossen. Für sie hat daher der Internationale Sozialistenkongreß noch eine größere Wichtigkeit und höhere Bedeutung, nicht durch die Beschlüsse und praktischen Maßnahmen, sondern durch den Geist der proletarischen Brüderlichkeit, durch das persönliche Wiedersehen mit den Genossen aller Länder. Darum haben sie die weite Reise bis zu 4000 Meilen gemacht, aber sie hätten auch eine dreimal größere Strecke zurückgelegt, um sich wieder einmal eins zu fühlen mit dem gesamten internationalen Proletariat. Wenn wir den Blick richteten auf jene Versammlungen, die 30 bis 40 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen aus Gewerkschaft, Genossenschaft und politischer Organisation darstellten, und wenn wir dann den Blick zurücklenkten auf die Geschichte der Bewegung und ihr unaufhaltsames Wachstum trotz aller Verfolgungen, dann müssen wir uns sagen, daß diese Bewegung selbst eine Garantie für unseren sicheren Triumph ist.

Die Geschichte kann nicht eine Bewegung, wie die unserige, schaffen, so allumfassend, so einig, so unwiderstehlich vorwärtsschreitend, um sie dann resultatlos im Sande verlaufen zu lassen. Der Kopenhagener Kongreß bedeutet einen Markstein in der Geschichte des Sozialismus. Daß er diese Bedeutung erlangt hat, danken wir vor allem den dänischen Genossen, die uns das Gelingen dieser Zusammenkunft ermöglicht haben. Im Namen der englisch sprechenden Delegation sage ich daher den dänischen Genossen unseren wärmsten Dank. (Lebhafter Beifall.) Ein Wort des Dankes müssen wir dann auch an den Genossen Huysmans richten, der gerade von der amerikanischen Delegation und ihren zahlreichen Gästen am schlimmsten drangsaliert worden ist. Für seine gutmütige Behandlung aller Quälgeister sind wir ihm zu besonderem Danke verpflichtet. Lassen Sie uns schließen mit einem Dank an den Vorsitzenden unseres Bureaus, der in seiner aufopfernden, immer liebenswürdigen Weise unsere Verhandlungen geleitet und zu diesem Ende geführt hat, an den Genossen Vandervelde. (Mehrfacher, wiederholter, stürmischer Beifall.)

Jaurès (mit jubelnden Hochrufen begrüßt): In allen Formen des Empfanges haben die dänischen Genossen uns fühlen lassen nicht nur die Kraft der internationalen Solidarität, sondern auch die fesselnde und packende Liebenswürdigkeit des dänischen Volkes. Neulich, als wir den wunderbaren Festzug am Sonntagnachmittag durch die Straßen von Kopenhagen ziehen sahen, so mächtig zugleich und so lebendig, so farbenfroh pittoresk mit den vielen farbigen Bannern und bunten Blumen, übersät vom frischen Grün der Zweige, da habe ich mir gesagt, daß wir den Kapitalisten zurufen könnten die Worte, die in Shakespeares „Macbeth“ stehen: Du wirst fallen, wenn dieser Wald sich gegen dich bewegt. (Stürmischer, minutenlanger Beifall.) In der Tat hat sich ein Wald von Proletariern gegen den herrschenden Kapitalismus hier in Bewegung gesetzt, und in bewunderungswürdigem Kampfe marschiert die dänische Partei vorwärts, von der freien Vereinigung aller Formen der Organisation und Aktion auf genossenschaftlichem, gewerkschaft-

lichem und politischem Gebiet geeint in einer großen Partei unter dem Geist der Demokratie und des Sozialismus. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Dieser dänische Geist der Einigkeit hat auch die ganze Arbeit des Kongresses durchdrungen, und darum ist niemals ein Sozialistenkongreß so sehr vom Geist der sozialistischen Einigkeit beherrscht worden, wie der Kongreß von Kopenhagen. In der Gewerkschaftsfrage haben wir an die Tschechen und die Deutschösterreicher den dringenden Wunsch gerichtet, daß ihr Streit nicht das Band der Einheit lösen möge. Und wenn Genosse Adler gesagt hat, daß wir in drei Jahren in Wien eine völlig einheitliche sozialdemokratische Partei Oesterreichs wiederfinden werden, so hoffen wir, daß sein Wort bald Wahrheit werden wird. Wir wollen nicht, daß die tschechischen Genossen von hier mit irgendeinem Gefühl der Bitterkeit weggehen. Denn wir lieben ihre Kraft, ihre Frische, ihr klassenbewußtes Empfinden und ihre internationale Gesinnung bewundern und möchten keine internationale Kraft in der Internationale missen. (Beifall.) Wir haben weiter die Einigkeit betätigt bei den genossenschaftlichen Arbeiten, indem wir allen angeschlossenen Parteien empfohlen haben, die Genossenschaften mit dem Geist des Sozialismus zu erfüllen. Eindringlich haben wir den Ruf der Einigung aller sozialistischen Parteien erschallen lassen. Es war in jenem Jahre, als in Amsterdam viele Nationen ihre Zuneigung zu Frankreich dadurch bezeugten, daß sie die Einigung beschlossen, bevor wir sie selbst geschaffen hatten. (Heiterkeit.) Wir sind Ihnen dankbar für diesen Sympathiebeweis und haben Ihren Beschluß durchgeführt mit der Autorität der freien Disziplin. Mit dieser Autorität der freien Disziplin mögen sich auch die Parteien aller der Länder erfüllen, die heute noch nicht geeinigt sind, damit die Proletarier der ganzen Welt geeinigt dastehen.

Schließlich aber haben wir die Einigkeit der Völker, die Einigkeit der Nationen aus aller Welt hier kraftvoll zum Ausdruck gebracht. Die Internationale hat gestern gezeigt, daß sie es ernst nimmt mit den Resolutionen von Amsterdam und Stuttgart, und daß sie bereit ist, gegen alle kriegerischen Ablenkungsversuche der Regierungen und der Bourgeoisie, die uns nicht erspart bleiben werden, mit allen Mitteln, wie Branting gesagt hat, auch mit den allerschärfsten Mitteln, vorzugehen. Wir sind uns klar darüber, daß uns auch aufgeregte Fieberzustände der Völker nicht erspart bleiben werden, um den nationalistischen Taumel zu [illegible]. Aber wir wissen auch, daß die wachsende Macht des Proletariats, das sich immer besser organisiert in den Parlamenten und Syndikaten, in allen Ländern immer mehr in den Stand kommt, den Ausbruch des Krieges durch den [illegible] zu verhindern. (Lebhafter Beifall.) Genosse Ledebour hat gestern an den 40jährigen Gedenktag der Schlacht von Sedan erinnert und die tragischen Erinnerungen geweckt, die dem deutschen und dem französischen Volke gemeinsam sind. Wir können ohne Verlegenheit und Scham von diesem Gedenktag sprechen. Ich kann wiederholen, was ich schon so oft an anderer Stelle gesagt habe, daß im Jahre 1870 beide Völker unterlegen sind, weil die Demokratie beider Länder nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stand. Wir Franzosen sind besiegt worden, aber auch Ihr Deutschen leidet noch heute unter den Folgen des Sieges von 1870, der ein brutales Säbelregiment über Deutschland herbeigeführt hat. Der Krieg mußte ausbrechen, weil die französische wie die deutsche Bourgeoisie vollkommen versagt hatten; die französische Bourgeoisie im Jahre 1851, als sie im ersten Schrecken über die selbständige Regung des Proletariats sich Napoleon III. in die Arme warf; die deutsche Bourgeoisie, als sie sich außerstande gezeigt hatte, die deutsche Revolution von 1848 zur Einigung Deutschlands durchzuführen. Darum mußte Bismarck mit

Blut und Eisen verwirklichen, was die Demokratie in Deutschland nicht hatte leisten können. Die Proletarier beider Länder aber werden nicht vergessen, wie die Bourgeoisie beider Länder es getan hat. Geeint sind wir entschlossen, alles daran zu setzen, um den Sieg der sozialen Gerechtigkeit und der Emanzipation der Arbeiter der ganzen Welt zu erreichen. Gemeinsam sind wir entschlossen, den Schrei der ausgebeuteten Völker, der auch von hier wieder erklungen ist, fortzupflanzen bis zum vollständigen Sieg des Sozialismus. (Minutenlang anhaltender, stürmischer Beifall und Hochrufe auf Jaurès.) Von diesem Geist der Einigung durchdrungen, danken auch wir Franzosen noch einmal unserem Sekretär Huysmans und den dänischen Genossen für die freundliche Aufnahme. Es lebe das dänische Proletariat, es lebe die dänische Sozialdemokratie, hoch die Internationale! (Stürmischer Beifall.)

Branting-Schweden dankt dem Kongreß im Namen der norwegischen, finnischen und schwedischen Delegation für die freundliche Aufnahme, für die vielen Liebenswürdigkeiten, die sie ihnen während des Kongresses erwiesen haben. Die drei Völker hätten nicht recht in einer der Kongreßsprachen den Verhandlungen folgen können, aber nur um so enger seien sie zusammengedrängt worden in den ihren gemeinsamen skandinavischen Staaten. Neben der großen Internationale und in der großen Internationale gäbe es noch eine besondere skandinavische Verbrüderung. Je besser die skandinavischen Völker gesammelt würden, um so leichter wird es ihnen sein, ihre Bedeutung als geistige Macht zur Geltung zu bringen, und als geistige Macht würden sie in der Internationale ihr Recht finden. Hoch die skandinavische Einigkeit des gesamten Proletariats. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Klausen**: Wir stehen im Begriff, den 8. Internationalen Sozialistenkongreß zu schließen. Die Delegierten werden von hier fortgehen und weiterarbeiten an dem Werke der Aufklärung und der Organisierung, jeder in seinem Lande. Der Kampf für die große Sache des Sozialismus wird nach diesem Kongreß noch energischer fortgeführt werden als vor ihm. In diesem Augenblicke lassen Sie mich Ihnen im Namen der Kopenhagener Arbeiter, die noch nie einen so großen, machtvollen Kongreß in ihren Mauern gesehen haben, herzlichsten Dank für Ihr Kommen aussprechen. Lassen Sie mich Ihnen Dank aussprechen für die Sozialdemokratie Dänemarks, die ermutigt worden ist und sich immer dieser Tage mit freudigem Stolz erinnern wird. Ich hoffe, daß Sie mit dem Empfang, den Sie hier gefunden haben nach Maßgabe unserer Kräfte, zufrieden sein werden. Wir hoffen, daß Sie an den Aufenthalt in unserem Lande immer mit freundlichen Gesinnungen zurückdenken werden. Die Nationen sind durch vieles getrennt, durch Sprache, Sitte, Staat und Religion. Aber wir alle sind einig in dem Entschluß, immer weiter zu wirken und zu kämpfen für den Sieg des Proletariats aller Länder. (Stürmischer Beifall.)

Vandervelde: In diesem Augenblick, wo der Kongreß zu Ende geht, will ich die Gefühle ausdrücken, die mich beseelen, weil ich weiß, daß sie von Ihnen allen geteilt werden. Wir haben hier unvergeßliche Tage verlebt. Eben noch, als Jaurès in seinen machtvollen Worten die Arbeit des Kongresses vor unseren Augen vorüberziehen ließ, ist mir zum Bewußtsein gekommen, daß wir hier eine Woche der Freundschaft, der Arbeit und des Kampfes durchlebt haben, eine Woche der Freundschaft, die uns verbunden hat mit unseren dänischen Gastgebern, und die nach Jahren wieder alle Vorkämpfer der Internationale zusammengeführt hat. Wenn wir uns von drei zu drei Jahren treffen, immer stärker und mächtiger wie wir werden, dann sehen wir auf den Gesichtern der Kampfgenossen die Spuren der Prüfungen und Kämpfe, die die Parteien in den drei letzten Jahren durchgemacht haben. Wir haben

eine Woche der Arbeit durchlebt, ernster, angestrengtester Arbeit, offenster Aussprache, um unserem Ziele immer näher zu kommen, unsere Bewegung immer mehr zu fördern und unsere Aktion immer machtvoller zu gestalten. Und wir haben eine Woche des Kampfes erlebt, eine Woche des edelsten Kampfes, den es gibt, eine Woche des größten heiligsten Streites. Wir haben gestritten über die Art, wie wir die Befreiung des Proletariats am besten fördern könnten. Aber in dem Ziele, die Erlösung der ganzen Menschheit zu fördern, sind wir uns jederzeit einig gewesen. (Stürmischer Beifall.) Die zurückgebliebenen Völker haben mit Stolz auf die Völker gesehen, in denen der Kapitalismus schon mächtig ist und eine gewaltige sozialdemokratische Armee erzeugt hat, die Völker, in denen die Sozialdemokratie stark ist. Das aber haben wir auch auf diesem Kongreß gelernt, daß alle Stärke der Organisation nichts ist ohne die begeisternde Kraft des revolutionären Sozialismus, ohne die Hingabe an unsere große Sache und ohne den Opfermut, alles daran zu setzen für ihren Sieg. Darum rufen wir, wenn wir uns jetzt trennen: Es lebe der Sozialismus, es lebe die befreiende Internationale des Proletariats! (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Der 8. Internationale Sozialistenkongreß ist geschlossen!

Die Franzosen stimmen die Internationale an, danach die Oesterreicher das Lied der Arbeit, die Deutschen den Sozialistenmarsch, die Schweden, Dänen, Norweger und Engländer ihre Kampflieder an. Zum Schluß singt der ganze Kongreß im Sturme der Begeisterung die Internationale und geht mit dem Ruf: Hoch die Internationale der Arbeit! Hoch die revolutionäre Sozialdemokratie! auseinander.

Am Abend fand das Abschiedsfest im Kopenhagener Rathaus statt.

Die Kommissionen.

Erste Kommission: Genossenschaftswesen.

Die Kommission wählt den Genossen **Anseele** zum Vorsitzenden und **v. Elm** zum Schriftführer.

Bertrand (Belgien) begründet die von der belgischen Sektion vorgelegte Resolution. Die belgische sozialdemokratische Partei habe Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet und dadurch große Fortschritte gemacht. Sie erkennen die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse mit anderen Staaten an, verstehen besonders die Entwickelung in Deutschland, wo die Genossenschaften durch das Gesetz verhindert sind, sich der Partei anzuschließen. Aber die Belgier glauben, daß für alle Staaten ihr Vorgehen erstrebenswert sei und daß ihr Vorgehen deshalb durch Annahme ihrer Resolution gefördert werden sollte.

v. Elm führt aus: Wir Deutschen halten das belgische Beispiel für uns nicht für nachahmenswert. In Deutschland sind die drei Bewegungen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft getrennt. Bei dem Versuch, Partei und Genossenschaften zu verbinden, würde die Partei zweifellos in eine Abhängigkeit von der Genossenschaft geraten, was sicher nicht im Interesse der Partei gelegen wäre. Es würde aufhören, daß jeder Arbeiter sich verpflichtet fühlt,

in alle drei Bewegungen finanzielle und ideelle Opfer zu bringen. Die Arbeiter müssen erzogen werden, daß sie die politische Partei nach jeder Richtung zu unterstützen haben, um dieselbe unabhängig und stark zu erhalten. Die Genossenschaften haben ein Interesse daran, alle Konsumenten ohne politische, wirtschaftliche und religiöse Unterschiede in sich zu vereinigen. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Genossenschaften so weit wie möglich für die Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden müssen, und wenn die Arbeiter das wollen, können sie das auch. In Hamburg z. B. tut die „Produktion" für die Arbeiterbewegung und für die Arbeiter mindestens soviel wie die Genossenschaften in anderen Staaten. Wir wollen gewiß die belgischen Verdienste keineswegs herabsetzen, aber der Kongreß sollte für die einzelnen Länder in Detailfragen keine bindenden Beschlüsse fassen. Es gilt die Richtlinien für das gemeinsam zu erstrebende Ziel zu schaffen.

Karpeles-Oesterreich: Obwohl wir das belgische Beispiel nicht nach Oesterreich übertragen können, stehen wir nicht an, die Verdienste der Belgier in hohem Grade anzuerkennen, und die Genossen Bertrand und Anseele dürfen heute darin eine Genugtuung erblicken, daß der Internationale Kongreß die Genossenschaftsfrage diskutiert, wegen welcher sie jahrelang verspottet wurden. Wir haben auf dem Kongreß dafür zu sorgen, daß in erster Linie die Arbeiter aufgefordert werden, in die Konsumvereine zu gehen, nicht ihres persönlichen Vorteils, sondern der großen Sache ihrer Bestrebungen wegen. Vorher können wir nicht unseren Konsumvereinen Vorschriften machen, die sich das auch gar nicht gefallen lassen würden. Es ist unmöglich, nach der deutschen Hannoverschen Resolution zu verlangen, daß die Genossenschaften ein Teil der Parteibewegung sein sollen. Wir müssen zuerst dafür sorgen, daß die Sozialisten in den Konsumvereinen ihren Bestrebungen Eingang verschaffen. Dann werden wir auf einem späteren Kongreß auch weitergehen können.

Héliès-Frankreich ist mit v. Elm einverstanden. In Frankreich war die Genossenschaft von der Partei gegründet, daher ist die Entwickelung in Frankreich eine andere wie in Belgien. Man sollte deshalb seitens des Kongresses für alle Staaten außer Belgien die ferneren Wege freigeben.

Anseele-Belgien: Es ist nicht richtig, daß die Belgier die Autonomie der Genossenschaften beschränken wollen. In Belgien sind die Genossenschaften autonom. Es muß Klarheit geschaffen werden über die Frage: was ist Neutralität? In Streiks, wirtschaftlichen und politischen Kämpfen müssen die Genossenschaften für die Arbeiter Partei ergreifen, das heißt die Neutralität aufgeben. Der Kongreß hat das Recht, auch den Genossenschaften die zu gehenden Wege zu zeigen. Die Genossenschaft ist nicht an sich Sozialismus, sie ist in finanzieller, industrieller und kommerzieller Beziehung nichts als kapitalistische Einrichtung. Wir müssen deshalb zum Ausdruck bringen, daß die Beziehungen mit den Genossenschaften und der Partei, wenn auch nicht organisatorische, so doch mindestens intime sein müssen. Das zu formulieren sei eine Frage der Redaktion und man werde einer Kommission die Ausarbeitung eines Vorschlages zu übertragen haben.

Spargo-Amerika: In Amerika war die Genossenschaftsfrage lange eine Frage der Theorie. Das hat sich seit dem Stuttgarter Internationalen Kongreß geändert. Aber es ist in Amerika noch keine große Konsumgenossenschaft vorwärts gekommen. Es gelang bis jetzt nur, Vereine gleichsprechender Einwanderer, Neger usw. zu halten. — Für Amerika sollte eine organische Verbindung zwischen Partei und Genossenschaften nicht vorgeschrieben werden, sondern eine Kombination der belgischen und französischen Resolution erstrebt werden.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 30. August.

v. Elm führt aus: Karpeles beklagt sich über die Neutralität der deutschen Partei. Wir waren durchaus zufrieden mit der Hannoverschen Resolution. Neutralität ist kein guter Ausdruck, er macht Mißverständnisse möglich. Wir brauchen auch die Nichtparteigenossen in den Genossenschaften. Wir brauchen kein Geld in der Partei von den Gewerkschaften und von den Genossenschaften. Wir haben unsere Parteigenossen erzogen, daß sie die Beiträge aus eigener Tasche geben. Wir wollen aber den ausländischen Genossenschaften keinen Stein in den Weg legen und darum soll man jetzt nichts fordern, was sie nicht erfüllen können. Neutralität bedeutet nicht Enthaltsamkeit von aller Politik. Neutralität bedeutet nicht Gegnerschaft gegen den Sozialismus. Der Kampf gegen die Preissteigerung z. B. bringt die Genossenschaften auch bei uns zur Politik. Anseele hat gesagt, wenn ein Konsumverein Millionen habe und sie für einen Streik nicht hergebe, so sei das Verrat. Das hat der Parteimann gesprochen, nicht der Genossenschafter. Wie war es denn beim schwedischen Generalstreik? (Anseele: Belgien!) Ja, wir sind doch international. Wir sind verpflichtet, jeden Streik als unseren anzusehen, wenn er von solch ungeheurer Bedeutung ist. Es ist darum kein Verrat, wenn wir in solchen Fällen die Kassen der Genossenschaften nicht schwächen, die ihren eigenen Zweck erreichen müssen und die ihn ohne Mittel nicht erreichen können. Selbst die Partei gibt auch nicht ihr Geld für alle Zwecke her.

v. Elm Deutschland legt folgende Resolution vor.

In der genossenschaftlichen Konsumentenorganisation erhalten die Konsumenten die Ware zum Selbstkostenpreis unter Ausschaltung des die Lebenshaltung verteuernden Profits des Zwischenhandels, ebenso wie sie in der genossenschaftlichen Eigenproduktion die Waren ohne den erhöhten Unternehmergewinn erhalten. Beide Organisationen sind auch geeignet, preistreibenden Tendenzen, insbesondere der Kartelle und Trusts, entgegenzutreten. Alle genossenschaftlichen Unternehmungen sollen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in gesundheitlicher Regelung vorbildlich ausgestaltet sein. — Sie haben die Pflicht, auch auf die Arbeitsbedingungen ihrer Lieferanten in dieser Hinsicht zu wirken und dadurch die Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Kämpfen zu unterstützen. Die genossenschaftliche Konsumentenorganisation ist auch eines der Mittel, den Frauen den Wert der Organisation vor Augen zu führen, die Massen zur demokratischen Selbstverwaltung zu erziehen und die Organisation der Warenverteilung sowie der Produktion auf die höchste Stufe der Entwicklung zu bringen. Deshalb sind die genossenschaftliche Konsumentenorganisation und die ihnen angegliederten Produktivgenossenschaften als ein Mittel zur Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft zu erachten. Der Kongreß erklärt, daß im Kampfe gegen den Kapitalismus das einheitliche Wirken der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation notwendig ist, wobei jedoch jede der drei Organisationen für sich besondere Aufgaben zu erfüllen hat und deshalb jede in ihrer Entschließung selbständig sein muß. Ob und inwieweit Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen, ist ihrem eigenen Ermessen zu überlassen. Die genossenschaftliche Organisation kann den Zwecken der allgemeinen Arbeiterbewegung nur dadurch dienstbar gemacht werden, daß die Ueberschüsse nicht in vollem Maße zur Rückvergütung an die Mitglieder verwendet werden, sondern zur Ansammlung eigener Mittel für die Eigenproduktion und zur Bildung von Bau- und Unterstützungsfonds der Mitglieder.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen allen politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen, die genossenschaftliche Konsumentenorganisation durch ihren Beitritt und ständigen Warenbezug zu fördern und aller Zersplitterung desselben nach religiöser, nationaler und politischer Richtung entgegenzuwirken.

Vandervelde wendet sich gegen den Vorwurf, den v. Elm in bezug auf den schwedischen Generalstreik gegen die belgischen Arbeiter gerichtet habe. Dieselben hätten ihre Pflicht getan. Es muß ausgesprochen werden, daß in allen drei Organisationen ein Gedanke herrschen muß, nicht ein organischer Anschluß, wohl aber möglichst enge Verbindung. Das ist noch nötiger bei den Konsumvereinen als bei den Gewerkschaften. In den Gewerkschaften können nur Arbeiter aufgenommen werden. Sie treiben ohnehin Klassenkampf. In die Genossenschaften aber kann jedermann aufgenommen werden, auch bürgerliche Elemente, die nicht sozialistisch denken. Auf die Beiträge an die Partei verzichte er. Die gebe er preis, es seien nur 10 Cent pro Jahr und Mitglied. Das Entscheidende sei, daß die Konsumvereine Organisationen des Klassenkampfes sein müssen. Die deutschen Arbeiter würden schon dafür sorgen, daß die Konsumvereine sozialistisch bleiben, die deutschen Vereine treiben Sozialismus und sagen es nicht. Die belgischen tun dasselbe, sagen es aber auch, in kleineren Ländern, wo die sozialistische Bewegung nicht so stark ist, muß der Klassenkampf stärker betont werden.

Thomas-Frankreich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen. In Frankreich würde der Weg der Belgier zu einer gefährlichen Zerreißung führen. Er empfiehlt die französische Resolution, weil sie auch die Pflege der Internationalität befürwortet.

Guesde-Frankreich spricht im Namen der französischen Minorität. Eroberung der politischen Macht ist nötig. Nur wenn die Genossenschaft dies Ziel fördert, ist sie gut, das heißt sie nicht verneinen, sondern ihr nur den richtigen Platz anweisen. In Deutschland sind die Konsumvereine Aktiengesellschaften mit kleinen Aktien. v. Elm hat nicht mal den Versuch gemacht zu zeigen, worin der Sozialismus der Genossenschaften besteht. Thomas hat aber gesagt, daß die Verteilung des Reingewinnes nach dem Konsum geschieht. Das ist kapitalistisch. Wir müssen den Arbeitern nicht nur sagen, daß sie beitreten sollen, wir müssen ihnen auch sagen, daß sie die Vereine im Klassenkampf benützen sollen.

Whiteley-England legt dar, daß auch die englischen Konsumvereine sich schon politisch betätigt haben, teilgenommen haben am parlamentarischen Komitee. Auch den Gewerkschaften wenden sie ihr Interesse zu. Andererseits haben aber die Sozialisten bisher nichts für die Konsumvereine getan. Das werden sie aber in Zukunft tun und dadurch Sozialismus in die Genossenschaft hineintragen.

Karpeles-Oesterreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was denn das belgische System geleistet habe, so weise ich auf die österreichische Bewegung hin, die sich trotz ihrer Jugend bereits sehen lassen kann. Erst seit dem Tage, da die politische Partei erklärte, jeder Parteigenosse habe Mitglied des Konsumvereins zu sein, seien die Genossenschaften zur Entwickelung gekommen. Allerdings sind die österreichischen Konsumvereine für jedermann zugänglich. Aber in der Parteivertretung sitzt ein Delegierter der Konsumvereine und umgekehrt. Die gesetzlichen Vorschriften sind bei uns wie in Deutschland; aber sie hindern uns nicht, bei der Wahl unsere Pflicht zu tun, auch mit Beiträgen an die Partei. Wir erziehen unsere Mitglieder dazu, daß sie nicht mehr auf

die Dividende schauen. Wir erziehen sie im Geiste des Sozialismus. Deshalb verlangen wir nicht Beiträge von den Vereinen, aber im Geiste sind wir durchaus einig. Dies ist die Basis unseres Fortschrittes.

Wurm-Deutschland: Die Erziehung zum Klassenkampf ist die Hauptsache. Wer da meint, daß das Geld der Konsumvereine oder einer Genossenschaft einer Partei nützen könne, ist im Irrtum. Wir können uns politische Siege nicht mit Geld erkaufen, darum sind wir gegen die Beitragspflicht der Konsumvereine für die politische Partei. Der einzelne Parteigenosse soll selber geben mit eigener moralischer Zustimmung. Die Form ist abhängig in jedem Lande von dem Grad der politischen Erziehung, darum größte Bewegungsfreiheit notwendig. Es wäre ja ganz gut, wenn es nur eine Organisation gäbe, aber die Arbeiterklasse ist noch nicht einheitlich, darum müssen wir auf Trennung bestehen, die wir aber den anderen nicht aufzwingen wollen. Unsere Genossenschaften verdanken ihr Emporkommen nur der Sozialdemokratie. Wir dürfen nie aus dem Auge lassen, daß sie nur ein Mittel zum Klassenkampfe zu sein haben, daß sie nicht leistungsfähig sind ohne den Geist des Klassenkampfes. Ich habe die Empfindung, daß man bei den Vorschlägen, die aus Belgien und Frankreich kommen, den Wunsch hat, nicht der Genossenschaft, sondern der Partei zu helfen. Man will Zwangsmitglieder für die Partei. Kauft man dort im Konsumverein, ist man Parteigenosse. Wir sind vorsichtiger, wir wünschen nur überzeugte Parteigenossen. Darum wollen wir uns auch keine Formeln aufzwingen lassen, die unseren Verhältnissen nicht angepaßt sind.

Balabanoff-Italien tritt für die Trennung der drei Bewegungen ein.

Krogh-Norwegen teilt mit, daß die Genossenschaften in Norwegen bisher im bürgerlichen Sinne arbeiten. Aber wenn sie im belgischen Sinne tätig wären, dann würden sich auch die Arbeiter daran beteiligen. Die meisten der Norweger stehen auf dem Standpunkt der belgischen Resolution.

Modracek-Böhmen stimmt für die französische Resolution. Er ist gegen die deutsche Resolution, weil diese zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte.

Sjöström-Schweden erklärt sich für die deutsche und gegen die belgische Resolution.

Wibaut-Holland: v. Elm hat gesagt, die holländischen Genossenschaften hätten deshalb keine guten Resultate, weil sie das belgische System befolgen. Unsere Bewegung ist aber nur relativ klein und schwach, weil die Partei klein und schwach ist.

Damit schließt die Diskussion. Es wurde eine Subkommission gebildet, der u. a. angehören: v. Elm, Jaurès, Karpeles, Wibaut, Anseele.

Letzte Sitzung. Donnerstag, den 1. September.

Die Kommission trat heute nachmittag um 3 Uhr zu ihrer Schlußsitzung zusammen. Die Subkommission legte folgende Einigungsresolution vor:

„In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, daß sie berufen sind, die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft vorzubereiten helfen, erklärt der Kongreß, daß die

Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erreichung ihres unmittelbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt, und daß die Arbeiterklasse das nächste Interesse hat, diese Waffe zu gebrauchen. Der Kongreß fordert daher alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geist zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es daher den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken, daß die Ueberschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgenossenschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie ferner die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden, daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert sind und daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden. Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der genossenschaftlichen Organisation jedes Landes zu überlassen. In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größer sein werden, je stärker und geschlossener sie selber ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes einen einheitlichen Verband bilden müssen. Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen immer inniger werden, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet werde."

Ueber die Resolution entspann sich zunächst eine lange Nationalitätendebatte, da die Tschechen den Zusammenschluß der Genossenschaften nicht jedes Landes, sondern jeder Nation forderten. An der Debatte nahm von tschechischer Seite **Modraczek**, von den Deutsch-Oesterreichern **Seliger** und **Karpeles** teil. Das tschechische Amendement wurden gegen ihre Stimmen abgelehnt. Lenin-Rußland beantragte, die demokratisierende und sozialisierende Wirkung der Genossenschaften erst für die Zeit anzuerkennen, wo die Kapitalisten expropriiert sein würden. Der Antrag wurde gegen eine geringe Minderheit abgelehnt. **Wurm** beantragte, nicht eine Verpflichtung der Parteigenossen auszusprechen, sondern statt „verpflichtet" zu sagen, „fordert aufs dringendste auf". Dieses Amendement war das einzige, das Annahme fand. Weiter regte **Wurm** an, den drittletzten und den vorletzten Absatz der Resolution miteinander zu vertauschen und dann den letzten Absatz mit einem „aber" zu beginnen. Dadurch würde die Freiheit der Entscheidung jedes Landes über die Neutralität der Genossenschaften nicht unbedingt anerkannt werden, sondern unmittelbar verknüpft werden mit dem Wunsche nach möglichst engem Zusammenhange aller Zweige der Arbeiterbewegung. Gegen diese Verknüpfung wandte sich **v. Elm**, der für den Fall der

Annahme dieser Anregung erklärte, sich nicht mehr an das abgeschlossene Kompromiß gebunden zu halten. **Wurm** zog darauf seine Anregung zurück, die **Wibaut**-Holland wieder aufnahm. Sie wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. **Guesde** zog seine Anträge, die der neutralen Konsumvereinsbewegung feindlich waren, schließlich zurück, ebenso **Vandervelde** ein Amendement, das eine Abschwächung des Urteils über die Wirkungen der Eigenproduktionen enthielt.

So wurde die Gesamtresolution mit dem Amendement Wurm mit allen gegen 2 Stimmen (Modraczek und Lenin) angenommen. Damit hat diese Kommission ihre Arbeit erledigt.

Zweite Kommission: Gewerkschaften.

Montag, den 29. August.

Den Vorsitz führen **Branting**-Schweden und **Troelstra**-Holland. Auf Antrag der französischen Sektion wird beschlossen, zuerst die Frage der gewerkschaftlichen Einigung in Oesterreich zu beraten. Hierzu liegt folgende Resolution der Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs vor:

„Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist. Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national separatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht."

Die Resolution begründet

Hueber-Oesterreich: Bevor wir uns beschwerdeführend an den Internationalen Kongreß wenden, muß ich unser Bedauern darüber aussprechen, daß sich die Verhältnisse in Oesterreich so gestaltet haben, daß wir gezwungen sind, eine unserer Bruderparteien hier zu beklagen. Aber die Frage hat nicht nur eine Bedeutung für Oesterreich, sondern für alle Staaten, die aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt sind. (Sehr richtig!) Wir wurden vielleicht mit dieser Beschwerde auch jetzt noch nicht an den Internationalen Kongreß gekommen sein, wenn nicht offiziell mit allen ihr zur Verfügung stehenden organisatorischen Mitteln sich eine Gruppe der internationalen Sozialdemokratie in den österreichischen Gewerkschaftsstreit eingemischt hätte. Der österreichische Gewerkschaftsstreit wird in verschärfter Form schon seit sechs Jahren geführt. Wir haben gehofft, die Internationale mit der Anklage wegen unserer tschechischen Genossen nicht belästigen zu müssen, weil wir noch immer die Hoffnung hatten, die Schwierigkeiten, die unzweifelhaft vorhanden sind, in Oesterreich selbst überbrücken und überwinden zu können durch die sozialen Empfindungen, durch die großen Aufgaben, die die Sozialdemokratie gegenüber der Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die Nationalität zu erfüllen hat. Aber unsere Hoffnungen sind immer mehr enttäuscht worden. In letzter Zeit hat die tschecho-slawische sozialdemokratische Partei mit aller Energie versucht, die Gewerkschaften zu zertrümmern und zu zersplittern und in die acht Nationen zu trennen, aus denen Oesterreich zusammengesetzt ist. Dabei bleibt die Arbeiterschaft der verschiedenen Nationen nicht einmal in ihren Territorien, son-

dern fluktuiert von einer Fabrik in die andere und in den Fabriken der Großindustrie können wir heute alle acht Nationen vertreten sehen. Wollen wir wirtschaftliche Rechte, den Lohnsklaven bessere Arbeits- und Lohnbedingungen vom Kapital erobern, so ist eine einheitliche Organisation gegenüber den unmittelbaren Ausbeutern eine unbedingte Notwendigkeit. Wir können vielleicht die Gewerkschaften in 8 Gruppen zersprengen, aber nicht die Großindustrie. Jeder Lohnkampf wird unmöglich und der Kapitalist triumphiert, wenn die Arbeiterorganisationen zersplittert sind, während die Unternehmer einheitlich straff organisiert sind. Die tschecho-slawische Partei hat aus nationalistischem Separatismus eine Bewegung unter den tschechischen Arbeitern hervorgerufen, die nicht nur für die gewerkschaftlichen Organisationen, sondern in weiterer Folge auch für die ganze sozialistische Arbeit eine große Gefahr ist. Die Internationale hat in Stuttgart erklärt, daß der gewerkschaftliche Kampf um so erfolgreicher sein wird, je einheitlicher die gewerkschaftlichen Organisationen sind. Wir richten heute an Sie die Frage, ob Sie diesen Grundsatz aufrecht erhalten, und damit die Einheitlichkeit der Gewerkschaften in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, in einem einheitlichen Staate, unter einheitlicher Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterschaft sichern wollen, oder ob Sie zulassen wollen, daß die Gewerkschaften national zerrissen und zersplittert werden. Wir glauben nicht, daß unsere tschechischen Genossen aus Haß gegen die Deutschen so handeln, aber sie befinden sich in einer Verwirrung, die daraus entstanden ist, daß sie ihre Kraft in den nationalistischen Streitigkeiten zersplittert und darüber unser großes Ziel aus dem Auge verloren haben. Hoffen wir, daß sie zurückkehren werden zu der alten Wahrheit Marx', daß auch ihnen das Wort „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" mehr als eine Phrase sein wird. Befinden wir uns im Irrtum, so wollen wir die Belehrung der Internationale gern entgegennehmen. Im andern Falle aber soll sie den Tschechen bestimmte Direktiven geben. (Lebhafter Beifall.)

Nemec (Prag): Man wirft uns vor, daß wir die Gewerkschaftsbewegung aus separatistischen Gründen schwächen und die Einheit der Organisation sprengen wollen. Aber diese Anklage trifft nicht die Wahrheit. Bei uns in Oesterreich wohnen viele Nationen, und die Entwickelung ist dahin gegangen, daß die Partei im Laufe der Zeit der nationalen Gliederung Rechnung getragen hat. Die Partei ist in selbständigen nationalen Sektionen organisiert. Nun haben wir aber nicht dieselbe Leitung in der Gewerkschaftsbewegung und in diesen Organisationen, daher haben wir immer dahin getrachtet, auch die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen unter einheitlicher Leitung zu bringen. Das ist aber vollkommen unmöglich, wenn die tschechische Partei von Prag und die Gewerkschaften von Wien geleitet werden. Die österreichische Gewerkschaftskommission ist im Jahre 1893 gegründet worden. Sie hat den Wünschen der tschechischen Sozialdemokratie niemals entsprochen, und wir haben daher eine besondere tschechische Gewerkschaftskommission in dem Jahre 1896 und 97 in Prag gegründet, die einträchtig neben der Wiener Gewerkschaftskommission Jahre hindurch gearbeitet hat und die Gewerkschaftskommission in Wien hat bei den großen Lohnkämpfen des Jahres 1900 ausdrücklich anerkannt, daß die tschechische Gewerkschaftskommission in vollem Umfange ihre Pflicht getan hat. Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam hat man jener tschechischen Gewerkschaftskommission das Vertretungsrecht genommen und in Oesterreich hat man immer mehr und mehr zu einer straffen Zentralisation von Wien aus gedrängt. Wir haben den Versuch gemacht, der tschechischen Sozialdemokratie auch ihren Einfluß auf die Gewerkschaften zu erhalten, aber alle unsere Forderungen sind abgelehnt worden, und so ist es gekommen, daß einzelne Organisationen, welche unter dieser straffen Zentrali=

sation sich nicht entwickeln konnten, die Verbindung mit der Wiener Gewerkschaftskommission abgebrochen haben. Diese Organisationen hat man aus der Gewerkschaftsbewegung und aus der Partei auszuscheiden gesucht, man hat sie als schlechte Gewerkschaftler und schlechte Sozialdemokraten hingestellt, weil sie sich den von der Wiener Gewerkschaftskommission propagierten Grundsätzen nicht fügen wollten. Ist es aber möglich, daß eine große politische Partei wie die tschechische bestehen kann, wenn sie in zwei Teile geteilt ist, einen Teil der politischen und einen Teil der gewerkschaftlichen Bewegung? Das haben wir in Stuttgart nicht gewollt; in Stuttgart haben wir beraten über die Einheitlichkeit von Partei und Gewerkschaft und beschlossen, daß ihre Aktion um so erfolgreicher sein wird, je mehr Partei und Gewerkschaft zusammenwirken, das sollte man nicht unmöglich machen. Man sollte uns einen Weg freigeben, um ohne übertriebene Zentralisation Partei und Gewerkschaft zusammenzuführen. Dann sind wir jederzeit gern bereit, mitzuarbeiten, und es fällt uns gar nicht ein, gegen die deutschen Genossen irgend etwas zu unternehmen. Sie werden keinen Fall anführen, wo wir in einem Streik oder in einer sonstigen gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber den deutschen Genossen nicht voll unsere Pflicht getan hätten. Die Majorität der tschechischen Arbeiter gehört schon heute nicht mehr der Wiener, sondern der Prager Gewerkschaftskommission an. Wenn Sie das absolute Prinzip der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung aufstellen wollen, warum tun Sie das dann nicht in Belgien, wo die Minderheit der Arbeiter einer Zentralstelle angeschlossen ist, in Frankreich, Italien und England, wo die gewerkschaftliche Bewegung lange nicht so straff zentralisiert ist wie bei uns. Und doch wäre die Zentralisation dort viel leichter durchzuführen als bei uns. Bedenken Sie unsere Lage. Die politische Organisation hat keine Mittel. Keine politische Organisation außer der deutschen hat in absehbarer Zeit Aussicht, irgendwelches finanzielle Rückgrat aus eigenen Kräften zu erlangen. Die Gewerkschaft aber, die dieses Rückgrat bilden sollte, können wir Tschechen nicht heranziehen, weil sie total zersplittert und abhängig ist. Das ist für uns ein prekärer Zustand, der unbedingt beseitigt werden muß. Da müssen die deutschen Genossen auch auf die Bedürfnisse der tschechischen Sozialdemokratie Rücksicht nehmen. Der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus kann nur in einer Organisation geführt werden, die allen Zweigen der Bewegung die Möglichkeit freier Entwickelung gibt. Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, daß die stärkste österreichische Organisation, der Buchdruckerverband, nicht so scharf zentralisiert ist, wie der Reichsverband von Wien aus zentralisiert werden will, sondern, daß er aus Landesvereinen besteht. Nach diesem Muster werden wir auch die übrige Gewerkschaftsbewegung organisieren müssen, wenn wir den Ansprüchen der einzelnen Nationen Genüge leisten wollen. Die Reichskommission in Wien ist angeblich international, aber sie hat stets Beziehungen zur deutschen Partei unterhalten, die in Wien eine Reichsvertretung hat. Ueber kurz oder lang muß das anders werden. Wir müssen eine neue Form der gewerkschaftlichen Organisation finden. Die tschechischen Arbeiter in ihrer Mehrheit sagen: die Sache wird in Wien gemacht, vielleicht ganz gut gemacht, aber sie wird doch eben in Wien gemacht. (Schallende Heiterkeit.) Das kann man den tschechischen Genossen nicht übelnehmen, denn vor ihnen haben die deutschen Genossen in Böhmen gesagt: das wird in Prag gemacht, und was auch immer in Prag gemacht wird, wir geben keinen Pfennig Geld für Prag, wir haben ja unser Wien und bleiben bei unserm Wien. (Erneute Heiterkeit.) So hat sich dieser Antagonismus der Völker natürlich entwickelt. Er ist nicht aus der Welt zu schaffen, es sei denn durch die Organisation, welche den Interessen aller Beteiligten entsprechen und welche die volle Entwickelungsfähigkeit aller Na-

tionen ermöglichen würde. Wenn das nicht geschieht, so helfen alle Resolutionen nichts, dann läßt sich ein einheitliches Vorgehen von Partei und Gewerkschaft im Sinne der Resolution nicht erzielen. Lehnen Sie es ab, die tschechischen Genossen zu verurteilen und beschließen Sie die Resolution der Wiener Reichskommission dem Internationalen Bureau zur Untersuchung und Berichterstattung an den nächsten Kongreß zu überweisen. (Beifall und Widerspruch.)

Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag nachmittag vertagt.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 30. August.

Die Debatte über den tschechischen Streit wird unter Vorsitz von Branting fortgesetzt.

Beer, Metallarbeiter (Oesterreich) verweist auf die Stuttgarter Resolution. Nemec als Vertreter der Tschechen ist nicht legitimiert, im Namen der ganzen tschechischen Arbeiterschaft zu sprechen. Er spricht eigentlich nur im Namen einer Minderheit von Gewerkschaftlern. In der zentralistischen Organisation, die auf dem Boden des Klassenkampfes und dem Boden des Internationalismus steht, befinden sich, obwohl wir eine schwere Spaltung durchmachen, noch immer 118 000 Tschechen, während die Separatisten nur 45 000 betragen. Ihr Bericht spricht freilich von 61 000, aber diese hohe Ziffer kommt nur dadurch zustande, daß neben den Gewerkschaften auch solche Organisationen mitgezählt worden sind, die eigentlich keine gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen haben. Der österreichischen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung droht eine Spaltung, so daß dann später in jedem Beruf soviel Organisationen entstehen, als Nationalitäten vorhanden sind, unter der Voraussetzung, daß der Internationale Kongreß diese Bestrebungen sanktionieren sollte. Ich hoffe, daß der Kongreß uns Recht gibt und die Stuttgarter Resolution dahin abändert, daß von der Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation nicht „in Ländern" gesprochen wird, sondern, daß dafür gesetzt wird, „in Staaten". Damit würde der österreichischen Bewegung und dem internationalen Sozialismus ein großer Dienst erwiesen werden.

Bergmanns führt aus, daß Nemec nicht das geringste Recht gehabt habe, sich auf das belgische Beispiel zu berufen, um seine Zersplitterungstendenz zu rechtfertigen. Nemec scheine zu glauben, daß in Belgien zwei nationale Gewerkschaftskommissionen beständen. Aber dem ist nicht so. Differenzen zwischen Flämen und Wallonen haben in der belgischen Gewerkschaftsbewegung niemals eine Rolle gespielt. Die Krise, die namentlich vor zwei bis drei Jahren sehr scharf war, beruhte auf der Anschauung der Diamantarbeiter Antwerpens und anderer Gewerkschaften, daß die Beziehungen zwischen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskommission zu eng seien. Nur diese Differenzen über die Organisationsform haben bewirkt, daß nicht alle belgischen Gewerkschaften der Generalkommission angeschlossen sind. Aber auch diese Verschiedenheiten werden im wachsenden Maße überwunden. Ueberhaupt kann ich von Nemecs Argumenten nicht eines stichhaltig finden. Die Stuttgarter Resolution fordert Einheitlichkeit der Aktion von Partei und Gewerkschaft. Aber höher stellt sie die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung selbst oder vielmehr sie macht diese Einheit zur Grundlage der höheren Einheit von Partei und Gewerkschaft. So muß es auch sein. Selbst wenn die Unternehmer national organisiert wären, würden sie sich im Falle eines Lohnkampfes sofort zusammenfinden. Man sagt uns, daß in Wien 300 000 tschechische Arbeiter leben. Wie soll da ein Streik geführt werden, wenn zwei Gewerkschaftskommissionen sich streiten. Der Internationale

Kongreß muß unbedingt die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung hochhalten. Ich bitte deshalb alle Nationen, die separatistischen Bestrebungen aufs schärfste zu verurteilen und die Resolutionen der Reichskommission anzunehmen.

Haywood (Amerika) fragt zur Geschäftsordnung an, ob die Stuttgarter Gewerkschaftsresolution mit zur Debatte steht. Als der Vorsitzende dies verneint, weil es sich nur um die Auslegung dieser Resolution handelt, kündigt Haywood einen Antrag auf Revision der Stuttgarter Resolution über Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften an.

Soukup-Prag: Wir Tschechen haben vollkommen korrekt nach dem Prinzip der Internationale und der gewerkschaftlichen Einheitlichkeit gehandelt. Ueber 40 000 Mitglieder wurde von der Reichskommission gesagt, daß sie diese Arbeiter als unorganisiert betrachte und jeden Verkehr mit ihnen abbreche. Auf diesen Standpunkt konnte sich die tschechische Sozialdemokratie unmöglich stellen. Denn diese 40 000 sind treue Sozialdemokraten, und die besten Kräfte der tschechischen Sozialdemokratie. Wir haben mit allen Kräften, mit Gut und Blut für die internationale Sozialdemokratie in Oesterreich gearbeitet und sind auch in Zukunft bereit, alles zu tun, um diese Internationale (Zuruf: zu zerstören) — nein zu fördern. Auch die autonomen Gewerkschaften haben die Notwendigkeit internationaler Solidarität stets aufs schärfste betont. Nicht um das Prinzip wollen wir hier streiten, sondern um die formale Eingliederung der Stuttgarter Resolution in taktische Gewerkschaftsfragen. Es handelt sich hier um die taktische Gewerkschaftsfrage: Verlangt die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, daß alle Arbeiter eines Berufes einer Gewerkschaft über das ganze Reich angehören oder ist in vielsprachigen Ländern eine sprachlich getrennte, aber ökonomisch zusammenwirkende Gruppenbildung möglich? Wir wollen die Internationale stärken durch Stärkung ihrer nationalen Bestandteile. Wir stehen in Oesterreich vor dem ungeheuer schwierigen Problem der acht Nationen. Wir weisen Ihnen den einzigen Weg, um sozial und politisch vorwärts zu kommen. Prüfen Sie genau diese Frage, die von ungeheurer Tragweite ist. Weil wir das Recht aller Nationen und aller Arbeiter in Oesterreich fordern, bitten wir Sie, auf diesem Kongreß noch kein Urteil auszusprechen. Lassen Sie die Frage durch das Internationale Bureau genau untersuchen und wenn dieses eine Einigung nicht zustande bringt, dann mag der nächste Internationale Kongreß endgültig entscheiden.

Legien: Mit Ausnahme der Tschechen wird keine Nation dem Antrage der Reichskommission widersprechen können. Wir sind der Meinung, daß der Antrag noch lange nicht weit genug geht. Wir fragen: Haben nicht unsere tschechischen Genossen mit der Desorganisation der österreichischen Gewerkschaften etwas getan, was gegen das Prinzip der Internationale verstößt? (Sehr gut!) Haben sie nicht im Prinzip alle bisherigen Beschlüsse der internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung verletzt? Soukup sprach begeistert vom internationalen Zusammenwirken aller Nationen und dabei können sie nicht mit den Arbeitern im eigenen Lande Frieden halten. Wir müssen die Frage durchaus nicht formell, sondern scharf prinzipiell fassen. In Stuttgart haben wir über die Einheit von Partei und Gewerkschaften verhandelt. Aber die Frage der absoluten Einheit der Gewerkschaften ist schon vor 14 Jahren, im Jahre 1896, in London entschieden worden. Diese Resolution von London ordnet die gewerkschaftliche Einheit ganz bedingungslos und allgemein. Sie verbietet die lokale Organisation, sie fordert Zentralverbände und deren internationalen Zusammenschluß. Auf Grund dieser Resolution müssen wir den tschechischen Separatismus aufs schärfste verurteilen. Die gewerkschaftliche Organisation kann nicht national

gegliedert sein, darf es nicht sein. Wenn wir das nationale Prinzip in die Gewerkschaftsbewegung tragen, gibt es kein Land mehr, wo die gewerkschaftliche Organisation nicht zersplittert wird. Sollen wir auch in Deutschland polnische, dänische, französische und vielleicht auch holländische Gewerkschaften haben? (Lebhafte Zurufe: In der Schweiz! In Amerika 33 verschiedene nationale Gewerkschaften!) Genossen, ich spreche nur von Deutschland, einem Einheitsstaat. Nicht einmal bei uns könnte das nationale Gewerkschaftsprinzip ohne den schwersten Schaden durchgeführt werden. Es ist falsch, wenn behauptet worden ist, daß in Stuttgart die Gewerkschaftsinternationale den Prager Separatismus anerkannt habe. Auf Grund einer Einigung zwischen den Vertretern der Reichskommission und der Prager Zentrale ist diese zugelassen worden mit der Maßgabe, daß sie die Agitation vertrete, die Reichskommission aber die Repräsentation. Nachdem die tschechischen Genossen diese Grenzen überschritten haben, haben sie sich selbst aus der gewerkschaftlichen Internationale ausgeschlossen. So lange die gewerkschaftliche Internationale besteht, ist für sie allein die Reichskommission für Oesterreich anerkannt und wird es bleiben. Denn die gewerkschaftliche Internationale beruht auf dem Grundsatz, daß, wo die Bewegung und die Verwaltung gleich sind, auch alle Arbeiter ohne Rücksicht auf Nationalität und Sprache sich in einer Organisation zu vereinigen haben. Nur wo, wie in Finnland, Ungarn und Kroatien gesetzlich diese Möglichkeit nicht besteht, dürfen besondere Gewerkschaftszentralen gebildet werden, so lange eben diese Verschiedenheiten im Bereiche der Gesetzgebung bestehen. Das trifft auf die tschechischen Genossen in keiner Weise zu. Wir Deutsche geben den Hunderttausenden von Italienern, die zu uns kommen, ein besonderes italienisches Blatt und besondere italienische Agitatoren. Aber eine besondere italienische Organisation dürfen sie nicht bilden, sie gehören in unsere deutschen Zentralverbände. Was die Ausländer bei uns können, können die Tschechen bei den Oesterreichern erst recht. (Zuruf bei den Tschechen: Wir sind keine Ausländer in Oesterreich.) Unser Kongreß muß mit aller prinzipieller Schärfe den internationalen Gesichtspunkt betonen. Wir würden deshalb auch einer viel schärferen Resolution als der der Reichskommission zustimmen, aber weil die Reichskommission nicht mehr fordert, stimmen wir dem Antrag zu. Der nächste Kongreß wird sich nicht mehr mit diesem Antrag befassen, sondern damit, ob die tschechischen Separatisten noch in die Internationale gehören. (Stürmischer Beifall.) Heute begnügen wir uns noch mit dem harmlosen Antrag der Reichskommission als dem letzten Versuch, eine Einigung herbeizuführen. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Der Vorsitzende **Branting** teilt mit, daß noch 14 Redner eingezeichnet sind; schließen wir daher die Rednerliste.

Bergmans (Belgien): Die Frage ist schon genügend geklärt; lassen wir noch einen Vertreter der Tschechen und der Reichskommission sprechen und machen wir dann Schluß.

Viktor Adler: Wir haben ein Interesse daran, auch die Meinung der anderen Nationen zu hören, fahren wir noch eine Zeitlang in der Debatte fort.

Es wird nach Adlers, von Richard Fischer unterstütztem Antrage verfahren.

Karski (Polen): Jeder Sozialdemokrat wird Legiens Grundsätzen zustimmen müssen. Wir können uns nicht in die österreichischen Intimitäten einmischen, dazu muß man seit sieben Generationen Oesterreicher sein. (Heiterkeit.) Aber wir können die großen Prinzipien festlegen. Die Tschechen sagen, daß in Oesterreich die Sozialdemokratie national organisiert ist, also müsse man auch die Gewerkschaften national organisieren. Das ist der Trugschluß: wenn man schon einen Buckligen in der Familie hat, so macht man nicht noch einem zweiten Familienmitglied auch einen Buckel. (Heiterkeit und Beifall.) Um-

gekehrt muß die höhere Einheit der Gewerkschaftsbewegung den politischen Föderalismus überwinden helfen. Hüten Sie sich, tschechische Genossen! Setzen Sie Ihren Föderalismus durch, so werden Sie trotz allen guten Willens der Polen in drei Jahren eine polnische Gewerkschaftszentrale haben, in wenigen Jahren 10 oder 11 Gewerkschaftszentralen. Wie aber wollen Sie in Mährisch-Ostrau noch eine Lohnbewegung beeinflussen, wenn Sie mit vier Gewerkschaftszentralen zu rechnen haben. Schon darum, weil das Kapital einig ist, weil es der österreichischen Länderbank ganz gleichgültig ist, ob mit ihrem Kapital deutsche, tschechische, polnische oder slowenische Arbeiter ausgebeutet werden, darum brauchen wir die einheitliche Proletarierorganisation. (Zuruf: Sie hat schon bestanden, man hat sie zerrissen!) Wer die Gewerkschaften gegenüber einem einheitlichen Unternehmertum zersplittert, begeht ein Verbrechen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist möglich, die höhere Einheit zu schaffen; es ist möglich, daß die Gewerkschaften zentral geleitet werden. Daß dabei die kulturellen Bedürfnisse, die sprachlichen Interessen aller Arbeiter berücksichtigt werden, ist eine Selbstverständlichkeit. (Zuruf: Geschieht ja! Widerspruch bei den Tschechen. Zuruf bei den Deutschen: Wenn wir einen Tschechen anstellen, sagt Ihr, er sei von den Deutschen gekauft!) Ohne alle Animosität gegen die tschechischen Genossen müssen wir es durch Annahme der Resolution aussprechen: Ihr müßt den nationalen Separatismus in der gewerkschaftlichen Bewegung überwinden, damit die ganze proletarische Bewegung noch einheitlicher wird als bisher. (Lebhafter Beifall.)

Zulavski, Vorsitzender der polnischen Gewerkschaftszentrale in Krakau, die der Reichskommission untergeordnet ist: Wir haben in Galizien, Mähren und Schlesien 30 000 organisierte polnische Arbeiter, nicht viel weniger als die Tschechen. Sollen wir uns nun der deutschen oder der tschechischen Zentrale anschließen, oder sollen wir auch Separatisten werden? Wir mißbilligen auf das entschiedenste, daß die Preger Kommission die polnischen Arbeiter auffordert, sich von der Reichskommission zu trennen und sich der tschechischen Kommission anzuschließen. (Zurufe bei den Tschechen: Ist nicht wahr!) Ich will Ihnen gedruckt die Zirkulare und Flugblätter vorlegen, in denen die polnischen Arbeiter aufgefordert werden, sich an die Prager Kommission anzuschließen, weil dort mehr Geld pro Kopf vorhanden sei als in Wien. (Unruhe.) An alle polnischen Ortsgruppen der chemischen Branche ist ein Zirkular mit dem Stempel der tschechischen Organisation hinausgegangen, um sie zum Uebertritt nach Prag zu veranlassen. (Vielfache Pfui-Rufe. Lebhafter Widerspruch bei den Tschechen.) Wenn Sie widersprechen, werde ich Ihnen noch mehr sagen: Sie haben im rein polnischen Krakau eine tschechische Organisation der Lithographen gegründet. (Große Bewegung. Zurufe bei den Tschechen: Ein ganz alter Verein!) Nein, kein alter Verein; ich war selbst bei seiner Gründung anwesend. Ich bitte Sie, verschieben Sie die Entscheidung nicht. Treiben Sie nicht die Sache auf die Spitze! Zersplittern Sie nicht durch Ihren Separatismus die ganze österreichische Gewerkschaftsbewegung in lauter kleine Verbände. Entscheiden Sie sich heute für die Einheit. In drei Jahren wird uns keine Resolution mehr helfen. (Der tschechische Reichsratsabgeordnete Modracek ruft: Eure Resolutionen helfen Euch heute auch nichts! — Großer Lärm. Zurufe: Das ist Euer Internationalismus! Jetzt habt Ihr Euch nackt gezeigt! Anhaltende, große Unruhe.)

Walecki (Polen): Die Stuttgarter Resolution ist von den Separatisten ganz verkehrt ausgelegt worden. Sie sollte durch den Einfluß der Sozialdemokratie die Einheit der Gewerkschaften fördern. Sie sollte durch den höheren Integralismus der Gewerkschaften die Streitigkeiten in der Sozialdemokratie überwinden. Statt dessen hat sie die schweren Krankheitskeime politisch-sozialisti-

scher Zersplitterung in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen. (De Brouchere: Sie waren vor der Resolution da!) Auch die Partei des Genossen Marski zersplittert die Gewerkschaftsbewegung um politischer Differenzen willen. (Marski ruft: Unsinn!) Unsinn ist es freilich, aber leider Tatsache. (Marski: Völlig unwahr!) Nicht die Formen, sondern der Geist ist das Wichtigste. Föderation bedeutet Geschlossenheit zum Zwecke besserer Arbeit und kann es bedeuten, wenn sie nicht durch nationalistische Tendenzen zersprengt wird. Der österreichische Separatismus ist nicht Föderalismus, sondern nationaler Anarchismus. (Sehr gut!) Die Separatisten sind keine richtigen Sozialdemokraten, keine praktischen, politischen und gewerkschaftlichen Kämpfer. Das tschechische Prinzip der „Solidarität aller Stämme" ist ganz falsch. Wir müssen es gründen auf die Solidarität der Arbeiter eines Landes, sonst hängt es in der Luft. Wir brauchen die Frage der gewerkschaftlichen Einigkeit nicht zu vertagen, denn die Wahrheit können wir heute schon aussprechen, damit sie morgen oder übermorgen wirke. Denn der Standpunkt der Tschechen ist unwandelbar falsch. Trotzdem bedauere ich die Drohungen des Genossen Legien. Wir wollen keine Verurteilung, die Euch Tschechen abstößt. Im Gegenteil: wir wollen Euch zurückführen auf die positive Basis sozialistischer Einigkeit. Wie Adler in Amsterdam die französischen Ministerialisten nicht verdammen, nicht verurteilen, sondern überzeugen wollte, so sollen wir auch heute zu den tschechischen Genossen sprechen. (Beifall.)

Viktor Adler-Wien: Die Stuttgarter Resolution enthält zwei Gedanken: sie verkündet die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Partei und Gewerkschaften und wir in Oesterreich haben diese Notwendigkeit stets anerkannt. Aber die Resolution macht einen Zusatz: Dieses Zusammenwirken soll nicht erfolgen dürfen auf Kosten der gewerkschaftlichen Einigkeit. (Sehr richtig!) Durch die Betonung der gewerkschaftlichen Einigkeit an dieser Stelle wird sie viel schärfer hervorgehoben als in irgendeinem Beschluß vorher, weil selbst die große Idee des Zusammenwirkens von Partei und Gewerkschaften untergeordnet ist der unbedingten Notwendigkeit des praktisch-proletarischen Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiet. Nun klagt auf Grund der Stuttgarter Resolution die tschecho-slawische Sozialdemokratie, daß sie ohne Autonomie der Gewerkschaften keine Beziehungen zu ihnen unterhalten könne. Aber das Gegenstück zur Zentralisation der Gewerkschaften ist die Zentralisation der internationalen Gesamtpartei Oesterreichs, die wir aufrechterhalten werden, wenn sie auch im Augenblick schwer gefährdet ist. (Beifall.) Die Tschechen sagen, die Gewerkschaften müßten getrennt werden, weil auch die Sozialdemokratie Oesterreichs national getrennt sei. Aber die Trennung innerhalb der Partei ist erfolgt im gemeinsamen Einverständnis, nicht durch Zerreißung der Partei! Die besonderen Bedürfnisse der tschechischen Genossen sind in reichem, überreichem Maße stets berücksichtigt worden. (Zuruf bei den Tschechen: Ueberreich, überreich!) Jawohl, vielleicht sogar zu überreich in Anbetracht der vorhandenen Mittel. Die Tschechen, Polen, Italiener und Slowenen haben eine reichere Gewerkschaftspresse als die Deutschen. Natürlich gibt es immer einige nationale Beschwerden. Aber kommen Klagen nicht auch in nationalen, einheitlichen Organisationen vor? Wenn nicht alle Bedürfnisse gleich erfüllt werden konnten, kann man deshalb sagen, daß die Wiener Reichskommission keine Fühlung mit den tschechischen Gewerkschaften hat? Aber so viel Fühlung, wie eine Hamburger Gewerkschaftszentrale mit den süddeutschen Arbeitern hat, genau soviel Fühlung hat Wien auch mit den böhmischen Arbeitern. Den Wiener Zentralismus wollt Ihr nicht, aber den Prager Zentralismus wollt Ihr. Von Prag nach Wien ist es aber ebenso weit wie von Wien nach Prag und Ihr könnt doch nicht leugnen, daß Ihr die vielen tschechischen

Arbeiter in Wien an die Prager Zentrale anschließen wollt. Ihr geht aber weiter. Nicht nur in Wien, sondern auch in Graz, Innsbruck, Linz, mitten in die uralten deutschen Gebiete schiebt Ihr Eure nationalen tschechischen Organisationen. Zwischen dem Zentralismus von Prag und dem Zentralismus von Wien besteht nur ein einziger Unterschied. Der Wiener Zentralismus vereinigt und macht kampfesfähig, und der Prager Zentralismus zerreißt und macht kampfesunfähig. (Stürmischer Beifall.) Mit Ausnahme der tschechischen Genossen hat niemand die Stimme für Euren Standpunkt erhoben. Ein polnischer Redner hat auf die Rolle verwiesen, die Ihr im Geist der Versöhnung in Amsterdam gespielt habt. Ich will auch heute im gleichen Geiste sprechen. Eine mildere Form als der Antrag der Reichskommission kann überhaupt nicht gewählt werden. Wir haben uns absolut gehütet, die tschechischen Genossen im mindesten zu verletzen. Wir haben nur eine Deklaration der Stuttgarter Resolution über die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung gegeben und festgestellt, daß sie von unseren tschechischen Genossen falsch ausgelegt worden ist. Aber wir haben keine Verdammung, keinen Ausschlußantrag daran geknüpft, nichts, was unsere alte Freundschaft mit den Tschechen zerreißen könnte. Wir wollen unseren tschechischen Genossen nicht zu nahe treten, wir haben jahrelang mit ihnen zusammengekämpft, und wir werden weiter mit ihnen zusammenkämpfen. Aber eine Frage beantwortet uns, Ihr tschechischen Genossen: Ist es denn wahr, daß Ihr die separatistische Trennung der Gewerkschaften braucht? Seid Ihr denn gewachsen und groß geworden unter diesem neuen Prinzip, geht es denn der österreichischen und der tschechischen Partei so viel besser, seitdem Ihr die Trennung habt? Sind wir glücklicher geworden, wir in der Gesamtpartei und Ihr in Eurer tschecho-slawischen Partei, seitdem Ihr den nationalen Ideen Aufnahme gewährt habt in dem Katalog Eurer Forderungen? Ich will keine Antwort von Euch. Oeffentlich werdet Ihr sie mir auch nicht geben. Aber wenn Ihr Euer Gewissen prüft als Parteigenossen, dann werdet Ihr mir zugeben, daß alles schlimmer geworden ist. (Sehr gut!) Nun noch ein Wort zu dem Antrage, eine Enquete anzustellen. Worüber soll das Internationale Bureau jetzt noch eine Untersuchung anstellen? Lehnt den Antrag Wien ab, wenn Ihr ihn für falsch haltet, aber beschließt keine Verschleppungsanträge im übelsten Sinne des Wortes, die den Manieren der bürgerlichen Welt entnommen sind, wenn wir sozialpolitische Forderungen stellen. Ich bitte die Internationale, den Stachel aus unserer Gewerkschaftsbewegung zu entfernen. Sie können heute über die tschechischen Genossen keine Verurteilung aussprechen, wohl aber einen Mahnruf an sie richten, durch die sachverständige Internationale der Gewerkschaftsführer und Parteigenossen, die alle guten Willens und die alle unser Bestes wollen. Dieser Kongreß muß den tschechischen Genossen sagen: Freunde, Ihr seid nicht auf dem richtigen Weg, Eure Wege und falsch, kehret zurück. Das wird nicht auf alle wirken, das wird nicht heute wirken. Aber das Wort der Internationale wird auch von den hunderttausend tschechischen Arbeitern gehört werden, die zentralistisch organisiert sind, und wird nicht ohne Wirkung sein. (Stürmischer wiederholter Beifall.)

Plechanoff (Rußland): Die sozialdemokratische Partei Rußlands wird hier in der Kommission vertreten von zwei Delegierten, von mir, einem Russen und einem lettischen Genossen. Unsere Sprache ist verschieden, aber einmütig werden wir der österreichischen Resolution zustimmen im Interesse der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, die ein unbedingtes Erfordernis des politischen Emanzipationskampfes ist. Gerade in den Ländern, in denen wie bei uns die Partei noch gespalten ist, muß die Gewerkschaftsbewegung uns helfen, die Einheit auch der Sozialdemokratie wiederherzustellen. Für uns in Rußland ist das nationale Problem ja viel dringender als für Euch in Oesterreich

Wenn ich sämtliche Nationalitäten aufzählen wollte, die in dem großen russischen Reich zusammengeworfen sind, würde der heutige Tag wohl nicht mehr ausreichen. Wir können nicht einer künstlichen Zersplitterung der proletarischen Bewegung in Oesterreich die Wege ebnen. Nun verstehe ich den Standpunkt der tschechischen Genossen ja sehr gut. Sie sagen, daß nun ihre Gewerkschaften Geld haben und daß nur durch den Separatismus die tschechischen Gewerkschaften der tschechischen Sozialdemokratie größere Geldmittel zur Verfügung stellen können. Geld ist gewiß eine angenehme Sache, sowohl für die Bourgeoisie wie für das Proletariat. (Heiterkeit.) Aber es kommt doch darauf an, wie man zu Geld kommt. Das Sündengeld des Separatismus muß die ganze politische und gewerkschaftliche Bewegung vernichten. Die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung wird Euch selbst mehr Mittel zuführen, als Ihr jemals durch eine Trennung und Zerreißung gewinnen könnt. Die Forderung der Einheitlichkeit der Gewerkschaften ist kein Dogma, sondern eine praktisch drängende Notwendigkeit. Es lebe die proletarische Einheit. (Lebhafter Beifall.)

Tusar (Tscheche): Es ist in jeder Beziehung falsch, wenn man uns Tschechen vorwirft, daß wir Nationalisten sind. Wir haben als Arbeiter unsere internationale Pflicht niemals verletzt. Aber alle unsere Ansprüche auf eine gerechte Berücksichtigung der tschechischen Forderungen sind von der Wiener Reichskommission brüsk abgelehnt worden. Wir halten trotzdem fest an der Einheit der proletarischen Aktion. (Zuruf: An der Einheit der Organisation!) Aber wir halten es nicht für notwendig, daß alles zentralistisch von Wien aus kommandiert wird. Wir Tschechen sind nicht schwächer als die deutsche Sozialdemokratie. Im Verhältnis zur Zahl der tschechischen Arbeiter sind wir sogar stärker. Wir haben 24 Abgeordnete im Reichsrat, wir haben eine größere Presse als die deutsch-österreichische Sozialdemokratie. Wo in der ganzen Welt kommt es vor, daß eine starke Partei ihr Geld verwalten läßt von Parteigenossen, die zu einer anderen Partei gehören? Wir fordern das Recht und dürfen es fordern, über unser Geld mit zu entscheiden. Wir wollen die selbständige Organisation, damit wir die tschechischen Arbeiter besser organisieren und besser für den Klassenkampf schulen können. Wir sind — gegenüber Legien sage ich das — wir sind Sozialdemokraten. Wir waren Sozialdemokraten, als wir noch in den Landesvereinen waren. Wir sind Sozialdemokraten geblieben, als wir aus den Landesvereinen in die Zentralorganisation übergeführt worden sind. Wir werden Sozialdemokraten bleiben auch in autonomen Organisationen. Die Drohungen und harten Worte können uns nicht schrecken. Nach drei Jahren werden wir Euch durch die Tat überzeugt haben, daß wir die Vereine der tschechischen Arbeiterschaft besser organisieren können. Wir werden Erfolge in jeder Beziehung aufweisen können und werden durch die Erfolge unserer Arbeit die Internationale von der Richtigkeit unseres Standpunktes überzeugen. Auch wir sagen, wie einer der Vorredner dargelegt hat: nicht auf die Worte, nicht auf die Formen kommt es an, sondern auf den Geist, der in unserer proletarischen Bewegung liegt. Und auch in unserer tschechisch-autonomen Organisation lebt der Geist der proletarischen Internationale. Dieser Internationale bleiben wir treu, wie wir treu geblieben sind unserer eigenen Partei. (Lebhafter Beifall bei den Tschechen.) Im übrigen muß ich richtigstellen, daß es nicht wahr ist, daß wir die polnischen Arbeiter zu uns herüberziehen wollen. (Reichsratsabgeordneter Diamant: Ich werde Euch die Zirkulare vorweisen, in denen Ihr dazu auffordert. Denkt an die galizische Straßenbahner-Organisation!) Wenn ein einzelner Genosse sich vielleicht Uebergriffe hat zuschulden kommen lassen, so heißen wir es nicht gut. Wir wollen gute Soldaten der proletarischen Internationale sein und die tschechischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit dazu erziehen.

Bauer-Wien: Ich bin der Meinung, daß viele ausländische Genossen das Problem, das uns gestellt ist, noch nicht ganz richtig auffassen. Wir haben in Oesterreich acht Nationen, aber nur drei davon, die Deutschen, Tschechen und Polen haben kräftige autonome Organisationen, die leistungsfähige Gewerkschaften bilden. Bei den anderen Nationen würde durch Autonomie jede Gewerkschaftsorganisation unmöglich gemacht werden. Es wäre schon schlimm genug, wenn es sich in Oesterreich um lauter geschlossene Wirtschaftsgebiete der einzelnen Nationen handeln würde. Aber die tschechischen Genossen gehen viel weiter. Auch in den nicht tschechischen Gebieten wollen sie jeden einzelnen tschechischen Arbeiter in ihren autonomen Verband überführen. Nicht nach Gebieten, sondern nach der Nationalität jedes Einzelnen wollen sie die Gewerkschaften trennen. Sie wollen jeden einzelnen Genossen fragen, zu welcher Nation gehörst du? und wollen ihn dementsprechend in die Gewerkschaft jener Nation einführen. Wenn z. B. in einer Fabrik 200 deutsche und 3 tschechische Arbeiter beschäftigt sind, so sollen die drei tschechischen Arbeiter der Prager Zentrale angeschlossen sein. (Lebhafter Widerspruch bei den Tschechen.) Die tschechischen Genossen widersprechen, dann weise ich darauf hin, daß einer der Vorredner gesagt hat, die tschechischen Lithographen in Krakau, einer rein polnischen Stadt, sollten sich der tschechischen Kommission anschließen und nicht der Reichskommission der Gewerkschaften. Wenn ich sage, daß in einer Fabrik bei Wien bei 300 deutschen und 100 tschechischen Arbeitern die tschechischen Genossen die Angliederung dieser hundert an die tschechischen Gewerkschaften verlangen, so wird mir niemand von den Tschechen hier widersprechen. (Zuruf: Obwohl es doch derselbe Blödsinn ist.) Die Internationale Konferenz der Gewerkschaftssekretäre hat bereits entschieden, daß eine solche nationale Trennung unannehmbar ist. Alle internationalen Konferenzen der einzelnen Gewerkschaften, noch hier in Kopenhagen selbst, die Schuhmacher, die Transportarbeiter und Maurer, haben das Vorgehen der tschechischen Genossen verurteilt. Aber die tschechischen Genossen sagen, es komme weniger auf die Form, als auf den Geist an. Ich glaube nicht, daß die Form der wirtschaftlichen Organisationen, wovon die Kampffähigkeit und Lebenshaltung der Arbeiter abhängt, eine gleichgültige Sache ist, über die man mit einer Geste hinwegkommen kann. (Sehr richtig!) Aber immerhin, hier ist der Geist das wichtigste. Aus welchem Geist kommt nun der tschechische Separatismus? Aus dem Geist einer Bewegung, die immer mehr nach nationaler Absonderung auf allen Gebieten strebt. Der Nationalismus wird von den tschechischen Genossen dahin interpretiert, daß sie sich national völlig absondern müssen. Die tschechischen Genossen verstehen den Internationalismus so, daß sie die Oesterreicher national vollkommen absondern und dann sagen, es müsse die Verbrüderung mit den Arbeitern aller Länder proklamiert werden. Welcher Geist die tschecho-slawische Partei beseelt, hat die Rede des Vorredners deutlich gezeigt. Wir sind eine starke Partei, sagt er mehrere Male. Wer ist denn das Wir? Das ist die tschecho-slawische Sozialdemokratie. Wir aber kennen nur eine internationale sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich, die alle Nationen umfaßt, die in Oesterreich leben, und die soll, wenn es nach unserm Wunsche geht, recht stark sein. (Lebhafter Beifall.) Die nationalen Sektionen betrachten wir nur als bloße Teile, als besondere Glieder der internationalen Gesamtpartei. So weit die Partei national getrennt ist, soll gerade die internationale Gewerkschaftsbewegung ein Gegengewicht dagegen sein. Der gemeinsame Kampf gegen das Unternehmertum, die Einigkeit der Proletarier in diesem Kampf ist viel wichtiger und historisch bedeutsamer als das, was die Proletarier politisch und staatsrechtlich in Kleinigkeiten trennt. Die Frage der tschechischen Solidarität ist nicht nur eine gewerkschaftliche, sondern auch eine politische, nicht

nur eine Frage der Form, sondern auch eine Frage des Geistes. Der Internationale Sozialistenkongreß muß aussprechen, daß wir aus dem Geist der Internationale heraus in Oesterreich und in allen vielsprachigen Ländern eine einheitliche internationale Gewerkschaftsbewegung brauchen. (Stürmischer Beifall.)

Haywood (Amerika): Von allen Ländern ist die Bedeutung der gewerkschaftlichen Einigkeit betont worden. Auch wir halten sie für ganz unerläßlich. Die Maschine des Internationalismus kennt keine Nationalität. In einem einzigen Bergwerk im amerikanischen Kohlengebiet sind zum Beispiel 32 Nationen vertreten. Deshalb treten auch wir amerikanischen Sozialisten für eine unbedingt einheitliche gewerkschaftliche Bewegung ein. Aber leider haben wir auch in unserm Lande eine solche einheitliche Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht. Die sprachlichen Schwierigkeiten, die Ihr in Oesterreich habt, sind eine Kleinigkeit gegenüber dem Mangel an industrieller Solidarität, den wir in den Vereinigten Staaten zu beklagen haben. Die ganze gewerkschaftliche Bewegung liegt in den Händen der American Federation of Labor, deren Vorsitzender der bekannte Gompers ist. Diese Federation ist in Wahrheit keine gewerkschaftliche Organisation, sondern nur ein ratgebender Ausschuß von 11 Personen, die alle Macht in Händen haben, und von 27 000 Lokalvereinen, die das Recht haben, selbständig Verträge mit dem Unternehmertum auf drei bis fünf Jahre hinaus abzuschließen. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Stuttgarter Resolution so verschärft würde, daß wir den amerikanischen Arbeitern sagen könnten: Die internationale Arbeiterschaft verurteilt dieses System! (Beifall und Widerspruch.)

De Brouckère-Belgien: Ich hatte mich zu Anfang der Debatte in die Rednerliste eintragen lassen, weil ich einiges zur tschechoslawischen Frage zu sagen hatte. Aber die Redner vor mir haben genau dasselbe gesagt, was ich hätte sagen müssen. Das Ueberwältigende an dieser Debatte liegt nicht darin, daß wir alle dieselbe Ansicht haben, sondern daß wir sie alle mit denselben Gründen belegen müssen.

Garami-Ungarn: Auch wir sind ein vielsprachiger Staat und gleichen mit unserer Verfassung vollkommen unserem österreichischen Nachbarstaat. Nur ist Oesterreich wirtschaftlich viel weiter entwickelt als Ungarn, so daß man zu sagen pflegt, Oesterreich ist die Zukunft Ungarns. Heute aber graut uns vor dieser Zukunft. (Große Heiterkeit.) Denn wenn wir in Ungarn einen solchen Separatismus bekommen sollten wie den der tschechischen Gewerkschaften, dann wäre es um die Zukunft der ganzen Arbeiterbewegung in Ungarn sehr schlecht bestellt. Wir bitten den Kongreß, mit aller Entschiedenheit gegen diese Abtrennung Stellung zu nehmen.

Dr. **Fritz Adler**-Schweiz: Die Schweiz ist ebenfalls in eine ganze Reihe Nationen geteilt, die einheitlich zusammenwirken müssen, wenn auf wirtschaftlichem Gebiet den Arbeitern ein Erfolg beschieden sein soll. Auch die Schweiz ist daher der Ansicht, daß der tschechische Separatismus ein Verbrechen an dem Fortschritt der Arbeiterbewegung ist. Die Tschechen sagen, daß sie international gesinnt seien, aber zunächst suchen sie die tschechischen Genossen von allen Nationen zu isolieren und ganz allein mit ihnen den Kampf zu führen. Dabei ist nur ein Drittel der tschechischen Gewerkschaftler den Ladungen der Prager Gewerkschaftszentrale gefolgt. Zwei Drittel der tschechischen Gewerkschaftler sind derselben Meinung wie die gesamte Internationale, die hier das Vorgehen der Tschechen verurteilt hat. Wir Oesterreicher, die im Auslande leben, haben immer sehr schmerzlich empfunden, wenn alle Welt sich geringschätzig über Oesterreich äußerte, als den Staat der Tumulte und Unordnungen, als den Staat, der niemals vorwärts kommen kann. Aber wir

Sozialdemokraten haben demgegenüber immer stolz darauf hingewiesen, daß das Proletariat frei ist von nationalen Verirrungen. Besonders stolz waren wir auf unsere tschechischen Genossen, die auf vorgeschobenstem Posten gegen den schlimmsten Nationalismus kämpften. Heute müssen wir trauernd gestehen: unsere tschechischen Genossen sind im Kampfe mit dem Nationalismus besiegt worden, die nationalistische Frage hat über die tschecho-slawische Sozialdemokratie die Herrschaft gewonnen. Die tschechischen Genossen sind nichts weiter als Gefangene der Nationalisten, sie sind besiegt und unterworfen von Klofac. (Stürmischer Widerspruch bei den Tschechen, lebhafte Zwischenrufe der Tschechen: Beleidigung! Zurücknehmen!) Die tschechischen Genossen werden nicht leugnen können, daß es die Presse von Klofac ist, die heute über ihre Haltung jubelt. (Erneute Protestrufe bei den Tschechen, Zuruf: Die deutsche Bourgeoisie feiert Sie als ihre Vorkämpfer!) Die tschechischen Genossen reden immerzu von den deutschen Gewerkschaften. Aber es gibt gar keine deutschen Gewerkschaften in Oesterreich, sondern nur international zentralistische Gewerkschaften. So muß es auch bleiben. Es können im Kriege verschiedene nationale Heere miteinander in den Kampf ziehen, aber es ist nicht möglich, daß ein Heer von sechs Kommandanten kommandiert wird. (Zuruf bei den Tschechen: Die Hauptsache ist, daß das Kommando in Wien bleibt!) Die Hauptsache ist, daß die proletarische Armee einheitlich gegen das Kapital geführt wird. Wir haben es ja gar nicht in unserer Macht, zu entscheiden, ob wir uns national separieren wollen oder nicht, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse die Gewalt über uns haben. Möge der Internationale Sozialistenkongreß aus den tatsächlichen Verhältnissen die Notwendigkeit ableiten, die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen zu sichern. (Beifall und Widerspruch.)

Auf Antrag **de la Porte**-Frankreich wird einstimmig Schluß der Debatte beschlossen.

Vorsitzender **Troelstra**: Unsere tschechischen Genossen sind angeklagt des Verbrechens des Verrats an der proletarischen Internationalität. Ich halte es für richtig, daß man dem Beschuldigten das letzte Wort gibt.

Die Kommission beschließt, Mittwoch früh einem Vertreter der tschechoslawischen Sozialdemokratie das letzte Wort zu geben und dann über die gestellten Anträge abzustimmen.

Dritte Sitzung. Mittwoch, den 31. August.

Nemec-Böhmen erhält das Schlußwort: Die heftigen Angriffe, die gestern gegen die Tschechen gerichtet worden, seien vollkommen unberechtigt. Andere Länder seien mit Oesterreich nicht zu vergleichen. Denn in Oesterreich handle es sich nicht darum, einer starken Organisation ein paar kleine anzugliedern, sondern darum, zwei gleich starke Organisationen in das richtige Verhältnis zueinander zu bringen, während heute die eine der anderen untergeordnet werden soll. Der Internationalismus der Tschechen dürfe nicht so weit gehen, daß sie ihre Nationalität verleugnen, sondern er bedeutet, daß sie als gleichwertige Kämpfer im gemeinsamen Kampf der Befreiung der Arbeiter aus ökonomischer Knechtschaft und politischer Abhängigkeit stehen. Infolgedessen ist es ihnen unmöglich, weiter die Führung der Reichskommission anzuerkennen, die ausschließlich deutschen Charakter trägt, zum mindesten in einzelnen Maßnahmen. Dazu seien die Tschechen auf die Dauer nicht mehr zu bewegen. Aber in allen großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen

sichern sie den Deutschen die weitgehendste Solidarität zu. Deshalb sei es durchaus unrecht, wenn der Kongreß sie hier als Verbrecher und Verräter behandeln wollte. Es handle sich nicht um Prinzipien, sondern um eine rein praktische Frage der besten Organisationsform. Wenn ihnen dafür der Ausschluß aus der Internationale in Aussicht gestellt wird, so müßten sich die tschechischen Arbeiter dagegen aufs heftigste wehren. Wehren müssen sie sich auch dagegen, daß gegen sie fortgesetzt gehetzt wird. (Dr. Adler ruft: Sehen wir wie Henker aus?) Die Internationale hat kein anderes Mittel als das des Ausschlusses und diese schärfste Waffe will sie gegen uns anwenden! Wir haben aber Gleichberechtigung verlangt. Wenn drei Leute in einem Zimmer wohnen und sich nicht vertragen können, dann richtet man eben Scheidewände ein. (Zuruf: Chambre séparé! Heiterkeit.) Wir stehen im schwersten Kampfe mit den tschechischen Parteien. Wir hatten 52 Stichwahlen zu bestehen. Sämtliche bürgerliche Parteien haben sich gegen uns vereint. Der tschechische Arbeiter wird jetzt sagen: Das ist der Dank der Internationale für unsere Arbeit! Wir wollen durchaus keine Enquete, um die Angelegenheit zu verschleppen, aber wir verlangen, daß die Internationale objektiv informiert wird. Monatelang hat man gegen uns gehetzt. Aber der „Vorwärts", die „Leipziger Volkszeitung" und die „Bremer Bürgerzeitung" haben unsere Antworten abgelehnt. (Lebhafter Widerspruch.) Wir wollen endlich, daß die Internationale die Wahrheit über die österreichischen Zustände erfährt. Wir wollen die Internationalität in jeder Beziehung hochhalten. Aber die tschechischen Genossen wollen den deutschen gleichwertig gegenüberstehen. Wir stehen auf dem Boden der Stuttgarter Resolution, die die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft an die Spitze stellt. Auch als wir die Partei föderalistisch organisierten, hat man uns Chauvinismus vorgeworfen. Und doch hätten wir ohne diese Trennung kein 1905, kein allgemeines Wahlrecht erkämpft. Getrennt marschieren und vereint schlagen, das hat sich bei uns bewährt. Wir wollen auch die Gewerkschaften nicht bis in die letzte Werkstätte, bis auf den letzten Mann zertrümmern, sondern wir wollen geschlossene Sprachgebiete schaffen. Bei einigem guten Willen werden wir eine Form finden, die den Interessen aller angeschlossenen Nationalitäten entspricht und die Stoßkraft der österreichischen Arbeiterbewegung verstärkt. Wir müssen auch den letzten Arbeiter in die politische und gewerkschaftliche Organisation hineinbringen. Das können wir nur, wenn Sie uns die nötige Freiheit lassen. Wir wissen genau, daß in dem einheitlichen Staate die einheitlichen Volksgebiete zusammenarbeiten müssen. Aber die Form des Zusammenarbeitens können wir uns nicht auferlegen lassen. Wir lassen uns nicht wie Verräter und Verbrecher behandeln. Lassen Sie uns ruhig weiterarbeiten, wir werden schon einen Weg des Zusammenarbeitens finden. — Der Redner legt zum Schluß eine Resolution vor, in der gefordert wird, daß die nationale Einigung der Arbeiter in Partei und Gewerkschaft die Grundlage der einigen Arbeit in Oesterreich sein soll. (Seite 44.)

Dr. **Viktor Adler**-Oesterreich (zur Geschäftsordnung): Es fällt uns sehr schwer, auf diese Schlußworte nicht zu antworten. Aber wenn Sie die Resolution der Reichskommission ansehen, werden Sie finden, daß darin keine Verurteilung ausgesprochen ist, daß die Tschechen gar nicht erwähnt werden, sondern daß nur der positive Wunsch auf Einigung ausgesprochen wird.

Karski, Dr. **Fritz Adler** und **Troelstra** verwahren sich dagegen, daß die tschechischen Genossen als Verräter oder Verbrecher bezeichnet werden. Der gute Wille der tschechischen Genossen werde von niemand bestritten. Der Ausdruck Verrat beziehe sich nicht auf den Willen, sondern nur auf das von den tschechischen Genossen nicht gewollte Resultat ihrer Arbeiten.

Die deutsche Delegation gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Gegen die Behauptung des Genossen Nemec, daß der „Vorwärts" es abgelehnt hat, eine kurze objektive Darstellung des tschechischen Standpunktes zu veröffentlichen, kann die deutsche Delegation der Kommission nur erklären, daß keine der in Frage kommenden Instanzen, weder der Parteivorstand, noch die Preßkommission des „Vorwärts" einen solchen Wunsch der tschechischen Genossen erhalten, noch einen solchen ablehnenden Beschluß gefaßt hat. Der Vorfall, auf den sich Nemec bezieht, soll nach der Erklärung Nemec' sich bereits vor mehr als drei Jahren abgespielt haben." Die Unterschriften lauten: Richard Fischer, Legien, Cohen, Stengele.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Der tschechische Vertagungsantrag, der die Angelegenheit an das Internationale Bureau zur nochmaligen Erörterung zurückverweisen will, wird mit 185 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen nur die 7 Tschechen und 2 finnische Genossen.

Hierauf kommt die Resolution der österreichischen Reichskommission zur Abstimmung. Von den belgischen Genossen ist folgendes Amendement vorgeschlagen:

„Das Internationale Sozialistische Bureau und das Internationale Gewerkschaftssekretariat werden aufgefordert, jeder der beteiligten Parteien ihre Dienste anzubieten, um den vorhandenen Konflikt im Geiste der Verständigung und sozialistischer Brüderlichkeit zu schlichten."

Als zweites Amendement wird von Walecki und Plechanoff vorgeschlagen, zwischen den beiden Sätzen der österreichischen Resolution einzufügen:

„In den vielsprachigen Staaten muß selbstverständlich in der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung den sprachlichen und kulturellen Bedürfnissen aller Mitglieder Rechnung getragen werden."

Beide Amendements werden von Oesterreich in seine Resolution aufgenommen, worauf die Tschechen erklären, daß sie bedauern müßten, dann gegen diese Amendements stimmen zu müssen, obwohl sie im übrigen mit ihnen einverstanden sind. — Von der Mehrheit der französischen Delegierten wird beantragt, nicht die Stuttgarter Resolution, sondern die Beschlüsse der früheren internationalen Sozialistenkongresse zu bekräftigen, weil sonst die von der französischen Mehrheit schon in Stuttgart abgelehnte Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften erneut gefordert werden würde.

Dies Amendement wird gegen die Stimmen der französischen Mehrheit und gegen die Stimmen der russischen Sozialrevolutionäre abgelehnt.

Hierauf wird die Resolution der österreichischen Reichskommission mit den beiden Zusätzen gegen die fünf Stimmen der Tschechen angenommen. Die französische Mehrheit und die finnische Minderheit (zwei Stimmen) enthalten sich der Abstimmung. Zum Referenten für das Plenum wird Plechanoff-Rußland, zum Korreferenten Nemec-Böhmen bestimmt.

Vierte Sitzung. Donnerstag, den 1. September.

Zur Beratung steht die Frage der Betätigung der internationalen Solidarität. Hierzu liegt folgender Antrag der schwedischen Arbeiterpartei vor:

„In Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den

Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind,

fordert der Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß von Kopenhagen die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterschaft des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchfechten kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeitersolidarität in dieser Weise in der Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Riesentrusts, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an, gewerkschaftliche Massengefechte, von Riesenaussperrungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1909, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterschaft eines ganzen Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Uebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen kann.

Der Kongreß stellt der gewerkschaftlichen Internationale anheim, die zweckmäßigsten Formen der internationalen Arbeitersolidarität näher zu untersuchen und festzulegen. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongreß:

das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterschaft überall wachzurufen und um den allzuoft direkt erlogenen „Neuigkeiten“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporwächst, die Kraft genug besitzt, die breiten Volkskreise von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Parteivorstand
der Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.“

Weiter liegt hierzu vor ein Antrag **Belgiens**:

1. Das Internationale Sozialistische Bureau wird ermächtigt, im Fall eines politischen Streitfalles, eines Streiks, einer Aussperrung oder eines anderen wichtigen Ereignisses, welches ein sofortiges Eingreifen erfordert, von den angeschlossenen Parteien einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe eines Zehntels des Jahresbeitrages einzufordern, als eine erste Hilfe.

2. Dieser außerordentliche Beitrag kann nur einmal im Jahre erhoben werden.

3. Die ins Ausland reisenden Genossen sollen eine Erkennungskarte bei sich führen, welche ihren Herkunftsort und ihr Reiseziel angibt; die diesen Genossen ausbezahlten Unterstützungen sollen von den Parteien zurückerstattet werden, welche diese Erkennungskarte ausgestellt haben.

Den schwedischen Antrag begründet

Branting: Der schwedische Antrag wolle nicht in die Statuten und Befugnisse der internationalen Gewerkschaftskonferenzen eingreifen; aber der Internationale Kongreß habe doch die Pflicht, an die Gewerkschaften allgemein die Mahnung zu richten, aus ihren Statuten alles zu entfernen, was eine wirksame internationale Hilfe unmöglich mache. Um alle Bedenken, die von deutscher Seite erhoben worden seien, zu beschwichtigen, schlägt Branting vor, den Absatz 3 der schwedischen Resolution folgendermaßen zu fassen: „Der Kongreß empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale, zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeitersolidarität die zweckmäßigsten sind.“ Branting weist sodann auf die hohe Bedeutung der sozialistischen Tagespresse hin, bittet um Annahme der schwedischen Resolution und Ablehnung der belgischen Vorschläge.

Cohen-Berlin: Die Engländer haben beim schwedischen Generalstreik in grober Weise ihre Pflicht vernachlässigt. (Vielfache Zustimmung.) Auch die Franzosen beschränkten sich meist auf kräftige Worte. Den Schweden haben sie eine lange Resolution geschickt, die mit den Worten schloß: „Es lebe die soziale Revolution!“ und dazu 20 Franken. (Große Heiterkeit. Zuruf: Weniger Revolution und mehr Geld wäre besser gewesen!) Dabei sind die englischen Gewerkschaften reich, und bei einigem guten Willen könnten auch die Franzosen ihre Schuldigkeit tun. Die belgischen Spielereien mit der internationalen Legitimationskarte und den Unterstützungen, die für eine Prise Tabak reichen, machen wir nicht mit. (Beifall.)

Huggler-Schweiz schließt sich Cohen in der Kritik der Franzosen, Engländer und Belgier an und empfiehlt die Resolution der Schweden.

Bergmanns-Belgien findet die schwedische Resolution zu vage und die bisherigen internationalen Hilfsaktionen zu langsam.

Hueber-Oesterreich polemisiert gegen Bergmanns, den er bezüglich der näheren Ausführung der Resolution Branting auf die nächstjährige Internationale Gewerkschaftskonferenz in Budapest verweist.

Anderson-England erklärt, daß er die englischen Gewerkschaften nicht verteidigen wolle. Aber erklären wolle er die Haltung. Zwei Jahre schwerer Krise lagen gerade hinter England; nach den großen Unterstützungen für Arbeitslose und Kranke war nicht mehr viel in den Kassen. Vor allem aber hätten die Engländer keine Presse, kein einziges sozialistisches Tageblatt. Geben Sie uns einen Fingerzeig, wie wir uns eine Arbeiterpresse schaffen können, und wir werden unsere volle Schuldigkeit tun. Der englische Arbeiter ist ebenso opferwillig wie der deutsche.

Haywood-Amerika erklärt, daß die amerikanischen Arbeiter die Pflichten internationaler Solidarität überhaupt nicht kennen. Die American Federation of Labor sei überhaupt nicht erfüllt vom Geiste internationaler Solidarität, sondern vom Geiste des eigennützigen Kapitalismus.

Dr. **Adler**-Wien hält Andersen entgegen, daß die englischen Gewerkschaftsführer sehr gut unterrichtet waren über die Dimension des schwedischen Streiks und nicht das mindeste getan haben. Auf Grund ihrer Statuten haben sie prinzipiell jede Hilfeleistung für das Ausland abgelehnt. Er möchte wissen, ob wenigstens jetzt die Engländer bereit sind, diese Gewerkschaftsstatuten zu ändern.

Karski-Polen dankt für die reiche Hilfe, die während der russischen Revolution den Kämpfern zuteil geworden ist, und weist nach, wie undurchführbar die von Belgien geforderten internationalen Legitimationskarten seien.

Nach einem kurzen Schlußwort Brantings wird der *belgische Antrag abgelehnt* und der *schwedische Antrag einstimmig angenommen*. Zum Berichterstatter für das Plenum wird *Huggler*-Schweiz ernannt.

Dritte Kommission: Abrüstungs- und Friedenskommission.

Vorsitzender ist **van Kol**, Schriftführer Gerson Trier-Dänemark. Der Kommission sind zwei Beratungsgegenstände überwiesen: *Das Schiedsgericht und die Abrüstung*, sowie: *Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren*. *Vaillant*-Frankreich regt an, den zweiten Punkt zuerst zur Beratung zu stellen. — *Hillquit*-Amerika und *Pernerstorfer*-Oesterreich betonen, daß ein solches Verfahren ganz unlogisch wäre. Erst müsse man sich über die Stellungnahme zur Abrüstung klar werden, und erst, wenn das geschehen sei, könne man sich über die Durchführung etwaiger Beschlüsse zu verständigen suchen.

Vaillant-Frankreich: Es handelt sich bei meinem Vorschlag nicht nur um die jetzt zu fassenden Beschlüsse, sondern um alle Beschlüsse, die schon vom Kongreß gefaßt worden sind. Angesichts der laut gewordenen Opposition stelle ich den Vorschlag noch eine Weile zurück.

Es wird in die Beratung der *Abrüstungsfrage* eingetreten. Es stehen Resolutionen zur Beratung, und zwar die *Resolution* der J. L. P. von Großbritannien, der S. D. P. von Großbritannien, der P. S. von Frankreich und der Sozialistischen Partei Italiens.

Ledebour-Deutschland: Ich weise darauf hin, daß eine fünfte Resolution zur Beratung steht, die von der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags eingebracht und am 29. März 1909 beraten worden ist. Es wird vorgeschlagen, allen sozialdemokratischen Fraktionen zu empfehlen, diese Resolutionen mit entsprechenden redaktionellen Aenderungen in allen Parlamenten einzubringen.

Vaillant-Frankreich: Im Prinzip sind sich wohl alle Genossen einig, so daß sofort eine Subkommission eingesetzt werden kann, um eine gemeinsame Resolution auszuarbeiten. Die Abschaffung des Krieges wird allerdings erst der Sozialismus möglich machen. Darauf kann man natürlich nicht warten, sondern es ist erforderlich, durch Stellung von Anträgen in den Parlamenten den Kriegsrüstungen und dem Militarismus entgegenzutreten.

Keir Hardie-England: Wenn jetzt die deutsche und englische Regierung sich wegen der Beschränkung der Rüstungen verständigen würden, so geschieht das nicht aus Friedensliebe, sondern weil die Länder die Last der Rüstungen nicht mehr zu tragen vermögen. Die Arbeiter sind stark genug, den Krieg zu verhindern. Entfalten wir die lebhafteste Agitation gegen den Krieg in den Gewerkschaften. Am Tage der Kriegserklärung müssen die Arbeiter aufhören zu arbeiten. Das ist kein Generalstreik. Den Treibereien der kapitalistischen Presse muß ebenfalls nachdrücklicher entgegengetreten werden. Diskutieren wir jetzt die Frage noch, die Subkommission können wir erst später einsetzen.

Bruce Glasier von der J. L. P. (England): Das Christentum hat sich als ganz unfähig erwiesen, den Krieg aus der Welt zu schaffen. Auch Sozialisten gibt es jetzt schon, die bereit sind, ihre Friedensprinzipien preiszugeben. Die Neigung zum Dreinschlagen steckt unstreitig in manchem Sozialdemokraten. Das ist der tierische Instinkt, der überwunden werden muß. Entfalten wir die umfangreichste Agitation für den Frieden, dann werden die vereinigten Staaten von Europa leicht zur Tatsache geworden sein.

Radek-Polen: Die Haltung, die von der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sache der Bekämpfung der Rüstungen eingenommen wird, ist mit sozialdemokratischen Argumenten nicht zu begründen. Die Forderungen nach einer Verständigung über den Umfang der Rüstungen sind zwecklos, so lange es an einer internationalen Exekutivgewalt fehlt, die den Abmachungen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen vermag. Nur die Finanzmisere würde vielleicht die deutsche Regierung veranlassen, ein Abkommen mit England zu treffen. Dann müßten wir die Massen sofort aufklären, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßregel handelt. Außerdem würde eine Beschränkung der Flottenrüstungen wahrscheinlich eine Steigerung der Ausgaben der Heeresrüstungen zur Folge haben. Die Haltung des „Vorwärts" und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Sachen des deutsch-englischen Abkommens ist nichts weiter als ein Gegenstück zu der Verteidigung der Flottenrüstungen durch Hyndman, die allgemeine Verurteilung gefunden hat.

Als der Vorsitzende den Redner wiederholt auffordert, sich möglichst kurz zu fassen, verzichtet er auf weitere Ausführungen unter Protest dagegen, daß ihm die Redefreiheit beschränkt wird.

Hillquit-Nordamerika: Von der Hauptsache ist bisher noch mit keinem Wort gesprochen worden. Die Debatte war bisher nur eine Fortsetzung der Stuttgarter Erörterung über Militarismus und Antimilitarismus. Um nicht in eine Rederei ins Blaue hineinzukommen, empfiehlt es sich wohl doch, von einer Subkommission eine Resolution ausarbeiten zu lassen, damit eine bessere Grundlage für die Debatte geschaffen wird. Die Subkommission könnte aus sieben Genossen gebildet werden.

Es folgte eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Der Vorsitzende empfahl, zur Begründung jeder der vorliegenden Resolutionen noch je einen Redner sprechen zu lassen, dann die Verhandlungen abzubrechen und eine Subkommission einzusetzen, die eine neue Resolution vorlegen könnte.

Radek-Polen fordert, daß ein Redner der Polen das Wort erhalten soll zur Begründung einer Resolution, die noch eingebracht werden wird. Diese Resolution soll der Subkommission mit überreicht werden.

Ledebour: Wir sind mit den Resolutionen der anderen Länder einverstanden und ich brauche dazu nicht zu sprechen. Zurückweisen muß ich aber den Vorwurf des Genossen Radek, daß die Haltung der deutschen Reichstags-

fraktion als unvereinbar mit den sozialistischen Grundsätzen angesehen werden müsse. Radek hat gegen einen „Vorwärts"-Artikel polemisiert. Ich lehne es ab, alles zu verteidigen, was im „Vorwärts" geschrieben wird. Aber dieselbe Haltung, wie die deutsche Reichstagsfraktion und der „Vorwärts" haben die englischen Genossen dreimal eingenommen und dieselbe Resolution dreimal eingebracht. Im jetzigen Staat können wir nicht Anträge fordern, die rein sozialistisch sind. Radek kennt die Vorgänge nicht genau. (Radek: Ich kenne den Vorgang sehr wohl und habe seinerzeit in der „Leipziger Volkszeitung" die Reichstagsfraktion angegriffen!) Die politische Lage 1909 gebot, wie Renner ausführlich darlegt, das Verhalten der Reichstagsfraktion, die damit eminent praktische Arbeit geleistet hat. Bülow und Tirpitz sind bei dieser Gelegenheit von uns wiederum der Lügenhaftigkeit überführt worden. Die Idee einer Verständigung über die Flottenrüstungen hat infolge unseres Antrages in Deutschland unstreitig wesentliche Fortschritte gemacht. Auch die bürgerlichen Kreise fangen allmählich an, sich dem Gedanken sympathisch gegenüber zu stellen. So haben wir, ohne eine reinsozialistische Forderung zu stellen, was nach Lage der Dinge gar nicht angängig war, zur Bekämpfung des kapitalistischen Staates auf einem wichtigen Gebiet auch bei dieser Gelegenheit beigetragen.

Dessin England begründet die Resolution der sozialdemokratischen Partei von Großbritannien. Kriege haben gewiß lange vor der kapitalistischen Periode stattgefunden. Jetzt aber haben sie wirtschaftliche Ursachen. Wir müssen also den Kapitalismus beseitigen, um den Frieden zu sichern. Zur Verminderung der Kriegsgefahr können wir schon jetzt beitragen. Unsere Resolution weist den Weg dazu.

Vaillant begründet die französische Resolution. Was wir wollen ist, die antimilitaristische Propaganda weiterzuführen. In Stuttgart haben wir uns über die Grundprinzipien geeinigt. Jetzt gilt es, die Mittel zu finden, um die Ideen zu verwirklichen. Wir können genug tun zur Bekämpfung des Militarismus und des Krieges. Die größte Gefahr für den Frieden bildet die Spannung zwischen England und Deutschland. Ein Krieg würde das Proletariat auf lange Zeit vom Wege zum Ziele zurückwerfen. Wie die englischen und deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben auch die Genossen in den anderen Parlamenten ihre Pflicht getan und gegen die Fortführung der Rüstungen protestiert. Das Hochschutzzollsystem hat die Spannungen noch verschärft. In der Zeit der Teuerung ist es jetzt besonders notwendig, den Schutzzoll zu bekämpfen und zu beseitigen. Wir müssen die Arbeiter über die direkte Aktion aufklären. Keir Hardie hat gesagt, es empfehle sich für den Fall des Krieges die allgemeine Arbeitsstellung, das sei kein Generalstreik. Wir wollen den Generalstreik. Die Arbeiter sollen bei Ausbruch eines Krieges die Arbeit niederlegen. Sie sind nicht mehr so dumm, sich zum Kanonenfutter des Kapitalismus herzugeben. Die Kommission muß sich für den Generalstreik im Fall der Kriegserklärung entscheiden. In Deutschland ist wieder in den letzten Tagen die Gefahr der kriegerischen Verwickelung an die Wand gemalt worden. Wenden Sie die letzte Kraft daran, jeder kriegerischen Verwickelung vorzubeugen.

In die Subkommission zur Vorbereitung einer Resolution werden gewählt Ledebour (Deutschland), Dr. Renner (Oesterreich), Keir Hardie (England), Vaillant (Frankreich), Klausen (Dänemark), Hillquit (Amerika), Morgari (Italien), Janniaux (Belgien) und Wolthowsky (Rußland). Die Verhandlungen werden am Dienstagvormittag fortgesetzt.

Dienstag, den 30. August.

Die Subkommission verständigte sich nur über die Grundzüge der vorzulegenden Resolution.

Morgari (Italien) hatte sich dahin ausgesprochen, daß man in der Resolution nicht allzuviel sagen solle. Auf einen Punkt sollen alle Kräfte konzentriert werden: in allen Parlamenten sollen die Vertreter des Proletariats immer wieder Anträge einbringen, den Stand der Heere durch internationale Abkommen zunächst auf die Hälfte zu reduzieren. Zur Propagierung dieser Ideale soll eine besondere Organisation eingesetzt werden. Was man an theoretischen Darlegungen in die Resolution hineinbringen werde, werde nur für jeden den Kern der Sache verdunkeln.

Diesen Darlegungen hielten **Renner** (Oesterreich) und andere entgegen, daß bei einem solchen Verfahren die Propaganda gegen den Militarismus und für den Frieden in unerträglicher Weise eingeengt würde. Der Kern der auszuarbeitenden Resolution soll, wie durch Beschluß der Mehrheit festgestellt wird, enthalten: 1. Einleitung: Die Arbeiter aller Länder haben keine Zwistigkeiten, die zu Kriegen führen könnten. Es müssen die Beschlüsse der früheren internationalen Kongresse über die Solidarität aller Proletarier hervorgehoben werden und daß die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben für die Rüstungen oft im Gegensatz stehen zu den Friedensversicherungen aller Regierungen und der Haager Friedenskonferenz. Die Rüstungsausgaben führen zur Vermehrung der indirekten Steuern, verhindern den Ausbau der Sozialreform und treiben die Staaten zum finanziellen Bankrott. An positiven Maßnahmen wird vorgeschlagen: 2. Fortgesetzte Aufklärung über das Wesen des Militarismus und der Kriegsgefahr. 3. Die sozialistischen Fraktionen fordern in allen Parlamenten Schiedsgerichte für alle Konfliktsfälle. 4. Propaganda für die Abrüstung zu Land, Wasser und Luft. Anträge sind in allen Parlamenten zu stellen über die Beschränkung der Seerüstungen und die Abschaffung des Seebeuterechts. 5. Zu fordern ist die Veröffentlichung aller zwischen den Ländern abgeschlossenen Geheimverträge. 6. Garantie des Bestandes der Staaten. 7. Angaben über die Aktion bei drohender Kriegsgefahr.

Dr. **Renner** (Oesterreich) wird beauftragt mit der redaktionellen Formulierung dieser Resolution.

Mittwoch, den 31. August.

Die von der Subkommission ausgearbeitete Resolution gelangt gedruckt zur Verteilung. Es wird beschlossen, daß Deutschland über die Arbeiten der Subkommission berichten soll.

Ledebour: Die Anschauungen in der Subkommission gingen ziemlich weit auseinander. Keine Mehrheit fand sich für den Vorschlag Morgaris (Italien), der fordert, daß durch ständig wiederholte Anträge in den Parlamenten eine Einschränkung der Heere um 50 Proz. verlangt wird. Abgelehnt wurde ein Antrag Keir Hardies, der den Generalstreik als Mittel zur Verhütung der Kriege empfiehlt. Für nicht angebracht gehalten wurde es, einer Anregung Wolkhowskis (Rußland) entsprechend in die Resolution die Forderung auf Aufhebung des besonderen Militärrechts aufzunehmen. Für die vorgeschlagene Resolution sind zwei Drittel der Mitglieder der Subkommission. Die Einleitung stellt prinzipiell fest, daß von Sozialdemokraten die Mittel für Kriegszwecke grundsätzlich zu verweigern sind. Die Schiedsgerichte müssen als obligatorische Institution gefordert werden. Grundsätzlich ist auf die allgemeine Abrüstung hinzuarbeiten. Natürlich ist kein Mittel zurückzuweisen, um diesem Ziel näherzukommen. Deshalb wird ausdrücklich zunächst der Abschluß einer Uebereinkunft gefordert, durch welche die Seerüstungen beschränkt und das

Seebeuterecht beseitigt werden sollen. Werden nicht z. B. in Deutschland die gesteigerten Forderungen mit dem Hinweis auf den notwendigen Schutz der Handelsflotte begründet. Zwar ist ein solcher Schutz nicht möglich, aber mit der Beseitigung des Seebeuterechts fällt ein Scheingrund für die [illegible]. Der englischen Resolution ist die Forderung nach Abschaffung der geheimen Diplomatie entnommen. Die Forderung betreffend das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und der Protest gegen die gegenwärtige Unterdrückung ging nicht von deutscher Seite aus, findet aber meinen vollen Beifall, weil Deutschland an der Spitze der Länder steht, die die Volksminderheiten brutal unterdrücken. Von der direkten Aktion handelt der Schluß der Resolution. Positive Erfolge in den Parlamenten sind nur in ganz beschränktem Maße zu erzielen. Zu verwerfen ist der Parlamentarismus trotzdem nicht, er ist ein Mittel zum Eindringen in das Gefühl und zur Eroberung der Gedankenwelt der noch indifferenten proletarischen Massen. Bei der Formulierung der die Aktion behandelnden Sätze mußte Rücksicht genommen werden auf die Rechtszustände in den einzelnen Ländern. Es darf den Regierungen kein Scheingrund gegeben werden zu vernichtenden Schlägen gegen die Organisationen. Die dem Internationalen Bureau zu erteilende Anweisung, bei drohender Kriegsgefahr sofort Schritte einzuleiten zu einem Einvernehmen zwischen den Arbeiterparteien der betreffenden Länder, um ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen, ist notwendig. Dies zeigte sich, als anläßlich der Annexion Bosniens und der Herzegowina ein Krieg zwischen Oesterreich und Serbien auszubrechen drohte, so daß die Genossen beider Länder sich nicht verständigen konnten. Keir Hardie will bei Kriegsausbruch zwar nicht den Generalstreik, aber die Arbeiter, die die Kriegsmittel herstellen, sowie die Bergarbeiter und Transportarbeiter sollen die Arbeit niederlegen. Das käme in der Praxis auf den Generalstreik hinaus. Ein solcher Beschluß hätte gleich die Zertrümmerung der Organisationen zur Folge. Den klassenbewußten Arbeitern ihrer Länder muß überlassen bleiben, welche Schritte sie im gegebenen Augenblick zu unternehmen haben, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Wolkhowski wollte wenigstens für Rußland den Streik für den Fall des Krieges vorsehen. Aber es geht nicht an, für ein einzelnes Land Sondervorschriften zu erlassen. Wollen die Russen mit Rücksicht auf ihre Rechtlosigkeit so etwas tun, so haben sie das für sich allein zu beschließen. Wie unser Kampf selbst in den Formen, die wir uns gewählt haben, wirkt, das zeigt der Aufschrei in der Königsberger Rede, die kürzlich unser bester deutscher Mitarbeiter gehalten hat, den ich um unserer zukünftigen Wahlerfolge willen an seinem Platze nicht missen möchte. Redner bittet zum Schluß seiner fast einstündigen Darlegungen unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die bei der Formulierung zu überwinden waren, um unveränderte Annahme der Resolution.

Morgari-Italien vertritt den Antrag der Mehrheit der italienischen Partei, daß die Rüstungen nicht weiter ausgedehnt und daß alle Heere um 50 Proz. vermindert werden sollen. Prinzipiell hat er gegen die vorgelegte Resolution nichts einzuwenden, aber sie werde keine praktische Bedeutung haben. Die Anträge werden wohl keine Mehrheit haben, werden aber auf dem nächsten Kongreß wiederkehren.

Vaillant-Frankreich will der Resolution der Mehrheit zustimmen. Mit parlamentarischen Mitteln sei nicht genug zu erreichen. Die Massenagitation müsse vorgesehen und es dürfe vor keinem Opfer zurückgeschreckt werden, um den Krieg zu verhindern. Er schlägt vor, der Resolution anzufügen: „Um Kriegen vorzubeugen und sie zu verhindern, ist ein Generalstreik der Industrien, die für den Krieg Mittel liefern, anzubahnen."

Die Verhandlungen werden hierauf vertagt.

Donnerstag, den 1. September.

Der Vorsitzende **van Kol** erklärt, daß die Verhandlungen heute zu Ende geführt werden müssen. Er werde nur noch 10 Minuten Redezeit gewähren.

Keir Hardie-England: Ich kann die Vorschläge der Subkommission nicht annehmen. Wenn die parlamentarischen Vertreter des Proletariats nicht stark genug sind, den Krieg zu verhindern, müßten es die Arbeiter selbst tun, indem sie sich weigern, selbst Waffen und Munition herzustellen und Kohlen für die Schiffe zu fördern. Natürlich müssen die Arbeiter der beteiligten Länder miteinander übereinstimmen. Nicht in einem Lande allein kann die Arbeit eingestellt werden. Wird das Amendement betreffend die Arbeitseinstellung nicht angenommen, dann wird es in einem besonderen Rapport der Minderheit erwähnt werden müssen.

Wolthowski-Rußland: Ich bin von Ledebour falsch verstanden worden. Für Rußland habe ich nicht besondere Bestimmungen gefordert. Ich wünsche, daß die Soldaten unter das bürgerliche Recht gestellt werden. Ich würde empfehlen, daß mehr als bisher unter den Soldaten des Heeres und der Marine Agitation betrieben wird, wie es in Frankreich in der letzten Zeit gewünscht und auch versucht worden ist.

Der Vorsitzende **van Kol** erklärt, der Vorschlag Wolthowskis habe mit der Tagesordnung nichts zu tun, er sei daher auch nicht zu diskutieren. Eine längere Debatte dreht sich darum, wie die Debatte zum Abschluß gebracht werden könne. Das Plenum habe noch immer Mangel an Beratungsstoff.

Die nächsten Redner verzichten aufs Wort. Nur vier Redner wollen noch das Wort ergreifen.

Tutovic-Serbien: Im letzten Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien waren die serbischen Sozialdemokraten keinen Augenblick in Verlegenheit wegen des einzuschlagenden Vorgehens. Sie haben von der österreichischen Sozialdemokratie Unterstützung erfahren zur Bekämpfung der Dynastie. Die Oesterreicher hätten aber die Serben viel besser unterstützen müssen durch energischere Bekämpfung der Eroberungspolitik ihrer Regierung. Der Annexion von Bosnien und der Herzegowina ist in der österreichischen sozialdemokratischen Partei nicht nachdrücklich genug entgegengetreten worden. Auf dem Balkan ist die Kriegsgefahr eine dauernde. Die Sozialdemokraten haben sich nicht mit den Gründen der Diplomatie, sondern mit aller Kraft gegen die Eroberungslust der Großmächte zu wenden und auch für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen einzutreten. Das ist eine Lebensfrage für die sozialistische Bewegung in den kleineren Staaten, die weniger durch die eigene Kraft, als durch den Beistand der Arbeiter der großen Länder der sozialistischen Idee dienen können. Die serbische Sozialdemokratie sei ganz nach deutschem Muster eingerichtet. Die deutsche Sozialdemokratie sei aber in den Augen der serbischen Arbeiterschaft diskreditiert, weil sie der Eroberungslust der großen Staaten nicht mit dem gebotenen Nachdruck entgegentritt und sich der kleinen Balkanvölker, die unter dem Stachel der Großmächte sich befinden, nicht genügend annimmt. Das muß in Zukunft anders werden.

Carleson-Schweden gab die Erklärung ab, daß die Delegation seines Landes der vorgelegten Resolution zustimmen als einer prinzipiellen Erklärung über den Rahmen, in dem sich die Bestrebungen zur Bekämpfung der Rüstungen zu bewegen haben. In verschiedenen Wendungen der Resolution sei ein Fortschritt zu erblicken.

Debunne-Belgien gibt für die belgische Delegation die Erklärung ab, daß sie der Resolution zustimmen werde. Im Prinzip sei sie für das Amendement

Vaillant-Keir Hardie; sie würde aber dagegen stimmen, weil der Vertreter Deutschlands es als unannehmbar bezeichnet.

Skatula-Böhmen: Die tschechischen Genossen hatten im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen in der österreichischen Partei mit größter Verve die Annexionspolitik der Regierung bekämpft. Mit der Balkanpolitik müßten sich die Landsmannschaften Oesterreichs in Zukunft viel mehr beschäftigen als bisher.

Radek-Polen läßt eine Erklärung verlesen, in der er versichert, es sei ihm nicht eingefallen, wie in der bürgerlichen Presse behauptet werde, die sozialdemokratische Agitation zur Sicherung des Friedens auch nur im geringsten zu verkleinern. Was er im Auge hatte, war im Gegenteil, der Agitation die größte Wirksamkeit und Schärfe zu geben.

Renner-Oesterreich betont gegenüber Skatula, daß bei den sozialdemokratischen österreichischen Abgeordneten aller Nationen in den Fragen der Balkanpolitik keine Verschiedenheit in der Taktik bestanden hat. Aber das Balkanproblem sei so kompliziert, daß es keine zwei Politiker gebe, die darin vollständig gleicher Meinung sind. Im Parlament seien die Abgeordneten mit größtem Nachdruck für den Frieden und auch erfolgreich eingetreten. Entgegengetreten worden sei jeder Art Eroberungslust sowohl Oesterreichs als auch Serbiens und Montenegros. Befürwortet wurde stets das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In der Presse wurde betont, daß eine Kriegserklärung Serbiens nur eine Niederlage Serbiens zur Folge haben werde. Gegen kein Gebot der internationalen Solidarität sei von den Sozialdemokraten Oesterreichs verstoßen worden. Eine Resolution, die vom Internationalen Kongreß angenommen werde, könne nicht nach jeder Richtung hin erschöpfend sein. Sie könne nur zusammenfassen, was im Augenblick der Beschlußfassung als spruchreif für alle Länder anzusehen sei. Neben den Beschlüssen der internationalen Kongresse stehen die Programme der Parteien der einzelnen Länder. Renner bemerkt noch zu der Forderung der Abrüstung interpretierend, daß selbstverständlich daraus nicht eine Wehrlosmachung des Landes gefolgert werden könne, sondern daß ein Uebergang vom stehenden Heer zum Volksheer vorgesehen sei. Einem späteren Kongresse werde es vorbehalten bleiben, das antimilitaristische Programm des Proletariats auszuarbeiten und dafür zu sorgen, daß dem Kriege auf dieser Erde ein Ende gemacht werde. (Beifall.)

Pittoni-Oesterreich konstatiert, daß die Behauptung Skatulas falsch sei. Die österreichischen Abgeordneten hätten einmütig gegen die Annexionspolitik Stellung genommen. Er als italienischer Abgeordneter erkläre, daß von den Abgeordneten keiner Landsmannschaft etwas versäumt worden sei, was getan werden mußte.

Hiermit schloß die Debatte.

Das Amendement Wolfkowski betreffend die Unterstellung der Soldaten unter das bürgerliche Recht wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem eine Erklärung beschlossen worden war, es geschehe das nur, weil die Materie nicht zur Tagesordnung gehöre.

Abgelehnt wurde mit großer Mehrheit das Amendement Vaillant-Keir Hardie:

Unter allen Mitteln, welche angewendet werden sollen, um einen Krieg vorzubeugen und zu verhindern,

beschließt der Kongreß,

als besonders zweckmäßig den allgemeinen Streit der Arbeiter, hauptsächlich in den Industrien, welche für den Krieg die Materialien liefern

(Waffen, Munition, Transport usw.), eine aktive Agitation des Volkes, und zwar mit den äußersten Mitteln.

Die Abstimmung erfolgte nach Nationen. Es wurden 119 Stimmen dagegen, 58 Stimmen dafür abgegeben. Die unveränderte Resolution der Subkommission wurde darauf gegen die Stimme des Italieners Morgari angenommen. Zum Berichterstatter im Plenum wurde Ledebour bestimmt, als Vertreter der Minderheit der Kommission soll Keir Hardie nach dem Referenten sprechen.

Der zweite Beratungsgegenstand der Kommission war das für die exakte Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren.

Vaillant-Frankreich begründet kurz folgende Resolution der S. P. (Frankreich):

„In allen Fällen, wo ein Konflikt zwischen zwei oder mehr Ländern droht, und wenn dabei ein Zögern oder eine Verspätung in der Entscheidung der um Rat gefragten nationalen Parteien der betreffenden Länder eintritt, hat der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, auf das Ersuchen von mindestens einem der beteiligten Proletariate, das Internationale Sozialistische Bureau sowie die Interparlamentarische Sozialistische Kommission dringend einzuberufen, die sofort zusammentreten müssen, sei es in Brüssel, sei es in irgend einem anderen Orte, der je nach den Umständen dazu geeigneter erscheint."

Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Vliegen-Holland führt aus: Die Kommission solle sich damit beschäftigen, daß die Resolutionen, die vom Kongreß beschlossen werden, auch durchzuführen seien. Jetzt würden Beschlüsse gefaßt, die nur auf dem Papier stehen, ohne daß ihnen Geltung verschafft werden könne. Deshalb beantragt Holland, daß dem nächsten Kongreß ein Bericht vorgelegt werde, wie weit den gefaßten Beschlüssen Rechnung getragen worden ist. Er schlägt folgende Resolution vor:

„Der Internationale Kongreß erkennt an, daß es schwer sein würde, Normalanweisungen zu geben für die Ausführung der Resolutionen der internationalen Kongresse, daß also die Art und Weise und die Wahl des richtigen Augenblicks der Ausführung den nationalen Parteien überlassen bleiben muß, konstatiert aber ausdrücklich die Pflicht dieser Parteien, ihr möglichstes zu tun, um die Resolutionen der internationalen Kongresse durchzuführen. Das Internationale Bureau soll jedesmal, bevor ein internationaler Kongreß zusammentritt, seinen Bericht vorlegen, in dem sich eine Uebersicht findet über die Durchführung der internationalen Kongreßbeschlüsse durch die nationalen Parteien."

Die Resolution wird einstimmig angenommen und die Sitzung um 12 Uhr geschlossen.

Vierte Kommission: Arbeitslosenversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung.

Erste Sitzung.

Die Verhandlungen leitet der dänische Abgeordnete Olsen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, über die Arbeitslosenfrage besonders zu beraten. Die Debatte Molkenbuhr eröffnet.

Molkenbuhr-Deutschland: Wir in Deutschland haben bereits zwei Arbeitslosenzählungen erlebt, eine im Juni bei der Berufszählung und eine im

Dezember anläßlich der Volkszählung 1895. Dabei ergab sich, daß im Sommer die Zahl der Arbeitslosen 200000 betrug, während im Winter 500000 gezählt wurden. Durchschnittlich hatten wir in Deutschland also etwa 300000 Arbeitslose. 1895 war ein Krisenjahr. Da trat also die Arbeitslosigkeit besonders empfindlich hervor. Damals habe ich einmal Berechnungen angestellt, ob wohl in Deutschland eine Arbeitslosenversicherung möglich wäre. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß, wenn wir jedem unserer Arbeitslosen täglich 2 Mk. bezahlen würden, wir im Jahre etwa 250 Millionen Mark aufzubringen hätten. Das ist wohl eine große Summe, aber wenn wir bedenken, daß unsere Arbeiterversicherung 600 Millionen jährlich erfordert, dann ist die Summe auch aufzubringen. Die Last müßte eben entsprechend geteilt werden: der Staat und das Unternehmertum müssen herangezogen werden. Wenn die Unternehmer mit bezahlen müssen, dann werden sie sich hüten, in Zeiten der Hochkonjunktur Ueberstunden auf Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu häufen, sie werden die überschüssige Arbeit besser auf die magere Zeit verteilen. Das Reich aber kann auf gesetzlichem Wege für die Arbeitszeitverkürzung wirken. Auch wird es die Erlaubnis zu Ueberstunden usw. einschränken, wo es diese zu erteilen ermächtigt ist. Auch als Unternehmer und Arbeitgeber wird das Reich dann die Arbeiten, die eine Vertagung vertragen, auf eine Zeit verschieben, wo die Arbeit allenthalben knapp wird. Solange den Unternehmern und dem Staate die Arbeitslosigkeit nichts kostet, werden sie keinen Finger für ihre Beseitigung rühren, denn die Arbeitslosigkeit bringt ihnen doch erhöhten Gewinn. Wenn wir die Statistik verfolgen, dann können wir feststellen, daß im Jahre 1908, im Krisenjahre, rund 500000 Arbeitslose mehr vorhanden waren als 1907. Daran kann man die Wirkung der letzten großen Krise ermessen. Auf etwa 30 Arbeiter kam ein Arbeitsloser. Nun, diese Last kann auch getragen werden. Wir in Deutschland haben schon in der Praxis den Anfang der gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge. Das Kaligesetz, durch das die Differenzen im vormals privaten Kalisyndikat durch das gesetzliche Zwangssyndikat beseitigt wurden, enthält die Bestimmung, daß bei Stillegung kleinerer Werke — die von den syndizierten Werken geschieht, um die Beteiligungsquote auf die größeren Werke übertragen zu können — die arbeitslos werdenden Arbeiter von den betreffenden Werken auf die Dauer eines halben Jahres unterstützt werden müssen. In unseren Forderungen an die Arbeitslosenversicherung findet sich ein Passus, der die staatliche Arbeitslosenversicherung fordert; über die Einzelheiten gehen allerdings die Meinungen auseinander. Mit den Einzelheiten kann sich aber auch der Internationale Kongreß nicht befassen. Die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder müssen respektiert werden. Das Recht auf Arbeit ist mit Recht von verschiedenen Seiten angegriffen worden. Wir wiederholen es nicht in der früheren Form, aber den guten Kern halten wir fest: Wenn der Arbeitsmarkt eine Krise, Arbeitslosigkeit meldet, dann müssen öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden.

Troclet-Belgien will nicht auf die vielen Seiten der Frage eingehen. Vor allem seien die Gewerkschaften an der Lösung des Problems der Arbeitslosenfürsorge interessiert. Die Bedingungen hierfür gehen in den verschiedenen Ländern auseinander, das muß bei Beratung der Vorschläge für die Milderung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwogen werden. Wir müssen den Weg gehen, auf dem wir den wenigsten Widerstand finden. Die Gewerkschaften allein können unmöglich das Problem bewältigen. In der Provinz Lüttich z. B. nehmen die Gewerkschaften 18000 Mk. an Beiträgen ein, dagegen erfordert die Unterstützung der Arbeitslosen über 90000 Mk. In Brüssel mußten nur für die Handschuhmacher in einem Monat 10000 Frank aufgebracht werden. Das können die Arbeiter allein nicht leisten. Die öffentliche Gewalt

muß hier eindringen. Dabei muß natürlich die Freiheit der Gewerkschaften erhalten bleiben. Die französische Resolution ist von hohen Gedanken getragen, aber wir können ihr nicht rückhaltlos zustimmen. Die deutsche ist für uns auch nicht bedingungslos annehmbar.

Braun-Oesterreich: Die Leistungen der Gewerkschaften für die Unterstützung der Arbeitslosen sind das einzige bisher nennenswerte für die Unterstützung der industriellen Reservearmee, die mit der Entwickelung des Kapitalismus unzerreißbar verbunden ist. Die Gewerkschaften leiden aber nicht nur unter der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder, sie werden auch gehemmt in allen ihren Kämpfen um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung durch die Arbeitslosigkeit der Unorganisierten. Deshalb ist es auch ein gewerkschaftliches Interesse, daß die Eigner der Produktionsmittel, die für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, als Individuen zum Teil, immer aber als Glieder der herrschenden Klasse auch die Kosten der Arbeitslosenunterstützung zu tragen haben. Formell soll die Arbeitslosenversicherung eine öffentlich-rechtliche sein. Eine möglichst weitgehende Einwirkung auf die Verwaltung soll den Arbeiterorganisationen gesichert sein. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung sollen progressiv den Unternehmern auferlegt werden unter Berücksichtigung der Verursachung der Arbeitslosigkeit. Betriebe mit regelmäßiger Beschäftigung einer während des ganzen Jahres gleichen Anzahl Beschäftigter sollen am niedrigsten, Betriebe mit kurzer Saison- und mit unregelmäßiger und zeitweilig übermäßig langer Arbeitszeit, mit Ueberstundenbewilligung, mit übermäßiger Verwendung von Lehrlingen sollen am höchsten besteuert werden. Dadurch würde schon eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr erzielt und die Arbeitslosigkeit vermindert werden. Als gewerkschaftliches Kampfmittel wird aber die Arbeitslosenunterstützung noch immer eine bedeutende Aufgabe der Fachorganisation sein.

Genossin **Hicks**-England betont: Nicht die Arbeitslosenversicherung sei das Heilmittel, sondern die Organisierung aller Arbeiter. Diesen Weg zur Lösung des Problems habe man in England bereits beschritten. Wenn man vom Staate die Bereitstellung öffentlicher Arbeiten für die Beschäftigungslosen fordere, dann müsse gleichzeitig eine Entlohnung verlangt werden, die den Tarifsätzen der Gewerkschaften entspreche. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung müsse erklärt werden, daß streikende und ausgesperrte Arbeiter für arbeitslos im Sinne der Versicherung gelten.

Zweite Sitzung.

Die Kommission setzte die Debatte für die Arbeitslosenversicherung fort. Die Abänderungsvorschläge waren aber so zahlreich und die Streitpunkte, namentlich über die Behandlung Streikender und Ausgesperrter durch die Arbeitslosenversicherung so verschiedenartig, daß die vorliegenden Resolutionen an die Subkommission zurückverwiesen werden mußten.

In der folgenden Sitzung berichtet Dr. **Braun**-Oesterreich für die Unterkommission, die folgende Resolution zur Arbeitslosenfrage vorlegt:

Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist, insbesondere von der Entwickelung des Kapitalismus, [illegible], sowie von dem Ab- und Zuströmen infolge der Wanderung der Arbeiter, und daß sie nur mit dem Kapitalismus verschwinden wird.

Nicht die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, nur ihre Milderung und die Linderung ihrer Folgen kann erzielt werden, so lange das private Eigentum an den Produktionsmitteln die Grundlage unseres Wirtschaftssystems bildet.

Es wird als unverschuldete Arbeitslosigkeit betrachtet jede von dem Willen der Arbeitslosen unabhängige Ursache der Nichtbeschäftigung mit Ausnahme der Krankheit und des Unfalls.

Bis zur Verwirklichung der von den Arbeiterorganisationen verwalteten allgemeinen öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben, fordert der Internationale Kongreß von den öffentlichen Gewalten die finanzielle Förderung jeder gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise mindern.

Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen von den öffentlichen Gewalten fordern:

1. genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit;
2. in ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der von den Gewerkschaften anerkannten Löhne (fair wages);
3. außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen während der Krise;
4. Unterstützungen aller Arbeitsnachweiseinrichtungen, in denen die Interessen der Arbeiter gewahrt werden;
5. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen.

Zur Begründung führte

Dr. **Braun** aus: Es wird einige Genossen geben, die nicht vollständig mit der Resolution einverstanden sind, aber sie bringt das beste, was die Kommissionsmitglieder geben konnten. Die Kommission ist der Ueberzeugung, daß die Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Gesellschaft unumgänglich ist. Es sind wohl jetzt alle Genossen einschließlich der von England von der Notwendigkeit überzeugt, einen Teil der Lasten für die Arbeitslosigkeit auf Staat und Bourgeoisie abzuwälzen. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung ist, soweit sie nicht die Unabhängigkeit der Gewerkschaften mindert, unbedingt erforderlich. Die Resolution, die die Mittellinie der verschiedenen Ansichten der Kommissionsmitglieder darstellt, bitte ich anzunehmen. Jede Diskussion, die die Einschaltung der besonderen Wünsche der einzelnen Länder zum Ziel hat, wird zwecklos sein. Die Resolution ist eine allgemeine Darlegung der Forderungen aller Länder zur Frage der Arbeitslosigkeit.

Genossin Dr. **Phillips**-England wünscht, daß in die Resolution verschiedene von ihr begründete Ergänzungen aufgenommen werden. Zu Punkt 2 fordert sie die Betonung, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht als Wohltätigkeit gelten soll. In Punkt 5 muß nicht nur die Verkürzung, sondern auch die Reglementierung der Arbeitszeit gefordert werden. Die Unterstützung der unorganisierten Arbeiter müsse man besonders betonen, weil sie am schwersten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Weiter müsse das Recht auf Leben gefordert und die internationale Organisation der Arbeitsnachweise angestrebt werden.

Simon-Deutschland beantragt, im dritten Absatz die Worte: „Mit Ausnahme der Krankheit und des Unfalls" zu streichen. Für ihn sei die Resolution nur unter dieser Bedingung annehmbar. Redner spricht sich scharf gegen den Teil des englischen Amendements aus, der die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung für die Unorganisierten besonders betont. Diejenigen Arbeitsnachweise sollen nachdrücklich unterstützt werden, die unter Mitverwaltung der Arbeiter geleitet werden. Das müsse in Punkt 4 der Resolution mit zum Ausdruck gebracht werden.

Troclet-Belgien macht darauf aufmerksam, daß die englischen Vorschläge zum großen Teil schon durch den Sinn der Resolution erfüllt sind. Er befürwortet aber, bei Punkt 5 hinter dem Wort „Verkürzung" einzufügen: „und Reglementierung". Den Simonschen Abänderungsvorschlag lehnt er ab, ebenso daß die besondere Unterstützung der von den Arbeitern mitverwalteten Nachweise betont werde. Die Kommissionsfassung sei wesentlich besser. Schließlich beantragt er, bei Punkt 4 der Resolution hinter dem Wort „Interessen" die Worte einzufügen: „und Freiheiten".

Molkenbuhr-Deutschland findet auch nicht an der Resolution überall Erfreuliches, er wolle aber nur für Beseitigung einiger unwesentlicher Unklarheiten plädieren. Die Worte im ersten Absatz: „sowie von dem Ab- und Zuströmen infolge der Wanderung der Arbeiter" sind am falschen Platze. Die Arbeitslosigkeit wird durch Ab- und Zuströmen der Arbeiter weder vermehrt noch vermindert. Aber das Zuströmen von Arbeitern vermehrt die arbeitslosen Arbeiter. Die Worte sind also zu streichen. Ebenso müsse im Absatz 3 die Verschuldungsfrage ausgemerzt werden. Man ist sich einig, daß die Arbeitslosigkeit nicht ein persönliches Verschulden ist, sondern daß die kapitalistische Produktionsform die Schuld trägt. Wir bekämpfen mit aller Entschiedenheit die Aufwerfung der Verschuldungsfrage in der Arbeiterschutzgesetzgebung, sie darf also hier nicht wieder hereingelassen werden. Der ganze Absatz ist daher zu streichen.

Lindhagen-Schweden hat auch verschiedene Bedenken gegen die Resolution. Er schlägt vor, im ersten Absatz die für ihn unklaren Worte: „Industrialisierung der Frau und des Kindes" zu streichen. Er könne nicht verstehen, daß die Industrialisierung der Frauen und Kinder besonders hervorgehoben werde.

Reichensperg-Schweiz vertritt besonders die Streichung des ganzen dritten Absatzes der Resolution. Punkt 4 soll durch die Einschaltung der Forderung „Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise" ergänzt werden. Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung muß der Unternehmer wie die Ausgaben für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung als Betriebsunkosten einstellen.

Gossip-England wünscht nicht, daß sich die Arbeitslosenversicherung nur auf die organisierten Arbeiter beziehe. Im übrigen vertritt er die Abänderungsvorschläge der Genossin Phillips.

Vanek-Böhmen bemängelt, daß die Kosten der Arbeitslosenfürsorge nicht schon von vornherein auf den Besitzer der Produktionsmittel abgewälzt werden sollen. Man dürfe nicht warten, bis dieser etwas für die Arbeitslosen getan habe. Die Unternehmer müssen sofort für die Kosten der Arbeitslosenunterstützung herangezogen werden.

Duys-Holland hofft, daß die Amendements der Engländer in allen Teilen abgelehnt werden. Aus den Vorschlägen spricht nirgends der Sozialismus. Die Forderung Reichenspergs, die Kosten der Arbeitslosenunterstützung vom Unternehmer zu fordern, der sie, wie die Beiträge zur Arbeiterversicherung als Betriebsunkosten einzustellen habe, bekämpft er in ihrem letzten Teile. Die Arbeitslosigkeit sei mit den Anforderungen für Arbeiterschutz nicht in Vergleich zu setzen.

Genossin **Reinstein**-Amerika: Die Arbeitslosigkeit in Amerika werde durch starke Einwanderung fremder Arbeiter besonders verstärkt. Da in Amerika eine starke Strömung gegen die einwandernden fremden Arbeiter besteht, bittet sie, im ersten Absatz die Worte: „Ab- und Zuströmen infolge Wanderung der Arbeiter" zu beseitigen. Diese Worte würden die konservativen Elemente Amerikas zur Durchsetzung ihrer Forderung auf Ausschließung fremder Arbeiter agitatorisch ausnutzen. Der Satz enthalte die Anerkennung, daß der

Zuströmen der Arbeiter abhängig von der Beschäftigung der inländischen Arbeiter einrichtet. (Bravo!)

Möller-Dänemark stimmt der Resolution zu. Weiter wendet er sich gegen die englische Forderung einer Steigerung der Altersgrenze für erwerbstätige Kinder.

Die Resolution wird sodann an die **Unterkommission** zur Gestaltung der Abänderungsvorschläge zurückverwiesen.

Dritte Sitzung.

Adolf **Braun**-Österreich legt als Berichterstatter der Unterkommission eine Resolution zur Arbeitslosenfrage vor:

„Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um deren Verminderung und um die Milderung ihrer Folgen handeln. Der Kongreß verlangt Ausgestaltung der von den Arbeiterorganisationen verwalteten allgemeinen öffentlich geregelten Arbeitslosenfürsorge. Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen fordern: 1. Statistische Mitteilungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit. 2. Zahlung der von den Genossenschaften anerkannten Löhne. 3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosen in Zeiten einer industriellen Krise. 4. Arbeitslosigkeit darf keine Minderung der politischen Rechte zur Folge haben. 5. Errichtung und Unterstützung aller Arbeitsnachweiseinrichtungen. 6. Behebung der Arbeitslosigkeit durch gesetzgeberische Maßnahmen. 7. Obligatorische Arbeitslosenunterstützung."

Braun führte dazu aus, daß die Kommission versucht hat, alle vorgebrachten Wünsche zu berücksichtigen, das habe sich aber als unmöglich herausgestellt.

Nach **einstimmiger Annahme** der von der **Subkommission** vorgelegten Resolutionen über die **Arbeitslosigkeit** folgt die Diskussion über die Arbeitergesetzgebung.

Schaper-Holland legt dazu folgende Resolution vor:

„Der Kongreß bestätigt die Resolutionen über die Arbeitergesetzgebung, die die Internationalen Kongresse zu Paris von 1889 und von Amsterdam von 1904 gefaßt haben. Er stellt fest, daß die herrschenden Klassen der verschiedenen Länder seit diesen Beschlüssen im allgemeinen wenig auf diesem Gebiete geleistet haben und daß das Zustandegekommene sich im allgemeinen als unzulänglich erwiesen hat. Alle möglichen Ausflüchte hat die Bourgeoisie gemacht, um ihren Mangel an gutem Willen und ihre Unfähigkeit, etwas Großes für die Arbeiterklasse zu leisten, zu verhüllen. So hat sie zum Beispiel die Behauptung aufgestellt, daß die industriellen Konkurrenzverhältnisse der einzelnen Länder die Einführung einer guten Arbeitergesetzgebung verhinderten, falls nicht internationale Vereinbarungen getroffen würden. Sie stellten weiter die Behauptung auf, daß die Mittel fehlten, die Lasten der sozialen Gesetzgebung zu tragen. Die verschiedenen Regierungen, vor allem der europäischen Staaten, haben aber schon seit langem Mittel und Wege gefunden, um sich international zu verständigen, so z. B. bei der Berner Konvention über die Nachtarbeit der Frauen. Aber von dieser Möglichkeit ist nur ein sehr unerheblicher Gebrauch gemacht worden, obgleich die Kapitalisten gewaltigen Mehrwert aus der Arbeit der Proletarier gezogen und Milliarden für militärische Zwecke vergeudet haben. Aus alledem geht klar

hervor, daß die Berufung auf die Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen und die Behauptung von dem Fehlen von Mitteln für die Zwecke der Arbeitergesetzgebung nur Vorwände sind, um sich den Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterklasse zu entziehen und um diese fast unbeschränkt ausbeuten zu können. Das alles veranlaßt uns, mit aller Kraft gegen die unverantwortliche Nachlässigkeit der herrschenden Klassen zu protestieren, und die Arbeiterklasse aller Länder aufzurufen, diese Taktik des Unternehmertums unermüdlich zu bekämpfen. Der Kongreß ruft den Arbeitern ins Gedächtnis, daß nur durch kräftig organisierte Gewerkschaften, die auf persönlicher ernster und ausdauernder Opferwilligkeit beruhen, auf die Herrschenden ein genügend starker Druck ausgeübt wird, um sie aus ihrer unverantwortlichen Lässigkeit aufzuschrecken."

Zur Begründung führte

Schaper-Holland aus: Ueber die Arbeitslosenfrage haben wir soeben eine positive Resolution einstimmig angenommen. Für die allgemeine Arbeitergesetzgebung haben wir bereits zwei sehr gute Resolutionen von 1889 und 1904. Wir werden deshalb mit einer besonderen Bekräftigung der beiden Resolutionen auskommen. Die Bourgeoisie wendet bei allen Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung ein, daß sie aus Konkurrenzrücksichten den alten Zustand lassen müsse. Auch redet sie sich immer damit um die Sache herum, daß keine Mittel für diese Forderungen da seien. Verweisung auf die Regelung der Arbeitergesetzgebung durch internationale Vereinbarung über die Arbeitergesetzgebung ist bloße Verschleppungstaktik. Diese wollen wir durch meine Resolution bekämpfen. Wenn die Unternehmer sagen, daß sie keine Mittel hätten, dann muß darauf hingewiesen werden, daß genug Mittel für verschwenderische Ausgaben zu Rüstungszwecken da seien. Aber auch der im letzten Absatz der Resolution enthaltene Appell an die Arbeiter ist wichtig und nötig. Nehmen Sie deshalb die Resolution an.

Molkenbuhr-Deutschland: Inhaltlich wird wohl jeder mit der Resolution Schaper einverstanden sein, es handelt sich deshalb wohl nur um eine Diskussion über die Form der Resolution. Der Hinweis auf die Verschleppungstaktik der Bourgeoisie ist nicht das wichtigste. Die Arbeitergesetzgebung ist nur dort vorwärts gekommen, wo sie von den Arbeitern erzwungen wurde. Darum hat ein kräftiger Appell an die Arbeiter der Kern der Resolution zu sein. Die Zitierung der Pariser und Amsterdamer Resolutionen genügt nicht, weil die Arbeiter den Text davon nicht im Kopfe haben. Die Forderungen jener Kongresse müssen dem Sinne nach wiedergegeben werden.

Rotenstein-Ungarn wünscht die Spitze der Resolution nicht nur gegen die industrielle Bourgeoisie, sondern gegen die ganze herrschende Klasse gerichtet zu sehen. Auch die bloße Betonung der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter genügt nicht.

Ury-Frankreich stellt fest, daß die Resolution Schaper dem Sinne nach bereits in der vom französischen Kongreß beschlossenen Resolution enthalten ist.

Buber-Polen wünscht, daß in der Resolution hingewiesen werde auf die Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Organisierung des Proletariats, während Genosse Schaper bloß auf die wirtschaftliche Organisation Nachdruck legt. Er fordert, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung der einzelnen Länder keinen Unterschied mache zwischen nationalen und fremden Arbeitern, ferner daß das internationale Bureau periodische Uebersichten der Arbeiterschutzgesetzgebung der einzelnen Länder herausgebe.

Lindhagen-Schweden, der Bürgermeister von Stockholm: Die Resolution muß kompakter sein. Man vermißt in der Resolution neue Gedanken. Der

Ferner beantragt, in die Resolution aufzunehmen: „Der Kongreß erklärt, daß eine Gesetzgebung gegen die Nachtarbeit in allen Gewerbezweigen schleunigst zustande kommen muß, wenn sie nicht durch die Verhältnisse unvermeidlich ist, und daß folglich in denjenigen Ländern, wo eine solche Regelung nicht gleichzeitig für Männer und Frauen durchgeführt wird, einer Ausführung dieses Verbots der Nachtarbeit der Frauen gemäß der Berner Konvention unmittelbar eine ähnliche Gesetzgebung für Männer unter dem eben angegebenen Vorbehalt nachfolgen wird.

Vanek Böhmen: Wir können uns nicht verhehlen, daß die herrschende Klasse so wenig für die Arbeiter tut, wenn sie die Macht in Händen hat. Wir müssen die Arbeiter auffordern, durch die Macht ihrer Organisation sich das zu erzwingen, was man ihnen freiwillig nicht gibt. Er möchte daher der Resolution folgenden Schluß geben: „Der Kongreß ruft den Arbeitern ins Gedächtnis, daß sie nur durch kräftige politische und wirtschaftliche Organisation, die auf ausdauernder Opferwilligkeit beruht, zur wirtschaftlichen und politischen Macht gelangen können, um ihre Forderungen bezüglich der Arbeitergesetzgebung durchsetzen zu können."

Genossin **Despard** England wünscht eine Reihe Einzelforderungen in die Resolution aufgenommen zu haben.

Schaper Holland spricht in seinem Schlußwort sein Einverständnis mit den Moltenbuhrschen Ausführungen aus und hofft im übrigen, daß die Resolution, nachdem sie in einer einzusetzenden Unterkommission mit Rücksicht auf die verschiedenen Vorschläge geprüft worden ist, eine Form erhält, die alle befriedigt.

Die Resolution wird einer Subkommission überwiesen, in die von Deutschland Moltenbuhr delegiert wird.

Schlußsitzung.

In der Schlußsitzung der Kommission legte **Molkenbuhr**-Deutschland nach kurzer Begründung eine Resolution vor, die die Arbeiterschutzforderungen des Stuttgarter und des Amsterdamer Kongresses erneuert. In dieser Resolution heißt es, daß durch die Arbeiterschutzgesetzgebung in keinem Lande irgendein Industriezweig geschädigt werden soll, vielmehr habe durch Hebung der Gesundheit der Arbeiter die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhöht zu werden. Ferner fordert die Resolution das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter, ausreichende Arbeitslosenunterstützung, Unterstützung der Witwen und Waisen. Bei einigem Drängen der Arbeiter könne auf dem Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherung viel mehr erreicht werden. — Ein Delegierter beantragt, den Absatz zu streichen, der bestimmt, daß durch die Arbeiterschutzgesetzgebung keine Industrie geschädigt werden solle. Man müsse das Hauptgewicht darauf legen, daß durch zielbewußtes Drängen der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung viel mehr erreicht werden könne. — **Reichensperg** wünscht auch eine Aenderung der Resolution. Die Gesetzgebung habe die Forderungen der Resolution teilweise bereits überholt. Wir müssen in der Resolution fordern das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren. Auch die Heimarbeit ist in dieser Resolution nicht erwähnt. — **Molkenbuhr**-Deutschland führt aus, daß die Resolution nur für Fabrikarbeiter, nicht aber für das Handwerk und die Landwirtschaft gelte. Wir könnten noch eine Reihe Forderungen aufnehmen, haben jedoch davon Abstand genommen, damit die Resolution nicht so um-

fangreich werde. Der erste Absatz der Resolution bezwecke, daß den Einwendungen der Gesetzgebung entgegengetreten wird, die Industrie könne einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht ertragen. Wenn die Unternehmer uns vorreden, es würden 300 Millionen Mark für die Arbeiterschutzgesetzgebung ausgegeben, so muß den Unternehmern entgegengehalten werden, daß diese Summe von ihnen nur ausgelegt wird und daß sie sich diese 300 Millionen Mark schon wieder zurückholen. — **Rotenstein**-Ungarn: Sämtliche Forderungen der Resolution sind auf Grund früherer Beschlüsse der Kongresse auf besonderen Wunsch der Kommission wieder eingefügt worden. Darum ist es unverständlich, daß jetzt diese Punkte angefochten werden. Wenn in der Jetztzeit einige dieser Forderungen schon erfüllt sind, so können doch in den gerade zum Schluß für alle Länder geltenden Forderungen nicht die Forderungen eines einzelnen Landes berücksichtigt werden.

Die Kommission beschließt, da über die Resolution keine Einigung zu erzielen war, diese an eine *Unterkommission* zurückzuverweisen, die eine endgültige Fassung der Resolution direkt dem Plenum vorlegen soll.

Fünfte Kommission: Resolutionen.

Den Vorsitz führen **Ellenbogen**-Oesterreich, **Longuet**-Frankreich und Frau **Ihrer**-Berlin. Die Kommission beschäftigt sich mit einer Resolution Paul **Louis**-Frankreich, die in Bestätigung der Amsterdamer Einigungsresolution für Frankreich von neuem den Wunsch ausspricht, daß die gespaltenen Fraktionen sich einigen möchten und daß das internationale Bureau zu diesem Einigungswirken seine Dienste anbietet. Die Resolution (Resolution über die Einigung Seite 16) wird unter großem Beifall *einstimmig angenommen*. Die Kommission setzt am Dienstag ihre Beratungen fort.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 30. August.

Die Erörterung beginnt mit der *persischen Frage*. Eine Resolution von Armenien über die Lage in Persien (Resolution Seite 20).

Die *Resolution* wird debattelos *angenommen*.

Es folgt die Resolution der Arbeiter von *Saloniki* über die Lage in der Türkei:

> „In Anbetracht der von den kapitalistischen Staaten Europas der Türkei gegenüber gemachten Kolonialpolitik, der Verkündigung einer Verfassung, die jedem Bürger die Menschen- und Bürgerrechte gewährte, der Verletzung des Rechtes der Berufsvereinigung und des Streikes durch die türkische Regierung und der verhängnisvollen Folgen einer autokratischen Politik gegenüber der Arbeiterklasse der Türkei, erklärt der Internationale Sozialistische Kongreß von Kopenhagen, daß einzig und allein eine auf einer Verständigung unter den Balkanstaaten beruhende Demokratie gegen die kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten ankämpfen kann; daß einzig und allein die Gewährung weitgehender Freiheit die Entwickelung der neuen Türkei zu fördern vermag und begrüßt die in der Türkei entstehende sozialistische Bewegung."

Paul Louis beantragt, im zweiten Teil zu setzen statt „Demokratie" „soziale Demokratie".

Rakowski-Rumänien widerspricht dem Amendement. Die Arbeiter in Saloniki hätten die Resolution im Einverständnis mit den sozialdemokratischen Parteien gefaßt. Man will zunächst den Versuch einer Demokratisierung unternehmen.

Burrows-England: Welche Anzeichen hat Rakowski, daß eine demokratische Verständigung möglich ist?

Seitz-Oesterreich: Das Amendement, daß in der sozialen Demokratie die Lösung liegt, können wir in allen Fragen für alle Dinge annehmen, denn nach unserer Grundanschauung ist ja der Kapitalismus für alle Uebelstände verantwortlich. Hier handelt es sich aber darum, einen Weg zu finden, und den glaubt man in der demokratischen Verfassung zu finden. Rakowskis Einwand gegen das Amendement ist also richtig, nur muß man dann die mißverständlichen Worte „einzig und allein" streichen und dafür „zunächst nur" einsetzen, damit nicht der Anschein erweckt wird, als ob in der politischen Demokratie schon die ganze Lösung gefunden sei.

Paul Louis-Frankreich hält sein Amendement aufrecht, weil man nicht durch eine diplomatische Verständigung zu einer bürgerlichen Demokratie gelangen könne, deren Bedeutung er ja nicht verkenne. Deshalb ist eine Fassung notwendig, die jedes Mißverständnis ausschließt.

Ellenbogen-Oesterreich: Wir können nicht erwarten, daß in der Türkei die sozialistische Gesellschaft in nächster Zeit schon entsteht. Aber eine Demokratie ist möglich und dies verlangen die Genossen in Saloniki schon deshalb, um den schlimmsten Feind der Demokratie in Europa, Rußland und seinen Einfluß in der Türkei zu brechen. Deshalb fordern wir die türkische Bourgeoisie auf, zunächst einmal die Demokratie zu schaffen. Was wir dann mit der Demokratie anfangen, ist unsere Sache.

Rappoport-Frankreich beantragt eine Aenderung dahin, daß nur eine demokratische und sozialistische Verständigung möglich sei, gegen die kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten zu kämpfen.

Rakowski: Wir müssen protestieren gegen die reaktionäre Politik der Jungtürken, die in der europäischen Demokratie überschätzt wird. Wir müssen ihr klar machen, daß sie nur dann auf Sympathie rechnen kann, wenn sie nicht die Arbeiterkoalitionen mißhandelt. Eine weittragende Demokratie ist ein Schutzwall gegen die kapitalistische Politik Europas.

Von **Seitz**-Oesterreich ist folgendes Amendement eingelaufen: „Daß diese verwerfliche kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten zunächst nur wirksam zu bekämpfen ist durch eine gründliche demokratische Verfassungsreform in den Balkanländern und durch friedliche Verständigung der Völker dieser Staaten, wie sie heute allein die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den Regierungen der Balkanländer und der übrigen Länder vertritt."

Rakowski-Rumänien beantragt, die Resolution nebst allen Amendements einer Subkommission zu überweisen.

Ellenbogen-Oesterreich hält die Ueberweisung an eine Subkommission für unmöglich, weil es sich noch um widersprechende Ansichten handelt, die nur durch Abstimmung erledigt werden können.

Die Wahl einer Subkommission wird abgelehnt.

Naradian-Türk.-Armenien wendet sich gegen das Streichen des Wortes „demokratisch" aus der Resolution über die Lage in der Türkei. Die Weiter-

entwickelung der Demokratie sei von größter Bedeutung für das Aufkommen einer Armenierbewegung in der Türkei. Die demokratischen Jungtürken seien zwar faul, aber ihre Bedeutung sei doch unterschätzt worden. Die jungtürkische Bewegung habe den Anstoß zu Lohnkämpfen, sogar der Landarbeiter, gegeben und die Organisation der Arbeiter ermöglicht. Die Organisation in Saloniki sei die beste auf dem Balkan und sie bedürfe der Sympathiebezeugung durch das internationale Proletariat.

Dritte Sitzung. Dienstag, den 30. August.

Die deutschen Mitglieder der Kommission legen der Kommission eine Resolution vor über die Todesstrafe (S. 16).

Die Debatte über die türkische Resolution wird fortgesetzt:

Seitz-Oesterreich glaubt, daß Meinungsverschiedenheiten nicht mehr vorhanden sind und die Resolution daher angenommen werden könne.

Die Engländer bringen ein neues Amendement ein: „nur die volle Demokratie kann die politische Befreiung bringen."

Nach Zurückziehung aller anderen Amendements wird die Resolution angenommen mit kleinen Aenderungen (S. 19).

Eine Sympathiekundgebung für die japanischen Sozialisten (Resolution Seite 18) wird einstimmig ohne Diskussion angenommen, nachdem eine Mitteilung des Genossen Katayama bekanntgegeben war, daß die japanische Regierung ihm die Abreise zum Kongreß durch Paßverweigerung unmöglich gemacht hat.

Protest gegen die Willkürherrschaft der argentinischen Oligarchie.

Genossin **Sorgue**-Frankreich fordert den Boykott der argentinischen Erzeugnisse.

Dr. **Juan de Juste**-Argentinien schildert die ungeheuerlichen Zustände in Argentinien, dessen scheinbar demokratische Verfassung von den rückständigen inländischen Arbeitern nicht genützt wird und die deshalb nur auf dem Papier steht. Die Regierung zieht die Anarchisten groß. Die Polizei hat am 1. Mai d. J. in einer Anarchistenversammlung blutig gehaust. Die sozialistischen Arbeiter beantworteten diese Bluttat mit einem siebentägigen Streik. Das Bombenattentat eines russischen Anarchisten gab Anlaß zur Verhängung eines Belagerungszustandes. Die Regierung hat förmliche Pogroms gegen die Arbeiterbewegung veranlaßt. Wie die Wilden hausten die Schergen in den Lokalen der Arbeiter. (Der Redner zeigt Photographien der Verwüstung vor.) Die Sozialisten werden mit den Anarchisten zusammengeworfen, obwohl sie gar nicht extrem sind und sogar an eine Entwickelung des Privateigentums glauben. Trotz alledem haben die Sozialisten Wahlerfolge erzielt. Heute herrschen Ausnahmegesetze und das Vereins- und Streikrecht ist erheblich eingeschränkt. Der Redner widerspricht dem Boykott, der nur die Einfuhr von Lebensmitteln nach Europa hindern und damit die Lage der Arbeiter nur noch mehr verschlechtern würde.

Genossin **Sorgue** beharrt leidenschaftlich auf dem Boykott. Eine Resolution biete nur Worte, die nichts nutzen.

Die Resolution (Seite 17) wird einstimmig angenommen, die Anregung der Genossin Sorgue gegen drei Stimmen abgelehnt.

Vierte Sitzung. Mittwoch, den 31. August.

Die russischen und finnischen Genossen reichen eine Resolution ein, die die zaristische Reaktion in Finnland brandmarkt. S. 18.

Rubanowitsch-Rußland beantragt einstimmige Annahme ohne Diskussion.

La Monte beantragt als Amendement, daß in allen Ländern in der ersten Oktoberwoche gegen den Zarismus in Finnland demonstriert werden solle.

Gegen das Amendement spricht **Müller**-München: Die Festlegung auf eine bestimmte Woche ist unmöglich, die Deutschen aber werden natürlich alles tun, um dem Protest zum Erfolg zu verhelfen.

Tomasek-Böhmen wendet sich gleichfalls gegen das Amendement.

Longuet-Frankreich: Ein Eindruck kann nur erreicht werden, wenn die Demonstration an einem Tage stattfindet. Man soll sich zwar nicht auf die erste Oktoberwoche festlegen, aber das Internationale Bureau beauftragen, sich über das Datum einer solchen Demonstration mit den Parteien zu verständigen.

Damit ist La Monte einverstanden.

Genossin Rosa **Luxemburg** wünscht die Formulierung, daß das Internationale Bureau auf eine möglichst einheitliche Demonstration hinwirken solle. — Die Anregung wird in dieser Form beschlossen und die Resolution einstimmig angenommen.

Die letzte Resolution behandelte die **Todesstrafe.** Die polnische Delegation hat folgende Resolution eingebracht:

„In Erwägung:

daß der moderne Klassenstaat gezwungen ist, alle Taten, die sein Grundprinzip bedrohen, zu bekämpfen und diese Taten stets bekämpft;

daß dieser Kampf in der heutigen Gesellschaftsordnung in den sogenannten „Strafen“, d. i. vermeintlich abschreckenden Maßregeln, seinen Ausdruck findet, und keine vorbeugenden Mittel oder Reformen vorgenommen werden, welche die bestehenden Verhältnisse umzugestalten suchen würden, und zwar aus dem Grunde, weil das soziale Interesse mit dem Interesse der besitzenden Klassen identifiziert wird und diesem Interesse jede radikale Vorbeugungsmaßregel und Reform direkt widersprechen würden;

in Erwägung ferner, daß der Stand der heutigen Kultur es jedoch den besitzenden Klassen erlauben würde, sogar zum Schutze ihrer Macht, mit gleichem Erfolg ein System von „Strafen“ anzuwenden, welche mit den Ergebnissen der heutigen Wissenschaft mehr im Einklang wären;

daß das bisherige Bestehen vieler veralteter Bestimmungen des Strafrechtes ein Beweis von der Rückständigkeit der besitzenden Klassen ist; daß folglich auch auf dem Gebiete des Strafrechtes, ebenso wie auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens dem sozialistischen Proletariat die Aufgabe der Initiative zum Fortschritte zufällt;

daß unter den ganz veralteten „Strafen“ die Todesstrafe als die brutalste und den modernen ethischen Empfindungen am meisten widersprechende angesehen werden muß;

daß die Unzweckmäßigkeit dieser „Strafe“ am klarsten hervortritt, und zwar weil sie entweder bei sogenannten politischen Verbrechen angewendet wird — wobei sie einzelne Personen trifft, die nur den krassesten Ausdruck des Protestes breiter Volksmassen bedeuten —, oder bei Verbrechen, die im Zustande der momentanen Unzurechnungsfähigkeit begangen worden sind, oder schließlich bei ungewöhnlichen Verbrechen, die als Resultat einer physi-

schen und moralischen Entartung der sie begehenden Verbrecher anzusehen sind;

in Erwägung ferner, daß in den modernen demokratischen Staaten die Anwendung der Todesstrafe jeden Bürger gewissermaßen zum Mitschuldigen des legalen Mordes macht, welcher kaltblütig mit dem Bewußtsein der Unzweckmäßigkeit ausgeführt wird;

daß die Todesstrafe heute wieder mit jener Grausamkeit angewendet wird, welche die atavistische Rückkehr der herrschenden Klassen zu den blutigen vergangenen Jahrhunderten bedeutet, die jetzt keine Rechtfertigung in den **Anschauungen der Allgemeinheit finden könne;**

daß schließlich in den letzten Jahren die Todesstrafe massenhaft Anwendung findet in Rußland, Polen und anderen Ländern, die dem russischen Reiche untertan sind, wie auch in Spanien, und zwar in erster Reihe gegen die Vorkämpfer für die Rechte des unterjochten Volkes, oder aber wie in Spanien gegen ruhige Wortführer des freien Gedankens;

beschließt der Internationale Sozialistische Kongreß, einen internationalen Protest gegen die Todesstrafe zu veranstalten, und zwar in der Form einer gleichzeitigen Vorbringung diesbezüglicher Anträge in den Parlamenten aller Staaten, in welchen die Todesstrafe noch besteht, begleitet von einer ausführlichen Besprechung dieser Angelegenheit am gleichen Tage in der sozialistischen Presse, wie auch in eigens zu diesem Zwecke veranstalteten **Volksversammlungen.**" —

Von der Vertretung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegt dagegen eine andere Resolution vor. (Seite 16.)

In der Diskussion wird besonders darauf hingewiesen, daß gerade in der modernen Rechtsschule Bestrebungen auf Wiedereinführung der Todesstrafe vorhanden sind.

Mendels-Holland weist auf die Verhandlungen des letzten internationalen Kriminalistenkongresses in Brüssel hin, wo man versucht hat, durch Beseitigung des Asylrechts die Todesstrafe auch in den Ländern indirekt wieder einzuführen, wo sie nicht mehr besteht. Redner wünscht folgende, gegen diese Bestrebungen protestierende Ergänzung der Resolution:

„Hervorragende Vertreter der modernen Kriminalistik haben erst jüngst eine wesentliche Abänderung des Asylrechts befürwortet, die in vielen Fällen, namentlich wo es sich um Flüchtlinge aus dem Zarenlande handelt, auf eine tatsächliche Wiedereinführung der Todesstrafe auch in solchen Ländern hinauslaufen würde, in denen, wie in Holland, die Todesstrafe seit Jahrzehnten abgeschafft ist."

Rubanowitsch-Rußland: Als in der ersten Duma die Todesstrafe verhandelt wurde und alle Vertreter der Intelligenz für ihre Beseitigung eintraten, berief sich der russische Justizminister auf das Gutachten des angesehenen deutschen Kriminalisten v. Liszt, daß bei den komplizierten Verhältnissen in Rußland die Abschaffung der Todesstrafe wohl nicht möglich sei. Die Duma nahm trotzdem die Abschaffung der Todesstrafe an, wurde dann aber auseinandergejagt.

Die polnische Resolution wird zurückgezogen und die deutsche (Seite 16) einstimmig mit dem Amendement angenommen.

Schließlich wird noch eine Sympathiekundgebung für das spanische Proletariat (Resolution Seite 18) zu seiner revolutionären Erhebung, insbesondere auch ein Protest gegen den Justizmord an Ferrer durch Akklamation angenommen. Als Referent für das Plenum wird Ellenbogen-Oesterreich bestimmt.

Schlußsitzung. Donnerstag, den 1. September.

Auf Wunsch von Parteigenossen der Balkanländer soll die türkische Resolution Protest gegen die reaktionären Maßnahmen der jungtürkischen Regierung verschärft werden. Ein türkischer Genosse aus Armenien widerspricht. In Albanien seien allerdings Brutalitäten begangen worden, aber zur Unterdrückung konterrevolutionärer Bestrebungen. Von anderer Seite werden Brutalitäten, die in Albanien begangen wurden, aus eigener Anschauung geschildert. Dagegen empfiehlt Seitz-Oesterreich, doch maßzuhalten in den Ausdrücken gegen das jungtürkische Regiment, zumal man nicht genau unterrichtet sei und es bedenklich sei, dieselben Wendungen gegen die türkische Regierung anzuwenden, wie gegen den Zarismus. Der Vorsitzende ist mit der Weglassung des Wortes „Mörder" einverstanden. Die verschärfte Resolution wird mit dieser Weglassung angenommen. (Seite 19.)

Die Sitzungen der deutschen Delegation.

Erste Sitzung. Montag, den 29. August.

Den Vorsitz führten Ebert und Legien, als Schriftführer fungierten Dittmann und Knoll. Es wurde beschlossen, daß nur Delegierte der Partei und der Gewerkschaften zuzulassen sind und als Gäste die Vertreter der deutschen Parteipresse. Den Parteivorstand vertreten Molkenbuhr, Ebert und Frau Zietz. Die Vertreter der Reichstagsfraktion sind Ledebour, Richard Fischer und Südekum, der Generalkommission Legien, Sabath, Knoll, Bauer und Gertrud Hanna. Den „Vorwärts" vertritt Genosse Cunow. Ihm wird Sitz und Stimme eingeräumt, ebenso dem Vertreter des Deutschen Sozialistischen Leseklubs in Paris, Schreyer. Von der Einsetzung einer Mandatsprüfungskommission wird abgesehen, und die Mandate werden durch den Parteivorstand und die Generalkommission als ausreichend geprüft betrachtet. In die fünf Kommissionen entsendet jede Nationalität vier Mitglieder, Deutschland je zwei der Partei und der Gewerkschaften. Die Vertreter Deutschlands in den Kommissionen sind: In der Kommission für das Genossenschaftswesen v. Elm, Wurm, Stühmer und Bauer, in der Kommission für die internationale Solidarität und die gewerkschaftliche Einheit Richard Fischer, Legien, Stengele und Cohen, in der Kommission für Schiedsgerichte und Abrüstung Ledebour, Haase, Wagner und Sachse, in der Kommission für die Arbeitslosenversicherung Molkenbuhr, Stadthagen, Simon und Brey und in der Kommission gegen die Todesstrafe und für die Resolutionen Klara Zetkin, Adolf Müller-München, Paul Müller-Berlin und Frau Ihrer.

Auf Antrag von Wels-Berlin wird von einer Diskussion über die der Kommission überwiesenen Gegenstände Abstand genommen. Es sollen erst die Beschlüsse der Kommissionen abgewartet und erst dann endgültig Stellung genommen werden. Der Antrag Berlin VI auf Einschränkung der Seerüstungen wird der dritten Kommission überwiesen. Der Antrag Hamburg III-Barmbeck, der Kongreß möge die Möglichkeit der Einführung einer internationalen Hilfssprache als Verständigungsmittel erwägen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil diese Frage bereits den Stuttgarter Kongreß beschäftigt hat. Dasselbe geschieht mit einem Antrag Hamburg III-Hamm, der für die neugegründete Marxistische Partei in Holland nicht nur Zulassung zum Kongreß, sondern auch Sitz und Stimme im

Internationalen Bureau verlangt. Ebert teilte mit, daß die alte holländische Partei von ihren acht Stimmen eine der neuen Partei übergeben hat. Ob sie im Bureau eine Vertretung erhalten wird, steht noch nicht fest. Auf Antrag Cohen (Berlin) wird schließlich noch festgesetzt, daß möglichst keine Delegationssitzungen stattfinden sollen, wenn die Kommissionen tagen. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 30. August.

Die Kommissionen haben Beschlüsse noch nicht gefaßt, zu denen Stellung genommen werden könnte. **Richard Fischer** fragt an, ob sich nicht in der Genossenschaftsfrage Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Delegierten herausgestellt hätten.

v. Elm: In der Kommission selbst sind sehr viele Differenzen vorhanden, die weder heute noch morgen behoben werden können. Die Beschlüsse der Internationalen Kongresse sind immer Kompromißbeschlüsse. Wahrscheinlich wird auch hier ein vermittelnder Beschluß angenommen werden.

Wurm: Meine Anschauungen von der Genossenschaftsfrage und dem Verhältnis der Genossenschaften zur Partei haben bisher mit denen Elms nicht gerade harmoniert. Wahrscheinlich werden wir uns aber doch auf eine gemeinsame Resolution einigen können. — Die Delegation sieht daraufhin von einer weiteren Besprechung ab.

Legien macht Mitteilung über den tschechischen Streit und die Gewerkschaftsverwickelung in Oesterreich. Unsere österreichischen Freunde haben den Wunsch, daß der Kongreß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ausdrücklich für notwendig erklärt. Wir hoffen davon einen günstigen Einfluß auf die Verminderung der Trennung. Es ist kein Zweifel, daß wir in dieser Frage durchaus auf dem Standpunkt der deutsch-österreichischen Genossen stehen. (Allseitige Zustimmung.)

Ebert-Berlin: Der tschechische Streit beschäftigt leider auch das Internationale Bureau. Bekanntlich haben die Tschechen acht Mandate von tschechischen Vertretern der zentralen Gewerkschaftsorganisation für ungültig erklärt. Sie wollen nur die Mandate derjenigen zentralen Gewerkschaften anerkennen, die für ihre tschechischen Mitglieder Beiträge an die neue Gewerkschaftszentrale in Prag zahlen. Die ausgeschlossenen Genossen sind Mitglieder der böhmischen Parteiorganisation. Sie sind in Böhmen gewählt. Einer der acht Ausgeschlossenen hat auf sein Mandat verzichtet, weil er aus der tschechischen Partei ausgeschlossen ist. Das Bureau hat den Streit vorläufig noch nicht entschieden. Wahrscheinlich wird folgender Ausweg gewählt werden: die acht Ausgeschlossenen bilden die böhmische sozialdemokratische Sektion, die ihre Vertretung auf dem Kongresse und in die Kommission über die Gewerkschaftsfrage entsenden. Das Internationale Bureau ist sich darin einig, daß diese acht Genossen absolut zugelassen werden müssen. Es sollen ihnen zwei Stimmen im Kongreß und eine Stimme im Internationalen Bureau überwiesen werden.

Damit schließt die Besprechung.

Dritte Sitzung. Mittwoch, den 31. August.

Beschlüsse der Kommissionen, zu denen Stellung genommen werden muß, liegen noch nicht vor. Dagegen bringt **Leipart** (Verband der Holzarbeiter) das belgische Amendement zur Sprache, das zu der schwedischen Resolution

über die Organisation der internationalen Solidarität gestellt ist. Dieses Amendement lautet:

1. Das Internationale Sozialistische Bureau wird ermächtigt, im Falle eines politischen Streitfalles, eines Streiks, einer Aussperrung oder eines anderen wichtigen Ereignisses, welches ein sofortiges Eingreifen erfordert, von den angeschlossenen Parteien einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe eines Zehntels des Jahresbeitrages einzufordern, als eine erste Hilfe;

2. dieser außerordentliche Beitrag kann nur einmal in einem Jahre erhoben werden;

3. die ins Ausland reisenden Genossen sollen eine Erkennungskarte bei sich führen, welche ihren Herkunftsort und ihr Reiseziel angibt, die diesen Genossen ausbezahlten Unterstützungen sollen von den Parteien zurückerstattet werden, welche diese Erkennungskarte ausgestellt haben.

Leipart führt aus: Was die Belgier hier verlangen, geht viel zu weit. Es ist ganz unmöglich, daß das Internationale Bureau 10 Proz. der Jahreseinnahmen der Gewerkschaften erhält. Es muß davor gewarnt werden, durch Kongreßbeschlüsse die Gewerkschaften in der Betätigung der internationalen Solidarität festzulegen. Auch die schwedische Resolution kann so, wie sie jetzt lautet, nicht angenommen werden. Es heißt darin: „Der Kongreß stellt den Gewerkschaften der Internationale anheim, die zweckmäßigsten Formen der internationalen Arbeitersolidarität näher zu untersuchen und festzulegen.“

Wir müssen es unbedingt ablehnen, daß der Kongreß die Gewerkschaften festlegt. In Deutschland ist die gegenseitige Hilfe bei großen Kämpfen noch nicht reglementiert. Die Bildung eines allgemeinen Streikfonds ist immer abgelehnt worden. Wenn wir nicht über diese Schwierigkeiten hinwegkommen, können wir uns unmöglich auf irgendeine internationale Bindung einlassen, selbst wenn sie nur sporadischer Natur ist. Man weiß ja, wie es geht. Zuerst heißt es, der Internationale Kongreß hat beschlossen, der gewerkschaftlichen Organisation das und das vorzuschlagen. Und schließlich fällt das „Vorschlagen“ weg und es heißt: Der Internationale Kongreß hat einen Beschluß gefaßt.

Richard Fischer hält diese Bedenken für unbegründet. Partei und Gewerkschaft sind in dieser Frage ganz einig. In dem Bericht des Parteivorstandes an den Kongreß wird diese Frage auch erörtert: „Die Organisation der internationalen Solidarität betrachten wir als ein utopistisches Verlangen. Die Betätigung der internationalen Solidarität hängt ab von dem Solidaritätsgefühl, das innerhalb der nationalen Organisationen vorhanden ist. Dieses zu wecken und zu pflegen ist eine Erziehungsfrage. Machen sich durch vorkommende Ereignisse Kundgebungen und Betätigungen der internationalen Solidarität notwendig, so wird das von dem Geschick der Leitung der angegliederten nationalen Organisationen abhängig, daß diese rechtzeitig und wirksam zur Geltung kommen. Eine internationale Reglementierung ist unmöglich.“ Leipart will sich nun nicht festlegen lassen. Aber ein Vergleich zwischen der englischen und französischen Resolution ergibt, daß ein Festlegen in diesem Sinne gar nicht gemeint ist. Ich denke, daß Schweden ohne weiteres darauf eingehen wird, dem Satze etwa folgende Fassung zu geben: „Der Kongreß stellt der gewerkschaftlichen Internationale anheim, Untersuchungen einzuleiten, in welcher Form die Betätigung der internationalen Solidarität möglich ist, und je nach dem Ergebnis dieser Untersuchung wird er dem nächsten Kongreß weitere Vorschläge unterbreiten.“ Freilich, soweit dürfen wir nicht gehen wie Leipart, der es verhüten wollte, daß selbst die moralische Verpflichtung zur Betätigung der internationalen Solidarität ausgesprochen wird. Bei den gewerkschaftlichen Kämpfen sind wir zur internationalen Unter-

stützung verpflichtet, und diese moralische Verpflichtung ist auch bisher anerkannt worden, ohne daß die Gewerkschaften damit festgelegt worden wären. Es ist ganz natürlich, daß Schritte eingeleitet werden müssen, um eine noch wirksamere Betätigung künftig zu ermöglichen.

Legien: Leipart hat die von ihm beanstandete Stelle im Amendement falsch aufgefaßt. Es heißt natürlich nur, daß die dem Internationalen Bureau angeschlossenen Parteien einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe eines Zehntels ihres Jahresbeitrages für das Bureau, nicht ihrer eigenen Jahreseinnahme, leisten sollen dann, wenn das Bureau es verlangt.

Rudolph-Frankfurt a. M.: Die englischen Gewerkschaften haben beim schwedischen Generalstreik vollständig versagt. Darüber herrscht mit Recht große Entrüstung. Wir werden in der Kommission eine passende Gelegenheit suchen, diese Stimmung den Engländern gegenüber zum Ausdruck zu bringen. (Zustimmung.)

Stengele-Hamburg: Der Stein des Anstoßes für Leipart ist leicht zu beseitigen. Wir brauchen ja nur die Streichung des Wortes „festlegen" zu beantragen. Im übrigen können wir der Resolution ohne weiteres zustimmen. Die Engländer verschanzen sich immer hinter ihr Statut. Immer müssen zahllose Instanzen bei ihnen gefragt werden, bevor sie Geld schicken können. Diesem Mangel an Solidaritätsgefühl muß durch die schwedische Resolution einmal ungeschminkt die Meinung des Internationalen Kongresses gesagt werden.

Leipart erklärt sich mit Stengeles Vorschlag einverstanden.

Legien: Mit den Schweden werden wir uns über ihre Resolution sehr leicht verständigen, so daß wir sie annehmen können. Das belgische Amendement aber ist künstlich aufgepfropft, und das beste ist, es abzulehnen. Auch der weitere Vorschlag auf Einführung einer Legitimationskarte ist nicht glücklich. Er beruht darauf, daß die politischen Organisationen in den Grenzorten durch sogenannte politische Flüchtlinge gebrandschatzt werden. Aber eine solche Legitimationskarte würde das Uebel nur schlimmer machen.

Neumann-Hamburg (Holzarbeiter): Auf dem Kongreß selbst muß eine Resolution eingebracht werden, die die gewerkschaftliche Internationale auffordert, zu untersuchen, wie in Zukunft diejenigen Nationalitäten, die bisher ihre internationale Solidarität nur mit Worten bewiesen haben, zu Hilfeleistungen herangezogen werden können. Wenn im Plenum gesagt wird, nicht alle Nationen haben bisher ihre Pflicht getan, so ist das wirksamer, als wenn es nur in der Kommission gesagt wird.

Damit schloß die Besprechung. Die gesamte Delegation war sich einig darüber, daß die Resolution der Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs angenommen werden muß. Nur meinte Hue, wenn man ohne Vorbehalt der österreichischen Resolution zustimmen würde, könnte die Auffassung entstehen, als ob die organische Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft, von der in dieser Resolution gesprochen wird, auch für Deutschland als mustergültig angesehen werde.

Richard Fischer erwidert, daß man durch den Hinweis auf die sogenannte Neutralität der Gewerkschaften die Tschechen in ihren separatistischen Tendenzen nicht bestärken dürfe.

Ebert (Parteivorstand) hebt hervor, daß der Reichenberger Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie ausdrücklich beschlossen hatte, die Partei auch organisatorisch auf eigene Füße zu stellen, während bisher allerdings ein großer Teil der parteiorganisatorischen Aufgaben in Oesterreich von den Gewerkschaften ausgeführt worden ist.

Beschlüsse wurden auch in dieser Frage von der deutschen Delegation nicht gefaßt.

Vierte Sitzung. Donnerstag, den 1. September.

Leipart-Stuttgart protestiert gegen die am Vormittag vom Kongreß angenommene Resolution zur Arbeitslosenfrage. Nach dem deutschen Text würden darin staatliche Zwangsarbeitslosenversicherungskassen gefordert, deren Kosten allein die Unternehmer tragen sollten, die aber allein der Verwaltung der Arbeiter unterstehen sollten. Das sei eine unmögliche Forderung. Dazu komme die sehr unglückliche Fassung des Wortlautes der Resolution. Er bitte namens der deutschen Minderheit, die Erklärung der Engländer und Franzosen wiederholen zu dürfen, daß sie für diese Resolution nicht stimmen könnten. Es sei bedauerlich, daß die deutschen Kommissionsmitglieder nicht rechtzeitig die Delegation unterrichtet hätten.

Molkenbuhr legt die Gründe dar, aus denen das nicht möglich gewesen sei. Mit der Resolution zu dieser Frage sei er allerdings nicht einverstanden. Aber die dänischen und holländischen Genossen hätten unbedingt darauf bestanden, daß die Arbeiter nicht selbst mit zu den Kosten der Versicherung beitragen sollten. Die deutsche Resolution über die Arbeitslosenversicherung würde indessen durch den internationalen Beschluß nicht berührt.

Kloth-Berlin beantragt zu fordern, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung noch einmal an die Kommission zurückverwiesen werde.

Brey-Hannover legt noch einmal dar, weshalb die Resolution nicht einheitlicher ausgefallen sei und nicht rechtzeitig habe vorgelegt werden können.

Der Antrag Kloth wird gegen wenige Stimmen, der Antrag Leipart, eine Erklärung gegen die Resolution in der Frage der Arbeitslosenversicherung abzugeben, gegen eine geringe Minderheit abgelehnt.

Leipart: Das wird uns nicht hindern können, namens der deutschen Minderheit diese Erklärung im Plenum abzugeben.

Wels-Berlin: Wir haben bisher nur die Beschlüsse der deutschen Mehrheit dem Plenum mitgeteilt. Welche Bedenken die Minderheit hat, ersehen die deutschen Genossen ja aus dem Bericht über diese Delegationssitzungen.

Richard Fischer-Berlin: Wir müssen jedenfalls der Redaktionskommission des Internationalen Kongresses mitteilen, daß der Text der Resolution in den drei Sprachen grundverschieden ist. Leipart möge sich mit den Mitgliedern der Kommission in Verbindung setzen und in dieser Richtung arbeiten.

Ueber die Beschlüsse der fünften Kommission erstattet hierauf Klara **Zetkin** Bericht. Der Bericht wird ohne Debatte angenommen.

Ueber die **Militärkommission** berichtet **Haase**-Königsberg. Er hebt hervor, daß die deutschen Delegierten den Antrag Vaillant-Keir Hardie, der für den Fall drohender Kriegsnähe die Proklamierung des Streiks fordert, ablehnen, nicht so sehr aus juristischen Bedenken, als weil die Frage in keiner Beziehung spruchreif sei. — Die deutsche Delegation stimmt ohne Debatte dem zu.

Auf Vorschlag von **Sachse** wird beschlossen, auch im Plenum über den Antrag Vaillant Abstimmung nach Nationen zu fordern.

Hierauf schließt **Ebert** die Sitzung.

Fünfte Sitzung. Freitag, den 2. September.

Die Delegation nahm heute die Berichte ihrer Kommissionsmitglieder entgegen. Ueber die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung berichtet

Stadthagen. In der Resolution sind nur die elementarsten Forderungen des Arbeiterschutzes festgelegt, wie sie bereits auf den Kongressen in Amsterdam und Paris aufgestellt wurden. Die ins einzelne gehenden spezielleren Forderungen hat die Kommission nicht empfohlen.

Hue hätte es für notwendig gehalten, daß in der Resolution auf das Verhältnis zwischen Arbeitsvertrag und Wohnungsmietvertrag hingewiesen worden wäre. Im Westen Deutschlands beständen schon heute in dieser Hinsicht Verhältnisse, die zu Befürchtungen Anlaß geben.

Stadthagen erklärt, daß im Referat darauf Bezug genommen werden solle. Weitere Einwände werden nicht erhoben, die Resolution wird gebilligt.

von Elm berichtet über die Beschlüsse der Genossenschaftskommission. Die Resolution ist unter heftigen Auseinandersetzungen zustande gekommen. Die deutsche Delegation hat sich auf den Boden der französischen Delegation gestellt, welche die volle Autonomie der Genossenschaften fordert. Nachdem die Kommission vier Tage gebraucht hat, um zu einem Resultat zu gelangen, möge man hier an der Resolution nichts ändern, auch wenn in einigen Nebenpunkten nicht volle Zufriedenheit vorhanden sein sollte.

Bertens-Düsseldorf weist darauf hin, daß in Deutschland wahrscheinlich die christlichen Konsumvereine sich von der übrigen Bewegung trennen würden, eine Tatsache, die man nicht zu bedauern brauche.

von Elm erklärt, daß die deutsche Delegation ursprünglich beantragt hatte, daß jeder Zersplitterung aus religiösen oder sonstigen Gründen entgegengearbeitet werden solle. Das hat aber Bedenken der Belgier erregt. Auf jeden Fall ist in der Resolution die Selbständigkeit der Genossen gewahrt, so daß auch die christlichen keine Ursache haben, sich abzusplittern. Es werden jedoch trotzdem Versuche gemacht werden, aber solchen Versuchen sollte man entgegentreten.

Simon-Nürnberg: Wir werden selbstverständlich allen Zersplitterungsversuchen entgegentreten. Aber nützen wird es wohl nichts. Die christlichen Arbeiter wollen gar keine Zersplitterung, aber sie werden gezwungen, sie mitzumachen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Bedenken gegen die Resolution werden nicht vorgebracht.

Richard Fischer berichtet über die Arbeiten der Gewerkschaftskommission.

Cohen berichtet über die Regelung der internationalen Solidarität. Die Beschlüsse sind im allgemeinen so ausgefallen, wie die deutschen Delegierten es gewünscht haben. Insbesondere sind die beiden belgischen Amendements abgelehnt worden, ebenso der belgische Antrag auf Einführung einer internationalen Reiselegitimation. Der schwedischen Resolution konnten wir zustimmen. Es ist auch nicht versäumt worden, bei dieser Gelegenheit den Engländern und auch den Franzosen die allseitig gewünschten Vorhaltungen über die mangelhafte Betätigung der internationalen Solidarität zu machen. Von englischer Seite ist daraufhin die Notwendigkeit der angenommenen Resolution anerkannt worden. Von Berger-Amerika wurde ganz plötzlich eine Resolution auf Unterstützung der Seeleute im Falle eines bevorstehenden internationalen Kampfes eingebracht. Diese Resolution hat den zuständigen gewerkschaftlichen Instanzen nicht vorgelegen und mußte deshalb zurückgewiesen werden.

Stengele-Hamburg berichtet noch besonders über das Verfahren gegen die Engländer. Leider waren diejenigen nicht da, denen die Schläge zugedacht waren. Hoffentlich läßt sich das im Plenum nachholen. Der Amerikaner Haywood hat konstatiert, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich genau so verhielten wie die Engländer. Auch sonst habe er die bekannten Praktiken der amerikanischen Gewerkschaften lebhaft kritisiert.

Sachse berichtigt, daß die amerikanischen Bergarbeiter sich an den Absperrmaßregeln der dortigen Gewerkschaften nicht beteiligen.

Hue warnt davor, alles ohne weiteres als bare Münze hinzunehmen, was Haywood gegen die American Federation of Labor vorgebracht habe. Die von Haywood geschilderten Gold- und Silberbergarbeiter in den Rocky Mountains, ebenso wie die übrigen Gewerkschaften sind auch nicht der amerikanischen Zentrale angeschlossen.

Cohen glaubt gleichfalls, daß Haywoods Ausführungen wenig am Platze waren. Am besten wäre es, wenn die Sache im Plenum gar nicht mehr zur Sprache käme.

Es folgt die Berichterstattung der Kommission für Schiedsgerichte und Abrüstungen durch

Sachse. Die französischen und holländischen Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Auch diesem Beschluß stimmt die Delegation zu. — Ueber die Arbeiten der fünften Kommission berichtet Frau **Ihrer.** Eine Debatte knüpft sich nicht daran. — **Haase**-Königsberg berichtet aus der Kommission für Abrüstung. In längerer Debatte treten fast alle Redner dafür ein, es bei der Ablehnung der Resolution Keir Hardie zu belassen. — Schließlich wird über die Ungültigkeitserklärung der Mandate von Strasser und Alpari im Internationalen Bureau berichtet. Von mehreren Rednern wird sie bedauert, von anderen verteidigt. Ein Antrag wird nicht gestellt.

Sechste Sitzung. Sonnabend, den 3. September.

Den Vorsitz führt, da Ebert und Legien verhindert sind, der Schriftführer **Dittmann.**

von Elm macht darauf aufmerksam, daß der Berichterstatter über die Genossenschaftsfrage den Text der deutschen Resolution insofern geändert habe, als er die Worte „Der Kongreß empfiehlt den Parteigenossen deshalb dringend, Mitglieder der Genossenschaften zu werden“ ersetzt hat durch die Worte: „Der Kongreß fordert die Parteigenossen auf, Mitglieder der Genossenschaften zu werden.“

Haverkamp-Bremerhaven: Weiter, als die erstere Fassung besagt, dürfen wir nicht gehen. Die Subkommission hat ursprünglich die Worte gewählt: „Der Kongreß verpflichtet die Genossen“ usw. Auf meinen Antrag wurde diese Fassung geändert. Es ist mir unbegreiflich, weshalb der Referent jetzt die Fassung wieder geändert hat. Aus den Worten „fordert auf“ kann ein Zwang herausgelesen werden. Hiergegen müssen wir uns verwahren.

Hildenbrand-Stuttgart meint, die Aenderung sei zweifellos nur deshalb vorgenommen, um den deutschen mit dem französischen und englischen Text in Uebereinstimmung zu bringen. Wenn in einer Resolution „aufgefordert“ oder „dringend empfohlen wird“, ist es ziemlich dasselbe. Wir sollten die Sache einfach laufen lassen.

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Vielleicht genügt es, wenn der Referent erklärt, daß ein Zwang nicht ausgeübt werden soll. Das Internationale Bureau sollte dafür Sorge tragen, daß alle Resolutionen in dem Wortlaut, in dem sie von der Kommission angenommen werden, auch dem Plenum vorgelegt werden.

von Elm: Wir werden dem Berichterstatter Karpeles diesen Wunsch der Delegation mitteilen.

Rössel-Berlin: Die Fassung Karpeles ist nicht zu scharf, sondern korrekt, denn es ist leider Tatsache, daß die Partei- und die Gewerkschaftsführer sich um die Konsumvereine nicht kümmern.

Bauer-Berlin: Ich finde in beiden Ausdrücken überhaupt keine Verschiedenheit. — Damit schließt die Besprechung.

Schreyer-Paris macht Mitteilung, daß auf Anregung des Deutschen Leseklubs in Paris die Vertreter sozialistischer Vereinigungen von den im Ausland lebenden Deutschen hier zusammengetreten sind und auf die Anregung des deutschen Parteivorstandes die Gründung einer Auskunftsstelle beschlossen hätten. An den Deutschen sozialistischen Leseklub in Paris ist folgender Brief gerichtet worden:

> Die Vertreter der unterzeichneten organisierten Vereine haben sich heute, am 1. September 1910, in einem Lokal des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen zu einer Konferenz zusammengefunden und beschlossen, daß der Deutsche sozialistische Leseklub in Paris beauftragt wird, eine Auskunftsstelle für alle im Ausland lebenden Deutschen zu schaffen. Es müssen drei Vertrauensmänner von ihnen bestimmt werden, die die erforderlichen Arbeiten besorgen und aus denen der amtierende Sekretär gewählt werden soll. Die Mittel sollen dem Leseklub durch freiwillige Beiträge mindestens 500 Frank jährlich von den Organisationen deutscher Sozialisten im Ausland zur Verfügung gestellt werden. Die Auskunftsstelle soll in erster Linie jährlich ein Adressenverzeichnis aller in Betracht kommenden Vereine veröffentlichen und mit Rat dem Fragenden an die Hand geben, sowie den deutschen Genossen Auskunft über die Verhältnisse in dem Lande, wohin sie sich begeben wollen, erteilen. Nach einem Jahre sollen an die beteiligten Organisationen Berichte über die Leistungen des Instituts abgegeben werden."

Der Aufruf ist unterzeichnet vom Deutsch-amerikanischen Sozialistenklub in New York, vom Deutschen sozialdemokratischen Leseklub in Paris, vom Arbeiterbildungsverein „Vorwärts" in Budapest, von der Landesorganisation des Internationalen Arbeitervereins in der Schweiz. Eine große Anzahl anderer Vereine ist bereits beigetreten, so der Arbeiterbildungsverein in London.

Knoll-Berlin: Es handelt sich hier um die Schaffung einer neuen Organisation. So leichter Hand können wir nicht darüber hinweggehen.

Richard Fischer-Berlin: Dem Parteivorstand ist von der Gründung einer Auskunftsstelle Mitteilung gemacht. Er hat seine Zustimmung gegeben. Damit ist für uns die Sache erledigt. Der Parteivorstand hat der Deutschen Partei davon Mitteilung gemacht, die deutsche Delegation geht die Sache weiter nichts an.

Legien-Hamburg: Diese Organisation der Deutschen im Auslande ist seit langem vorbereitet. Ich glaube, wir müssen sie aus denselben Gründen ablehnen, aus denen wir die tschechische Sonderbündelei abgelehnt haben. Aus unserer Kenntnisnahme ist nicht auf eine Zustimmung zu schließen.

Adolf Müller-München: Es handelt sich hier um die Errichtung einer Auskunftsstelle für die deutschen Arbeiter, die auswandern wollen. Das ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Was weiter sich daraus entwickelt, geht uns zunächst nichts an. Bis jetzt sind die auswandernden Arbeiter so gut wie verlassen und gehen der Partei verloren.

Schreyer-Paris: In unserem Programm steht an erster Stelle, die im Ausland wandernden Deutschen aufzufordern, die Mitgliedschaft für die Organisation des Auslandes zu erwerben.

Frau **Klara Zetkin**-Stuttgart: Ich sehe in der Auskunftsstelle keine Gefahr, sondern ein Mittel, die deutschen Genossen im Auslande in Bewegung zu erhalten.

Leipart-Stuttgart: Es scheint, als ob die Genossen in Paris von dem französischen Geist der Organisationsspielerei angesteckt sind. Ich glaube, daß die Auskunftsstelle in Paris gar nichts leisten kann.

Hildenbrand-Stuttgart: Ich bin anderer Meinung. Seitdem Genosse Trapp in Paris tot ist, wird sehr darüber geklagt, daß man keine Auskunft bekommen kann. Ich denke, daß die Auskunftsstelle die Funktion haben wird, den Genossen Trapp zu ersetzen.

Damit schließt die Erörterung und die Sitzung.

Liste der Delegierten
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Name	Wohnort	vertritt
Adler, Ed.	Kiel	Schleswig-Holstein
Baader, Ottilie	Berlin	Groß-Berlin
Baudert, Aug.	Weimar	Weimar
Baumann, Linchen	Hamburg	Schleswig-Holstein
Beims, Hermann	Magdeburg	Magdeburg
Berten, Paul	Düsseldorf	Elberfeld
Boeske, Emil	Berlin	Groß-Berlin
Borgmann, H.	Berlin	Prov. Brandenburg
Brühl, Paul	Lichtenberg	Groß-Berlin
Bühring, Albert	Treuen	Zwickau
Christange, W.	Eisleben	Halle
Cunow, H.	Berlin	„Vorwärts“
Dickreiter, Heinr.	Altenburg	Altenburg
Dißmann, R.	Hanau	Frankfurt
Dittmann, W.	Solingen	Elberfeld
Dörnke, L.	Hannover	Hannover
Duncker, K.	Stuttgart	Württemberg
Ebert, Fritz	Berlin	Parteivorstand
Ehrlich, Georg	Oberfrohna	Chemnitz
v. Elm, A.	Hamburg	Schleswig-Holstein
Erfurth, Ernst	Flensburg	Schleswig-Holstein
Ernst, Eugen	Berlin	Groß-Berlin
Fischer, Richard	Berlin	Reichstagsfraktion
Frank, Dr. L.	Mannheim	Baden
Friedländer, Willy	Berlin	Groß-Berlin
Frohme, Karl	Hamburg	Schleswig-Holstein
Geyer, F.	Leipzig	Leipzig
Göhre, Paul	Zehlendorf	Chemnitz
Gradnauer, Georg	Dresden	Dresden
Gradnauer, Anna	Dresden	Dresden
Grosse, B.	Hamburg	Hamburg
Gruenwaldt, L.	Hamburg	Hamburg
Günther, M.	Bernburg	Anhalt
Haase, H.	Königsberg	Ostpreußen
Haberland, Karl	Barmen	Elberfeld
Hänisch, Konrad	Dortmund	Dortmund
Haverkamp, A.	Bremerhaven	Bremen
Hengsbach, Clemens	Köln	Elberfeld
Henke, A.	Bremen	Bremen
Hennig, Auguste	Leipzig	Leipzig
Henschel, Richard	Berlin	Groß-Berlin
Henze, C.	Hamburg	Hamburg
Hertwig, M.	Dresden-Löbtau	Dresden
Hildenbrand, K.	Stuttgart	Württemberg
Hoffmann, Adolf	Berlin	Groß-Berlin
Hoffmann, C.	Bielefeld	Bielefeld
Hoffmann, Paul	Berlin	Groß-Berlin
Hofrichter, A.	Köln a. Rh.	Köln

Name	Wohnort	vertritt
Kautsky, Karl	Berlin	Groß Berlin
Keil, W.	Stuttgart	Württemberg
Koch, J.	Magdeburg	Magdeburg
Kolb, W.	Karlsruhe	Baden
Ledebour, Georg	Zehlendorf	Reichstagsfraktion
Leinert, R.	Hannover	Hannover
Lipinski, R.	Leipzig	Leipzig
Löbe, Paul	Breslau	Breslau
Molkenbuhr, Herm.	Berlin	Parteivorstand
Müller, Adolf	München	Südbayern
Müller, E.	Schkeuditz	Halle
Noske, G.	Chemnitz	Chemnitz
Pinkau, K.	Leipzig	Leipzig
Pohl, August	Berlin	Groß Berlin
Reißhaus, Paul	Erfurt	Erfurt
Reitze, Johanna	Vegesack	Bremen
Ritter, Ad.	Berlin	Prov. Brandenburg
Röske, A.	Hamburg	Hamburg
Rudolph, A.	Frankfurt a. M.	Frankfurt
Scherffig, O.	Meißen	Dresden
Schlegel, L.	Eßlingen	Württemberg
Schreyer, J.	Paris	Deutscher Leseklub
Schulz, Adolf	Bant	Oldenburg
Schwartz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Stadthagen, Arthur	Berlin	Groß Berlin
Starosson, Fr.	Rostock	Mecklenburg
Stengele, G.	Hamburg	Hamburg
Stubbe, H.	Hamburg	Hamburg
Strobl, Frau H.	Hamburg	Hamburg
Südekum, Dr.	Berlin	Nordbayern
Täterow	Berlin	Groß-Berlin
Thöne, Georg	Kassel	Kassel
Ulrich, C.	Offenbach	Hessen
Vesper, O.	Osnabrück	Hannover
Walther, Max	Nürnberg	Nordbayern
Wels, Otto	Berlin	Prov. Brandenburg
Werner, Hermann	Berlin	Groß-Berlin
Wesemeier, Aug.	Braunschweig	Braunschweig
Wirth, R.	Dresden	Dresden
Wolf, Paul	Bochum	Dortmund
Wurm, Eman.	Berlin	Jena
Zetkin, Klara	Stuttgart	Frauen
Zietz, Frau Louise	Berlin	Parteivorstand
Zubeil, Fritz	Berlin	Groß-Berlin

Liste der Delegierten
der Gewerkschafts-Organisationen Deutschlands.

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organisation
Allmann, O.	Hamburg	Bäcker
Arnhold, E.	Hamburg	Zigarrensortierer
Bartels, Hch.	Dortmund	Bergarbeiter
Basner, E.	Berlin	Schmiede
Bauer, G.	Berlin	Generalkommission
Behrendt, Gust.	Hamburg	Bauhilfsarbeiter
Bock, W.	Gotha	Schuhmacher
Bömelburg, Th.	Hamburg	Maurer
Brey, A.	Hannover	Fabrikarbeiter
Brandes, Alwin	Magdeburg	Metallarbeiter
Bringmann, A.	Hamburg	Zimmerer
Brüll, Leb.	Ludwigshafen	Fabrikarbeiter
Brunner, L.	Berlin	Transportarbeiter
Cohen, Adolf	Berlin	Metallarbeiter
Daehne, A.	Berlin	Maurer
Deichmann, Carl	Bremen	Tabakarbeiter
Diehl, Georg	Frankfurt a. M.	Dachdecker
Döbnel, Georg	Leipzig	Lagerhalter
Döring, J.	Berlin	Hafenarbeiter
Dreher, Johann	Berlin	Transportarbeiter
Drunsel, A.	Berlin	Töpfer
Dupont, P.	Berlin	Bildhauer
Eichhorn, H.	Karlsruhe	Glaser
Ebel, W.	Berlin	Brauereiarbeiter
Eckorn, F.	Berlin	Friseurgehilfen
Failenschmid, J.	Stuttgart	Zimmerer
Franz, Otto	Hamburg	Metallarbeiter
Fröhlich, Georg	Köln	Bauhilfsarbeiter
Gärtner, M.	Hannover	Bergarbeiter
Gatzner, H.	Nürnberg	Bäcker
Giebel, Carl	Berlin	Bureauangestellte
Glocke, Theodor	Berlin	Holzarbeiter
Hanna, Gertrud	Berlin	Generalkommission
Haupt, Wilh.	Magdeburg	Schuhmacher
Heckmann, Richard	Mannheim	Gemeindearbeiter
Hensel, P.	Berlin	Fleischer
Hué, Otto	Essen	Bergarbeiter
Hübsch, Carl	Berlin	Textilarbeiter
Ihrer, E.	Niederschönhausen	Blumenarbeiter
Joseph, H.	Frankfurt a. M.	Schneider
Josephson, M.	Hamburg	Handlungsgehilfen
Kamps, O.	Hamburg	Schmiede
Kappler, H.	Altenburg	Müllerarbeiter
Kauer, Michel	Berlin	Holzarbeiter
Kloth, E.	Berlin	Buchbinder
Knoll, A.	Berlin	Steinsetzer

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organisation
König, Fritz	Berlin	Holzarbeiter
Kube, H.	Berlin	Zimmerer
Legien, C.	Berlin	Generalkommission
Leipart, Theodor	Berlin	Holzarbeiter
Leisler, W.	Hamburg	Kürschner
Lindow, E.	Berlin	Hafenarbeiter
Link, G.	Berlin	Asphalteure
Mäkelmann, E.	München	Bauhilfsarbeiter
Mahler, H.	Berlin	Lederarbeiter
Mark, Martin	Hamburg	Maler
Martens, H.	Harburg	Fabrikarbeiter
Mohs, Albin	Schöneberg-Berlin	Gemeindearbeiter
Müller, Paul	Berlin	Seeleute
Neumann, Adam	Hamburg	Holzarbeiter
Ohlendorf, Fr.	Braunschweig	Fabrikarbeiter
Paeplow, Fritz	Hamburg	Maurer
Poetzsch, Hugo	Berlin	Gastwirtsgehilfen
Raith, Anton	München	Holzarbeiter
Rathmann, H.	Berlin	Transportarbeiter
Rauschenberg, R.	Wattenscheid	Bergarbeiter
Reichel, Georg	Stuttgart	Metallarbeiter
Rössel, Wilh.	Berlin	Textilarbeiter
Sabath, G.	Berlin	Generalkommission
Sachse, H.	Bochum	Bergarbeiter
Saupe, Julius	Berlin	Kupferschmiede
Schaertl, G.	Breslau	Schneider
Scheffel, F.	Berlin	Maschinisten
Scherm, Johann	Stuttgart	Metallarbeiter
Schneider, H.	Hannover	Fabrikarbeiter
Schrader, Fr.	Hamburg	Zimmerer
Schreiter, Gust.	Bochum	Bergarbeiter
Schumann, O.	Berlin	Transportarbeiter
Severing, Karl	Bielefeld	Metallarbeiter
Siebold, Hermann	Leipzig	Steinarbeiter
Siefert, Fritz	Altenburg	Hutmacher
Silberschmidt, H.	Berlin	Maurer
Sillier, O.	Berlin	Lithographen
Simon, J.	Nürnberg	Schuhmacher
Spliedt, F.	Berlin	Tapezierer
Stelling, Joh.	Lübeck	Transportarbeiter
Stühmer, H.	Berlin	Schneider
Thiede, P.	Berlin	Buchdruckerei-Hilfsarbeiter
Thielberg, R.	Hamburg	Stukkateure
Tobler, Alb.	Hamburg	Maler
Wagener, Paul	Berlin	Textilarbeiter
Weinschild, H.	Berlin	Sattler und Portefeuiller
Weißig, Robert	Frankfurt a. M.	Metallarbeiter
Winkelmann, C.	Bremen	Böttcher
Winnig, Aug.	Hamburg	Maurer
Wissell, Rudolf	Berlin	Metallarbeiter
Wittich, Hch.	Frankfurt a. M.	Brauereiarbeiter
Wollmann, Gg.	Charlottenburg	Porzellanarbeiter
Wutzky, Emil	Berlin	Gemeindearbeiter

Liste der österreichischen Delegierten.

Name	Delegiert von
Adler, Viktor	Parteivertretung
Auer, Franz	Verb. d. Chem. Branch.
Bauer, Otto, Dr.	Redaktion d. „Kampf"
Beer, Heinrich	Zentr. Gewerksch.-K.
Berdiczower, Max	Bezirksorg. Wien II.
Beutel, J.	Kreisorganis. Aussig
Braun, Adolf, Dr.	„Arbeiter-Zeitung"
Brezina, Anton	Textilarbeiter
Brodecky, Wilhelm	Eisenbahnerorganis.
Czech, Ludwig	Parteikontrolle
Danneberg, R., Dr.	Jugendliche Arbeiter
David, Anton	Landesorg. N.-Oest.
Domes, Franz	Verb. d. Metallarb.
Eckstein, Gustav, Dr.	Villach
Eldersch, Matthias	Klub d. deutschen Abg.
Ellenbogen, Wilh., Dr.	Parteivertretung
Emmerling, Georg	„Arbeiter-Zeitung"
Exner, Ludwig	Großeinkaufs-G. K. B.
Forstner, August	Hand.- u. Transp.-A.
Freundlich, Emmy	„Arbeiterinnen Ztg."
Glöckel, Otto	Kreis Karlsbad
Groß, Johann	Holzarbeiterverband
Hanusch, Ferdinand	Union d. Textilarbeit.
Härtl, Rudolf	Zentralorg. d. Gießer
Hedorfer, Florian	Wien, XI. Bezirk
Hillebrand, Oswald	Kreisorg. Westböhm.
Hueber, Anton	Zentr. Gewerksch. K.
Huppert, Stefan	Brauereiarb. Verb.
Hübel, Ernst	Union d. Textilarbeit.
Jarolim, Anton	Union d. Bergarbeiter
Jura, Fel.	Zentr.-Gewerksch. K.
Karpeles, Benno, Dr.	Großeinkaufs-G. K. B.
Klemensiewicz	Holzarb.-Vb. Krakau
Klein, Max	Verb. d. kaufm. Angest.
Kowanda, Wenzel	Landesverb. d. Gew.
Kratky	Holzarb. Verb. Prag
Lieben, Ernst, Dr.	Kreisorganis. Teplitz
Maar, Josef	Maler u. Anstr.-Ver.
Meißner, Theodor	Bauarbeiter-Verb.
Merta, Rudolf	Landesverb. d. Gew.
Möller, Heinrich	Schuhmacher-Verein
Mühlberger, Karl	Verb. d. Steinarbeiter
Müller, Rudolf	Eisenbahnerorganis.
Nadwornik, Robert	Gew. Bl. „Proletar"
Nießner, Wilhelm	Landesorg. Mähren
Oppitz, Heinrich	Landesorg. Bukowina
Pernerstorfer, E.	Klub d. deutschen Abg.
Pittoni, Valentino	Triest
Podany, Wenzel	Bauhilfsarbeiter
Pollacek, Gust., Dr.	Wien V
Polzer, Johann	Bezirksorg. Wien X.
Popp, Adelheid	Parteivertretung
Proft, Gabriele	Frauenreichskomitee
Puecher, Edm., Dr.	Triest
Rautenkranz, Franz	Zentr.-Gewerksch.-K.
Renner, Karl, Dr.	Klub d. deutschen Abg.
Resel, Hans	Landesorg. Steierm.
Richter, Karl	Holzarbeiterverband
Richter, Paul	Landesorg. N.-Oest.
Schäfer, Anton	Vorarlb. Gew. Kom.
Schafranek, Josef	Metallarbeiter
Schlinger, Anton	Landesorg. N.-Oest.
Schrammel, Anton	Verb. d. Chem. Branch.
Schuhmeier, Franz	„Volkstribüne", Wien
Schwerzel, Franz	Transportarbeiter
Seitz, Karl	Klub d. deutschen Abg.
Seliger, Josef	Deutsch-Böhmische Landesvertretung
Sever, Albert	Bezirksorg. Wien XVI
Sigl, August	Verb. d. Metallarb.
Silberer, Franz	Bäckereiarbeit.-Verb.
Skaret, Ferdinand	Parteivertretung
Smitka, Johann	Kleidermacher-Verb.
Smutny, Barthel	Verb. d. Metallarb.
Strauer, Josef	Kreisorg. Reichenberg
Tetenta, Karl	Bauarbeiter
Tomschik, Josef	Eisenbahnerorganis.
Wolf, Franz	Union d. Textilarbeit.
Wesela, Josef	Metallarbeiter
Winarsky, Leopold	Parteivertretung
Zulawski, Zygmund	Zentr.-Gewerksch.-K.

Liste der tschechischen Delegation.

Delegierte aus Böhmen.

Aust, Ludwig, 2. Wahlkreis.

Brozik, Karl, 5. Wahlkreis.
Bruha, Anton, Exekutivausschuß

Dvorak, Johann, 10. u. 11. Wahlkreis

Glos, Josef, Bezirksorganisation

Habermann, G., 32. Wahlkreis.
Hais, Josef, Böhm. Reichsverband der chemischen Arbeiter.
Havlena, Joachim, Landesexekutive.
Hnatek, Franz, 7. Wahlkreis.
Hudec, Josef, 17. Wahlkreis.

Jaros, Rudolf, Tschechoslawische Gewerkschaftskommission.
Kirajek, Ferd., Bäckerverband und verw. Gewerbe.

Kouša, Josef, 1. Wahlkreis.

Lustig, Emil, Verband d. Landes-Gemeinde u. Staatsang.

Mach, Karoline, Frauenorganisation.
Modracek, Franz, 30. Wahlkreis.

Nemec, Anton, Exekutivausschuß.

Pospisil, Vincence, Schlesische Landesexekut.
Prokes, Johann, 1. Politischer Gau.

Safek, Alois, 14. u. 15. Wahlkreis.
Skala, Jan, Jugendlichenorganis.
Skatula, Emanuel, Land.-agitationskomitee.
Smabel, Gottlieb, Organisat. d. Fleischh. u. Selcher.

Soukup, Dr. Fr., Exekutivausschuß
Stern, Josef, Zentralverband der Handels- u. Industrieangestellten
Svecený, Anton, 19. Wahlkreis.

Tauerle, Rud., Tschechoslawischer Metallarbeiterverband
Tomasek, Franz, Landesexekutive Niederöst.
Tusar, Vlastimil, 1. Politischer Gau.

Vacek, Wenzel, Redaktion „Pravo Lidu“
Vanek, Karl, Exekutivausschuß
Vrubl, Franz, Lokalorganisation.

Tschechische Delegierte der Zentralorganisation.

Brezina, Anton, Oest. Textilarbeiterverb.
Brodecky, Vilem, Oest. Eisenbahnerorganis.

Jura, F. A., Reichsgewerkschaftskommission.

Kovanda, Wenzel, für ausgeschl. 16 Politische Lokalorgan. i. Brünn u. Umgeb.
Kratky, Jaroslav, Oest. Holzarbeiterverb.

Merta, Rudolf, Landesverb. d. Gewerksch.

Nadvornik, Robert, Redaktion „Proletar“.

Podany, Wenzel, Oest. Hilfsarbeiterverband.

Rautenkranz, Franz, Reichsgewerkschaftskom.

Savel, Josef, Oest. Bergarbeiterorganisation.
Safranek, Josef, Oest. Metallarbeiterverb.

Telenka, Karl, Oest. Maurerorganisation.

Veska, Josef, Oesterreich. Metallarbeiterverb.

Schweizerische Delegation.

Dr. Friedrich Adler, Max Bock, M. Fähndrich, Hermann Greulich, Robert Grimm, August Huggler, Georg Käppler, Karl Moor, Professor Dr. N. Reichesberg, Jean Schifferstein, J. Stickel, Frau Marie Walter, Leo Wulfsohn-Stäubli.

Sach-Register

Die Gesamtzahl der Delegierten

betrug nach der Prüfung der Mandate 896, die sich auf die einzelnen Länder folgendermaßen verteilen:

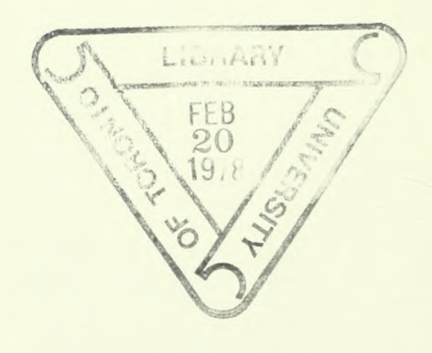
Argentinien	1	Großbritannien	84	Schweden	86
Belgien	26	Holland	14	Schweiz	13
Böhmen	44	Italien	9	Serbien	3
Bulgarien	7	Norwegen	31	Spanien	5
Dänemark	146	Oesterreich	65	Türkei-Armenien	2
Deutschland	189	Polen	24	Ungarn	14
Finnland	19	Rumänien	2	Vereinigte Staaten	24
Frankreich	49	Rußland	30		

Sprech-Register

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW., Lindenstr. 69.

Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 122b, Zeile 15 von unten, muß es anstatt Haverkamp-Bremerhaven heißen: Wurm-Berlin.


LIBRARY
FEB
20
1978
UNIVERSITY
OF TORONTO